

BESETZE DEINE STADT! – BZ DIN BY!
Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen

Peter Birke | Chris Holmsted Larsen (Hg.)

BESETZE DEINE STADT! – BZ DIN BY!

Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen

© Berlin/Hamburg, Dezember 2007

Assoziation A
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin
Tel.: 030-69582971

berlin@assoziati-on-a.de
hamburg@assoziati-on-a.de
www.assoziati-on-a.de

Covergestaltung: kv
Satz: rfw & theb
Druck: Winddruck Siegen

ISBN 978-3-935936-67-5

<i>Chris Holmsted Larsen / Peter Birke</i>	7
Vorwort	
I. Stadtentwicklung und Häuserkampf	
<i>Peter Birke</i>	13
Wonderful, wonderful: Kopenhagen im Boom und im Häuserkampf Von der Stadt der »zweiten Industrialisierung« zur neoliberalen Stadt	
<i>Peter Birke</i>	31
Zur Topografie der Stadt und der sozialen Proteste Ein Spaziergang durch Kopenhagen	
II. Der Kampf um das Ungdomshuset	
<i>René Karpantschhof</i>	53
Kopenhagen, Jagtvej 69. Ein Jugendzentrum zwischen Besetzungen, Politik und Polizei (1981–2007) Von der BZ-Bewegung bis zum Kampf um städtische Räume heute	
<i>Liv Rex Hansen / Tobias Alm</i>	79
Ungdomshuset, Gegenkultur und Stadtentwicklung Organisierung und Aktionsformen des Häuserkampfes	
<i>Marie & Maja A.</i>	103
»Wenn wir Ungdomshuset sagen, meinen wir die ganze Stadt« Gespräch mit Ungdomshuset-Aktivistinnen	
<i>Philipp & Maja B.</i>	115
»Eine Zeit lang haben wir jeden Tag von Aktionen gehört, oft in Städten und Dörfern, die wir vorher gar nicht kannten« Gespräch mit Ungdomshuset-AktivistInnen	
<i>Petter Sommerfeld</i>	127
»Plötzlich sieht man gepanzerte Wannen und wundert sich: Das soll Dänemark sein?« Gespräch mit einem Sprecher der Bürgergruppe für das Ungdomshuset	

<i>Morten Kabell</i>	134
»Es geht um soziale Rechte – im weitesten Sinne« Gespräch mit einem Mitglied der Kopenhagener Bürgerversammlung für die Einheitsliste	
<i>Zeynep</i>	144
Freiräume – von Hamburg nach Kopenhagen und zurück Ein Bericht über die transnationale Solidaritätsbewegung	
<i>Pule</i>	154
»Um eine Perspektive zu entwickeln, müssen wir grenzüberschreitend nachdenken« Gespräch mit einer Aktivistin aus der Solidaritätsbewegung	
III. Die freie Stadt Christiania	
<i>Chris Holmsted Larsen</i>	159
Christiania: Eine Geschichte zwischen Utopie und »Normalisierung« (1971–2007) Erfolgreiche Alternativökonomie auf beiden Seiten der Barrikade	
<i>Klaus Danzer</i>	171
»Wir sind ein Teil der dänischen Gesellschaft, mit all ihren Problemen« Gespräch mit einem Bewohner und Aktivisten aus Christiania	
IV. Fallstricke der Freiheit: Reflexionen zum Autonomiebegriff	
<i>Andreas Blechschmidt</i>	190
Die Rote Flora im Hamburger Alltag: Stör- oder Standortfaktor?	
<i>Gruppe KRAN</i>	199
Die beschwerlichen Freiheiten. Machtpositionen außerhalb und innerhalb der »Freiräume«	
V. Anhang	
Der Kampf um das Ungdomshuset: Eine Chronologie von 1897 bis 2007	203
Glossar: »BZ-Wörter«	213
Die AutorInnen dieses Buches	221

Stadt & Plan (beigelegtes Faltblatt): *Bianka Buchen*: Mapping Copenhagen!

Vorwort

Dieses Buch entstand, weil es uns überrascht hat, dass es am 1. März 2007 nach der Räumung eines Jugendzentrums in Kopenhagen zu einer weltweiten Solidaritätsbewegung kam, weil es uns ebenso überrascht hat, dass die Proteste die politischen Kräfteverhältnisse in der dänischen Hauptstadt und im ganzen Land verschoben haben und weil es uns schließlich überrascht hat, dass die entstandene soziale Bewegung, die stark von jungen Aktivistinnen und Aktivisten geprägt ist, bis heute nicht schwächer geworden ist, sondern eher an Vehemenz und Zielgerichtetheit gewonnen hat und schon beginnt, sich mit den Protesten gegen die Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes zu verbinden.

Der erste Schritt des Versuches, diese vielen Überraschungen zu verarbeiten, bestand darin, einige Bekannte zu fragen, was nach ihrer Meinung um den 1. März herum eigentlich geschehen war. Wir fragten ein Dutzend Leute – und bekamen ein Dutzend verschiedene Antworten. Natürlich ging es in diesen Antworten zunächst um eine Rekonstruktion der Aufsehen erregenden Ereignisse, die durch die Fokussierung der Presse inner- und außerhalb Dänemarks oft selbst bei den AktivistInnen auf einen kleinen Ausschnitt verengt waren. Aber eine sichere Methode, Charakter und Vielfalt der Proteste zu verstehen, war damit nicht gefunden. Denn einerseits verfestigen sich manche Situationen nach und nach zu einem Bild, an dem sich analytisch kaum noch rütteln lässt. Und andererseits werden wichtige Aspekte der Protestbewegung, die jenseits von Küchentischen in Wohngemeinschaften nicht mehr im Gespräch sind, mit der Zeit oft selbst von den Beteiligten vergessen. Ein zweiter Schritt war deshalb, unsere Fragen etwas allgemeiner zu formulieren und mit einer Debatte um die Entwicklung der sozialen Bewegungen in europäischen Großstädten zu verbinden. Ohne es wirklich so zu definieren, waren wir mit diesen zwei Schritten plötzlich, irgendwann im Frühjahr oder Sommer 2007, in eine umfangreiche Untersuchung über die Häuserkämpfe und die Stadtentwicklung in Kopenhagen gestolpert.

Es fehlte uns nicht an Ideen für eine solche Untersuchung: Wir fragten eine eng befreundete Künstlerin, ob sie eine Skizze oder Kartierung über die überraschenden und erfreulichen neuen Kämpfe machen könnte, baten AktivistInnen, AkademikerInnen und linke PolitikerIn-

nen um die Erlaubnis, Gespräche mit ihnen aufzuzeichnen, hofften darauf, dass das im Moment auch in der Bundesrepublik aktuelle Thema der Stadtentwicklung im Rahmen der Analyse eine wichtige Rolle spielen und »Übersetzungen« erleichtern könnte. Diese Ansprüche und Hoffnungen ließen sich nur zum Teil einlösen, denn trotz aller öffentlichen Aufregung um das Ungdomshuset und Christiania ist der Kreis derjenigen sehr begrenzt, die in der Bundesrepublik Ressourcen für ein solches Projekt bereitstellen wollten. Am Ende waren wir froh, dass wir auf Non-Profit-Basis einige Interviews und Analysen zusammenstellen konnten, die aus verschiedenen Perspektiven über die zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Buches noch immer nicht beendete Auseinandersetzung berichten: Dabei stehen die Berichte und Interviews von und mit AktivistInnen und ihren UnterstützerInnen aus der Bundesrepublik und Dänemark neben Artikeln über die Stadtentwicklung in Kopenhagen, über die Geschichte der Häuserkämpfe und der »alternativen« Wohn- und Lebensformen in Christiania. Gefragt wird nach der Substanz des Slogans von den »Freiräumen«, nach den Perspektiven der Protestbewegung und der Übertragbarkeit der 2006/2007 in Kopenhagen gemachten Erfahrungen. Dem Buch beigelegt ist die Dokumentation einer künstlerischen Arbeit von Bianka Buchen über die »Topografie der sozialen Kämpfe« Kopenhagens. Am Ende des Buches folgt ein etwas außergewöhnlicher Serviceteil. Hier können unbekannte dänische »BZ-Wörter« und die Chronologie der Bewegung nachgeschlagen werden.

Es ist eine vorläufige Chronologie. Denn einerseits gibt es durchaus die Tendenz, dass sich die Häuserkämpfe ausdehnen – so sind für den 28. Dezember 2007 in Dänemark landesweite Aktionen »für mehr Freiräume« angekündigt und im Frühjahr 2008 soll es sogar einen transnationalen Aktionstag geben. Andererseits hat die Kommune Kopenhagen nach der in diesem Buch beschriebenen erfolgreichen »G 13«-Kampagne im Herbst zugesagt, ein neues Ungdomshuset einrichten zu wollen. Die Eröffnung kann vermutlich bald gefeiert werden. Im vorliegenden Buch kommen unterschiedliche Meinungen über dieses Resultat, über die Strategie der explizit gewaltfreien »G 13«-Aktion sowie über das, was mit dem (wieder)gewonnenen und »geretteten« Freiraum in Christiania und einem möglichen neuen Zentrum angefangen werden kann und sollte, zu Wort.

Wir hoffen, dass das vorliegende Buch deutschsprachigen LeserInnen und AktivistInnen erste Eindrücke über die aktuell so aufregende und

hoffnungsvolle und gleichzeitig sehr facettenreiche Situation in Kopenhagen ermöglicht. Reisen kann manchmal zu Verwicklungen führen, auch wenn es sich um Touren in uns scheinbar nicht sehr fremde Gegenden handelt. *Wir* wünschen auf jeden Fall eine gute Reise, mit offenem Ausgang und viel Spaß beim Lesen!

Vor dem Aufbruch wollen wir aber nicht vergessen zu erwähnen, dass das Buch ohne die Hilfe von Marie Mortensøn, Mads Kromann-Larsen sowie die Fotografen des Internetportals Modkraft.dk und des Archivs der Arbeiterbewegung in Kopenhagen sowie Anja Elz aus Hamburg ebenso wenig möglich gewesen wäre wie ohne das Lektorat von Theo Bruns. Ein Teil der Gestaltung und des Drucks des Buches wurden durch die Rosa-Luxemburg-Initiative in Bremen finanziert, ohne deren Unterstützung nicht nur dieses, sondern viele weitere ähnliche Untersuchungsprojekte in der Bundesrepublik heute noch weiter unter der Wasseroberfläche agieren würden als ohnehin schon.

*Chris Holmsted Larsen/Peter Birke,
Kopenhagen/Hamburg, Dezember 2007*

I. Stadtentwicklung und Häuserkampf



Foto: Bianka Buchen



Mærsk-Oper (Foto: Bianka Buchen)

Wonderful, wonderful: Kopenhagen im Boom und im Häuserkampf

Von Peter Birke

»Wir sind so reich, dass wir bald die ganze Welt kaufen können.«

Thor Pedersen, dänischer Finanzminister,
in den Haushaltsverhandlungen von 2006

Am Anfang der Überlegungen zu diesem Buch stand nicht irgendeine abstrakte Debatte über Stadtentwicklung, sondern eine für nordeuropäische Verhältnisse äußerst zugespitzte und in ihren Resultaten nicht vorhersehbare Auseinandersetzung – ein Konflikt auf der Straße. Die Barrikaden, die sich nach der Räumung des selbstverwalteten Jugendhauses Ungdomshuset am 1. März 2007 von einem Quartier in Kopenhagen über die Stadt und darüber hinaus ausbreiteten, werfen Fragen auf, deren Beantwortung entscheidend ist, wenn die urbane radikale Linke aus ihrem aktuellen Dämmerzustand herauskommen will. Es sind Fragen, die in ähnlichen Situationen auch anderswo aufgeworfen wurden, in politischen Kämpfen, sozialen Bewegungen, Streiks und Häuserkämpfen – von der Bewegung für den Erhalt des Bauwagenplatzes »Bambule« vor einigen Jahren in Hamburg bis zu den großen Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007. Es ist einfach, einige dieser Fragen zu stellen, aber schwierig, sie zu beantworten. Dazu mag es hilfreich sein, sich die spezifische soziale und politische Entwicklung in Kopenhagen bzw. in Dänemark zu vergegenwärtigen und nach Ähnlichkeiten über die Grenzen hinaus zu suchen.

Barrikaden, Mobilität und Zerstreuung

Was in Deutschland über den Kampf um das Ungdomshuset vermittelt wurde, waren fast ausschließlich die spektakulären Barrikaden-Aktionen, die Massendemos, die sogenannten »Jugendkrawalle«, das Feuer in den Straßen. Der erste Blick fällt deshalb, jedenfalls außerhalb der dänischen Grenzen, ob wir wollen oder nicht, auf die Formen des Kampfes: die Barrikaden.

Barrikaden sind mobile, provisorische Bauwerke, die die Funktion haben, den öffentlichen Raum neu und in Abgrenzung zur Entwicklungslogik der verwerteten und kommerziell ausgebeuteten Stadt zu

definieren.¹ In den Kämpfen der 1980er Jahre bekamen diese Bauwerke auch in Nordwesteuropa zeitweise eine überraschende Dimension. So wurde etwa in den von René Karpantschof² in diesem Buch beschriebenen Kämpfen um die Ryesgade Mitte der 1980er Jahre ein ganzer Straßenzug im Stadtteil Nørrebro für neun Tage abgesperrt. Die Erfahrungen, die in diesen neun Tagen gemacht wurden, brachten einen wichtigen Aspekt, der die Häuserkämpfe in Nordeuropa danach in verschiedenen Formen lange beschäftigt hat, auf den Punkt: Plötzlich entstanden in einem Innenraum der Bewegung soziale Verhältnisse, die die Grenzen der politischen Konzeption der »Autonomie« und der Selbstverwaltung aufzeigten. In ihren halb-militärischen Uniformen fühlten sich die BesetzerInnen bald unwohl. Das Problem und das Bedürfnis der Kooperation und Kommunikation mit dem »Rest« der Wohnbevölkerung wurde aktuell. Die Besetzung wurde schließlich auch deshalb aufgegeben, weil die Gleichsetzung von befreiten Räumen, Freiheit und Emanzipation nicht »automatisch« funktioniert. Dennoch war die Besetzung der Ryesgade kein Misserfolg, keine Niederlage, sondern eine wichtige Erfahrung. Ihrem Vorbild folgten die berühmten »Barrikaden-Tage« in der Hamburger Hafenstraße. Seitdem konnte eine Vielzahl von bis heute existierenden Hausprojekten in den nordwesteuropäischen Großstädten Erfahrungen mit der Ambivalenz der »Autonomie« machen – nicht nur neun Tage, sondern viele Jahre lang.³

Heute sind die Barrikaden kleiner, mobiler geworden. René Karpantschof beschreibt auch dies, wenn er in Bezug auf die aktuellen Bewegungen festhält, dass die Ausdehnung des Kampfplatzes und die Zerstreung der AktivistInnen nach der Räumung des Ungdomshuset am 1. März wichtige Momente waren. Hierfür stehen zahlreiche der auf die Räumung folgenden Aktivitäten, einschließlich der im vorliegenden

1 Zur Theorie der Barrikaden und der Stadtentwicklung: Walter Benjamin: Das Passagen-Werk. Erster Band, Frankfurt/Main 1983, S. 45–59 (Exposé), S. 179–21 (Barrikadenkämpfe).

2 Vgl. auch René Karpantschof/Flemming Mikkelsen: Hausbesetzungen, Jugend und sozialer Protest. Jugendbewegungen in Dänemark von 1965–1995, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz, Opladen 2000, S. 183–209. In den letzten Jahren sind darüber hinaus einige sehr gute Darstellungen der historischen Häuserkämpfe erschienen, so z.B. Thomas Stahel: Wo-wo-woninge! Stadt- und wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968, Zürich 2006.

3 Siehe die Artikel von KRAN und das Interview mit Klaus Danzer im vorliegenden Buch.

Buch beschriebenen G13-Aktion, die den Durchbruch im Kampf um ein neues Ungdomshuset bedeutete. Der Bau von Befestigungswerken wurde der Polizei überlassen, während sich die Proteste in der Stadt ausbreiteten und so eine Dynamik entstehen konnte, die den kurzfristigen Erfolg der Aktion trotz einer außerordentlichen militärischen Unterlegenheit möglich machte. Dabei wurden bereits Erfahrungen mit Aktionsformen aufgegriffen, die einige Wochen zuvor bei den Blockaden gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm erprobt worden waren.

Die »Bauwerke« der sozialen Bewegungen, die Situationen, in denen sie entstehen und bestehen können, sind also zugleich von der gesellschaftlichen und sozialen Situation vor Ort bestimmt als auch transnational aufeinander bezogen. Eine These, die es in diesem Zusammenhang zu diskutieren und zu überprüfen gilt, ist: Angesichts der hohen Geschwindigkeit, mit der sich die soziale Struktur der europäischen Großstädte aktuell verändert, angesichts des Gefälles zwischen Arm und Reich, das in diesen Veränderungen immer größer wird, des »kleinräumigen« Nebeneinanders von Boom und Ausgrenzung, Potenzialen und Repression, ist die Perspektive unwahrscheinlicher geworden, dauerhaft unberührte Inseln der Selbstverwaltung schaffen zu können. Aber gleichzeitig sind die Möglichkeiten gewachsen, den Rausch von Inwertsetzung und Aufwertung stören und, wenn auch nur für einige wenige glückliche Momente, relativ weitgehende Forderungen durchsetzen zu können. Die Veränderungen, die dieser Verschiebung zugrunde liegen, sind komplex und reichen bis in das »Goldene Zeitalter« Mitte des vergangenen Jahrhunderts zurück.

Zweite Industrialisierung

Vor nunmehr fast fünfzig Jahren begann, was in Dänemark als »zweite Industrialisierung« bezeichnet wurde. Nach einer im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern relativ lange anhaltenden Nachkriegsstagnation setzte um 1958 ein Aufschwung ein, der die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung grundlegend veränderte. Die traditionelle abhängige Landarbeit, die auch aus heutiger Sicht außerordentlich schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen bot, verschwand fast gänzlich. Die Lohnarbeit bekam ein immer jüngerer und immer weiblicheres Gesicht. In den Industriebetrieben zogen Fließproduktion, Automatisierung und nach und nach der »Leistungslohn« ein. Die Ent-

behörungen, die mit dieser zweiten industriellen Revolution verbunden waren, die nachhaltigen gesundheitlichen Folgen für die Arbeitenden sowie die ökologischen Folgen wurden zunächst durch das Versprechen verdrängt, dass ein besseres, materiell reicheres und mit neuen Konsum- und Bildungsmöglichkeiten verbundenes Leben für alle möglich sein würde. Nicht, dass es in den 1950er und frühen 1960er Jahren keine sozialen Kämpfe und Konflikte gegeben hätte. Tatsächlich prägten diese Konflikte immer wieder die »große« politische Tagesordnung. Aber sie blieben angesichts der rapiden gesellschaftlichen Entwicklung und angesichts der regressiven Effekte des Kalten Krieges ohne anhaltende Wirkung. So machte die Empörung über den sowjetischen Einmarsch in Ungarn die Netzwerke zunichte, die die Linke nach dem Massenstreik von 1956 in Dänemark gebildet hatte. Die »Volksrente« und andere wohlfahrtsstaatliche Verbesserungen sorgten im selben Jahr dafür, dass die sozialen Interessen der Unterklassen mehr und mehr an den Staat delegiert wurden. 1960 zog die regierende Sozialdemokratie mit dem Slogan »Mach gute Zeiten besser« in den Wahlkampf – und traf damit eine breite Stimmung in der Bevölkerung. Der Ausbau der Sozialleistungen, der Renten-, Invaliden-, Erwerbslosen- und Krankenversicherungen, aber auch der öffentlichen Einrichtungen der Kinderbetreuung und der Gesundheitsvorsorge ging in den 1960er Jahren weiter und erreichte Anfang der 1970er Jahre, als alle dänischen StaatsbürgerInnen weitgehende garantierte soziale Grundrechte genossen, seinen Zenit. Dabei hatte der Wohlfahrtsstaat von vornherein eine doppelte Struktur: Er wirkte einerseits kompensatorisch in Bezug auf die Inwertsetzung und Vernutzung der Arbeitskraft und die damit verbundene Auflösung informeller, patriarchal strukturierter Formen der sozialen Sicherung und war andererseits nach egalitären Prinzipien organisiert. Beispiele hierfür sind die erwähnte Volksrente, die allen Menschen über einem gewissen Alter eine gleiche (»universelle«, aber geringe) Grundsicherung garantiert, oder der in Zeiten der Studiengebühren in Deutschland bewunderte »Studienlohn«, den Leute, die über 18 Jahre alt sind, während ihrer Ausbildung erhalten.

Widersprüche im Wohlfahrtsstaat

Die Jahre des Booms der 1960er und frühen 1970er waren Zeiten der industriellen Umwälzung, der Etablierung von Massenkonsum und

Massenproduktion, des Ausbaus der Schulen, Hochschulen und sozialen Sicherungssysteme. Der Soziologe Nils Ole Finnemann schrieb in den 1980er Jahren treffend, dass »der rote Faden dieser Entwicklung war, dass alle Lebensäußerungen mit einem Male rationell organisiert wurden. Es war eine soziale Revolution, aber sie fand auf eine eigentümlich störungsfreie Art und Weise statt. Der durchaus vorhandene Widerstand blieb im Verborgenen und Unausgesprochenen, oder er erschien verschoben in Bezug auf das, worum es sich eigentlich handelte.«⁴ Meines Erachtens kann man aus dieser Zusammenfassung viel für heute lernen – vor allem, den Bildern der Prosperität und den Phantasien ihrer ungebrochenen Fortschreibung in die Zukunft zu misstrauen.

Mit Bezug auf die Stadtentwicklung, genauer gesagt: auf die Entwicklung Kopenhagens, kann verdeutlicht werden, was damit gemeint ist. In der ersten Phase der industriellen Entwicklung entstanden zwischen ungefähr 1880 und der vorletzten Jahrhundertwende die innenstadtnahen Arbeiterviertel wie Nørrebro, Vesterbro und Østerbro. In den 1950er Jahren war die Bausubstanz dieser einfach, billig und eng gebauten Quartiere, auch als Folge ihrer Vernachlässigung während der Weltwirtschaftskrise und der anschließenden deutschen Besatzung (1940–1945), im Verfall begriffen. Nach dem Krieg wurde das Wohnen in den vor allem seit Ende der 1960er Jahre entstandenen neuen Arbeitersiedlungen propagiert, die sich nach und nach als weitere Siedlungsgürtel um die Stadt herum entwickelten. In Brøndby, Ishøj, Ballerup, Nordvest, Hvidovre, Rødovre entstanden Gebäudekomplexe für das Massen-Wohnen, die an breiten Ausfahrtstraßen angesiedelt waren.⁵ Hochhäuser und Grünanlagen wurden aus dem Boden gestampft, und mit Høje-Taastrup entstand sogar eine Art »neue Stadt« mit eigener Fernbahnstation.

Es ist interessant, sich die Unterschiede zu vergegenwärtigen, die sich in den Projektionen zeigen, die die StadtplanerInnen in den 1960er Jahren zu Høje-Taastrup entwickelten, und denen, die heute in Zusammenhang mit dem Vorzeigeprojekt der aktuellen Stadtentwicklung, der Ørestad, ausgebreitet werden. Während die Ørestad ein Paradies der

4 Nils Ole Finnemann: I Broderskabets Aand. Den socialdemokratiske arbejderbevægelses idéhistorie, Kopenhagen 1985, S. 396.

5 Vgl. etwa: Knud Knudsen, Hanne Capersen, Vagn Oluf Nielsen: Kampen for en bedre tilværelse. Arbejdernes historie i Danmark fra 1800-tallet til 1990, Kopenhagen 1991, S. 288–294.

Kreativen und Reichen zu sein verspricht, mit attraktiven Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten, die weitere Innovationen und SteuerzahlerInnen anlocken sollen, war Høje-Taastrup als Schlafstadt der Massenerbeiter der neu entstandenen Büros und Fabriken geplant, als Teil und Funktion eines urbanen Organismus, den man auf dem Höhepunkt der sozialdemokratischen Planungseuphorie der 1960er Jahre in nahezu perfekter Weise und »progressiver« Linearität steuern und strukturieren zu können glaubte. Auf dieser Grundlage funktionierte das Modell des sozialen Ausgleichs: mit billigen Massenwohnungen, Bibliotheken, Gesundheits- und Pflegezentren vor Ort, während heute teure Eigentumswohnungen, Eventcenter, IT-Betriebe und Shopping-Malls das phantasie reich entworfene Bild der »neuen Stadt« bestimmen.⁶

Die Revolte gegen die Entwicklung

Es war die Revolte der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, an der das Modell des »sozialen Organismus« der industriellen Stadt zerbrach. Ein Teil dieser Revolte richtete sich wie in Deutschland gegen die »Wohnknäste« der Vorstädte und drängte auf die Rückeroberung der Innenstadt. Gegen die Massengesellschaft setzten die Bewegungen der Studenten und Lehrlinge, die neue Frauenbewegung, aber auch ein Teil der militanten ArbeiterInnenbewegung auf Individualisierung und Autonomie sowie auf eine Abkehr von der durch die rigide Arbeitsteilung in der Kernfamilie vermittelten Repression. Später als in anderen westeuropäischen Ländern – eben, wie Finnemann sagt: »verschoben« – wurden die 1970er Jahre das Jahrzehnt der wilden Streiks, der Happenings der linksradikalen Kunstszene, der Besetzung Christianias, der Entstehung von Frauenhäusern, und die 1980er Jahre, in denen die Weltwirtschaftskrise andauerte und eine konservative Regierung erstmals seit Kriegsende dauerhaft an die Macht kam, das Jahrzehnt der »Slumstormer« und der Hausbesetzer. Diese Bewegungen wendeten sich nicht gegen den Wohlfahrtsstaat als solchen. Im Gegenteil traten sie zum größten Teil für den Ausbau der egalitären Sozialleistungen ein. Aber sie wandten sich gegen die entfremdende und mit dem Verfall der sozialen Utopie

⁶ Systematisch entwickelt dies John Andersen: Der Dualismus der Stadtpolitik in Dänemark, in: Planungsgrundschau, Nr. 6, 2002/2003 (Download unter www.planungsgrundschau.de). Hier finden sich auch Hinweise auf weitere, teils kritische Literatur u.a. zur Ørestad.

und der neuen Massenerwerbslosigkeit der 1970er Jahre zunehmend als unmenschlich erscheinende Trias von fordistischer Arbeitsorganisation, Massenwohnungsbau und Kernfamilie.

Demgegenüber war die Parole »Besetze deine Stadt« in den 1980er Jahren mit der Forderung nach der Wiederaneignung des öffentlichen Raums verbunden, die zugleich ein Ruf nach Selbstverwaltung, Kollektivität und Autonomie war, deren innovatives und individualisierendes Potenzial in der Stadtplanung von heute – in einer leicht veränderten, gespiegelten, verschobenen und auf den Kopf gestellten Sprache – angekommen ist.

Kopenhagen als Modell

In den Beiträgen dieses Buches wird immer wieder geschildert, wie diese Dialektik von Protest und seiner Umdeutung, von Aufstand und seiner Verschiebung bis heute wirkt. Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass die aktuelle Protestgeneration nicht die erste ist, die hiermit Erfahrungen macht. In Dänemark sind die staatlichen Ressourcen, die zur Verfügung gestellt werden können, um eine Revolte einzubinden, größer als in den meisten anderen Ländern, selbst wenn man sich nur auf Westeuropa bezieht. Allerdings sollte man den Modellcharakter, der von den politisch Verantwortlichen und den StadtplanerInnen Kopenhagens propagiert wird, von den sozialen Realitäten, die die neoliberal inspirierte Stadtpolitik produziert, systematisch unterscheiden. Denn es ist genau dieser Unterschied zwischen Image und Realität, der ein entscheidendes Moment der Aufstände des Jahres 2007 war.

Ein Beispiel. In einer Sonderausgabe der Zeitschrift *Mandag Morgen* (»Montag morgen«), die die dänische Elite sozialwissenschaftlich begleitet und unterstützt, wurde im Mai 2007 – inmitten und auf dem Höhepunkt der Bewegung, von der in diesem Buch die Rede ist – über Kopenhagens »Modellcharakter« philosophiert. Der Sprecher der offiziellen Werbeagentur der Stadt ließ dabei verlauten, dass der Tourismus neben den boomenden Industrien (IT/Medien, Verkehrsdienstleistungen/Hafen, Sicherheits- und Gebäudereinigungsgewerbe, Biotechnik, Design etc.) eine Schlüsselrolle in der Stadtentwicklung spiele: Als »Modell für die globale Stadt« steht in dieser Lesart neben der »Wissensökonomie« gleichberechtigt die »Erlebnisökonomie«.⁷

Mit Sorge wird in der Zeitschrift ein »Tourism Report« betrachtet, der bilanziert, dass die Gesamtzahl der BesucherInnen Kopenhagens zwar einen historischen Rekord erreicht hat, aber die Zahl der internationalen Gäste nicht so stark angestiegen ist wie im Durchschnitt der Metropolen, mit denen man sich gerne vergleichen möchte. Als Gegenstrategie wird empfohlen – und hier wird es interessant – nicht nur die Eliten der internationalen Wirtschaft und ihre Kongresse in die »Traumstadt« zu locken, sondern auch »NGOs und Graswurzel-Veranstaltungen«.

So zitiert die Zeitschrift *Mandag Morgen* einen Vertreter der städtischen Marketing-Agentur »Wonderful Copenhagen«: »Ich führe die Investoren durch die freie Stadt, durch Christiania. Wenn kreative Leute und Gruppen dorthin gehen und diese alternative Architektur erleben, dann kann ich schnell ein Aufleuchten in ihren Augen sehen: Die Zeit ist reif für's Geschäft!«⁸

Warum, fragt man sich, hat dann die gesamte dänische Polizei, verstärkt durch Knüppel, Tränengas, Anti-Terror-Einheiten, Hubschrauber, Hunde usw. 2006/2007 ein gutes Jahr mit dem Versuch verbracht, dieses »kreative Milieu« zu zerstören? Die Antwort ist einfach: Was eine Agentur wie »Wonderful Copenhagen« oder eine Unternehmungsberatung wie McKinsey, die sowohl die Hafencity in Hamburg⁹ als auch das Ørestad-Projekt in Kopenhagen begleitet haben, als »Traumstadt« entworfen haben, ist nur die Hälfte der Wahrheit. Die andere Seite sind die ungeheure Polarisierung und die daraus entstehenden Spannungen, welche eine seit den 1980er Jahren entwickelte neoliberale Stadt-Politik hervorgebracht hat.

Die Stadt als Unternehmen

Die Kopenhagener Proteste des Jahres 2007 – nicht allein die Bewegung gegen die Räumung und für ein neues Ungdomshuset und zur

7 Vgl. Mandag Morgen, Future of the Cities, Kopenhagen, 14. Mai 2007, S. 68/69, auch im Folgenden.

8 Wie FN 6. Siehe auch den dies systematisch einordnenden Text von Chris Holmsted Larsen in diesem Buch.

9 Zu Hamburg siehe auch: Meinhard Meuche-Mäker, Hartmut Obens, Rainer Volkmann (Hg.): Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen, Hamburger Skripte Nr. 11, Hamburg 2005.

Verteidigung von Christiania, sondern auch die zum Erhalt des Wohlfahrtsstaates, die wilden Streiks im öffentlichen Dienst, in Kinderläden und Pflegeheimen, gegen die Privatisierung und Inwertsetzung der Universitäten und Schulen, für die Rechte der Homosexuellen und MigrantInnen usw. – zeigen vor allem, dass es, anders als es die Stadt-Vermarkter meinen, nicht ein und dasselbe ist, das Image des Standorts im Sinne »internationaler Wettbewerbsfähigkeit« aufzupolieren und andererseits die Lebensqualität in der Stadt für alle zu verbessern. Wenn man wissen will, warum das nicht dasselbe ist, muss man sich ein wenig in der jüngeren Geschichte umsehen.

Nach der konservativ-liberalen Herrschaft der 1980er Jahre kam 1993 in Dänemark eine sozialdemokratische Minderheitsregierung an die Macht, die ihre Politik nicht mehr auf die (im europäischen Vergleich übrigens relativ zurückhaltende) Sparpolitik der 1980er Jahre beschränkte, sondern den Wohlfahrtsstaat und seine Einrichtungen grundlegend zu reformieren versuchte.¹⁰

Ziel war vor allem, seine Funktionalität in Bezug auf die globale Konkurrenz sowie die Mobilität und Verwertbarkeit der Lohnarbeit zu sichern, nachdem beides sowohl durch die Revolten der 1970er als auch durch die Krise der Schwerindustrie, die in Dänemark angesichts der Bedeutung des Meeres und der Häfen und der Abwesenheit von fossilen Rohstoffen vor allem in Werften und hafennaher Industrie bestand, in Frage gestellt worden war. Die Konsequenz war, dass sich die dänische Sozialdemokratie und die Radikale Venstre, ihr linksliberaler Koalitionspartner, ideologisch zögerlich, aber in der Praxis äußerst schnell und entschlossen, der Linie der europäischen New-Labour-Regierungen angeschlossen: Die Privatisierung sogenannter »harter« öffentlicher Einrichtungen wurde etwa ab Mitte der 1990er Jahre von der »Linksregierung« schneller als von ihren rechten VorgängerInnen vorangetrieben und an den EU-Standards ausgerichtet. Gleichzeitig führte die sozialdemokratisch geführte Regierung eine rigide »aktivierende Sozialpolitik« ein, die unter dem Motto »Recht und Pflicht zur Arbeit« zu einer massiven Kürzung der Ansprüche auf Lohnersatzleistungen führte und Jugendliche und Jungerwachsene etliche Jahre, bevor in Deutschland die Hartz-IV-Gesetze verabschiedet wurden, zu Null-Euro-Jobs verpflichtete.¹¹

10 Vgl. Peter Birke: »Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts«. Rechtsparteien in Dänemark, in: UTOPIEKreativ, Berlin 2003, S. 885–899.

Und schließlich verstärkte sich in dieser Zeit wie in ganz Westeuropa die Hatz auf MigrantInnen und Flüchtlinge, deren soziale Rechte und Aufenthaltsmöglichkeiten grundlegend beschnitten wurden.

In der Stadtpolitik drückte sich dies darin aus, dass diese immer mehr ignorierte, dass es sich bei Städten um soziale Gesamtzusammenhänge handelt und dass die Wirkungen etwa einer Privatisierung und Ökonomisierung des Wohnungsbaus oder die Verschlechterung des allgemeinen Zugangs zu Mobilität und sozialen Leistungen nicht folgenlos für die Stadtpolitik insgesamt bleiben.

Mehr und mehr regierte nun auch in den dänischen Städten einschließlich des sozialdemokratisch regierten Kopenhagens das neoliberale Motto, dem zufolge die Anhäufung von Reichtum in den Händen weniger gut für die Allgemeinheit sei. Kopenhagen wurde – wie zur selben Zeit zum Beispiel das damals ebenfalls sozialdemokratisch regierte Hamburg – zum »Unternehmen« erklärt, Ziel war, die »innovativen«, reichen und beweglichen Betriebe und Bevölkerungsschichten anzuziehen bzw. zum Bleiben zu bewegen, immer in der Konkurrenz mit anderen urbanen Zentren. Diese Politik beschleunigte letztlich das durch die Zentralregierung vorangetriebene Auseinanderfallen verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Mit dem Bau der Øresund-Brücke, der Neudefinition der zentralen Achsen der Stadtentwicklung, der Sanierung und Aufwertung von bestimmten Teilen der »Brückenviertel«, der Umwandlung des alten innenstadtnahen Hafengebietes (potenziell unter Einschluss Christianias) und endlich dem Bau der Ørestad in einem wertvollen Naturschutzgebiet auf der der Stadt vorgelagerten Insel Amager in den 1990er Jahren wurden die Weichen für eine neoliberale Stadt-Ökonomie gestellt. Schon in den 1990er Jahren begann insofern die Verdrängung von Teilen der nach den Maßstäben der sich beschleunigenden kapitalistischen Entwicklung nicht ausreichend leistungsfähigen Bevölkerung in Quartiere und Straßenzüge der Viertel Nørrebro, Vesterbro oder Amagerbro, die sozusagen die »Endmoränen« der alten Bevölkerungszusammensetzung bilden, sowie aus der Stadt heraus. Diese Vertreibungspolitik wurde damals weniger vermittels direkter Repression als vielmehr durch

11 Erling Frederiksen: »Null-Euro-Jobs«. Die »aktive Sozialpolitik« und die Landesorganisation der Erwerbslosen in Dänemark, in: Büro für angenehme Lebensweisen (Hg.): Prekäre Bewegungen. Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich und Dänemark, Hamburg 2004, S. 91–111.

die Macht des Marktes durchgesetzt, sprich durch den ständig sinkenden Anteil an Mietwohnungen und sozialem Wohnungsbau und die steigende Zahl teurer Immobilien. Es spricht für sich, dass eines der wichtigsten Projekte der vor etwas mehr als zwei Jahren neu gewählten aktuellen Oberbürgermeisterin ein Bauprogramm war, das im innenstadtnahen Bereich erschwinglichen Wohnraum *für den Mittelstand* schaffen sollte. Das Programm ist heute weitgehend gescheitert.

Zusammengefasst und etwas zugespitzt könnte man sagen, dass die Sozialdemokratie das Modell der Großwohnsiedlung seit Mitte der 1990er Jahre ad acta legte und damit zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen versuchte: Einerseits wurde damit die Verantwortung für die sozialen Folgen der langsam sozial und physisch kollabierenden Stadtplanung der 1960er bis 1980er Jahre zurückgewiesen und in den Verantwortungsbereich einer zunehmend ökonomisierten und nur noch als sozialer Feuerlöscher fungierenden Sozialarbeit verwiesen, während gleichzeitig die Polizei ständig weiter hochgerüstet wurde. Andererseits wurde das Bild der »sozialen Stadt« neu definiert und wie oben geschildert an die in ganz Europa handlungsmächtigen neoliberalen Paradigmen angepasst. Als am Ende des Jahrzehnts ein Massenstreik in der Industrie (1998) und die sich artikulierende breite Unzufriedenheit mit einer Rentenreform (1999) deutlich machten, dass es zu einer zunehmenden Erosion der sozialdemokratischen WählerInnenbasis gekommen war, war es bereits zu spät. 2001 kam eine von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei gestützte liberal-konservative Regierung an die Macht. Zwar konnte die Sozialdemokratie in Kopenhagen und in einigen Umlandgemeinden weiterhin regieren, landesweit befand sie sich seitdem allerdings in einer Dauerkrise, was sich auch bei den Parlamentswahlen des 13. November 2007 bestätigte. Die Krise von New Labour hielt an und machte einer rechten Hegemonie Platz, die erst in den letzten zwei Jahren durch einen neuen Zyklus sozialer Kämpfe – mit offenem Ausgang – angegriffen wurde.

Rechtsregierung und die Folgen

Noch stärker als ihre »linken« Vorgänger setzt die Rechtsregierung seit 2001 auf eine Zerschlagung der Gewerkschaftsmacht, eine Zurückdrängung der linken und demokratischen Basisinitiativen und NGOs, eine auch im europäischen Vergleich außerordentlich repressive Flücht-

lingspolitik und eine massive Umverteilung zugunsten des privaten Reichtums und zuungunsten der kommunalen und überregionalen Sozialhaushalte. Man kann nicht sagen, dass diese Politik nicht erfolgreich gewesen wäre. Ihre Bilanz ist Ende 2007 bemerkenswert und erschreckend zugleich. Während aus deutscher und europäischer Perspektive immer noch das Bild vorherrscht, dass Dänemark eine Art sozialstaatliches Musterland sei, hat sich die Polarisierung zwischen Arm und Reich in Wirklichkeit außerordentlich verschärft. Wie das Zentrum für alternative Gesellschaftsanalyse (CASA) auf Grundlage der offiziellen staatlichen Statistiken Ende August 2007 gezeigt hat, ist die Verteilung der Einkommen in den letzten zehn Jahren, nachdem in den 1960er und 1970er Jahren ein leichter Ausgleich stattgefunden hatte, heute wieder ebenso polarisiert wie noch 1965, also in einer Zeit, in der die Effekte der wohlfahrtsstaatlichen Politik noch nicht durchgreifend spürbar gewesen waren.¹²

In den letzten Jahren vertiefte sich die Ungleichheit schneller als jemals zuvor in der dänischen Nachkriegsgeschichte. Die Veränderung der Stadt schreibt sich in diese Entwicklung ein, die oben geschilderte Politik ist sowohl Ausdruck als auch Resonanzboden der gesellschaftlichen Polarisierung. Der gerade in den letzten Jahren extrem expandierende Kopenhagener Immobilienmarkt sorgt nach Auskunft von CASA dafür, dass die Vermögen der Wohnungs- und HausbesitzerInnen ebenso rasch anstiegen wie die Mieten, die die weniger Besitzenden abführen müssen. Die bürgerliche *Berlingske Tidende* stellte in einer alljährlich stattfindenden Untersuchung über die Vermögensverhältnisse in Dänemark im September 2007 fest, dass von den 139.000 dänischen Familien, die über ein jährliches disponibles Einkommen von mehr als einer halben Millionen dänischen Kronen (rund 65.000 Euro) verfügen, rund 90 Prozent Wohneigentum besitzen. Dagegen sind die 425.000 Familien, die mit unter 100.000 Kronen im Jahr (14.000 Euro) auskommen müssen, zu 92,8 Prozent MieterInnen.¹³ Hierunter sind überdurchschnittlich viele RentnerInnen, Invalide, SozialhilfeempfängerInnen, alleinerziehende Mütter, MigrantInnen, Junge und Studierende. Die zuletzt genannte Gruppe prägte die Physiognomie der Sozialproteste

12 Vgl. Ole Wugge Christiansen/Monsun: Uligheden tilbage på 1965-niveau, www.modkraft.dk, 29.8.2007.

13 Gert Poder/Arbejderne: Danske formuer eksploderer, www.modkraft.dk, 17.9.2007.

der letzten Jahre: Ein Teil dieser Menschen war in den letzten zwei Jahren mehr oder weniger permanent auf der Straße.

Kein Zufall ist schließlich auch, dass die Inwertsetzung der Stadt und der verfügbaren oder für den Markt verfügbar gemachten öffentlichen Räume im Konflikt um das Ungdomshuset eine große Rolle spielen: In dem vorliegenden Buch schildern unter anderem Tobias Alm und Liv Rex Hansen sehr eindringlich, wie sich in der Räumung des Jugendzentrums ökonomische Interessen, ein Verständnis der städtischen Ökonomie als Produzentin von »Events« und die soziale wie moralische Ausgrenzung abweichender Verhaltensmuster miteinander verbunden haben. Auch hier ist Kopenhagen Modell: Häuserkämpfe in Berlin und anderen westeuropäischen Großstädten sind gleichfalls nicht nur dem Wunsch nach Freiräumen für alternative Lebensformen geschuldet – sie artikulieren zugleich einen Widerstand gegen die Inwertsetzung und Ökonomisierung der Stadt, wie sie ihrer Entwicklung zum »Standort« und »Unternehmen« inhärent ist.

Sozialproteste in der Boomtown

Im Vergleich gerade mit deutschen Großstädten gibt es jedoch eine Besonderheit. Der Kampf um die Freiräume findet in Kopenhagen mitten in einer Hochkonjunktur statt, die in den späten 1990er Jahren erste Vorboten hatte, um das Jahr 2000 herum im Zuge des IT-Crashes etwas zurückging, aber seit etwa 2004 in ein konstantes, hohes nominelles Wirtschaftswachstum übergegangen ist. Sehr hübsch zugespitzt hat dies der dänische Finanzminister Thor Pedersen in den Haushaltsverhandlungen von 2006 zum Ausdruck gebracht: »Wir sind so reich, dass wir bald die ganze Welt kaufen können.«

Das Bruttosozialprodukt wuchs in Dänemark 2006 um 3,6 Prozent (EU: 1,4). Für 2007 sind 4,1 Prozent prognostiziert, rund doppelt so viel wie im EU-Durchschnitt. Das von der dänischen Industrie stets wiederholte Orakel, dass die nationale Ökonomie in eine handfeste Krise geraten würde, wenn sich die Bevölkerung in den Volksabstimmungen nicht endlich für die Einführung des Euro entschließen würde, hat sich definitiv nicht erfüllt.

Kopenhagen ist sowohl Staubecken als auch Katalysator der Hochkonjunktur. Berücksichtigt werden muss hier die zentralistische Prägung des Landes, mit Kopenhagen als mit Abstand größter urbaner Zone. Al-

lein im Großraum der Stadt leben rund 1,5 Millionen von etwas mehr als fünf Millionen DänInnen. Rechnet man, wie die Stadtplaner, die südschwedische Nachbarstadt Malmö sowie ihre Agglomeration hinzu, kommt man sogar auf mehr als 3,5 Millionen EinwohnerInnen. Zum Vergleich: In Århus, der mit einigem Abstand zweitgrößten dänischen Stadt, leben gerade einmal rund 250.000 Menschen. Die Hauptstadt- und Øresund-Region ist in den letzten Jahren zum Zentrum der Hochkonjunktur geworden. Damit hat sich zugleich ein Trend umgekehrt: Noch in den 1980er Jahren galt Kopenhagen als Paradigma für die dänische Wirtschaftskrise, mit einer weit überdurchschnittlichen Erwerbslosigkeit und einer Epidemie von Betriebsschließungen, die im Grunde erst mit der Pleite der Großwerft Burmeister & Wain in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein Ende fand. Heute ist die Stadt einschließlich des immer stärker urbanisierten Umlandes zum Zentrum einer transnationalen dynamischen ökonomischen Entwicklung geworden.

Die Region Kopenhagen-Malmö kann als eine Art Schnittstelle der globalen Ökonomie angesehen werden. Hier ist zum Beispiel die Zentrale des Konzerns Mærsk¹⁴ beheimatet, ein gigantischer, diversifizierter Konzern, der Supermärkte (Netto, Bilka), Öl- und Gasförderung, Werften und andere Aktivitäten, vor allem aber Containerschiffahrt betreibt. Das Frachtvolumen der über 200 Schiffe dieses Konzerns ist seit 1993 das größte der Welt, doppelt so groß wie das des nächsten Konkurrenten. Das noch immer in Familienbesitz befindliche Unternehmen beschäftigt weltweit 110.000 und allein in Dänemark 34.000 Menschen und ist der mit Abstand größte Gewinner des Booms.

Oder nehmen wir einen Betrieb wie die ISS Facility Services, der in Dänemark 13.000 und weltweit fast 400.000 Menschen beschäftigt. Dieser ehemals relativ kleine Wachdienst mit Sitz in Kopenhagen-Nordvest ist nicht alleine in Dänemark der mit Abstand größte Profiteur der Privatisierung und Ökonomisierung kommunaler Einrichtungen, die in den 1990er Jahren einen ersten Höhepunkt erreichten. Neben

14 Mærsk ist außerdem eine der großen Firmen, die enorme Summen durch den Krieg im Irak verdient und diesen durch ihre logistische Unterstützung erst möglich gemacht hat. Innerhalb von zehn Jahren hat die Firma Aufträge des US-Militärs im Wert von 11 Milliarden Kronen (ca. 1,7 Milliarden Euro) bearbeitet. Sie ist damit einer der größten Lieferanten des Pentagon. Die US-Tochtergesellschaft Mærsk Inc. befindet sich nach Auskunft des kritischen Journalistenbüros Center for Public Integrity als Nummer 52 auf der Liste der Gesellschaften, die in den letzten sechs Jahren die größten Aufträge des US-Militärs bekommen haben.

Sicherheitsservices bietet ISS heute Gebäudereinigung, Catering und weitere Dienstleistungen an. Die neoliberale Stadtpolitik hat dafür gesorgt, dass ISS in diesem Bereich zum marktbeherrschenden Betrieb wurde. Weltweit stieg der Umsatz des Konzerns von 2005 bis 2006 von 6,2 auf 7,3 Milliarden Euro.

Betriebe wie die erwähnten kontrollieren weltweit Transportketten und Immobilien und tragen zum glänzenden und profitablen Gesicht der südkandinavischen Metropole bei. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, dass die Fundamente der gigantischen Mærsk-Oper, die in den letzten Jahren im Kopenhagener Hafen als »Geschenk« des Containerschiffsriesen gebaut worden ist, auch von den Beschäftigten des Konzerns zum Beispiel in Guatemala mitfinanziert wurden, die im vergangenen Jahr einen monatelangen erbitterten Kampf um gewerkschaftliche Rechte und ihre soziale Existenz geführt haben.

Trotz solcher Kämpfe ist das Vermögen der 50 reichsten dänischen Familien nach Auskunft der erwähnten Erhebung von *Berlingske Tidende* im Boom in nur einem einzigen Jahr (vom 2. Quartal 2006 bis zum 2. Quartal 2007) um 45 Prozent gestiegen. Allein die Familie Mærsk kontrolliert 179 Milliarden der 550 Milliarden Kronen, von denen hier die Rede ist. Zum Vergleich: Im kommunalen öffentlichen Dienst Dänemarks sind die Löhne ungefähr im gleichen Zeitraum mit 2,8 Prozent nur knapp über der durchschnittlichen Inflationsrate gestiegen. Kein Wunder, dass die Proteste gerade in diesem Sektor zunehmen. Aber auch die durchschnittlichen Lohnsteigerungen in anderen Sektoren machen mit um die 3,5 Prozent niemanden reich.

Die Prosperität der unternehmensnahen Dienstleistungen, der Container- und Hafenindustrie sowie die Funktion als Zentrum für Finanzdienstleistungen haben in Kopenhagen heute den Verfall der Nahrungsmittel-, Textil- und Metallindustrie sowie der Werften kompensiert. Doch nicht nur die Ausbeutung von Beschäftigten in anderen Ländern, sondern auch die soziale Polarisierung in der Großstadt selbst ist sowohl Voraussetzung als auch Folge dieser Entwicklung. Die Situation in Kopenhagen im Jahre 2007 ist ein Beispiel dafür, dass die Hochkonjunktur ganz offensichtlich soziale Konflikte nicht entschärft hat, sondern vielmehr eine der Voraussetzungen für ihre *Artikulation* geworden ist. Dabei handelt es sich jedoch keinesfalls um eine Automatik. Ob und wie die soziale Situation im Boom zum Thema von Protestbewegungen

wird, welche Dynamik diese Proteste entfalten und wie sich später an sie erinnert wird, ist nicht in erster Linie eine Frage von Konjunkturen.

Eine andere Logik?

Die sozialen Bewegungen sind gegenüber den »Fortschritten« der Stadtentwicklung nicht einfach nur defensiv und machtlos. In den letzten Jahrzehnten haben sie Stadt-Räume gestaltet und Ansprüche auf alternative Formen der Aneignung und Nutzung formuliert.¹⁵ Diese Ansprüche wurden und werden von StadtplanerInnen und PolitikerInnen aufgegriffen und umgeformt. Umso wichtiger ist es, zu beobachten, wie sie sich verändern, wie sie definiert werden, was sie bedeuten und was ihr emanzipatorisches Potenzial – auch im Inneren der sozialen Kämpfe – ausmacht.

In Dänemark spielen dabei die Modifikation und Erneuerung des Autonomie-Begriffes und der entsprechenden Praxis eine besondere Rolle. Es handelt sich um eine Gesellschaft, die sich in den 1960er Jahren in einer im europäischen Vergleich atemberaubenden Geschwindigkeit in eine industriell geprägte »Fabrikgesellschaft« verwandelte, und aufgrund dieser Entwicklung zu Beginn der 1970er Jahre heftige soziale Unruhen und Proteste erlebte, von der neuen Frauenbewegung über die »andere« ArbeiterInnenbewegung bis hin zu den ersten Hausbesetzungen. Parallel und anschließend an diese Entwicklung kam es zum Durchbruch einer durch die »weichen« Industrien des öffentlichen Dienstes und die Dienstleistungen geprägten Gesellschaft. In den 1990er Jahren setzte sich dann, früher als in der Bundesrepublik, das Konzept des »aktivierenden Sozialstaates« durch, das Ökonomisierung, Individualisierung und Selbstverantwortung miteinander verbindet.

Begriff und Praxis der »Autonomie« konnten von diesen in historischer Rekordzeit umgesetzten Veränderungen nicht unbeeinflusst bleiben. Allerdings ist es nicht zwingend so, dass der Rückgriff auf die Moral des Wohlfahrtsstaates (wie bei den Sozialprotesten, die in Dänemark seit 2006 Hunderttausende zu Streiks und Demonstrationen mobilisierten) »regressiv« ist und die (von der Bewegung für »Freiräume« akzentuierte) Forderung nach Autonomie »progressiv«. Vielmehr

¹⁵ Ausgearbeitet und auf verschiedene Beispiele sozialer Kämpfe der jüngsten Zeit bezogen hat dies: Vincenzo Ruggiero: *Movements in the City: Conflict in the European Metropolis*, Harlow/Essex 2001.

enthalten beide Ansätze, wie der Erfolg der sozialchauvinistischen Propaganda der RechtspopulistInnen ebenso zeigt wie die von der Gruppe KRAN in diesem Buch geschilderten inneren Ambivalenzen der Ungdomshuset-Bewegung, sowohl regressive als auch emanzipatorische Elemente. In der Dichotomie von »alter« ArbeiterInnenbewegung und »neuer« sozialer Bewegung, die die linke und liberale Forschung der letzten Jahrzehnte formuliert und festgeklopft hat, sind diese Ambivalenzen und Widersprüche kaum zu fassen. Inmitten des Prozesses der Veränderung der sozialen Topografie der Stadt und der urbanen Bewegungen, im Strudel der Ereignisse, aus dem heraus dieses Buch geschrieben ist, kommt es daher darauf an, zu versuchen, Kräfteverhältnisse, Wünsche und Möglichkeiten zu bestimmen. Vor allem müssen die überraschenden Elemente zur Kenntnis genommen werden, die die »neuesten« sozialen Bewegungen von ihren VorgängerInnen unterscheiden, auch wenn sie sich dabei immer wieder aus gutem Grund und mit allem Respekt die Masken aufsetzen, die diese VorgängerInnen getragen haben. Ob dabei etwas wirklich Neues geschieht, weiß niemand. Aber jeder Versuch ist einen Versuch wert.

Zur Topografie der Stadt und der sozialen Proteste

Von Peter Birke

Was macht Kopenhagen zu einer »globalen Stadt« und welche räumlich-sozialen Verhältnisse schufen die Voraussetzungen dafür, dass die Proteste gegen die Zerstörung des Ungdomshuset transnational verstanden werden konnten? Hier wird der Versuch unternommen, die Topografie dieser Stadt zu erklären. Es geht dabei um Orte, die sich in letzter Zeit der öffentlichen Aufmerksamkeit der Stadtentwickler oder der Presse erfreuten. Aber es geht auch um eher unbekanntere Orte, die für das Kräftefeld der sozialen Kämpfe eine »diskrete«, aber nichtsdestoweniger bedeutende Rolle spielten und spielen. Es handelt sich also um eine »Kartierung«, die inhaltlich an die Abbildungen der Installation von Bianka Buchen anschließt. Eine weitere Perspektive können sich die LeserInnen selbst erschließen: Dazu muss man nicht nach Norden reisen – ein Rundgang durch die eigene Stadt wäre auch eine Möglichkeit ...

Anfang und Ende in Rødovre

Im Januar 2007 veröffentlichen die dänischen Tageszeitungen ein Foto aus dem Jahr 1964, auf dem ein ungleiches Paar zu sehen ist: Jens Otto Krag, ein legendärer sozialdemokratischer Ministerpräsident, steht vor dem Hintergrund von Staatskarossen, Bodyguards und einigen Ministern an der Seite des Schahs von Persien. Das Bild zeigt, wie die Staatsschefs die frisch erbauten Hochhäuser von Rødovre* besichtigen. Die Hochhaussiedlung war damals ein Vorzeigeprojekt – moderne Bauweise, weiße oder rote Schachteln aus Beton, aufeinander gestapelt, alle gleich, mit Zugang zu Bibliothek und Supermarkt, in der Nachbarschaft von Kleingärten und Parks. Die Bäume, die zwischen den Hochhäusern stehen, sind auf dem Foto noch klein, sie wirken künstlich, wie auf den Planskizzen der Architekten und Stadtplaner.

Anlass dafür, dass das alte Foto in der dänischen Öffentlichkeit auftauchte, war die notwendig gewordene Evakuierung der Hochhäuser. Ein Frühlingsturm drohte sie einstürzen zu lassen. Die Erinnerung daran, dass die Gebäude einmal als Beispiel für den sozialen Fortschritt der

* Die mit Sternchen gekennzeichneten Begriffe werden im Glossar näher erläutert.



Fotos: Bianka Buchen



dänischen Gesellschaft galten, wirkte vor diesem Hintergrund wie ein Spuk, wie eine merkwürdige, verschrobene Idee. Interessant ist, wie die Auseinandersetzung um den Zerfall der Plattenbauten in der dänischen Öffentlichkeit des Jahres 2007 präsentiert und wahrgenommen wurde. Die Gesellschaft, die die Häuser vermietet, bedauerte laut Reportage der Tageszeitung *Politiken* die Unannehmlichkeiten, die den MieterInnen entstanden waren. Sie betonte aber auch, dass in den vergangenen Jahren einiges getan worden sei, um die maroden Bauwerke zu sanieren. Die MieterInnen behaupteten das Gegenteil.

Die aktuellen Pressefotos aus Rødovre zeigen eine bunte Auswahl von Menschen, denen in der Stadtpolitik in der Regel keine Beachtung geschenkt wird. Nicht nur das Bild von Schah und Krag aus den »goldenen« 1960ern, auch die Fotos der HausbewohnerInnen aus dem Frühjahr 2007 tauchen wie Gespenster in den Tageszeitungen auf. Sie zeigen eine alleinerziehende Mutter mit Baby, ein paar proletarische Jugendliche, eine migrantische Familie, eine alte Frau mit einem Kanarienvogel: Porträts der Armut, die – wenn nichts Spektakuläres passiert – unsichtbar bleibt.

Willkommen in Kopenhagen

Nur ein paar Kilometer von Rødovre entfernt, im Stadtteil Christianshavn*, liegt das Dänische Architekturzentrum. Zwischen dem 29. Juni und dem 21. Oktober 2007 wurde dort die Ausstellung »Stadt in der Veränderung« präsentiert. Hier wurden Bilder des »neuen Kopenhagen« gezeigt, ein Phantasie-Ort aus Architekturskizzen, Stadtplänen und Fotomontagen, der »Arbeit und Leben auf eine neue Art und Weise verbindet«, der »spielerisch«, »ökologisch« und, vor allem, »jung« sein will. Es fällt auf, dass die Ausstellung die Sprache der radikalen Linken mit ihrer Kritik an Ausgrenzung und kultureller Vereinheitlichung aufnimmt: Kritisiert wird etwa ein »Kaffee-Latte-Syndrom« in den schicken Stadtvierteln, gefordert werden »experimentelle Wohnformen«, gehuldet wird der »Partizipation«.

Und am neuen aufgeschütteten Strand des ehemaligen Industriequartiers Sundby-Strand wird sogar ein »maritimes Ungdomshus« gebaut – was auf der einen Seite der Stadt mit Helikoptern und Panzern geräumt wird, gilt auf der anderen Seite als schick. Die Reklame-Sprache der Ausstellung nimmt Ideen und Träume der Linken auf und erklärt

sie zu dem, was »die Stadt träumt«. Aber sie entnennt dabei das Wichtigste: dass es eine Frage von Macht und Ressourcen ist, wenn man diese Träume verwirklichen will; dass die Stadt eben nicht für alle offen ist, sondern für viele geschlossen; dass in den letzten Jahren eine auf neue Weise segregierte städtische Gesellschaft entstanden ist. Es ist ein Traum-Ort mit Lücken und Leerstellen, der im Architekturzentrum zur Zeit des Höhepunkts der Ungdomshuset-Bewegung präsentiert wird, und entsprechend wirkt die Sprache, in der sich dieser Ort vermittelt, merkwürdig glatt und synthetisch.

Die Vorgeschichte und der Kontext, in dem die »unternehmerische« Stadt entstanden ist, spielen in dieser total auf die Gegenwart und die vermeintliche Zukunft zugerichteten Sprache keine Rolle. Doch tatsächlich ist die aktuelle Situation in Kopenhagen durch eine Politik vorbereitet worden, in welcher der soziale Wohnungsbau auf Druck der mittelständischen Wählerschaft und auf Grundlage der Adaption neoliberaler Vorstellungen zurückgedrängt wurde. Insbesondere die 1990er Jahre waren in dieser Hinsicht, wie in anderen nordeuropäischen Städten auch, die Zeit eines Paradigmenwechsels: Die sozialdemokratisch dominierte Regierung der Kommune Kopenhagen, und nach der Regierungsübernahme von 1993 auch die sozial-liberale Zentralregierung, wollten, dass Kopenhagen in der Konkurrenz zu anderen Metropolen die Oberhand behielt. Der Bekämpfung und Beseitigung der Armut wurde in diesem Zusammenhang die Funktion zugewiesen, die sozialen Konflikte so zu befrieden, dass es nicht zur Beschädigung des im Rahmen der Stadtortkonkurrenz gewünschten *Images* kommt. So wurde die städtische Sozialpolitik an den Rand gedrängt, prekär, mit Folgen, die auch aus anderen »globalen Städten« bekannt sind: immer weniger billige Mietwohnungen, Privatisierung der Wohnungsbaugenossenschaften, Ökonomisierung öffentlicher Dienstleistungen und kultureller Angebote, heftige Preissteigerungen im öffentlichen Nahverkehr, Verdrängung der ArbeiterInnenklasse aus der Innenstadt, Aufwertung und Umwandlung der migrantisch geprägten Viertel, Verdrängung von Gruppen, die über weniger Ressourcen verfügen.

Die Auseinandersetzungen um das Ungdomshuset haben im Frühjahr 2007 all diese Entwicklungen zum Inhalt gehabt, selbst dort, wo sie sie nicht unmittelbar zur Sprache kamen. Dass ein »maritimes Ungdomshuset« auf der Projektionsfläche des repräsentativen Kopenhagen auftaucht, ist insofern auch ein Resultat des Schocks, den die Kämpfe

des Frühjahrs 2007 bei den Produzenten der offiziellen Stadt-Images ausgelöst haben. Zwar können selbst Straßenkämpfe dem Geschäft dienen, wenn sie bestimmte städtische Räume »spannend« erscheinen lassen, aber ein dauernder innerer Kriegszustand ist dem Investitionsklima doch eher abträglich. So entstand, noch bevor es dem staatlichen Gewaltapparat und den PolitikerInnen zu heikel und zu kostspielig wurde, der dringende Wunsch nach Einverleibung der kreativen Impulse der Jugendproteste und nach einer Verwandlung ihrer Ausdrucksformen zur »szenetypischen« Folklore.

Lichter der Großstadt

Manchmal scheint es, als würde sich die Modernisierung der Herrschaft heute nicht zuerst in der sozialen Realität zeigen, sondern in den Images, die die Stadtplaner von ihr zeichnen, ihren Lichtern und Schatten, »Leuchttürmen« und »gefährlichen Orten«. In Wirklichkeit ist die Bilderwelt, die im Architekturzentrum und anderswo hergestellt wird, jedoch in viel geringerem Maße, als es sich die Projektoren selbst einbilden, eine eigenständige Leistung. Die Bilder reflektieren vielmehr letztlich Widersprüche, die unter anderem in den sozialen Kämpfen artikuliert werden. Stadtplanung ist *eine* von mehreren Strategien, mit diesen Widersprüchen umzugehen. Die Entwürfe der StadtplanerInnen beanspruchen Definitionsmacht – Straßen und Plätze werden neu benannt, die »Achsen« und Himmelsrichtungen justiert, um die sich die Stadt dreht, Funktionen werden zugewiesen. Ihr definitorischer Eifer fasziniert auch Linke manchmal derart, dass der Übergang zwischen Image und Realität verschwimmt und Planung nicht als eine von vielen Strategien des Ins-Gespräch-Bringens und Inwertsetzens verstanden, sondern mit der Praxis der Stadtpolitik schlechthin gleichgesetzt wird. Die Stadt erscheint aus dieser Sicht als monströse sozial-technische Maschine, die Abweichungen rücksichtslos verfolgt, eine dauernde Landnahme betreibt und »alternative« Lebensentwürfe kolonisiert. Die Konflikte um die »Freiräume«, die 2006 und 2007 in Kopenhagen ihren Höhepunkt erreichten, zeigen meines Erachtens, dass dieses triste Bild zu geschlossen ist. Dass die Stadt auch der Ort der Kollektivität, der Freiheit, der Proteste und der gesellschaftlichen Alternativen ist, der wichtigste Ort einer potenziellen »globalen« Umwälzung also, entgleitet diesen Vorstellungen mehr und mehr. Es gibt keinen automatischen und glatten

Übergang vom herrschaftlichen Stadt-Ideal zur Stadt-Realität. Hinter den Images der »neuen« Stadt stehen Interessen, die in unterschiedliche Richtungen weisen, die Namen und Anschriften haben und die sich durchsetzen können oder auch nicht. Ein Bild von der Zukunft der Stadt zu zeichnen, ist aus Sicht der Herrschenden immer ein Risiko.

Die Traumstadt, die im Dänischen Architekturzentrum präsentiert wird, erzählt eine Geschichte der vorgeblich neuen Möglichkeiten der individuellen Entfaltung und kreativen Betätigung. Ihre frischen »Landmarken« sind nicht zufällig Orte wie die neue Oper, das neue Schauspielhaus oder die Königliche Bibliothek. Die Kämpfe der letzten Monate haben das Motiv der »kreativen Stadt« aufgenommen und subversiv umgedeutet. Es wurde gefragt, für wen die Rechte auf Entfaltung, Einzigartigkeit, Wahl der Lebensform und politische und soziale Freiräume gedacht sind. Den enormen Spannungen, die sich in den Sozialprotesten ausgedrückt haben, folgt die Einsicht in den Charakter der Images und Stadt-Ideale: »Es gibt so viele Möglichkeiten, nur nicht für uns.« Das Bild bekommt Risse. Es zeigt sich, dass die Behauptung, dass alle Wünsche und Phantasien bei den privaten Investoren aufgehoben sind, die die neoliberale Politik anwirbt, eine Illusion ist, die nur ein winziger Teil der städtischen Bevölkerung aktiv teilt und vertritt. Es ist kein Zufall, dass die Subversion der Bilder dort am stärksten ist, wo sich die Stadt-Realitäten stärker brechen als anderswo. Die Rebellion fand in den Stadtteilen statt, die früher und heute an der Schwelle zwischen der repräsentativen Innenstadt und der untergründigen anderen Stadt liegen.

Ein Spaziergang durch Nørrebro

Die umkämpften Orte, die kurzfristig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von ARD bis CNN standen, sind die Brückenviertel* (von *bro* = Brücke) Nørrebro*, Vesterbro* sowie Christianshavn*. In den 1980er Jahren waren diese Viertel überwiegend durch den Abstieg des Industrieproletariats und die neue Migration geprägt. Zugleich sind es Orte, in denen die sozialen Bewegungen sehr stark verankert waren und sind. Bis heute haben der militante Flügel der ArbeiterInnenbewegung, die neue Frauenbewegung und die radikale Linke hier ihre Stützpunkte. Aus dem Konflikt zwischen der urbanen neuen Linken, der das 1971 besetzte Christiania zu dörflich und auch zu unpolitisch war,

und der sozialdemokratischen Stadtregierung, die die Altbausubstanz der innerstädtischen Viertel abreißen wollte und eine Sanierung Marke Rødovre propagierte, entwickelte sich ab den frühen 1980er Jahren die BZ-Bewegung*. Die Einheitsliste*, eine Art Regenbogenkoalition verschiedener kommunistischer und bewegungsnaher Gruppen, ist in Nørrebro und Vesterbro eine der stärksten Parteien. Und das Netz der Kinderläden, Volksküchen, besetzten Parks und Häuser ist nirgends dichter als hier.

Dass die Brückenviertel heute Orte des Zusammenpralls zwischen den sozialen Bewegungen und einer Stadt sind, die sich ausdehnt, neue Reiche und Superreiche ausspuckt und sich weit über die Vororte hinaus ins Land frisst, ist wie erwähnt ein Resultat des nunmehr seit fast vier Jahren anhaltenden Wirtschaftsbooms. Die Entwicklung förderte eine Tendenz zur Verdrängung der Armutsbevölkerung aus den innenstadtnahen einstigen Arbeitervierteln, die bereits in den 1980er Jahren in Østerbro begann, sich in den 1990ern in Nørrebro und Vesterbro zeigte und im laufenden Jahrzehnt in Amagerbro einsetzt. Zugleich geriet die innovative Seite der Emanzipationsvorstellungen der Neuen Linken in den Fokus der Vordenker eines »modernen« und vorgeblich »immateriellen« Kapitalismus. Neben den Erwerbslosen, MigrantInnen, schlecht bezahlten ArbeiterInnen im Pflege- oder Kitabereich etablierten sich KünstlerInnen, DesignerInnen und IT-Fachleute – viele davon (ehemalige) Linke. Die Aufnahme und Umdeutung der emanzipatorischen Ideen der historischen Neuen Linken wurde durch diesen Prozess erleichtert. Insgesamt ist für den Umwandlungsprozess der Brückenviertel charakteristisch, dass er keine eindeutige und, wie im Ideal der 1960er Jahre, planerisch festgelegte Neudefinition hervorgebracht hat, sondern eher zu einer Zersplitterung, Auflösung und Individualisierung städtischer Räume geführt hat. In den akademischen Debatten wird das »kleinräumige Polarisierung« genannt. Dabei handelt es sich durchaus um ein typisches Resultat der Aufwertung/Ausgrenzung oder Gentrifizierung* bestimmter Viertel in Großstädten – ein Prozess, der auch in der linken Debatte oft mit allzu einfachen Vorstellungen von eindeutigen und homogenen Entwicklungen assoziiert wird. Was das bedeutet, kann an einem Spaziergang durch Nørrebro gezeigt werden.

Tatsächlich ist hier das Areal, in denen Galerien, schicke Cafés und Kinos das Bild beherrschen, relativ klein. Die entsprechenden Straßenzüge sind im inneren Nørrebro konzentriert, angrenzend an die Seen*,

die die Grenze zwischen der Innenstadt und den Brückenvierteln bilden. Am Blågårds Plads* oder am St. Hans Torv* haben sich die Schaufenster eines »jungen« bürgerlichen Lebensstils etabliert. Dieselben Plätze waren in den 1980er Jahren Zentren der BZ-Bewegung. Wichtige Orte der radikalen Linken befinden sich noch heute dort: *Folkets hus** und *Folkets park** und die Büros einer ganzen Reihe kommunistischer Parteien und Jugendorganisationen. In einem weiteren Sinn können auch die Ateliers einiger international bekannter linker bildender KünstlerInnen oder der Musikklub in der Stengade 30 dazu gezählt werden. Die Yuppies und die Linken sind hier Nachbarn. Aber die andere Stadt befindet sich gleich um die Ecke.

Vom St. Hans Torv gelangt man innerhalb weniger Minuten zu Straßenzügen, die noch durch die mittlerweile alte »neue Armut« der 1980er Jahre geprägt sind, aber auch in Wohngebiete, die einen Rest der Stabilität ausstrahlen, zu der der soziale Wohnungsbau einstmals beigetragen hat. Wenn man sich ins äußere Nørrebro (aus Richtung Innenstadt kommend hinter dem Assistens Kirkegård* und dem Jagtvej* gelegen) oder gar in den Stadtteil Nordvest* (hinter der S-Bahnstation Nørrebro) verläuft, gelangt man in Gebiete, in denen die Situation seit den 1980er Jahren, abgesehen von der Entstehung von Industriebrachen, ziemlich unverändert zu sein scheint. Diese Gegenden, in denen man nur ausnahmsweise auf Touristen trifft, prägen noch immer das Bild Nørrebros, das in den Wohnstuben des dänischen Kleinbürgerturns präsent ist: das Viertel als fremder, »gefährlicher Ort«, in denen die Polizei nur in Gruppen auftaucht und sich nicht traut, die Einsatzwagen zu verlassen.

Rassismus und »Normalisierung«

Die rassistische Politik, die die dänische Zentralregierung spätestens seit 2001 praktiziert, hat dieses Bild gepflegt und tausendfach reproduziert, und gleichzeitig hat die Ausgrenzung der vor allem in den innerstädtischen Vierteln der dänischen Großstädte lebenden MigrantInnen eine soziale Polarisierung verursacht, die man sich in den 1970er und 1980er Jahren kaum hatte vorstellen können.

Letztlich speist sich die Forderung nach einer »Normalisierung«*, die eine Schlüsselbedeutung für die Kämpfe um Christiania und das Ungdomshuset besitzt, aus solchen Polarisierungen. Dieses Schlagwort,

das auch in den Debatten der autonomen Linken oft lediglich als moralische Kategorie erscheint, ist in der Tat ein Symbol für eine komplizierte und differenzierte Mechanik der Macht: Die Forderung nach Normalisierung ist sowohl von oben (als Abwehr neuer sozialer Ansprüche) als auch von unten (als Traum von einer Rückkehr der »goldenen Zeiten« vor 1968) formuliert worden. Der Erfolg der radikalen Rechten in Dänemark hat damit zu tun, dass beide Rufe nach »Normalität« sich gegenseitig verstärken. Je weiter man von den in der Boulevardpresse beschriebenen »Problemquartieren« entfernt wohnt, desto leichter ist man davon zu überzeugen, dass sich dort nicht leben lässt. Aber das Verrückte ist, dass diese »verrufenen« Quartiere und Straßenzüge gleichzeitig dazu dienen, den Kleinbürgern auf dem Land Schauer über den Rücken zu jagen und dennoch selbst ein Resonanzboden für die »rechte Moral« sind. Tatsächlich lebt in Nørrebro und Nordvest auch ein verschwiegener und öffentlich nur selten wahrgenommener Teil der weißen, mehrheitlich männlichen und proletarischen Wählerbasis der radikalen Rechten; Leute, die sich durch die abstrakten Mechanismen der Kapitalherrschaft weniger bedroht fühlen als durch ihre türkischen, kurdischen oder pakistanischen Nachbarn.

Vor diesem Hintergrund propagieren die dänischen Rechtspopulisten, die sich selbst gerne als »wahre Sozialdemokratie« bezeichnen, ebenso wie die christliche Sekte *Faderhus** (»Vaterhaus«), die das Ungdomshuset Anfang des Jahrzehnts erworben hat, die »Rückkehr zu den christlichen und nationalen Werten«. Ihre Propaganda richtet sich gegen Andersdenkende und -glaubende, die sie immer wieder ungestraft als »Dreck« oder »Krebsgeschwür« bezeichnen, und reicht vermittelt der Islamphobie bis weit in die etablierte bürgerliche Öffentlichkeit hinein.

Die Rechte gibt vor, für die noch nicht ganz Verarmten zu sprechen. Zugleich richtet sie sich gegen diejenigen, denen man nur noch das nackte Leben zugesteht, sowie gegen jene, die aus der Normierung und Sterilität, die die sozialdemokratische Politik seit den 1960ern produziert hat, auszubrechen versuchen.

Der Abriss des Ungdomshuset hat gezeigt, dass die Forderung der Dänischen Volkspartei*, die »Drecklöcher« dem Erdboden gleichzumachen, wörtlich zu verstehen ist. Dass das selbstverwaltete Jugendzentrum nicht einmal mehr als Ruine stehen bleiben durfte, sondern unmittelbar nach der Räumung des 1. März in einer beängstigenden

Geschwindigkeit und Effektivität in eine Baulücke verwandelt wurde, war eine Verbeugung der sozialdemokratischen Bürgermeisterin Ritt Bjerregård vor den Rechtspopulisten.

Welchen Stellenwert hat das Rollback der Begriffe und der politischen Praxis wirklich? »Volkspartei« und »Vaterhaus« sind reaktionär, im wahrsten Sinne des Wortes. Solche Figuren waren bereits in den 1960er Jahren zur Stelle, in der Abwehr der sich langsam herauskristallisierenden Rebellion. Aber obwohl sie im europäischen Vergleich eine beängstigende Stabilität entwickelt hat, verharrt die radikale Rechte strukturell auch in Dänemark in der Rolle des Katalysators, d.h. des Wegbereiters und Mehrheitsbeschaffers für die Agenda des Bürgertums. Auf Dauer kann sie keine überzeugende Alternative zum faktisch stattfindenden und im Zweifel von ihr selbst mitgetragenen Sozialabbau bieten. Aus Sicht der vom globalen Markt begeisterten städtischen Elite ist ihre »Dänischtümlerei« (*Danskhed*) im Grunde Folklore. Das jüngste Aufkommen einer Partei namens »Neue Allianz«*, die den radikalen Liberalismus der Regierung teilt, sich aber zugleich als Alternative zum dumpfen Rassismus der Rechtspopulisten präsentiert, verdeutlicht das.

Die neue Stadt am Øresund

Was Stadt und Region boomen lässt, hat mit *Danskhed* nichts zu tun. Plastisch wird dies, wenn man sich die Linienführung der neuen U-Bahn ansieht. Die vor drei Jahren eröffnete erste Teilstrecke der Metro führt vom Stadtteil Frederiksberg, der als eigenständige, reiche und traditionell konservativ regierte Kommune mitten in der Großstadt ein Anachronismus ist, über Nørrebro und Amager, wobei jeweils die schicken Straßenzüge dieser Viertel gestreift werden. Die Metro trägt zu deren weiterer Aufwertung bei, führt aber auch dazu, dass die Abkoppelung des äußeren Nørrebro (und der dahinter liegenden Quartiere) von der städtischen Entwicklung zunimmt. Der Bau der U-Bahn hat zu einer Verfestigung und Dynamisierung der beschriebenen kleinräumigen Polarisierung beigetragen. Aber vielleicht noch wichtiger ist, wie sich die Streckenführung in jene politische Neudefinition der Stadt einschreibt, die seit etwa 15 Jahren die Stadtentwicklung bestimmt: Man könnte sagen, dass die Streckenführung die Stadtentwicklung illustriert, von der partiellen Inwertsetzung und funktionellen Neudefinition der Brü-

ckenviertel, über die einen Steinwurf von der neuen, zentralen Station Kongens Nytorv entfernten Monumente der Hafенrandbebauung bis hin zur Ørestad, die als Endstation die »unternehmerische Stadt« des 21. Jahrhunderts symbolisiert. Die Richtung, die sich in dieser Streckenführung darstellt, wird, wie in anderen europäischen Großstädten, von einer erdrückenden Mehrheit im Stadtparlament getragen.

Dabei handelt es sich bei der Ørestad um einen völlig neu geplanten und erbauten Stadtteil im Format einer mittelgroßen Stadt mit vier relativ eigenständig definierten Quartieren. Erbaut wird dieser Stadtteil auf einem vor einigen hundert Jahren eingedeichten Gebiet auf der Insel Amager vor Kopenhagen. Ørestad – die Stadt am Øresund – soll die Verbindung zwischen Kopenhagen und dem auf der anderen Seite der Meerenge gelegenen Malmö herstellen. Die Brücke über den Sund verkörpert diesen Prozess des Zusammenwachsens der beiden skandinavischen Großstädte ebenso wie die Zusammenarbeit der Hafенwirtschaften der am Sund gelegenen Städte. Der seit den 1960er Jahren geplante und seit den 1990er Jahren umgesetzte Bau der Autobahn- und Schnellzugverbindung zwischen Dänemark und Schweden, die Fertigstellung der Metro bis 2012, die Hafenerweiterung und die gleichzeitige Umdefinition der ehemaligen Industrie- und Umschlagsgelände im südlichen Hafенbereich: All dies sind Projekte, die mit einem riesigen Kapitaleaufwand – und teils hohen Verlusten – gestartet wurden; Projekte, für die zwei Staaten und zwei Großstädte nicht zuletzt auch finanzielle Garantien übernehmen müssen. Das Versprechen ist, dass die Ansiedlung von Konsumpalästen und großen öffentlichen Arbeitgebern wie *Danmarks Radio* oder der Universität in bzw. nahe der Ørestad sowie der Bau von teuren Eigentumswohnungen und Bürokomplexen die staatlichen und städtischen Investitionen in Metro und Infrastruktur auf Dauer amortisieren werden.

Das propagierte Ziel lautet, Synergieeffekte zu erzeugen, beide Städte gleichzeitig zu vermarkten und eine wirtschaftliche Dynamik in Gang zu setzen, die die dänisch-schwedische Region als Ganze erfasst. Die Ørestad bildet die zentrale symbolische Achse dieser Vorstellungen. Sie versinnbildlicht die Verknüpfung der ökonomischen und physischen – in Malmö etwa durch die geplante Eingemeindung weiterer Städte und Dörfer – Expansion der Region mit der globalen Wirtschaft. Schon jetzt existiert eine Schnellzugverbindung zwischen der Baustelle der Ørestad und dem ebenfalls auf Amager gelegenen Kopenhagener Flughafen.

Dass sich Kopenhagen/Malmö in Abgrenzung zu anderen Metropolen und genau wie diese als »globale Stadt« definiert, sagt etwas darüber aus, was unter kapitalistischen Voraussetzungen »Globalität« ist: Es geht um einen transnationalen Bezug als Abgrenzung, nicht darum, Verbindungen oder gar solidarische Verhältnisse zu schaffen, sondern um eine Konkurrenz um internationale Firmenzentralen, Investoren, Märkte, um einen maximalen Anteil an der Ausbeutung der WeltarbeiterInnenklasse.

Diese Definition der Transnationalität prägt letztlich auch das Menschenbild der PolitikerInnen und dominanten Stadtplaner, ihr Bild von der idealen BewohnerIn der Stadt: Hier sind Touristen, schöne, glatte und zahlungskräftige Menschen vereint, es herrschen Mode, Design und Banko. In Hamburg sind Hafencity und Elbphilharmonie, in Kopenhagen sind Ørestad und Mærsk-Oper Symbole für das Bestreben, aus der internationalen Konkurrenz der Städte als strahlender Sieger hervorzugehen. Eine groteske Folge dieser Konstellation ist, dass alle neu gebauten Städte und all die errichteten beleuchteten Glasfassaden sich irgendwie ähneln und letztlich Gleichförmigkeit und Langeweile ausstrahlen.

Dennoch sind solche Formen symbolischer Politik nicht einfach als »optische Täuschung« oder »Manipulation« abzutun. Vielmehr handelt es sich um bedeutsame Veränderungen in der stadtpolitischen Praxis. Was Kopenhagen betrifft, so üben nicht nur der im Grunde etwas abgelegene Bau der Ørestad, sondern auch und vor allem die gesamte Neustrukturierung des innerstädtischen Hafенbereiches eine unbestreitbare Faszination aus. Die öffentlichen und halböffentlichen Gebäude, die bisher hier entstanden sind, haben eine »Leuchtturm«-Funktion*: Sie frieren den utopischen Gehalt der Vorstellungen ein, die mit der »neuen Stadt« verbunden sind.

Ein Beispiel ist der »Schwarze Diamant«*, ein neu erbauter Gebäudekomplex am Hafенrand, in dem sich ein Teil des Staatsarchivs, Bibliotheken, ein Ausstellungsraum, teure Gaststätten und eine Festhalle befinden. Mit seiner Glasarchitektur repräsentiert dieser Bau das neue Kopenhagen, das von Licht durchflutet wird. Insofern ist der symbolische Gehalt, den die Ørestad und der »Schwarze Diamant« vermitteln, in gewissem Sinne wichtiger als ihre konkrete Nutzung. Es handelt sich um repräsentative Orte, die zuerst die Begeisterung der Stadtplaner und Architekten wecken und dann um den Blick der Touristen werben sol-

len. Man kann nicht behaupten, dass sie darin völlig ohne Erfolg wären – Kopenhagen gilt international als Vorbild für eine Stadtpolitik, die sowohl originell als auch ästhetisch und gestalterisch anspruchsvoll ist.

Die kreative Stadt

Mit dem Brückenschlag nach Malmö begann die Aufwertung eines Teils von Christianshavn, eines Quartiers, das sowohl am Hafенrand als auch an der Metro und insofern auf einer zentralen Achse der Stadtentwicklung liegt. Christianshavn war lange Zeit wie Nørrebro eine Arbeitersiedlung. Hier lag u.a. die Maschinenfabrik der Großwerft von Burmeister & Wain (B&W)*. Am Ende der Insel Refshaleøen*, die die Verbindung des Stadtteiles zum Meer bildet, lag bis 1995 die Werft selbst. Sie war der größte industrielle Arbeitgeber Dänemarks, mit einer rebellischen, im Widerstand gegen die deutsche Besatzung wie in zahllosen wilden Streiks nach 1945 bewährten Belegschaft. Zwischen Christianshavn und B&W schließlich existierten seit Hunderten von Jahren Kasernen der dänischen Marine. Ein Teil dieser Kasernen stand seit den 1960er Jahren leer und wurde 1971 von überwiegend jungen Leuten besetzt: Das war der Anfang der Geschichte von Christiania.

Im Zuge der Schließung der Werft, der Containerisierung und Verlagerung des Hafens an Kaianlagen am Sund, die genügend Tiefgang für die großen, modernen Containerschiffe bieten, sowie der Aufgabe eines Teils der Flächen durch die Marine wuchs die neue, postindustrielle Stadt in das ehemalige Hafen-, Militär- und Industriegebiet hinein. Wenn man einen Spaziergang auf Refshaleøen unternimmt und das ehemalige Werftgelände betritt, bekommt man einen Eindruck von der dadurch entstandenen Übergangssituation. Seit 1995 ist hier allerlei unternommen worden, um das riesige ehemalige B&W-Gelände mit seinen Dutzenden Werkshallen zu bespielen – ein Indoor-Golfplatz in der Schiffsmontagehalle, ein Autokino auf dem Platz davor. Angesichts des gigantischen Aufwandes an Arbeitskraft und Kapital, den die anderen Baustellen in der Stadt binden, verläuft der Umwandlungsprozess auf dem Gelände von B&W zurzeit noch vergleichsweise langsam.

Aktuell beherrscht dort eine Mischung aus Schrottplatz, gehobenem Antiquitätenhandel, Bootswerften für kleinere Yachten sowie aus Ateliers und halblegalen Wohnungen das Bild. In unmittelbarer Nähe des Christiania-Geländes ist der Prozess aus Verfall und Abriss,

Zwischennutzung und Umnutzung, Neudefinition und Aufwertung dagegen wesentlich weiter fortgeschritten. Zur Zeit der Besetzung vor 36 Jahren handelte es sich um ein Gelände am Rande der Stadt, das an ein Arbeiterviertel angrenzte und zwischen Industrieanlagen und anachronistischen Befestigungsanlagen gelegen war, schon vom Grün in Beschlag genommen und nahe der offenen Landschaft des Meeres, der »Benzininsel«* und einer heute nicht mehr existenten Volksbadeanstalt namens »Helgoland«. Kurzum: ein idealer Platz zum innenstadtnahen Aussteigen.

Heute liegen jenseits des Wallgrabens, der die Grenze Christianias bildet, neu erbaute, teure Eigentumswohnungen und Büros. Dahinter, auf dem Gelände der ehemaligen Militärwerft, befindet sich die Hochschule für Architektur, Film- und Schauspiel, deren Einzug bereits in den 1990ern den symbolischen Übergang vom *waste land* zur kreativen Stadt markierte. Und vor kurzem ist auch, kaum einen Steinwurf von Christiania entfernt, die auf einer künstlichen Insel gebaute gigantische Mærsk-Oper* eröffnet worden, ein zum Teil durch die gleichnamige Reederei, die der größte Global Player Dänemarks ist, finanziertes, ebenso hässliches wie Respekt einflößendes Gebäude. Der Koloss scheint ein Symbol für die Beantwortung der alten Frage »Wer herrscht hier?« sein zu wollen. Die Antwort lautet: Mærsk, der Wohltäter.

Was heißt das für Christiania? Die Dialektik zwischen neuen sozialen Bewegungen und Stadtentwicklung, die ich oben am Beispiel von Nørrebro beschrieben habe, wirkt auch hier, wenngleich nicht in der Form von Umnutzung und »kleinräumiger Polarisierung«, sondern auf der Basis der Bebauung von Geländen, die zwar nicht menschenleer sind, deren alte industrielle und militärische Nutzung aber aufgegeben wurde. Was 1971 Brachfläche war, ist heute begehrtes und potenziell in Wert zu setzendes Gebiet. Was 1971 Raum für den Traum vom Ausstieg und von einer anderen Gesellschaft bot, liegt heute auf einer zentralen Achse der Boomtown. Selbst die Suche nach einem anderen Leben, die sicher ein Motiv dafür ist, dass Christiania nach dem Vergnügungspark Tivoli und dem königlichen Schloss Amalienborg der drittgrößte Touristenmagnet der »Märchen-Hauptstadt« ist, hat in den Traumschlössern der neuen Reichen eine schwache und merkwürdig verdrehte Spur hinterlassen: Der Künstler Ólafur Eliasson, der den Eingangsbereich der Mærsk-Oper gestaltet hat, hat diesem unsichtbaren Verhältnis eine geniale, wenn auch vielleicht unbewusste Manifestation

verschafft: Wenn man sich auf der anderen Seite, am innerstädtischen Hafenrand-Ufer vor Amalienborg befindet und auf den gigantischen Neubau blickt, leuchten im Inneren desselben drei gelbe Punkte auf rotem Grund: das Zeichen von Christiania.

Die freie Stadt

Der Kampf um Christiania, der sich öffentlich vor allem um das Schlagwort der »Normalisierung« dreht, ist insofern auch ein Kampf um den Umgang mit der exorbitanten Wertsteigerung der Grundstücke, auf denen man wohnt. Die über tausend Razzien gegen Cannabis-Verkäufer, die in den letzten paar Jahren in der »freien Stadt« stattgefunden haben, haben diesen Konflikt zwar lange Zeit geprägt, aber in den konkreten Verhandlungen um das mit Abstand größte besetzte Wohn- und Arbeitsprojekt in Westeuropa spielen »Normalisierung« und »Drogenproblem«, die Lieblingswörter der Rechtspopulisten, aktuell kaum noch eine Rolle. Im Mittelpunkt stehen dagegen »Privateigentum«, »Ökonomisierung«, »attraktive Wohnviertel«.

Christiania liegt also unversehens mitten in einer Landschaft, auf die das Begehren einer aktuell hegemonialen Form der Stadtentwicklung gerichtet ist. Diese Lage macht einen Teil des Interesses aus, das die »freie Stadt« international verbuchen kann. Es geht dabei nicht nur um den Tourismus als einen der wichtigsten Faktoren der postindustriellen Stadt-Ökonomie. Es geht auch um die inspirierenden Momente sogenannter experimenteller Wohn-, Lebens- und Architekturformen, denen regelmäßig die Funktion zugeschrieben wird, den Boden für die Inwertsetzung zu bereiten.

Damit ist die Strategie, die Christiania trotz aller Angriffe überleben ließ, in Frage gestellt. Denn was bis dato den Erfolg Christianias ausgemacht hat, war eine Art ironische Anknüpfung an die Teilung, die zwischen Fabrik und Gesellschaft herrschte. Hinter Christianshavn lag die andere Welt, die Welt der Industriearbeiter und Militärs: »Betreten verboten« hieß es jenseits des Walls. Christiania war die Anti-Konstruktion zu diesem Jenseits, ein alternatives Jenseits, das die Praxisformen, die Militär und Fabrik hervorgebracht haben, bewusst konterkarierte. Es sollte eine freie Stadt sein, ein Topos der Utopie, ein Zusammenleben, das ein eigenes Innenverhältnis produzierte, beruhend auf Selbstverantwortung, ohne Besitztümer und Straßennamen. Sogar eine eigene

Armee wurde ironisch aufgestellt, die queere und bunte Aufzüge veranstaltete und alle Armeen der Welt der Lächerlichkeit preisgeben sollte. Lange Zeit war diese freie Stadt Mittelpunkt der Kopenhagener Schwulenbewegung. Die Einverleibung dieses Ortes knüpft durchaus an der Idee des Gegen-Ortes an. Wie andere Projekte aus der kleinen Auswahl besetzter Orte, die seit den 1980er Jahren nicht sofort militärisch besiegt werden konnten, wird auch Christiania zur Projektionsfläche des innovativen Kapitalismus.

Doch dieser Prozess ist weder so folgerichtig und eindeutig noch so unvermeidbar, wie er scheint: Der Kampf um das Ungdomshuset hat gezeigt, dass es eine Grenze dessen gibt, was sich die kapitalistische Stadtentwicklung einverleiben kann und will. Der Kampf um die Werte und Bilder, der in und um Christiania stattfindet, hat diesen Ort zugleich aus seiner entpolitisierten Unschuld der 1990er Jahre befreit. Die Aufwertung verschafft der freien Stadt eine zentrale und wenn man so will strategische Lage. Was dabei herauskommt, wird Resultat des Kampfes der Christianitter genannten BewohnerInnen der freien Stadt sein. Der Angriff auf Christianias Seele ist ein Problem, aber auch eine Herausforderung: Wie kann der Anspruch auf kollektives Eigentum und Basisdemokratie gegenüber der Innovation und ihren mächtigen Sachzwängen gerettet werden? Die Versuche, eine andere Antwort zu finden, deren zentraler Inhalt ist, die Privatisierung der vorhandenen Werte zu vermeiden, sind nicht nur im lokalen Maßstab von Bedeutung. Auch im Falle des Ungdomshuset spielte die Frage der Ökonomisierung eine entscheidende Rolle.

Obwohl es die AktivistInnen geschickt verstanden haben, ihre Rolle als »Kreative« hervorzuheben – tatsächlich traten viele bekannte internationale KünstlerInnen zuerst im Ungdomshuset auf –, ließ sich die sozialdemokratische Stadtregierung nicht darauf ein, das Haus oder ein anderes Gebäude unter der Überschrift der »Kulturförderung« unter dem Marktpreis zur Verfügung zu stellen. Dass die christliche Sekte »Vaterhaus« heute durch den Verkauf des Grundstücks nahezu das Zehnfache des Ankaufspreises verdienen würde, sagt sowohl etwas über die Gentrifizierung Nørrebros als auch über die Ambivalenz der Motive der radikalen Rechten aus:

Den Teufel aus Nørrebro zu vertreiben ist – eine anhaltende Hausse am Immobilienmarkt vorausgesetzt – auch ein gutes Geschäft. Die AktivistInnen von Ungdomshuset und Christiania haben zuletzt sehr

deutlich gemacht, dass es eine innere Verbindung beider Projekte gibt, indem sie ihre Demonstrationen und Aktionen von Christianshavn nach Nørrebro verlaufen ließen. Dabei kam es zu einer interessanten räumlichen Umstülpung, denn »dazwischen« liegt aus dieser Sicht nicht mehr das eine oder andere Brückenviertel, sondern die Kopenhagener Innenstadt mit den Machtzentren des dänischen Staates. Dass die Konflikte um beide Projekte zudem auch im transnationalen Zusammenhang als exemplarisch wahrgenommen werden, ist eine der Voraussetzungen, unter denen das vorliegende Buch entstanden ist.

Die globale Stadt und ihre Vorstädte

Kopenhagen ist überall, zumindest im Nordwesten Europas. Ein Vorbild der Ørestad und ihrer Umgebung sind die Docklands in London. Die Kopenhagener Metro ist technologisch eine Interpretation der *Docklands Light Railway*. Die Ørestad wiederum ist eines der Modelle für die Hamburger Hafencity, abzulesen an der Förderung von Universitäten (Hafencity University in Hamburg, Architekturhochschule in Kopenhagen), dem Bau der Elbphilharmonie und anderer »Leuchttürme«, dem U-Bahn-Anschluss, der Mischung aus Kultur, Kommerz, teurem Wohnraum, prekärer Dienstleistungsarbeit und gehobenen Arbeitsplätzen. Hier wie dort werden aber nicht nur »neue Städte« gebaut, sondern zudem ehemalige Industrieflächen im Hafen zuerst durch die freie, prekarierte Kulturproduktion bespielt, um dann von der hochprofitablen und professionalisierten Eventkultur übernommen zu werden.

Die ausführenden Organe dieser Entwicklung sind von der Stadt ausgegründete private Gesellschaften, deren Zweck die infrastrukturelle und bauliche Erschließung der Grundstücke ist, die später privaten Eigentümern übergeben werden sollen. Diese Gesellschaften haben somit neben der klassischen staatlich-kapitalistischen Funktion der Schaffung der Voraussetzungen für die private Aneignung von Reichtum die Aufgabe der Vermarktung von Flächen. Sie treten deshalb nach außen wie riesige PR-Agenturen auf, die peinlich darauf achten, dass das Image des Projektes stimmt und sauber bleibt. Resultat ist eine merkwürdige Mischung aus der Behauptung einer besonderen Ausstrahlung und Originalität auf der einen Seite und einer auf Kritik gereizt reagierenden und stromlinienförmigen Betreuung der öffentlichen Meinung auf der anderen Seite. In den selbsternannten strategischen Zentren der globa-

len Stadtpolitik ist es deshalb nicht immer einfach, einen Unterschied zwischen Reklame, Kunst/Architektur und Politik auszumachen. Zugleich entziehen diese Entwicklungsgesellschaften einen großen Teil der städtischen Ressourcen der demokratischen Beschlussfassung. Stattdessen entwickeln damit beauftragte Agenturen »Beteiligungsprojekte«, die die fehlende öffentliche Debatte ersetzen sollen, in aller Regel aber substanzlos sind.¹ Der Prozess läuft auf den Versuch hinaus, die »kreative Stadt« rest- und widerstandslos zu einer Abteilung der »unternehmerischen Stadt« zu machen. Das Risiko, das diese Art der Stadtplanung und -politik eingeht, ist freilich, dass diese Unterwerfung nicht funktioniert und dass die von ihr aufgebaute Lichtmaschine unter Umständen sogar die Scheinwerfer auf Konflikte richtet, die sonst im Dunkeln geblieben wären. Solche Konflikte können deshalb als exemplarisch verstanden werden, weil der Boom der urbanen Zentren Auswirkungen auf das Territorium hat. Wenige Wachstumszentren, vor allem die urbanen Großräume, bündeln und konzentrieren den ökonomischen Reichtum der Gesellschaft. Die Folge ist, dass nicht allein die soziale Polarisierung in der Stadt selbst zunimmt. Sowohl in den skandinavischen Ländern als auch in der Bundesrepublik stehen den boomenden Regionen mehr oder weniger verlassene ländliche Zonen gegenüber.

Diese Entwicklung lässt sich etwa auf dem Weg von Hamburg nach Berlin gut beobachten: Die wachsende Stadt (einschließlich ihrer »kreativen« Spielart) lebt auf Rechnung Hunderter schrumpfender Städte, deren Auswanderer das mobile Arbeitskrätereservoir der Ersteren bilden. Damit spiegelt sich im Territorium *jenseits* von Ørestad und Hafencity ein Prozess, der im *Inneren* der globalen Stadt ebenfalls zu beobachten ist. Die neoliberalen Apologeten haben die Theorie entwickelt, dass der Boom auf Dauer etwas für die Armen abwerfen werde. Davon haben die, die *jetzt* am Rande und unter dem Existenzminimum leben, leider gar nichts. Die Ökonomisierung des Sozialen, für das sich die städtische Politik nicht mehr zuständig erklärt, macht ihre Situation umso prekärer.

1 In Hamburg kam man etwa zuletzt sogar auf die Idee, den Plan einer »Living Bridge« (der Bau von Wohnungen mit Elbblick für die Reichen) in einem Chatforum diskutieren zu lassen und dies als eine Art Bürgerbeteiligung zu vermarkten. Dass die Alternativen, die so auf den Tisch kommen, sehr überschaubar sind, liegt wohl auch daran, dass die den Neubauprojekten zugrunde liegenden Konzeptionen durch Agenturen wie die Unternehmensberatung McKinsey definiert werden, für die die oben skizzierte neoliberale Theorie sowohl das erste als auch das letzte Wort ist.

Rødovre und die Leuchttürme

Die Frage ist, warum diese Politik der Polarisierung seit einigen Jahrzehnten dominant werden konnte. Warum gab es in der Fläche und im Territorium lange kaum sichtbaren Widerstand gegen die polarisierende Entwicklung? Oder anders gefragt: Was würden die BewohnerInnen der zerfallenden Hochhäuser in Rødovre auf die Frage antworten, wie sie den »Schwarzen Diamanten« oder die Mærsk-Oper finden? Es ist eine wirkliche Frage, keine Rhetorik, denn vielleicht wären sie beeindruckt. Denn in der Tat: Die »Leuchttürme« der Boomtown machen Eindruck. Die lange Planungs- und Ausführungszeit sowie der Kapitaleinsatz, mit dem diese Projekte verbunden sind, lässt jede alternative Option zunächst vergleichsweise machtlos erscheinen. Das Wichtige am Kampf um das Ungdomshuset ist von daher, dass er das Gegenteil bewiesen hat. Er zeigt, wie die sozialen Bewegungen selbstständig zur Erschaffung und Veränderung der Stadt beitragen können. Die Tatsache, dass die Sehnsucht, die der Kampf um das Ungdomshuset ausdrückt, in einer bestimmten Generation weltweit so gut verstanden wurde, dass es zu zahllosen Demonstrationen und Besetzungen von Istanbul bis Berlin und von New York bis Neuseeland kam, ist ein Zeichen der Bedeutung und potenziellen Stärke des Protests. Offen bleibt dabei allerdings die Frage, wie die Verbindung zwischen den Häuserkämpfen und anderen sozialen Bewegungen möglich gemacht werden kann.

Für solche Verbindungen gibt es durchaus Beispiele, nicht nur in Kopenhagen. In Hamburg etwa kam es vor einigen Jahren im Zuge der Räumung des Bauwagenplatzes »Bambule« kurzfristig zu einem bemerkenswerten Bündnis verschiedener Bewegungen, die *zugleich* gegen die »Normalisierung« und gegen eine unsoziale Stadtpolitik – die Schließung von Frauenhäusern und Einrichtungen der Drogen- und Jugendhilfe usw. – protestiert haben. Nicht nur die »flüssige« und »umherschweifende« Art der Aktionen, auch die Klarheit, in der gegen beide Formen des herrschenden Liberalismus (die Politik der »Normalisierung« wie der »Aufwertung«) angegangen wurde, war ihre Stärke. In Dänemark kam es in diesem und im vergangenen Jahr zu Protesten gegen die Einschränkungen in der Altenpflege und im Gesundheitsbereich, die durch die steuerliche Umverteilung zugunsten der hohen Einkommen, welche die Zentralregierung zu ihrem Steckenpferd gemacht hat, verursacht wurden. Diese Proteste verbinden sich aktuell

mit vielfältigen Aktionen, wilden und legalen Streiks, Demonstrationen und studentischen Protesten. Wo sich Kämpfe um soziale Zentren und andere Freiräume mit solchen für soziale Rechte und Existenzsicherung zusammentun, können sie ein Potenzial entwickeln, das regelmäßig selbst diejenigen überrascht, die sich im Inneren der Bewegungen engagieren. Und die Bezugnahme aufeinander wächst: Auf der zentralen Demonstration gegen Sozialkürzungen am 2. Oktober 2007, an der in Kopenhagen ca. 100.000 Menschen teilnahmen, war die Forderung nach einem »neuen Ungdomshus« unüberhörbar.

Fragen und Antworten

Dieser Effekt hat auch bei der Entstehung des vorliegenden Buches eine Rolle gespielt. Als es im Winter 2006/2007 zu ersten massiven Protesten gegen die bevorstehende Räumung kam, war kaum absehbar, dass die Protestbewegung ein derartiges Ausmaß und vor allem eine derartige Ausdauer entwickeln würde. Dass sie im Sommer 2007 immer noch lebendig war und sich sogar über die Wut der Räumungstage hinaus weiterentwickeln konnte, weckte unsere Neugier, zumal das Ungdomshuset ähnlich wie Christiania in den 1990er Jahren ein Projekt war, das in der Kopenhagener Linken kaum eine Rolle gespielt hatte. Wie kam es, dass sich nunmehr ganz andere, teilweise sehr junge Leute auf das soziale Zentrum bezogen, Leute, mit denen die lokale und überregionale Linke nicht sehr viel zu tun hatte? Wie kam es zur Ungleichzeitigkeit der Bewegungen in den verschiedenen Städten? Inwieweit waren die Bewegungen lediglich von außen, durch den Widerstand gegen Übergriffe geprägt und in welchem Sinn gingen sie über diesen Abwehrcharakter hinaus? Welche Konsequenzen waren aus der Niederlage des Versuches, das Ungdomshuset militant zu verteidigen, zu ziehen? Was schließlich bedeutete die Diffusion der Bewegung im Anschluss an die Räumung?

In den ersten Tagen nach der Räumung des Hauses erzählten Leute zu diesen Fragen völlig unterschiedliche Geschichten. Der Eindruck entstand, dass der mit der Bewegungssituation verbundene Optimismus oder Pessimismus etwas sehr Individuelles und Persönliches war. Dennoch entstand der Wunsch, die teils gegensätzlichen Antworten in ihrer Vielfältigkeit und Differenz aufzuzeichnen und mit den Geschichten, die es über ähnliche Bewegungen in der Bundesrepublik gibt, in Verbindung zu setzen. Dabei geht es nicht um Steine und Häuser, sondern

um konkrete Menschen, die ihre Sehnsucht nach einer anderen Stadt ausdrücken. Die Initiativen, die aus diesem Zusammenhang entstehen, können und müssen diskutiert und kritisiert werden. Aber sie können nicht von einer höheren und richtigen (am Ende noch angeblich »linken«) Warte aus *gemessen* werden. Interessant sind hingegen die Anfänge, die gemacht werden, das Neue, das entsteht, die Antworten auf Fragen, die die Linke oft gar nicht stellt. In diesem Sinne kann auch die kleine Geschichte aus Rødovre inspirierend sein, wenn sie auf die glänzenden Neubauten der Hafencity und der Ørestad bezogen wird: Die sterilen Modelle, die die menschliche Praxis einfrieren wollen, werden am Ende keine klassenlosen (Teil-)Gesellschaften generieren, sondern umkämpfte Orte bleiben, die sich in und mit diesen Kämpfen verändern. Nicht nur die Hochhäuser von Rødovre sind dem Verfall ausgesetzt, sondern alles, was als Demonstration der Macht und der Moderne erbaut wird.

II. Der Kampf um das Ungdomshuset



Foto: Mark Knudsen/Monsun



Foto: Lars Kamp Mortensen/Monsun

Kopenhagen, Jagtvej 69 Ein Jugendzentrum zwischen Besetzungen, Politik und Polizei (1981–2007)

Von René Karpantschof

Das Ungdomshuset* entstand als autonomes und alternatives Kulturzentrum im Oktober 1982. Dies geschah, als die Kopenhagener Stadtregierung nach einem Jahr, das durch Hausbesetzungen und teils militante Demonstrationen geprägt war, endlich einlenkte und das seither legendär gewordene Haus am Jagtvej 69 den sogenannten BZ'ern* übergab. Das Jugendzentrum entstand also im Kontext der sozialen Bewegung, die in der dänischen Geschichte nach 1945 mit das meiste Aufsehen erregt hat: der Bewegung der Hausbesetzer. Als die VerteidigerInnen des Hauses sich am 1. März 2007 nach einem Kampf um jede Etage geschlagen geben mussten und das Gebäude vier Tage später dem Erdboden gleichgemacht wurde, handelte es sich nicht nur um ein Ereignis, das die Bevölkerung live und in Sondersendungen auf dem Fernsehbildschirm verfolgen konnte. In einer Art letztem Aufbegehren rächte sich das Haus, indem es den ersten großen Aufruhr des 21. Jahrhunderts in Dänemark in Gang setzte.

Die Vorgeschichte

Das Haus am Jagtvej 69 hatte eine lange Geschichte als Ausgangspunkt von Revolten. Es wurde 1897 durch die noch junge dänische sozialistische Bewegung als ein offenes Haus für die ArbeiterInnen aufgebaut. Damals waren Sozialismus und Sozialdemokratie Synonyme und man verband mit der sozialdemokratischen Partei noch etwas Revolutionäres. Als der Kongress der Zweiten Internationale* 1910 in Kopenhagen tagte, besuchten sowohl Lenin als auch Rosa Luxemburg das Haus. Doch die Versammlung, die die größte historische Wirkung entfalten sollte, war eine internationale Frauenkonferenz im gleichen Jahr, in der mit Clara Zetkin an der Spitze der 8. März zum internationalen Kampftag der Frauen erklärt wurde. Lange bevor Punker und Autonome den Ort prägten, wurden also im Jagtvej 69 Parolen gerufen und Pläne geschmiedet, die der dänischen Mehrheitsgesellschaft nicht ganz geheuer waren. Und lange bevor die »Krawallmacher« unserer Tage das Licht

der Welt erblickten, war das Haus Ausgangspunkt für Demonstrationen und Unruhen. So begann zum Beispiel eine der bekanntesten Aktionen der dänischen ArbeiterInnenbewegung – der Sturm auf die Börse des Jahres 1918 – im Jagtvej 69.

Während der revolutionäre Glanz der Sozialdemokratie schnell verblasste, hat der Stadtteil Nørrebro*, in dem die Arbeitenden 1897 ihr Zentrum bauten, seinen Status als »unruhiges« Gebiet seit dem 19. Jahrhundert bewahrt. Um die vorletzte Jahrhundertwende wuchs das Quartier im Takt mit der schnell wachsenden Zahl der Lohnarbeitenden. Das Elend und die Klassengegensätze waren groß. Am Rande des Stadtteils fand mit der Schlacht am Fælleden* 1872 eines der epochalen Ereignisse in der Geschichte der dänischen ArbeiterInnenbewegung statt, als die Polizei eine der ersten großen Demonstrationen der Bewegung blutig niederschlug. Seither war Nørrebro eine Hochburg der Linken, vergleichbar etwa mit Kreuzberg in Berlin oder Altona/Ottensen in Hamburg. Auch insofern ist es kein Zufall, dass sich der Kampf um das Ungdomshuset hier abspielte. Seine letzte Nutzungsform erhielt der Jagtvej 69 jedoch wie bereits erwähnt im Kontext der BZ-Bewegung, deren Entstehung wiederum sowohl lokale als auch transnationale Ereignisse zugrunde lagen.

Wie in vielen anderen Ländern wurden in Dänemark bereits im Rahmen der Jugendbewegung der 1960er Jahre Häuser besetzt und zu selbstverwalteten Freiräumen erklärt. Das erste große Ereignis, das in diesem Zusammenhang notiert wurde, war die Besetzung des *Sofiegården** im Stadtteil Christianshavn, die zwischen 1965 und 1969 stattfand. Im selben Quartier spielte sich dann 1971 die Besetzung von Christiania ab. Die PolitikerInnen und die Polizei waren in dieser Zeit von den Besetzungen und den damit verbundenen Aktionsformen überrascht und ließen die BesetzerInnen in aller Regel in Ruhe, bis die Gebäude abgerissen oder für eine andere Nutzung bestimmt wurden. In einigen Fällen kam es sogar zu einem Dialog und zu Verhandlungen. Alles in allem kam es selbst dort, wo sich die BesetzerInnen einer Räumung widersetzen, im Kampf um den städtischen Raum bis 1980 im Großen und Ganzen nicht zu blutigen Konflikten. Der Wendepunkt in dieser Entwicklung war der *Kampen om Byggeren* (der »Kampf um den Bauspielplatz«), der 1980 in Nørrebro stattfand. Die Auseinandersetzung bezog sich auf eine der wenigen Grünflächen des Arbeiterstadtteils, die den BewohnerInnen des Viertels als Erholungsort und den Kindern

als Spielplatz diente. Als der Park der Stadtentwicklung im Wege stand, ordnete der damalige sozialdemokratische Bürgermeister Egon Weidekamp* eine groß angelegte polizeiliche Räumung an. Die Folge war ein zweiwöchiger Aufstand im Quartier, verbunden mit umfassenden Barrikadenkämpfen, Demonstrationen, Versammlungsverboten und Polizeiübergriffen mit vielen Verletzten und Verhafteten.

Der Kampf um *Byggeren* war zugleich der Kulminationspunkt und der dramatische Abschluss des linkssozialistisch geprägten MieterInnenaktivismus der 1970er Jahre. Doch während die Erwachsenen auf die Auseinandersetzungen eher mit Rückzug reagierten, geschah insbesondere in Christianshavn und Nørrebro etwas mit den Kindern und Jugendlichen, die beobachtet hatten, wie die Bulldozer den Bauspielplatz zerstörten und die Polizei ihre Eltern verprügelte. Nur kurze Zeit später begannen Gruppen, die sich »Kindermacht« nannten und wie Hippies auftraten, in leer stehende Häuser einzudringen, diese jedoch zunächst nur wenige Tage besetzt zu halten. Aber gleichzeitig passierte auch etwas draußen in Europa: Die Häuserkämpfe in anderen Ländern wurden zu einer wichtigen Inspirationsquelle der dänischen Bewegung. Anfang 1980 brachen heftige Straßenkämpfe in der holländischen Hauptstadt Amsterdam aus, als die dortigen *Kraaker** ein Haus mit ungeahnter Widerständigkeit verteidigten. Später im selben Jahr bombardierte die Schweizer Polizei AnhängerInnen des autonomen Jugendzentrums in Zürich mit Tränengas und Gummigeschossen, und in West-Berlin kämpften Polizisten mit Wasserwerfern gegen Steine werfende Hausbesetzer. Die Aktionen begannen die Dimension einer neuen westeuropäischen Jugendrevolte anzunehmen und der Stil war alles andere als hippiemäßig. Vielmehr sprach man nunmehr von der »80er-Jugend« und der »No-Future-Generation« – und die jungen AktivistInnen schienen dann auch schwärzer, maskierter, bewaffneter und wütender zu sein als ihre Vorgänger aus den 1960er Jahren. In Kopenhagen wurden die Pressemeldungen über die Unruhen in Westeuropa mit großem Interesse verfolgt, aber als die Bewegung 1981 selbst mit Besetzungen im großen Stil begann und ein autonomes Jugendzentrum forderte, griff sie nach wie vor zu gewaltfreien Methoden und malte sich Blumen ins Gesicht. Damit machten die Polizeiknüppel und das Tränengas schnell ein Ende.

Der Beginn der BZ-Bewegung und der Kampf für ein Jugendhaus (1981/82)

Im August 1981 wurde die »Initiativgruppe für ein Jugendhaus« gegründet. Hinter der Gruppe stand ein bunt zusammengewürfelter Haufen von Leuten aus der Kindermacht-Gruppe, Christianitern, PunkerInnen, SchülerInnen des »Freien Gymnasiums« und Jugendlichen aus den linken und linksradikalen Gruppen. Nachdem man sich ohne ein Resultat zu erzielen an die Kommune gewendet hatte, besetzte man am 15. Oktober die leer stehende Brotfabrik *Rutana*, die im von der Innenstadt etwas weiter entfernten Teil Nørrebros lag. Aber die Behörden wollten kein neues Christiania oder einen neuen Kampf wie im Fall *Byggeren* zulassen. Nun war Schluss mit der zurückhaltenden und kompromissbereiten Haltung gegenüber Hausbesetzungen – die Polizei räumte die *Rutana* sofort und trug die BesetzerInnen aus dem Gebäude. Als die Jugendlichen erneut vor dem Haus auftauchten, wurden sie mit Knüppelschlägen, Polizeihunden und ersten Festnahmen empfangen, was am 19. Oktober eine Demonstration gegen Polizeigewalt auslöste. Am 24. Oktober wurde die stillgelegte Gummifabrik *Schiønning og Arvés* besetzt und diesmal wurde das Gebäude verbarrikadiert und die Polizei damit am Eindringen gehindert. Doch zwei Tage später rückte die Polizei mit Verstärkung an und inszenierte eine dramatische Räumung der Fabrik, unter Einsatz von Tränengas und mit 96 Verhaftungen. Die öffentliche Aufmerksamkeit und die Kritik, die sich am Polizeieinsatz entzündete, führte vermutlich dazu, dass die Exekutive sich bei der Räumung des ebenfalls vormals leer stehenden Gebäudes des Anne-Cathrine-Stifts auf Vesterbro* etwas mehr zurückhielt. Dieses Haus fungierte vom 31. Oktober 1981 bis zum 15. Februar 1982 als Jugendhaus.

Zwischenzeitlich hatte sich der bunte Haufen von Gruppen und Einzelpersonen zusammengerauft. Ein Ausdruck davon war, dass die Forderungen nun auf die Einrichtung von Kinder- und Jugendkollektiven, in denen man zusammen wohnen und leben wollte, ausgeweitet wurden. Als Ausdruck ihres neu geschaffenen kollektiven Selbstverständnisses bezeichnete sich die Bewegung fortan als BZ'er*. Nach einer weiteren Erfahrung mit der Räumung eines Hauses verteidigten sich die BesetzerInnen am 19. Februar 1982 zum ersten Mal mit Farbbeuteln und Steinen in einem verbarrikadierten Haus. Doch erst am 3. März kam diese Zuspitzung auch in der allgemeinen Öffentlichkeit an, als die

Räumung des besetzten ehemaligen »Mechanischen Musik-Museums« (*Mekanisk Musik Museum*) in Vesterbro zu stundenlangen Auseinandersetzungen mit der Polizei führte, die in den Hauptnachrichten gezeigt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde der Polizei mit Wurfgegenständen wie Türen und einem WC-Becken begegnet – viele Verletzte und 147 Festnahmen waren das Resultat.

Nun war die BZ-Bewegung in aller Munde. Während einige PolitikerInnen und PublizistInnen mit scharfer Distanzierung reagierten, drückten andere ihre Sympathie und ihr Verständnis aus. Im Frühjahr und im Sommer verschanzten sich die BZ'er in einer Reihe leer stehender Häuser in Nørrebro, die unmittelbar vor der »Sanierung« standen. Durch die Erfahrungen während der Räumung des Musik-Museums belehrt, nach der mehrere AktivistInnen lange Gefängnisstrafen erhalten hatten, weil sie auf Fotografien und Fernsehbildern identifizierbar waren, begann man sich mit Motorradhelmen zu maskieren. Gleichzeitig beantwortete die Bewegung die zahlreich stattfindenden Räumungen durch die Polizei mit so schweren Straßenkämpfen, dass diese sich im Herbst mit der Forderung nach einer politischen Lösung des Konflikts zurückzog. In Nørrebro entstanden am Ende eine ganze Reihe BZ-Kollektive mit Namen wie *Allotria*, *Bazooka*, *Aktivvirus*, *Safari* oder *Den lille Fjer* (Die kleine Feder).

Während sich die Bewegung gleichzeitig ausweitete und radikalisierte, ging Oberbürgermeister Weidekamp davon aus, Ruhe und Ordnung wieder durchsetzen zu können, indem er der ursprünglichen Forderung nach einem Jugendhaus entgegenkam. Im Oktober 1982 stellte die Stadt das zu diesem Zeitpunkt ungenutzte Haus am Jagtvej 69 zur Verfügung, was von den Jugendlichen mit einem unhöflichen »Keinen Dank an das System« quittiert wurde. Der Erfolg der Bewegung wurde mit einem großen Einweihungsfest am 31. Oktober gefeiert – ein Tag, der in den 24 Jahren darauf als »Geburtstag des Ungdomshuset« begangen wurde. In all diesen Jahren blieb das Ungdomshuset unauflöslich mit dem politischen und kulturellen Zusammenhang verbunden, aus dem es entstanden war, wodurch das Schicksal des Hauses mit dem Aufstieg und Fall der BZ-Bewegung verknüpft war.

Räumungen, Aufstände und Internationalismus

Selbstverständlich war die BZ-Bewegung keine Revolution. In der ersten Zeit, 1981/82, waren nicht viel mehr als ein paar Tausend Menschen auf der Straße, und lediglich einige Hundert lebten oder verkehrten regelmäßig in den besetzten Häusern – auf den ersten Blick nicht viele Menschen, auch nicht in einem Land mit nur fünf Millionen Einwohnern. Dennoch bedeutete *BZ* den Durchbruch einer besonderen und eigenständigen politischen Kultur, die bis heute, also über ein viertel Jahrhundert lang, vermocht hat, Schlagzeilen zu machen, die Gemüter zu erhitzen und die dänische Gesellschaft zu bewegen. Keine andere der oppositionellen Bewegungen nach 1945 hat eine derartige Kontinuität und öffentliche Wirksamkeit entfaltet. Obwohl diese Bewegung einen teils marginalisierten und subkulturellen Charakter trug, war sie mehr als einmal im Stande, die Konflikte so zuzuspitzen, dass sie auf ein gesellschaftliches Niveau gehoben wurden, auf dem die Regierung und sogar das Militär einbezogen wurden. Es kam zu Situationen, in denen es kaum eine Kneipe oder eine Schule in Dänemark gab, in denen nicht über die Fragen von Gerechtigkeit und Demokratie diskutiert wurde – und all dies ausgelöst durch die Provokationen der BZ'er.

Was die BZ-Bewegung auszeichnete, war das starke persönliche Engagement. Für die, die an der Bewegung teilnahmen, ging es nicht um eine Freizeitbeschäftigung, die neben dem »normalen« Leben stattfand. BZ'er zu sein hieß, zusammen mit anderen Jugendlichen auf ein vollkommen anderes und selbstorganisiertes Leben zu setzen. Eine der Erklärungen für die bemerkenswerte Kontinuität der Bewegung ist, dass es um existenzielle Fragen ging – nämlich das Überleben des eigenen Selbstverständnisses und einer Lebensform. Eine andere Besonderheit war, dass sich alles in Wirklichkeit zufällig und ungeplant entwickelte. Viele Leute zogen in besetzte Häuser, kamen zu Punkkonzerten oder Kneipenabenden im Ungdomshuset, wobei ihr Motiv eine eher intuitive Distanz gegenüber den Normen und Autoritäten der übrigen Gesellschaft war. Oder weil sie ganz einfach eine jugendliche Neugier auf Erlebnisse hatten, sie die Möglichkeit, FreundInnen und SexpartnerInnen kennenzulernen, ansprach oder weil bezahlbare und informelle soziale und kulturelle Angebote existierten. Das Ungdomshuset war einfach ein lebendiges Umfeld, in dem »was abging«. Doch als sich die Jugendlichen dann in ihren Häusern eingerichtet hatten, wurden sie zu

einer bestimmten, definierten Gruppe, die eigene Interessen und eine selbstständige Beziehung zur um sie herum existierenden Gesellschaft entwickelte. Allein die Tatsache, dass man sich im BZ-Umfeld bewegte oder in einem besetzten Haus wohnte, bedeutete etwa, dass man sich mehr oder weniger automatisch in einen Gegensatz zu den Interessen der Kopenhagener Stadtregierung und/oder zur Polizei befand. So wurde man, nur indem man sich im kulturellen und sozialen Umfeld der BZ-Bewegung aufhielt, Teil einer scharf abgegrenzten Gruppe mit einem politisch bestimmten Verhältnis zum Rest der Gesellschaft und ihren Institutionen.

Anders gesagt: Hinter allem stand nicht von vornherein ein großer, durchdachter Plan. Die BZ-Bewegung kann nicht als logische Folge einer fest umrissenen politischen Ideologie erklärt werden – und erst recht nicht, indem man die individuellen psychisch-sozialen Dispositionen der einzelnen TeilnehmerInnen untersucht. Am ehesten kann man *BZ* begreifen, wenn man die Bewegung in ihren konkreten historischen Kontext stellt, teils als Fortführung der antiautoritären Praxis und der Ideale der Jugendbewegungen der 1968er Jahre, teil als etwas, was sich nach den ersten Aktionen für ein Jugendhaus als ein Phänomen entwickelte, das in Wirklichkeit niemand so richtig kontrollieren konnte. Wir können insofern ein Verständnis für die Prozesse näher kommen, wenn wir sie aus der Interaktion zwischen AktivistInnen, PolitikerInnen, Polizei und Öffentlichkeit einerseits und als Resultat der kollektiven Erfahrungen und strategischen Beschlüsse andererseits begreifen, die die Beteiligten aus dieser Interaktion heraus entwickelten.

Aus dieser Perspektive ergibt sich folgendes Bild der BZ-Bewegung. Die politische Ausgrenzung und die heftigen Polizeieinsätze führten schnell dazu, dass die BZ'er Barrikaden und Wurfgeschosse als Antwort wählten. Dass die Konflikte auf dieser Ebene ausgetragen wurden, war Ausdruck davon, dass man offensichtlich auf diesem Wege etwas erreichen konnte. Die BZ'er lernten die Kosten für die Polizeieinsätze zu erhöhen, die die Leute nun nicht mehr handstreichartig aus den Häusern verjagen konnte. Damit gewannen die Jugendlichen Zeit und Raum, um spektakuläre Situationen zu schaffen, die die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen, viele Menschen zu einer Stellungnahme herausforderten und schließlich den Druck auf die PolitikerInnen erhöhten. Gleichzeitig schaffte es die Bewegung, eine starke gemeinsame Identität zu entwickeln und eine eigenständige Erzählung über

die Bedeutung des Kampfes, die Helden und die Schurken, das Drama und die Siege zu etablieren, was dazu beitrug, den Zusammenhalt aufrechtzuerhalten, obwohl taktische Niederlagen, Räumungen, unerfüllte Forderungen und flüchtende DemonstrantInnen unausweichlich zum Bild gehörten.

In den Jahren darauf blieb es dabei, dass sich die BZ-Bewegung in diesem Zusammenspiel mit der sie umgebenden lokalen Gesellschaft entwickelte. Im Januar 1983 zerschlug eine tausend Mann starke Polizeiarmada die kleine Gemeinschaft der besetzten Häuser auf Nørrebro. Und obgleich die BZ'er die Lacher auf ihrer Seite hatten, als sie das von den Hundertschaften umringte *Allotria* durch einen zuvor gegrabenen Tunnel verließen, führte dies nicht zu einer praktischen Solidarisierung, und die Bewegung befand sich am Rande der Auflösung. Nach und nach gelang es jedoch, neue Besetzungen durchzuführen – das Haus in der *Ryesgade** sowie u.a. die Projekte *Bumzen*, *Kapaw*, *Sorte Hest* (Das schwarze Pferd), *Mekanisk Musik Museum* und *Baghuset* (Das Hinterhaus). Seit Mitte der 1980er Jahre verfügte die Bewegung über eine ganze Reihe stark befestigter BZ-Häuser in den benachbarten Stadtteilen Vesterbro, Nørrebro und Østerbro mit Wohngruppen, Kneipen und Volksküchen, und zusammen mit dem Ungdomshuset schafften diese Projekte den Rahmen für eine politisierte und alternative Jugendkultur. Die neu gewonnene Stärke der Bewegung schaffte Raum für neue Verhandlungen mit der Stadtregierung, immer noch unter Weidkamp. Als jedoch die Regierung die Forderung nach einer Aufgabe der Häuser zugunsten staatlich kontrollierter Jugendwohnungen erhob, spitzte sich der Konflikt wieder zu. Am 14. September 1986 setzten die BZ'er alles auf eine Karte, sperrten die Straßen um ihr größtes Haus an der Ryesgade ab und forderten die Anerkennung und den Ausbau der selbstverwalteten Jugendkollektive.

Mittlerweile glichen die BZ'er fast einer Miliz, mit einheitlichen Arbeitsanzügen, schwarzen Helmen und ausgerüstet mit Schlagwaffen, Molotowcocktails und Zwillen. Und da sich nach der Befestigung der Ryesgade zudem ca. tausend Jugendliche dem Kampf anschlossen, gelang es, einem zweitägigen Polizeiangriff auf die Barrikaden im Quartier um die Ryesgade herum standzuhalten. Daraufhin ging der Konflikt erneut in eine politisch vermittelte Phase über, mit erneut aufgenommenen Verhandlungen und externen Akteuren, die die Krise zu lösen versuchten. Die harte Haltung sowohl der Regierung als auch der BZ'er



Barrikadenkämpfe um die Ryesgade, September 1986

Fotos: Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv/Land og Folk (ABA/L&F)



verhinderte jedoch jeden Kompromiss und nach neun höchst dramatischen Tagen entschieden sich die Jugendlichen plötzlich, die Barrikaden zu verlassen. Die Militarisierung des Konfliktes setzte sich dennoch fort. Bereits während der Unruhe in der Ryesgade hatte die Polizei das Militär um Hilfe gebeten, und um die Kontrolle über die Straße nicht zu verlieren, wurde die Polizei mit modernen Helmen, Kampfanzügen und langschaftigen Tränengasgewehren ausgestattet. Zudem beschloss das dänische Zentralparlament ein Gesetz über die »Sicherung von Häusern vor BZ«, und die nun besser ausgestattete Polizei praktizierte eine »Zero-Tolerance-Politik«, die u.a. beinhaltete, dass neu besetzte Häuser bereits nach wenigen Stunden geräumt wurden. Trotz einer Reihe dramatischer Versuche gelang es der Bewegung nach 1986 deshalb nicht mehr, weitere Häuser zu erobern.

Die BZ-Bewegung hatte von Anfang an international gedacht und schon rein äußerlich ähnelten sich Aktionen und Kleidungsstil in verschiedenen europäischen Großstädten. Einige BZ'er waren sogar nach Nicaragua gefahren, um dort die sandinistische Revolution zu unterstützen. Die Sackgasse, in die die Bewegung nach 1986 geraten war, führte zu einer stärkeren Orientierung auf internationale Fragen, eine Tendenz, die dadurch verstärkt wurde, dass sich auch andere soziale Bewegungen in Dänemark in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre im Niedergang befanden. Der neue Internationalismus verschaffte sich zunächst den naheliegenden Ausdruck der Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten vor allem aus der Bundesrepublik und Holland. Nicht zuletzt die Verbindung zur Hafestraße in Hamburg war hier wichtig, u.a. nahmen viele AktivistInnen aus Kopenhagen am jährlichen Neujahrstreffen der Autonomen in Hamburg teil. Eine Fraktion der dänischen BZ'er wandte sich in der Folge einer von der Politik der RAF inspirierten Strategie zu: »Zusammen kämpfen« und »Eine westeuropäische Front gegen den Kapitalismus aufbauen« hießen nun die Parolen. Während dies im dänischen Zusammenhang kaum zu vermitteln war, hatte eine andere internationalistische Kampagne in der Öffentlichkeit mehr Erfolg, nämlich der Protest gegen das Apartheidregime in Südafrika, ein Thema, das in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in der dänischen BZ-Bewegung eine herausragende Rolle spielte.

Weitere internationale Themen waren die Kritik an der Unterstützung von Diktaturen durch die USA in Lateinamerika, an der Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und die

Zustände, unter denen Gefangene aus der RAF eingesperrt waren. Zwischen 1986 und 1989 kam es in Verbindung mit all diesen Themen zu einer Welle von nächtlichen Sabotageaktionen gegen Botschaften, NATO- und EU-Büros sowie Zweigstellen multinationaler Konzerne wie Shell wegen ihrer Unterstützung des Apartheidregimes. Auch militante Demonstrationen in der Art des bundesdeutschen »Schwarzen Blocks« wurden durchgeführt. Man koordinierte sogar Angriffe bei Tageslicht, als zum Beispiel 150 AktivistInnen die Straße vor der südafrikanischen Botschaft absperren, dort eindringen, die Einrichtung zerstören und die Räume durch Buttersäure unbenutzbar machen. Der Dank von Nelson Mandelas damaliger Gattin Winnie für die »konkrete Solidarität« begeisterte die dänische radikale Linke, während sich der dänische Außenminister bei der südafrikanischen Regierung entschuldigte und der Justizminister der Auffassung Ausdruck verlieh, dass »die RAF die dänischen Sabotagetruppen steuere«. Die Staatsmacht schlug in der Folge mit Hausdurchsuchungen und Festnahmen zu. Das Ungdomshuset als ein Zentrum der Aktivitäten der BZ-Bewegung blieb davon nicht verschont und wurde 1987 von mit Maschinengewehren ausgerüsteten Polizisten gestürmt, die typische BZ-Ausstattung wie Helme und Steinerschleudern beschlagnahmten, aber keine Attentatspläne entdeckten.

Das Ungdomshuset und die BZ-Kultur der 1980er Jahre

Es war nicht das einzige Mal, dass die Polizei das Ungdomshuset stürmte. Bereits einige Jahre zuvor war eine Polizeieinheit in den Jagtvej 69 eingedrungen, weil betrunkene BZ'er einen nahe gelegenen Supermarkt ausgeräumt hatten und mit den Waren im Ungdomshuset verschwunden waren. 1988 endete eine Aktionswoche damit, dass die Polizei das Haus mit einem Rammbock aufbrach und 20 Leute verhaftete, weil das Haus mit Wurfgeschossen verteidigt worden war. Trotz des legalisierten Status – die Kommune hatte das Haus 1982 offiziell an die Jugendlichen übergeben – stand der Jagtvej 69 also häufig im Brennpunkt, wenn es zu Auseinandersetzungen zwischen der BZ-Bewegung und den staatlichen Behörden kam.

In gewisser Weise war das Ungdomshuset in den 1980er Jahren auch nur halb legalisiert. Formal handelte es sich um ein Jugendzentrum im Besitz der Kommune Kopenhagen und nicht um ein illegal besetztes Haus. Andererseits reduzierte sich der Kontakt zwischen den Nutzer-

Innen und der Stadt nach 1982 so weit, dass das Haus faktisch in Eigenregie der Jugendlichen funktionierte, womit beide Seiten auch durchaus zufrieden zu sein schienen. Die Kommune entstanden im Großen und Ganzen keinerlei Kosten durch die vielfältigen Aktivitäten, die um das Ungdomshuset stattfanden, und die NutzerInnen wünschten sich ein selbstverwaltetes Haus, auch wenn dies bedeutete, dass man für Zeit, Geld und Arbeitskraft sorgen musste. Die notdürftige Instandhaltung des Hauses wurde durch Einnahmen bei Konzerten und durch den Verkauf von Bier finanziert. Die Arbeitszeit für Nachwachen, Reinigung usw. wurde durch die festen AktivistInnen und durch BZ'er aus den in den 1980er Jahren besetzten Häusern bereitgestellt.

Als integrierter Teil der BZ-Bewegung wurde das Ungdomshuset wie die besetzten Häuser auch durch ein Hausplenum verwaltet, d.h. eine wöchentliche Versammlung, die gemeinschaftlich Beschlüsse über die anstehenden Veranstaltungen und Aufgaben traf. Größere politische Fragen, die die gesamte Bewegung betrafen, wie zum Beispiel die Bedrohung durch Räumung oder die Strategie in Verhandlungen mit den Behörden, wurden in sogenannten Gesamtplena (*stormøde*) verhandelt, zu denen AktivistInnen aus allen Häusern kamen. Viele dieser Gesamtplena fanden im Ungdomshuset statt, dessen Konzertsaal der einzige der Bewegung zur Verfügung stehende Raum war, in dem sich mehrere Hundert Personen auf einmal versammeln konnten.

Das Ungdomshuset blieb ein Ort für zahlreiche soziale, kulturelle und politische Aktivitäten der BZ'er. Viele Häuser richteten zwar auch selbst Kneipen und Volksküchen ein, allerdings gab es nirgends so viel Platz wie im Jagtvej 69 – alle größeren Veranstaltungen fanden deshalb hier statt. In den 1980er Jahren fungierte das Haus in gewisser Weise mit einer ähnlichen Alltagsorientierung wie zu Zeiten der ArbeiterInnenbewegung, mit einer billigen Küche, Kneipe und Sonntagskino – nur für ein anderes Klientel. Nach außen wurde das Haus nach und nach als eine der bedeutendsten Bühnen für alternativen Rock und Punk bekannt, wo eine ganze Reihe dänischer und internationaler Stars auftrat. Hinzu kamen Straßenkunst, Gaukelei und experimentelles Theater, die in Aufsehen erregenden Festival-Wochen dargeboten wurden: So fanden *Sorte Klat* (»Der Schwarze Fleck«, 1983), *Kulørte Klat* (»Der bunte Fleck«, 1984), *Uge 19* (»Woche 19«, 1988) und *Robin Raid Ugen* (»Die Robin-Raid-Woche«, 1989) im Jagtvej 69 statt. Diese Festivals bestanden zum größten Teil aus politischem Straßentheater und phan-

tasievollen Happenings, doch das Ungdomshuset bot auch den Rahmen für eine Vielzahl politischer Meetings eher traditioneller Art, wozu auch Debatten und Informationsveranstaltungen mit VertreterInnen revolutionärer Gruppen aus aller Welt gehörten.

Die Schüsse am 18. Mai und die Autonomen der 1990er Jahre

1990 schlug die Polizei zu und räumte fast alle besetzten Häuser in Kopenhagen. Abgesehen vom Ungdomshuset – das eine konservative Tageszeitung im historischen Kontext des Zusammenbruchs des Ostblocks als »Dänemarks letzte kommunistische Bastion« beschrieb – überlebte nur das besetzte Haus *Bumzen* in der Baldersgade, nachdem es mit Gasmasken bekleideten BZ'ern gelungen war, einen zwei Stunden andauernden und mit Leitern, Gasgranaten und Handgasbomben unterstützten Ansturm der Polizei abzuwehren. Die vielen Räumungen brachen der BZ-Bewegung das Rückgrat und erneut sah es so aus, als ob sie verschwinden würde, doch ein neues Drama hauchte ihr schließlich wieder Leben ein.

Als erfahrene BZ-AktivistInnen am 18. Mai 1993 die zentrale Straße im Stadtteil, die Nørrebrogade, blockierten, um ihrem Unmut über den Ausgang der zweiten Volksabstimmung über den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion der EU auszudrücken, wurden sie von Hunderten Menschen unterstützt. In den auf die Blockaden folgenden Straßenkämpfen wurden mehr als 100 PolizistInnen verletzt, ein Ereignis, welches die dänische Polizei später als ihren »Vietnam-Komplex« bezeichnete. Die Polizei, die mit allen Mitteln verhindern wollte, dass es zu einem länger währenden Aufstand wie während der Barrikaden-Tage in der Ryesgade im Jahr 1986 kommen würde, bekam die Situation erst unter Kontrolle, nachdem sie dreimal in die Menge geschossen und elf DemonstrantInnen und ZuschauerInnen durch Kugeln teils schwer verletzt hatte.

Damit hatte die Bewegung erneut die volle Aufmerksamkeit der Medien. Allerdings waren die *Autonomen*, wie sich die Bewegung nun selbst bezeichnete, weitaus weniger militant als ihr Ruf bzw. ihre VorgängerInnen in der BZ-Bewegung (auf die die Polizei übrigens im Laufe der Jahre auch mehrmals das Feuer eröffnet hatte, jedoch ohne jemanden zu treffen). Sowohl interne als auch äußere Verhältnisse trugen zu einer Deeskalation bei. Die AktivistInnen hatten den Rückhalt der

kampfbereiten BZ-Kollektive durch die Räumung der Häuser verloren, und sie waren nicht in der Lage, militärisch mit den polizeilichen Einsatzgruppen mitzuhalten, die nach dem 18. Mai logistisch und taktisch aufgerüstet und u.a. durch gepanzerte Einsatzfahrzeuge und Brustpanzer verstärkt worden waren. Gleichzeitig setzten die Autonomen auf breitere Allianzen und ein stärkeres Eingreifen in aktuelle gesellschaftspolitische Konflikte wie den Kampf gegen Rassismus und Neonazismus. Die Rücksicht, die in der Zusammenarbeit mit anderen genommen werden musste, führte schließlich dazu, dass die Formen des Protestes mehr symbolisch und »milder« wurden. Schwarze Helme und Motorradmützen (»Hasskappen«) waren seltener auf Demonstrationen zu sehen, und die Abstände zwischen militanten Straßenkämpfen wurden größer.

Die Transformation der Jahre 1990 bis 1993 – von der BZ-Bewegung zu den Autonomen – sollte eine große Bedeutung für die Entwicklung des Ungdomshuset haben. Zunächst bedeutete die Auflösung der alten BZ-Bewegung, dass viele der früheren AktivistInnen des Ungdomshuset verschwanden – ein Generationenwechsel fand statt. Zudem spalteten sich die Autonomen schnell in verschiedene kleinere Gruppierungen auf, sodass es ab Mitte der 1990er Jahre immer schwieriger wurde, sie als gemeinsame Bewegung zu fassen. Dies wiederum führte dazu, dass das Ungdomshuset als Projekt mehr und mehr alleine stand. Es wurde ein zunehmend von wenig erfahrenen und durch keinen Bewegungshintergrund gestützten jungen Leuten geführter, oft sehr chaotischer Ort. Die Position des Ungdomshuset war also nachhaltig geschwächt, und als 1996 zudem noch ein Brand das Gebäude heimsuchte, schien dies der Todesstoß für die alte Hochburg der BZ-Bewegung zu sein. Genau diese Situation war die eigentliche Grundlage für die ewigen Gegner des Projektes, den Angriff zu wagen, der schließlich zu dem aktuellen Kampf um das Ungdomshuset führte.

Der Kampf um die städtischen Räume zwischen 1965 und 2007 Von der Offensive zur Defensive

Bevor ich zur Analyse der Räumung des Ungdomshuset im März 2007 und des daran anschließenden Aufruhrs komme, werde ich zunächst die generelle Situation der selbstverwalteten und alternativen Projekte in Kopenhagen skizzieren. Sehr grob kann gesagt werden, dass die lan-

ge Periode zwischen 1965 und den 1980er Jahren eine offensive Phase darstellte. In dieser Zeit wurden sehr viele Gebäude und Grünanlagen besetzt und in Wohnkollektive, Kulturhäuser oder alternative Spielplätze und Parks verwandelt. In den 1990er Jahren und bis heute handelt es sich dagegen um eine defensive Phase, in der es mehr oder weniger ausschließlich darum ging, gemachte Eroberungen zu verteidigen.

In der dänischen Öffentlichkeit ist die Vorstellung weit verbreitet, dass ungesetzliche Hausbesetzungen nicht zu praktischen und haltbaren Resultaten führen. Aber das ist eine Legende, die durch die Ergebnisse der offensiven Phase widerlegt wird. Die erste große Besetzung in Kopenhagen – Sofiegården* auf Christianshavn in den Jahren 1965 bis 1969 – endete mit der Entstehung eines alternativen, aber legalisierten Wohnprojektes. Nach dem gleichen Muster hatte eine ganze Reihe von Besetzungen der 1970er Jahre die Gründung von kommunalen Kultur- und Bürgerhäusern zur Folge, was damals ein neues Phänomen war: Beispiele sind *Huset* (»Das Haus«) in der Magstræde (Innenstadt), *Christianshavns Medborgerhus* oder *Folkets hus* in der Stengade auf Nørrebro. Schließlich muss in diesem Zusammenhang auch das 1971 besetzte Christiania erwähnt werden, das bis heute existiert. Aber auch die BZ-Bewegung der 1980er Jahre zeigte konkrete Resultate. Nach der Entstehung des Ungdomshuset im Jahr 1982 folgte die Legalisierung von Jugendwohnungen in zuvor besetzten Häusern wie *Alderstrøst*, *Sjællandsgade*, *Gyldenløvsgade* oder *Viborggade*, und hinzu kam noch ein weiteres Bürgerhaus, nämlich *Karensminde* im Südhafenviertel. Allerdings bewahrte lediglich das bereits erwähnte Haus *Bumzen* in der Baldersgade in Nørrebro trotz der Legalisierung seine besondere, autonome Prägung. Ähnlich wie die Hafensstraße in Hamburg konnte dieses Haus bis heute seine grundsätzlich kollektive und selbstorganisierte Lebensform bewahren.

Insgesamt zeigen diese Resultate, dass es den BesetzerInnen gelang, einen gewissen Teil der Bevölkerung von der Legitimität des Häuserkampfes zu überzeugen. Dass um 1990 die offensive Ausrichtung verloren ging, hat vor allem zwei Ursachen. Die erste sehr einfache Ursache war, dass es schlicht und einfach nicht mehr genügend leer stehende Häuser gab. Ab 1960 hatte in der Kopenhagener Innenstadt und in den Brückenvierteln eine derart umfassende Sanierung stattgefunden, dass es immer genügend Häuser gab, die entmietet waren und leer standen und auf eine Sanierung oder den Abriss warteten. Ab 1990 war dieser

Prozess mehr oder weniger abgeschlossen. Es gab weniger Gebäude, mit denen die Eigentümer keine kurzfristigen Pläne verfolgten, was es zusätzlich schwieriger machte, die Besetzungen mit dem Argument zu legitimieren, dass die Häuser ungenutzt blieben.

Eine weitere Ursache des Niedergangs der Hausbesetzungen war, dass die Aktionsform Besetzung die Behörden nicht mehr so stark überrumpelte. Die Obrigkeit hatte nach und nach gelernt, mit dem Phänomen sowohl politisch – durch eine entsprechende Propaganda gegen die AktivistInnen – und polizeilich – durch eine starke Aufrüstung und Schulung der Polizei für Besetzungssituationen – umzugehen. Die Bereitschaft zu »militärischen« Lösungen nahm im gleichen Takt zu und durch Räumungen verursachte Unruhen wurden mehr und mehr in Kauf genommen. Es wurde also insgesamt schwieriger, neue Häuser zu besetzen, und insbesondere schwieriger, sie besetzt zu halten.

Mit der wichtigen Ausnahme des *Børnehuset* («Kinderhaus»), das 1993 besetzt wurde und bis 2003 existierte, ging es in diesen Jahren also darum, Freiräume zu verteidigen, die bereits vor 1990 durchgesetzt worden waren. Dabei zeigte sich auch, dass die Konflikte nicht automatisch derart eskalieren müssen wie im Fall des aktuellen Kampfes um Christiania und das Ungdomshuset. Ein Beispiel ist der 1971 besetzte *Folkets Park*, der in der Nähe des Hausprojektes *Folkets Hus* in der Stengade im zentralen Nørrebro liegt. 1993 beschloss die Kommune, den Park zu bebauen. Viele BewohnerInnen, darunter einige autonome AktivistInnen, waren dagegen, und 1996 wurde durch die Besetzung eines anliegenden Parkplatzes und die Einbeziehung desselben in die Grünfläche reagiert. Im Jahr darauf rückten die ersten Bulldozer an und wurden von einer Menschenmenge empfangen, wobei auch Steine geworfen wurden. Es stellte sich heraus, dass die geplante Bebauung einen umfassenden und kostspieligen Polizeieinsatz notwendig machen würde. Die PolitikerInnen im Kopenhagener Rathaus entschlossen sich deshalb, mit den AktivistInnen zu verhandeln – am Ende wurde der drohende heftige Konflikt abgewendet und dem Wunsch nach Erhalt einer in Nørrebro sehr seltenen Grünfläche entgegengekommen.

Wie das Beispiel zeigt, entwickelt sich der Kampf um die städtischen Räume bis heute in einer Interaktion zwischen AktivistInnen, PolitikerInnen und Polizei. Eine mögliche gewaltförmige Eskalation entwickelt sich nicht allein, wenn die AktivistInnen dies anstreben, sondern sie hängt ebenso sehr von der Bereitschaft der PolitikerInnen zum Dialog

und der Art und Weise ab, wie die Polizei auftritt, wenn die Verhandlungen scheitern. Vor diesem Hintergrund schildere ich nun, wie der Umgang der Politiker und der Polizei im Konflikt um das Ungdomshuset dazu führte, dass dieser eine Entwicklung nahm, die in diametralem Gegensatz zu dem steht, was sie sich gewünscht haben mögen: Er provozierte umfassende Unruhen und andauernde Proteste, die – während dieser Artikel verfasst wird – anhalten, mehr als ein halbes Jahr nach der Räumung.

The final battle

Seitdem es 1982 an die Jugendlichen übergeben worden war, war das Ungdomshuset mit seiner anarchistischen Kultur eine Herausforderung für die Sozialdemokratie und die Rechte. Mit dem Niedergang der BZ-Bewegung und der bereits geschilderten Schwächung des Ungdomshuset sah die aus Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien bestehende Mehrheit im Kopenhagener Rathaus Ende der 1990er Jahre endlich die Chance, das Zentrum ohne allzu viel Protest zu schließen. 1999 beschloss die Kommune, das Haus am Jagtvej 69 zu verkaufen, wohl wissend, dass ein privater Käufer die Räumung verlangen würde. Im Jahr 2000 wurde das Haus dann an die unbekannte Firma *Human A/S* veräußert, die sich schließlich als Strohfirma der christlichen Sekte *Faderhus** erwies, die später die Eigentümerschaft auch offiziell übernahm.

Es folgte ein langes juristisches Tauziehen, in dem die NutzerInnen des Ungdomshuset geltend machten, dass das Abkommen zwischen BZ-Bewegung und Stadt von 1982 Selbstverwaltung und ein unbefristetes Nutzungsrecht garantiert hatte. Zumindest aber sei die Stadt verpflichtet, ein Alternativgebäude anzubieten, falls sie das Haus und das Gelände in anderer Weise nutzen wollte. Etliche Unklarheiten sowie der Unwille der NutzerInnen, sich nach bürgerlichem Recht als Verein zu konstituieren, machten die Sache sehr kompliziert, doch im Spätsommer 2006 war schließlich klar, dass das Ungdomshuset das Verfahren endgültig verloren hatte. Dies war als solches jedoch für den Ausgang des Konfliktes nicht entscheidend. Entscheidender war die Abwesenheit eines Dialoges zwischen den gegenüber Verhandlungen skeptischen und antiautoritär eingestellten NutzerInnen und der parlamentarischen Mehrheit, die das Haus verkauft hatte. Die PolitikerInnen

wiesen es lange Zeit von sich, die Sache überhaupt zu diskutieren, mit der Begründung, nach dem Verkauf sei dies keine kommunale Angelegenheit mehr.

Unter der Parole »Finger weg – das ist unser Haus« hatten die Ungdomshuset-AktivistInnen bereits zum Zeitpunkt des Verkaufs mit einer Kampagne von Demonstrationen und Happenings begonnen, die zunächst die NutzerInnen und Gäste des Hauses mobilisierte, in der allgemeinen Öffentlichkeit jedoch nur geringe Resonanz fand. Doch Mitte 2006 kam es zu einer dramatischen Wendung. Nachdem das Landgericht am 28. August das Recht auf die Nutzung des Hauses in letzter Instanz abgewiesen hatte, wurde auch über die kleine Schar von einigen Hundert festen Sympathisanten hinaus deutlich, dass eine ernsthafte Bedrohung existierte. Dies führte zunächst zu einer wachsenden Beteiligung an den Protestdemonstrationen.

Das Ungdomshuset hatte zu dieser Zeit die Krise überwunden, die es in der zweiten Hälfte der 1990er Jahren durchzustehen hatte. Die Schäden des Brandes von 1996 waren ausgebessert, und mehrere Tausend Gäste nutzten es Jahr für Jahr für Konzerte, deren Palette von Jazz und Liedermachern über Hiphop und Techno bis hin zum obligatorischen Punk reichte. Hinzu kamen Ereignisse wie der Kinderkarneval, die Volksküche sowie Kneipen- und Kinoabende mit internationalen Underground-Filmen. Es war mit anderen Worten ein sehr lebendiges Kulturhaus, das vor der Räumung stand, und je konkreter die Bedrohung wurde, desto mehr begriffen die NutzerInnen, was das Haus für sie bedeutete. Nachdem viele Jahre höchsten 1.000 Menschen zu Demonstrationen erschienen waren, nahmen am 23. September 2006 bereits viele Tausend Menschen an einer Großdemonstration teil. Die Unterstützung durch eine Reihe populärer KünstlerInnen und die Allianz mit Christiania trugen zu der Mobilisierung bei. Dass es um einen weitaus grundsätzlicheren Kampf gegen die rechte Monokultur und die in der dänischen Politik vorherrschende Intoleranz gegenüber alternativen Lebensstilen ging, traf auf die Resonanz von bis dahin eher passiven Jugendlichen und älteren EinwohnerInnen.

Gleichzeitig eskalierten die Proteste, die jahrelang völlig friedlich gewesen waren oder sich in seltenen, einzelnen Tumulten erschöpft hatten. Als die Polizei am 24. September 2006 ein Straßenfest auflöste, führte dies zum ersten Mal zu Krawallen mit Steinwürfen und brennenden Feuern in Nørrebros Straßen. Es kam zu 268 Festnahmen, und

die Fernsehbilder von Knüppelinsätzen gegen bereits Festgenommene und sitzende DemonstrantInnen trugen dazu bei, dass sich die Stimmung zwischen Polizei und AktivistInnen verschlechterte. Zur weiteren Zuspitzung trug bei, dass das Verwaltungsgericht im Oktober im Anschluss an das Urteil des Landesgerichts den 14. Dezember als Datum für die Räumung festlegte. Auch dass es am 26. November während eines Protestes gegen eine Zweigstelle des *Faderhus* in Rødovre erneut zu Prügeleien und Massenverhaftungen kam, verschärfte die Spannungen. Der Konflikt bot keinen Ansatz für eine Lösung, weil *Faderhus* als juristischer Eigentümer des Hauses es als religiöse Mission begriff, die Ungdomshuset-Kultur zu stoppen. Versuche des linksorientierten *Fonds Jagtvej 69*, in den Konflikt einzugreifen, das Haus zu kaufen und es als selbstverwaltetes Jugendzentrum zu bewahren, lehnte die Sekte ab.

Erst nachdem es im September zu den ersten Straßenkämpfen gekommen war, begann die seit 2000 festgefahrene politische Situation etwas in Bewegung zu geraten. Zwar wurden die Unruhen von fast allen PolitikerInnen verdammt, aber sie führten dazu, dass das Problem auf die Tagesordnung kam. Unter anderem war Kopenhagens nunmehr regierende sozialdemokratische Oberbürgermeisterin Ritt Bjerregård* zum ersten Mal bereit, sich überhaupt in der Sache zu äußern. Zusammen mit der linksliberalen Partei Radikale Venstre* und der linken Sozialistischen Volkspartei* sowie der Einheitsliste* versuchten die Bürgermeisterin und ihre Partei sogar einen kommunalen »Lokalplan« ins Spiel zu bringen, der die fortgesetzte Nutzung des Jagtvej 69 als Kulturhaus vorsah. Doch die Idee wurde schnell wieder verworfen, und auch der Vorschlag der Einheitsliste, den Erhalt des Hauses durch eine (prinzipiell mögliche) Landesdirektive zu sichern, fand keine Mehrheit im Parlament. Die Situation verhärtete sich wieder, und Bjerregård bezog nun erneut die Position, dass es sich nicht um einen politischen Konflikt handele, während die AktivistInnen auf dem Standpunkt beharrten, dass es ihr Ungdomshuset sei und es in der Verantwortung der Politik liege, die Probleme zu lösen, die durch den Verkauf des Hauses im Jahr 2000 entstanden waren.

Zugleich verschärfte auch das Ungdomshuset die Tonlage, forderte im Fall einer Räumung zu Unruhen auf, erklärte das Haus für »besetzt« und bereitete sich auf eine militante Verteidigung oder – wie die AktivistInnen es selbst nannten – *The final battle* vor. Eine wichtige moralische Unterstützung stellte die sogenannte »Internationale Brigade« dar, d.h.

die Solidarität von Gleichgesinnten aus anderen Ländern. Die Unabhängigkeit der Ungdomshuset-Kultur von der Obrigkeit unterstrich man, indem man jede Zusammenarbeit mit der Polizei anlässlich einer für den 16. Dezember 2006 (dem Termin, den das Gericht als frühestes Räumungsdatum festgesetzt hatte) angesetzten Demonstration verweigerte, während man sich gleichzeitig über das auch in Dänemark seit dem Jahre 2000 geltende Vermummungsverbot hinwegsetzte. Die Polizei nahm die Herausforderung an und erklärte, dass sich die Demonstration »keinen Meter fortbewegen werde«, woraufhin 1.500 Demonstrierende nur wenige hundert Meter vom Jagtvej 69 entfernt mit einer großen Polizeieinheit zusammenstießen. Die PolizistInnen waren offensichtlich von der Wut und Entschlossenheit der 200 bis 300 DemonstrantInnen, die in vorderster Reihe standen, überrascht. Die Einheiten flüchteten hinter ihre Wannen und rächten sich anschließend, indem sie 273 TeilnehmerInnen des überwiegend friedlichen Teils der Demonstration verhafteten.

Die gewaltförmigen Zusammenstöße machten den Streit um das Ungdomshuset zu einem Drama, das nun die volle Aufmerksamkeit der landesweiten Öffentlichkeit fand. Die Meinungen waren geteilt, aber die Initiativen und Vereinigungen, die als unmittelbare Folge des Konfliktes entstanden, waren mehrheitlich auf der Seite des Ungdomshuset, was durchaus die Haltung der Bevölkerung widerspiegelte. Zwei nach den Straßenkämpfen des Dezembers durchgeführte Umfragen zeigten, dass die Mehrheit die Forderung nach einem Ungdomshuset unterstützte. Viele meinten, dass die Verantwortung für die Situation bei den PolitikerInnen liege. Zum Leidwesen der bürgerlichen Parteien engagierte sich Ritt Bjerregård erneut und lud die NutzerInnen zu Verhandlungen in das Rathaus ein. Als sich die Parteien Anfang 2007 annäherten, schien eine Lösung in Reichweite zu sein. Die Oberbürgermeisterin erklärte ihren Willen, beim Ankauf eines nur wenige hundert Meter vom Jagtvej entfernt gelegenen ehemaligen Schulgebäudes in der Stevngade behilflich zu sein, und die AktivistInnen waren bereit, das Ungdomshuset freiwillig zu verlassen, wenn ihnen kostenlos eine Alternative zur Verfügung gestellt werden würde.

Doch näher kam sich die Parteien nicht, auch deshalb, weil der »Dialog« in der Tat eine Mischung aus Verhandlungswille und politischer Propaganda war. Weder Bjerregård noch die AktivistInnen konnten (oder wollten?) sich auf weitergehende Kompromisse einlassen, viel-

leicht weil beide Seiten dies als Kapitulation empfunden hätten. Stattdessen versuchte man, die Verantwortung für die entstandene Situation der Gegenseite zuzuspielen. Die Verhandlungen kamen mit anderen Worten zu spät. Und als zwei Militärhubschrauber mit Einheiten des Antiterrorkorps der Polizei, unterstützt von Kolonnen von Einsatzwagen mit PolizistInnen in Kampfmontur, am Morgen des Donnerstags, 1. März, Kurs auf den Jagtvej 69 nahmen, bedeutete dies zugleich den Beginn einer der größten Unruhen in der dänischen Nachkriegsgeschichte.

Die Räumung und der Märzaufstand von 2007

Die Polizei, die sich am 1. März auf dem Weg zum Ungdomshuset befand, sah ganz anders aus als jene, mit der sich die BZ'er in den 1980er Jahren auseinandersetzen hatten, oder jene, die von den Autonomen am 18. Mai 1993 zurückgeschlagen worden war, bevor sie das Feuer eröffnete. Zu Beginn des neuen Jahrzehnts kulminierte jene Militarisierung der Einsatzkräfte, die in den 1980er Jahren begonnen hatte. Insbesondere aufgrund der Ereignisse des 18. Mai konnte die Polizei ihr zur Aufstandsbekämpfung bestimmtes Arsenal mit neuen gepanzerten Einsatzwagen, Schutzkleidung und Armschienen sowie auf kurze Distanz wirksamen und daher für den Straßenkampf geeigneten Tränengasgewehren auffüllen.

Die neue Ausrüstung ging mit einer neuen Einsatztaktik einher. Während die Polizei früher in einer geschlossenen Phalanx von mit Schildern ausgestattetem Fußvolk vorging, ging sie nun zu einem mobileren und flexibleren Konzept über. Die Schilder wurden weggelassen und die geschlossene Reihe durch eine Art Speerspitzen-Formation ersetzt, der Wannen voranfuhr, die von laufenden Kolonnen gepanzerter Polizisten begleitet wurden, während in den Wannen ebenfalls Einsatzkräfte warteten, um sich in die Menge der Demonstrierenden zu werfen. Das Ziel war, Unruhen zu verhindern, indem man den DemonstrantInnen durch abschreckendes Auftreten die Initiative nahm und schnell und effektiv gegen die Gruppen vorging, die man als »harten Kern« identifiziert hatte. Im Rahmen dieser Strategie wurden auch flankierende Gesetze verabschiedet wie das Vermummungsverbot (2000), die Verschärfung der Strafen für Landfriedensbruch (2002) sowie die Erlaubnis präventiver Festnahmen (2004). Die Polizei nutzte den neuen

Spielraum, um selbst gegen friedliche Versammlungen vorzugehen und dort Anwesende mit einer in der dänischen Rechtsgeschichte bis dahin unbekanntenen Willkür festzunehmen und einzusperren.

Die Polizei nutzte das Überraschungsmoment und räumte das Ungdomshuset am 1. März 2007 in einer dramatischen Aktion im Laufe einer Stunde, wobei ein deutscher Unterstützer so schwer verletzt wurde, dass er einige Zeit zwischen Leben und Tod schwebte. Nur kurze Zeit später wurden auf der Nørrebrogade die ersten Barrikaden errichtet, die die Polizei jedoch im Laufe des Vormittags entfernte. In den Stunden nach der Räumung versuchte die Polizei durch die Einrichtung von Kontrollposten und Leibesvisitationen den Zustrom zu einer für 17 Uhr auf dem zentral in Nørrebro gelegenen Blågårds Plads geplanten Manifestation zu verhindern, die schließlich mit der Begründung, dass von dort zu dem ca. einen Kilometer entfernten Ungdomshuset gelaufen werden könne, verboten wurde. Allerdings kümmerten sich die 3.000 bis 4.000 Versammelten nicht um dieses Verbot. Nachdem sie die erste Polizeiabsperrung überrannt hatten, wurden die DemonstrantInnen von einer nicht zu durchbrechenden Reihe gepanzerter Mannschaftswagen gestoppt. Damit hatte die Polizei das erste strategische Ziel des Tages erreicht: die AktivistInnen daran zu hindern, das Ungdomshuset wieder zu besetzen. Dennoch wurde das zweite Ziel, das darin bestanden hatte, größere Unruhen im Keim zu ersticken, total verfehlt. Denn nachdem die Demonstration gestoppt worden war, verteilten sich die AktivistInnen im gesamten Stadtteil und in der Nähe von Christiania auf Christianshavn. Obwohl die Polizei sämtliche in Dänemark verfügbaren Kräfte einsetzte und sich die materielle Unterstützung durch die schwedische Polizei sicherte, bekamen die »Ordnungskräfte« die Situation erst nach vier Tagen heftiger Straßenschlachten wieder einigermaßen in den Griff. Am Donnerstag wurde geräumt – am Sonntag die vorerst letzte Barrikade gebaut. Aber welche Logik und welche Ziele standen hinter den Straßenkämpfen?

Die AktivistInnen strebten ganz offen einen Aufstand an, womit sie die deutlich besser bewaffnete Polizei frontal herausforderten. Etwas genauer gesagt, bedeutete das Wort »Aufstand« in diesem Zusammenhang, einen relevanten Teil des öffentlichen Raumes, der Straßen und Plätze unter die eigene Kontrolle zu bringen und diesen Zustand so lange aufrechtzuerhalten, bis das normale Alltagsleben in Stillstand geriet und damit eine Krise geschaffen wurde, die von den PolitikerInnen

nicht länger ignoriert werden konnte. Ziel der Polizei wiederum war es, die Unruhen im Keim zu ersticken, jeden Aufzug zu verhindern und die »Unruhestifter« möglichst schnell von der Straße zu entfernen, bevor die Dynamik der Situation unkontrollierbar wurde.

Dass die militarisierte Polizei, die viele Jahre lang in dieser Hinsicht kaum Probleme gehabt hatte, nach dem 1. März 2007 die Kontrolle verlor, lag einfach daran, dass die Zahl und die Wut der UnterstützerInnen des Ungdomshuset diesmal zu groß war. Aber auch taktische und psychologische Faktoren spielten eine Rolle. Das Konzept war, die Versammlungen schnell aufzulösen und die unzähligen kleinen Feuer und Barrikaden zu beseitigen. Das Problem war, dass die Polizei auf sich ständig wiederholende Vorstöße setzte, ohne das so gewonnene Terrain mit Fußvolk zu besetzen. Dies war unter anderem den schlechten Erfahrungen mit stehenden Einheiten geschuldet, die ein leichtes Ziel für Wurfgeschosse bildeten.

Die geografische Ausweitung und die wechselnden Zentren der Unruhe stellten die Polizeiführung vor ein Dilemma. Wenn größere Einheiten an einer bestimmten Stelle stationiert wurden, fehlten diese, wenn die Unruhen an anderen Orten aufflammten. Obwohl die Polizei deshalb zögerte, sich in Nahkämpfe zu verstricken, wurden die DemonstrantInnen immer wieder durch die Wagenkolonnen und die explodierenden Tränengasgranaten vertrieben. Aber die AktivistInnen lernten schnell, sich kurz zurückzuziehen oder einfach nur zur Seite zu treten und – nachdem die Kolonne der Polizei vorbeigerollt und der Angriff überstanden war – sich an anderen Orten wieder zu versammeln und neue Feuer auf der Straße zu entzünden. Man konnte spüren, dass aus den Auseinandersetzungen des 24. September und des 16. Dezember 2006 die Lehre gezogen worden war, dass die sonst so Respekt einflößenden, behelmtten und gepanzerten Einheiten nicht allmächtig waren. Es trat eine moralische Stärkung der AktivistInnen bei einer gleichzeitigen Schwächung der Polizei ein. So machte das polizeiliche Ausgangsverbot am 1. März in Nørrebro bei den Protestierenden keinen Eindruck, und der erste Tag des Aufstandes endete am frühen Morgen erst, als die DemonstrantInnen müde wurden und zu Bett gingen. Am folgenden Abend, am 2. März, begannen die Auseinandersetzungen, als die Polizei unter Einsatz großer Mengen von Tränengas eine Demonstration auf dem St. Hans Torv* auflöste. Erneut erwies sich die Taktik, die Demonstration auseinanderzujagen, als nur eingeschränkt wirksam,

denn der Angriff führte zu einer langen Nacht der Straßenkämpfe im gesamten Nørrebro und auf Christianshavn. Und diesmal hatten die DemonstrantInnen ein Mittel gegen die Panzerwagen der Polizei gefunden, nämlich brennende Privatautos – was man in Dänemark nur selten sieht.

Allerdings blieb der Kampf nicht ohne Kosten für die Teilnehmenden: 854 Leute wurden festgenommen, 200 kamen in Untersuchungshaft, offiziell wurden 29 DemonstrantInnen verletzt. Am Samstagnachmittag, dem dritten Tag nach der Räumung, wurde immer deutlicher, dass die Kräfte schwanden. Doch zu diesem Zeitpunkt war das wichtigste Ziel bereits erreicht: auf die Räumung des Hauses mit einem Aufstand von historischer Dimension zu antworten.

Aber auch die Behörden hatten demonstriert, dass sie bereit waren, ihre Macht einzusetzen, um den politischen Beschluss der Räumung des Ungdomshuset in die Tat umzusetzen und das Haus anschließend dem Erdboden gleichzumachen – koste es, was es wolle. Dies ging nicht ohne Folgekosten ab, denn alleine der Einsatz der Polizei bei der Räumung und bei den folgenden Straßenkämpfen kostete ungefähr zehn Millionen Euro, eine Summe, die in der Geschichte der dänischen Polizei ihresgleichen sucht.

Nach dem Aufstand

Ein Ereignis wie der Märzaufrüstung hinterlässt notwendigerweise seine Spuren. Der Kampf hat sich selbst für einen Platz in den Geschichtsbüchern nominiert. Wie die Wirkung auf die dänische Gesellschaft war, lässt sich daran ablesen, dass Kinder im Kindergarten ein neues Spiel erfanden – »Ungdomshuset und Polizei« –, das als Ersatz für »Cowboy und Indianer« diente. Dass die Kinder lieber das »Ungdomshuset« sein wollten, erklärte ein mit solchen Fragen befasster Forscher damit, dass Letzteres das Lebendige und Freche repräsentiere, das die Autorität der Erwachsenen herausfordert.

In Bezug auf den Kampf um ein Jugendzentrum im engeren Sinne setzte sich der Konflikt nach dem März fort. Etliche kleinere und größere Aktivitäten fanden statt, darunter Demonstrationen mit bis zu 10.000 Teilnehmenden, aber auch viele kleinere Aktionen und Happenings. So war von vornherein ausgemacht worden, dass es eine Woche nach der Räumung um 17 Uhr eine Demonstration am Blågård's Plads

geben würde, und diese wurde seitdem Woche für Woche zur »Donnerstagsdemo«, die die dänische Öffentlichkeit dadurch überraschte, dass sie seit mehr als einem halben Jahr immer wieder stattfindet und viele Menschen mobilisiert. Zudem ist die Zahl »69« als frühere Adresse des Ungdomshuset eine Ikone für den Aufstand geworden, welche die Kleidung vieler Jugendlicher ziert, überall in der Stadt auf die Mauern gesprayt oder mit Edding auf öffentliche Toiletten gemalt ist und sich in Cafés, auf Rolltreppen und allen möglichen anderen Plätzen findet.

So sorgte es für Aufsehen, als die Donnerstagsdemo am 6.9. als Sternmarsch veranstaltet wurde, zu dem insgesamt 3.000 Menschen an 69 verschiedenen Orten aufbrachen. Alle Demos starteten an Orten mit der Hausnummer 69. Und wenige Tage zuvor, am Samstag, dem 1. September, dem Halbjahrestag der Räumung, fand ein nicht angemeldetes Straßenfest auf dem leeren Grundstück statt, das auch als *Ground 69* bekannt ist. Wieder entwickelten sich aus diesem Ereignis Straßenschlachten und Plünderungen von Geschäften in großen Teilen von Nørrebro.

Alles in allem hat die Bewegung für das Ungdomshuset den seit Jahrzehnten anhaltenden Kampf für Freiräume in Kopenhagen revitalisiert. Dies kam unter anderem zum Ausdruck, als die Polizei am 14. Mai mit großem Aufwand versuchte, einen Schuppen auf Christiania zu beseitigen. Dies wurde als ein Versuch des Staates aufgefasst, seine Forderung nach einer »Normalisierung« der freien Stadt mit Gewalt durchzusetzen. Aber am 14. Mai strömten sofort Hunderte von UnterstützerInnen nach Christiania. Am Ende wurde die Polizei nicht nur vertrieben, sondern musste trotz eines umfangreichen Bombardements mit Tränengas und Vorstößen mit gepanzerten Wagen den Versuch aufgeben, die Barrikaden zu überwinden. Unter dem Eindruck der Verteidigung mit Steinen und Molotowcocktails beugte sich die Regierung schließlich aus Angst davor, dass ein Konflikt um Christiania möglicherweise noch größere Ausmaße annehmen könnte als der um das Ungdomshuset. In mehreren Belangen, zu denen die Regierung ansonsten ultimative Forderungen aufgestellt hatte, beugte sie sich schließlich den Forderungen der *Christianitter*.

All dies zeigt, wie der Märzaufrüstung eine politische Bewegung gestärkt hat, in der neue Gruppen für Freiräume und eine eigenverantwortliche Kultur sowie gegen durch den Markt bestimmte und von den Behörden kontrollierte Lebensformen kämpfen. Wie sich der Konflikt in Zukunft

gestalten wird, ist davon abhängig, wie geschickt sich die AktivistInnen verhalten werden und wie sich die Gesellschaft um die Bewegung herum verändern wird. Eine der offenen Fragen ist dabei, ob es ein neues Ungdomshuset geben wird. Aber eins ist sicher, um den Ruf in den Straßen zu zitieren: *Der Kampf geht weiter!* Es fällt insofern schwer, sich nicht über die bürgerlichen und sozialdemokratischen PolitikerInnen zu amüsieren, die seinerzeit beschlossen hatten, das Ungdomshuset zu räumen, um damit endgültig einer radikalen politischen Kultur den Garaus zu machen, und mit eben diesem Beschluss dazu beigetragen haben, genau dieser Kultur auf die Beine zu helfen, ja zu einer bis dahin nicht gekannten Stärke zu verhelfen.

Der Kampf um das Ungdomshuset bedeutete schließlich auch ein Wiedersehen mit den Barrikaden, die bis dahin aus den Straßen Kopenhagens verschwunden waren. Eine neue Generation machte die Erfahrung, dass der Aufstand eine konkrete Möglichkeit darstellt.



Ungdomshuset, Gegenkultur und Stadtentwicklung

Von Liv Rex Hansen und Tobias Alm

Wenn man sich mit Normalisierung und Gentrifizierung in Kopenhagen beschäftigt, ist die Räumung des Ungdomshuset ein zentrales Thema. Als ein politisches Kulturhaus waren die fast 1.000 Quadratmeter in Nørrebro einzigartig. Die Geschichte des Hauses war lang und facettenreich. Sie endete an dem Tag, als die Kräne das Haus Stück für Stück niederrissen. Doch der Abriss wurde zum Ausgangspunkt von Protesten und führte zu einer Bewegung, von der niemand zu träumen gewagt hätte. Das Ungdomshuset war nicht der einzige »gegenkulturelle« Raum, der ökonomischen und stadtplanerischen Interessen weichen musste. Aber anders als in vergleichbaren Fällen konnte der Protest nicht marginalisiert werden und erschöpfte sich nicht in einem kurzen Aufbegehren. Deshalb ist die Frage interessant, was so viele Menschen auf die Straße getrieben hat und warum die Proteste eine so überraschende Kontinuität entwickeln konnten.

In diesem Artikel werden wir einen Blick darauf werfen, wie sich neoliberale Stadtentwicklung und Normalisierungstendenzen einerseits und die Veränderungen der linksradikalen Szene in Kopenhagen andererseits auf den Konflikt um das Ungdomshuset ausgewirkt haben. Unsere Perspektive ist davon bestimmt, dass wir beide in der radikalen Linken in Kopenhagen aktiv sind.

Ungdomshuset und Kultur

Kopenhagen hat ein umfangreiches Unterhaltungsangebot. Auch subkulturelle Freiräume, wie z.B. Christiania, sind hier beheimatet. Trotz alledem nahm das Ungdomshuset in seiner Funktion als politischer Treffpunkt und Veranstaltungsort eine Sonderrolle in der Stadt ein. Das Haus am Jagtvej 69 existierte in seiner Funktion als Ungdomshuset mehr als 24 Jahre lang. Mit der Räumung und dem Abriss des Hauses wurde nicht nur einer der wenigen selbstverwalteten subkulturellen Orte Kopenhagens, sondern auch ein Haus mit einer langen Tradition und Geschichte dem Erdboden gleichgemacht. Der Artikel von René Karpantschov in diesem Buch zeichnet diese Geschichte von der ersten Nutzung des Hauses als ArbeiterInnenzentrum bis zur BZ-Bewegung

und den Autonomen der 1990er Jahre detailliert nach. Tatsächlich war das Haus seit der »Übereignung« des Jahres 1982 ein bedeutender Ort für die zuletzt genannten Bewegungen. Im Jahr 2000 wurde es von der Stadt Kopenhagen an eine Deckfirma der fundamentalistischen Sekte *Faderhus* verkauft, deren Chefin Ruth Evensen erklärt, dass ihr »Gott befohlen habe«, das Haus nicht weiter zu veräußern, eine Mission, die allerdings durch die in letzter Zeit geäußerten Verkaufsabsichten demütiert wird.

Solange es existierte, bot das Ungdomshuset Platz für Konzerte und Veranstaltungen und war gleichzeitig ein Versammlungshaus. Zahlreiche kulturelle Aktivitäten, wie z.B. Volksküche, Kino, Werkstatt, Übungsräume, Café, Büro sowie ein Buch- und Plattengeschäft, fanden hier Platz. Die AktivistInnen nahmen alle Entscheidungen und Aktionen in die Hand und die Kommune Kopenhagen oder sonstige staatliche Stellen hatten auf ihr Handeln keinerlei Einfluss. Es wurde versucht, Hierarchien entgegenzuarbeiten, etwa indem sämtliche Entscheidungen, die das Haus betrafen, auf dem wöchentlichen Montagstreffen besprochen wurden. Beschlüsse wurden hier nicht abgestimmt, sondern basisdemokratisch zur Diskussion gestellt, mit dem Ziel, einen Konsens herauszuarbeiten. Jede Person, die sich mit den wenigen, aber eindeutigen Richtlinien des Hauses einverstanden erklärte, konnte an diesem Treffen teilzunehmen. Die Richtlinien lauteten: »Kein Rassismus, kein Sexismus, kein Heterosexismus, keine harten Drogen und keine Gewalt.« Die Menschen, die in dem Haus aktiv waren, taten dies ohne Gegenleistung und in ihrer Freizeit neben Arbeit, Schule oder Studium. Dadurch und weil die kulturellen Aktivitäten im Jagtvej 69 nicht profitorientiert waren, wurden die Preise niedrig gehalten.

Ob ein Act oder eine Band einen Raum im Haus bekam, hing nicht von den zu erwartenden Einnahmen ab, sondern davon, ob das jeweilige Konzept zum Profil des Hauses passte. Dies eröffnete Bands und KünstlerInnen einen Raum, die in den kommerziellen Veranstaltungsräumen Kopenhagens keine Chance bekamen. Vielen wurde im Ungdomshuset die Möglichkeit geboten, sich zu treffen, zu üben und sich – häufig zum ersten Mal – vor Publikum zu präsentieren. Unter anderem das ist damit gemeint, wenn wir von einem »Freiraum« sprechen. Der Druck, mit dem, was man tut, erfolgreich und an den Geschmack der Massen angepasst zu sein, existierte hier nicht. Vor allem war das Ungdomshuset ein Zuhause für die Punkszene. Es war in ganz Europa ein Begriff.

Ständig waren Bands und BesucherInnen aus dem Ausland zu Gast. Den jährlichen Höhepunkt stellte das *K-Town Festival* dar, das über ein langes Wochenende über 2.000 Punks aus dem In- und Ausland in seinen Bann zog.

Die gängigen Formen der politischen und kulturellen Kommunikation wurden im Ungdomshuset nicht anerkannt. Die Ausdrucksformen von *Ungeren* waren immer – visuell wie sprachlich – frech, ausgeflippt und provozierend. In Reden und Flyern über Politik und Kultur brachen sie mit den normalen Formen und wählten ihre eigene Art und Weise, Dinge zu vermitteln. Auf diese Weise machten sie deutlich, dass sie alles andere als in das normale Dänemark integriert werden wollten.

Niedrige Preise als Politik

Bewusst oder auch unbewusst geschieht in der Mainstreamkultur oft eine ökonomische Ausgrenzung, so schließen etwa astronomische Getränke- und Eintrittspreise viele Menschen und teils ganze Gesellschaftsgruppen von der Teilhabe aus. Menschen mit niedrigem Einkommen können es sich schlichtweg nicht leisten, umgerechnet 7 Euro für ein Glas Fassbier zu bezahlen. Was das Ungdomshuset von den kommerziellen Einrichtungen unterschieden hat, war, dass hier alle Menschen Zutritt und die Möglichkeit hatten, einen schönen Abend zu erleben. So gab es eine Höchstgrenze für Eintrittspreise. Im Ungdomshuset hat die dänische Musikgruppe *Outlandish* für einen Eintrittspreis von etwas mehr als 5 Euro ein Konzert zum Besten gegeben. Die gleiche Band verlangte später im kommerziellen Konzerthaus »Vega« mehr als 30 Euro. Auch die Preise für Getränke und Essen waren im Jagtvej 69 moderat.

Selbstverständlich gibt es auch in Kopenhagen einige (wenige) kulturelle Ereignisse, für die kein Eintrittspreis verlangt wird. Aber auch kulturell werden im Mainstream enge Grenzen gezogen. So verzichtet das Jazz-Festival in Kopenhagen auf Eintrittsgelder. Damit ist der Event für alle Menschen zugänglich. Doch bei genauerem Hinsehen schafft der Mainstream dennoch eine Dominanz, die bestimmte Menschen und Personengruppen ausschließt. So soll der Konsum unproblematisch und störungsfrei sein, die Teilnahme einfach, ohne Hindernisse und nach einem bestimmten Muster verlaufen. Menschen, die Probleme benennen oder durch Aussehen und Verhalten auffallen, werden meist als störend empfunden und bleiben außen vor.

Genau hier haken Orte wie das Ungdomshuset ein und präsentieren eine lebendige Alternative zur unpolitischen und sorgenfreien Feier- und Konsumideologie. Hier wurden Forderungen gestellt, hier sollte sich verhalten werden. Gesellschaftliche und politische Probleme wurden thematisiert und Positionen eingefordert. Das Ziel war nicht der unbeschwerte Konsum, sondern das Überdenken eigener Werte und Normen. Es gab Solidaritätspartys, die Geld für politische Projekte einspielten, das Essen im Haus war immer vegan und Coca-Cola wurde nicht verkauft, da ein ausbeuterischer Weltkonzern nicht unterstützt werden sollte. Das sind nur einige Beispiele, wie BesucherInnen auf Partys mit Problemstellungen und Auseinandersetzungen konfrontiert wurden. Aber auch darüber hinaus gab es Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung. Interessierte konnten sich zu Themen ihrer Wahl aktiv engagieren. Menschen, die dies wollten, konnten aus einer reinen Konsumentenrolle in die des Gestalters und Beteiligten schlüpfen.

Eine Haltung des radikalen Widerstands

Im Laufe der Jahre hat sich eine gemeinsame Haltung bei den AktivistInnen des Hauses herausgebildet: Es war deutlich wahrnehmbar, wer »Ungdomshuset-Aktivist« ist. Im Gegensatz zu AktivistInnen aus der feministischen Szene oder der antifaschistischen Aktion begründete sich diese Identität nicht alleine auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Richtung. Vielmehr identifizierte man sich mit einem Haus, dem man selbst einen politischen Ausdruck gab. Diese Art der Identifikation äußerte sich in einigen Punkten anders als in »abstrakten« politischen Feldern.

Ein Haus ist ein physisch fester Platz. Man kann jederzeit hingehen, sich dort aufhalten, FreundInnen treffen, aktiv sein. Mit der Zeit knüpfen sich konkrete Erinnerungen an diesen Ort. Es ist ein Ort, der physisch bedroht und angegriffen, aber auch verteidigt werden kann. Im Ungdomshuset bestand die Möglichkeit, sich persönlich zu entfalten. Es wurden u.a. Handwerker, Elektriker, DJs, Musiker, Mischer und Tresenkräfte gebraucht. Man konnte Feste organisieren, sich selbst einbringen, eigene Ideen verwirklichen. Das Haus lebte von der Kreativität und Energie der AktivistInnen. Menschen, die keine eigenen Projekte aus dem Boden stampfen wollten, konnten sich in die schon vorhandenen einbringen. Ob Druckwerkstatt, Infoshop oder Mon-

tagstreffen, die Zahl der Optionen war riesig. Die AktivistInnen im Ungdomshuset hatten ihre politischen Ideale. Das Haus war der Ort, wo versucht wurde, einen großen Teil dieser Ideale umzusetzen, zu realisieren und den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Für viele bedeutete das Haus eine real gewordene Umsetzung ihrer politischen und kulturellen Träume. In einem Haus, in dem eigene Regeln galten und auf die herrschenden Gesetze nicht geachtet wurde, entstand eine radikale Widerstandskultur mit einem hohen Identifikationsangebot. Das Ungdomshuset wurde gleichbedeutend mit Unabhängigkeit, Radikalität, Konsequenz und Unkontrollierbarkeit. Ein Angriff auf diesen Ort bedeutete nicht nur einen Angriff auf ein heiß geliebtes Gebäude, sondern gleichzeitig auch auf ein Lebensprojekt, auf bestimmte Vorstellungen, das Leben zu gestalten.

Mit dem Abriss des Ungdomshuset wurde einer der letzten Freiräume in Kopenhagen vernichtet. Das Haus war ein soziales und politisches Experiment, das schon durch seine Einzigartigkeit und die Herausforderung der dänischen Normalität seine Daseinsberechtigung besaß und schwer zu ersetzen sein wird. Mit all seinen Fehlern und Problemen war es ein wichtiger Beitrag zu einem lebendigen und anderen Kopenhagen. Die verantwortlichen Politiker und die Stadtentwicklungsbehörde sahen das leider nicht so und so ist Kopenhagen um eine besondere kulturelle Attraktion ärmer und zugleich »normaler« geworden.

Ungdomshuset und Stadtentwicklung

In Dänemark hat sich seit den 1970er Jahren, wie auch sonst in Europa, eine Bewegung entwickelt und etabliert, die auf verschiedene Arten Häuser, Fabriken, Schulen und Schiffe besetzt hat, je nachdem welche Forderungen und Träume die verschiedenen Gruppen hatten. Viele Projekte, die heute noch existieren, sind Errungenschaften der früheren BesetzerInnenbewegung. Ein Beispiel dafür sind zwei nebeneinander in der Kopenhagener Innenstadt gelegene Häuser, die von der feministischen *Rødstrømper*-Bewegung* 1979 besetzt wurden. Sie besitzen heute einen legalen Status und fungieren als Frauenzentrum und Krisenanlaufstelle für von Gewalt betroffene Frauen. Einigen der durch die Besetzungsbewegung erkämpften Räume ist es also gelungen, zu überleben und einen gewissen Grad an Legitimität und Akzeptanz zu erreichen.

So ist auch Christiania bis heute ein Symbol dafür, dass es den *Slumstormern** und BesetzerInnen gelungen ist, Freiräume gegen große Hindernisse und Widerstände durchzusetzen und zu halten. Christiania ist mittlerweile auf der ganzen Welt bekannt. Als reisender Kopenhagener trifft man in jedem Land auf Menschen, die sich die Frage stellen, wie die freie Stadt, ohne normale Mieten zu zahlen, mit einem offensichtlichen Haschhandel und basisdemokratischen Strukturen und Entscheidungsprozessen existieren kann. Die Antworten darauf können vielfältig ausfallen. Häufig entsteht von außen der Eindruck, dass ein Projekt wie Christiania möglich wurde, weil Kopenhagen über Jahrzehnte eine tolerante, progressive und weltoffene Hauptstadt war, die inmitten eines ebenso progressiven skandinavischen Wohlfahrtsstaates liegt. Kopenhagens Ruf als progressive Hauptstadt kam zustande, weil experimentellen Projekten wie Christiania, dem Ungdomshuset, dem *Folkets hus* usw. überhaupt eine Daseinsberechtigung eingeräumt wurde. Nicht alle besetzten Projekte wurden kompromisslos dem Erdboden gleichgemacht, einige wenige wurden sogar gefördert. Doch insgesamt hing dies vom »good will« der Politik ab, und weder Christiania noch das Ungdomshuset konnten ihre Existenz je als gesichert ansehen. Freiräume werden nur so lange toleriert, wie sie in das Konzept des ideologisch dominierenden Diskurses passen. Insofern zeigen die Bedrohung Christianias und der Abriss des Ungdomshuset, dass sich der Wind gedreht hat.

Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat zunächst die sozialdemokratische, dann die bis heute regierende neokonservativ-liberale Koalition radikale Veränderungen in der dänischen Politik durchgeführt. Schlagwörter wie »Wertekampf« und »Kulturkampf« zeigen, in welche Richtung sie sich orientieren.

Die grundlegende Umstrukturierung der kommunalen Einrichtungen ist ein Resultat dieser Entwicklung. In der Sozialpolitik hat eine Individualisierung stattgefunden, in der jeder und jede für seine/ihre eigene Situation verantwortlich gemacht wird. Dänemark war eines der »leuchtenden« Vorbilder des Hartz-IV-Regimes in der Bundesrepublik. Gleichzeitig geben sich die Sozialämter als »Bürgerservices« aus. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen im sogenannten »harten« Bereich (Verkehr, Infrastruktur, Post, öffentliche Betriebe) wurde besonders unter der sozialdemokratischen Regierung vorangetrieben. Seit dem Antritt der bürgerlichen Koalition hat sich auch im »weichen« sozialen Bereich (von den Kindergärten bis zur Altenpflege) der Druck

der Ökonomisierung extrem verschärft.

Im Bereich der Stadtentwicklung wird an Projekte angeschlossen, welche bereits die konservative Regierung der 1980er ins Leben gerufen hatte und die auf die Sanierung und Umstrukturierung der innerstädtischen Quartiere Kopenhagens abzielen. Vor zwanzig Jahren lebte man in den Brückenvierteln* noch Seite an Seite mit SozialhilfeempfängerInnen, armen Studierenden, Drogenabhängigen und Prostituierten. Heute sind Designer, Grafiker und eine »Caffè Latte«-Mentalität vorherrschend. Die Stadtteile werden restauriert, hergerichtet und für Menschen mit größerer Kaufkraft bezugsfertig gemacht. Die Preise auf dem Wohnungsmarkt steigen in diesen Gegenden um ein Vielfaches und erzwingen so den Wegzug der zuvor ansässigen Bewohner.

Der Stadtteil Nørrebro ist ein Beispiel, wie ein Wohnquartier sich in wenigen Jahren in seiner Struktur grundlegend verändert hat. Trotzdem ist gerade dieser Stadtteil immer noch auf besondere Art zusammengesetzt. Zum einen weil hier immer noch viele Menschen mit migrantischem Hintergrund, wie zum Beispiel Menschen aus Grönland oder Somalia, ihr Zuhause haben. Zum anderen weil hier die wichtigsten linksradikalen Zentren, wie das *Folkets hus*, verschiedene Cafés, Treffs und eben früher das Ungdomshuset existier(t)en. Und obwohl die Wände in Nørrebro mit politischen Parolen übersät sind, wird die Szenerie im »inneren« Teil des Quartiers von trendigen Läden und schicken Cafés dominiert. Die Hauspreise sind seit 1995 um 456,5 Prozent gestiegen. In Wohnungsannoncen wird Nørrebro als Viertel mit »populären Cafés und vielen spannenden, kleinen Geschäften« beschrieben und umworben. Das Viertel ist zu einem beliebten Tummelplatz von Jungunternehmern geworden, die gern in einer kreativen Umgebung wohnen und sich so für ihre Jobs als DesignerInnen, JournalistInnen, GrafikerInnen oder UnternehmensberaterInnen inspirieren lassen. Besuchen Touristen Nørrebro, so bekommen sie einen guten Eindruck von der »Stilbewusstheit«, die ganz Kopenhagen dominiert und prägt. Dänemark ist weltbekannt für seine Architektur und sein Klamotten- und Möbeldesign. Dies spiegelt sich unter anderem in der selbstbewussten Modewahl der KopenhagenerInnen wider. Dabei wirkt, wie an vielen Orten der Welt, der Bruch der subkulturellen Milieus mit den herrschenden Normen von Kleidung und Lebensstil anziehend auf Menschen aus der Mittelklasse – Nørrebro ist hier keine Ausnahme.

Da Autonome, HausbesetzerInnen oder FeministInnen keinerlei In-

teresse daran haben, auf ihre Rolle als Inspirationsquelle für Modedesigner reduziert oder als exotische Zugabe zu einer ansonsten langweiligen Großstadt benutzt zu werden, haben sie einen langen Kampf geführt, um nicht vereinnahmt zu werden. Dies wurde auch der Chefin der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei Pia Kjærsgaard klar, als sie versuchte, in einer Werbeaktion das von ihr so titulierte Mini-Somalia zu besuchen. Kurz nachdem dieser Plan bekannt geworden war, versammelten sich verschiedenste Bewohner Nørrebro, um der Parteichefin einen gebührenden Empfang zu bereiten, sie mit allerlei Gemüse zu bewerfen und so auf dem schnellsten Weg wieder nach Hause zu schicken. Diese Aktion verdeutlichte, dass die AktivistInnen in Nørrebro bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen, um ihren Stadtteil nicht zu einer Spielwiese für populistische Politiker verkommen zu lassen.

Neudefinition öffentlicher Räume

Während die Normalisierungsbestrebungen in Nørrebro insofern an ihre Grenzen gerieten, traten sie außerhalb dieses Stadtteils noch deutlicher zutage. Die Konflikte um den am Rande der City gelegenen *H.C. Ørsteds Park* sind ein Beispiel, wie der »Kulturkampf« Menschen unter Druck setzt, die vorhandene Normen durch ihr Verhalten in Frage stellen. Der H.C. Ørsteds Park ist ein zentraler und populärer Park, welcher jahrzehntelang auch als Sextreffpunkt, hauptsächlich für Schwule, fungiert hat. Im Jahr 2004 formulierten einige Familien mit Kindern eine Kritik an diesem nächtlichen Gebrauch, da man sich unsicher fühle, wenn diese von der sexuellen Norm abweichenden Personen den Park benutzten. Die Stadtverwaltung reagierte postwendend mit der Zurechtstufung der Büsche und Bäume, sodass diese keinerlei Sichtschutz bei sexuellen Aktivitäten mehr bieten konnten. Auch in der politischen oder Homosexuellenszene war diese Maßnahme kein Anlass für Aktionen oder Widerstand. Eine namentlich nicht bekannte Gruppe jedoch hat als Reaktion auf die Maßnahmen Schilder mit einem alternativen Parkreglement im Park aufgehängt. Dort war unter anderem Folgendes zu lesen:

»Es ist nicht erlaubt, Heterokinder ohne Leine oder im Kinderwagen mitzubringen. Für heterosexuelle Männer und Frauen ist es verboten, zu grillen, zu promenieren, mit dem Hund Gassi zu gehen, sich das Jawort zu geben, Politik (u.a. auch »linke«) zu diskutieren oder auf irgendeine

andere Art und Weise die Anlage zu nutzen. Diese Anlage ist ausgesprochen gut geeignet für: wahnsinnige Homosexuelle.«

Die Aktion war Teil einer umfassenderen Kritik an der Heteronormalisierung und der Propagierung des Vorbilds der gut situierten und gut ausgebildeten Kleinfamilie. Dänemark ist bekannt dafür, dass es als erster Staat Homosexuellen ermöglicht hat, eine vor dem Gesetz registrierte Partnerschaft einzugehen. Diese Gesetzesänderung stützt das Image eines toleranten und progressiven Landes, aber dies hat seine Grenzen. Homosexuelle werden toleriert, wenn sie eine monogame Partnerschaft eingehen, welche einer klassischen Kleinfamilie zum Verwechseln ähnlich sieht. Der weit verbreitete Konsens ist, dass eine Homosexualität, die sich in die vorhandenen Schemata einpasst, akzeptabel ist. Am liebsten sieht man es, wenn sich diese von der witzigen Seite präsentiert, wie im »GayPride«. Verhaltensweisen, die nicht in dieses Konzept passen, wie zum Beispiel Sexcruising, polygame Lebensstile oder queere Lebensauffassungen, werden nicht anerkannt, tabuisiert und im schlimmsten Falle kriminalisiert.

Nørrebro und der H.C. Ørsteds Park sind zwei Beispiele für Gentrifizierung und Normalisierung in Kopenhagen. Diese beiden ineinander verschränkten Prozesse sind nicht neu, haben sich in den letzten Jahren aber zugespitzt und beginnen immer mehr Menschen in ihrem Alltagsleben einzuschränken. Das Beispiel des H.C. Ørsteds Parks zeigt auf, wie bestimmte Gesellschaftsgruppen normativen Zwängen ausgesetzt werden, während die meisten BesucherInnen des Parks dies überhaupt nicht registrieren. Bäume und Büsche können für Homosexuelle oder auch für Junkies eine wichtige Bedeutung haben, während die Mehrheit der KopenhagenerInnen gestutzte Bäume wohl kaum als Eingriff in ihren Alltag empfinden wird. Deshalb werden die Beschränkungen von vielen als individuelles Problem angesehen und darauf reduziert. Das ist bei den Kämpfen um das Ungdomshuset und Christiania anders. Sie machen die Ausgrenzung sichtbar und legen so den Grundstein für eine kollektive Kritik an Stadtentwicklung und ideologischer Normierung.

Aktionen und Aktionsformen

Durch Konzerte, Aktionen, Volksküchen, Interviews, Festivals, Zirkus, militante Auseinandersetzungen und politische Verhandlungen wurde das Ungdomshuset in den letzten Jahren im ganzen Land als gesell-

schaftskritisches Kulturhaus bekannt. Im Folgenden werden wir auf einige der Aktionen eingehen, an denen AktivistInnen aus der ganzen Welt teilgenommen haben.

Am 16. Dezember 2006 mobilisierte das Ungdomshuset zu einer Demonstration, zu der Sympathisanten aus dem In- und Ausland erschienen. Zu dieser Zeit wurde immer klarer, dass eine religiöse Sekte das Haus übernehmen würde, aber die Stadt ignorierte den dadurch entstehenden Konflikt. Die Demonstration war nicht friedlich, die Kleidung war schwarz und die Stimmung angespannt. Sie war nicht angemeldet, aber zahlreich besucht. Auch die Polizei war massenhaft anwesend. Mehrere Hundert Menschen standen im Hof des Ungdomshuset und langsam begannen Leute, im Takt mit Rohren auf Mülleimer zu schlagen. Als sich die Demonstration in Bewegung setzte, war der Großteil der TeilnehmerInnen maskiert und der Ausdruck war militant. Nach etwa 400 Metern sperrte die Polizei die Straße und versuchte, die Demonstration zu stoppen. Die ersten Reihen der Demonstration begannen die Polizei zu attackieren und die Ausschreitungen begannen. Die Polizei schoss mit Gas und einige AktivistInnen verließen das Gebiet, während andere die Kämpfe mit der Polizei fortsetzten. Die Auseinandersetzungen breiteten sich auf ganz Nørrebro aus und dauerten die ganze Nacht an. 273 Menschen wurde festgenommen.

Es ist offen, ob die einzelnen Demonstrierenden die Konfrontation als einen Erfolg erlebt haben oder nicht. Das Ungdomshuset selbst verteidigte die Aktion mit der Parole: »Wenn ihr unser Haus nehmt, nehmen wir die Straße.« Unzählige phantasievolle und witzige Aktionen hatten schon vorher vielfach zu vermitteln versucht, warum Kopenhagen ein Ungdomshuset braucht. Nach dem 16. Dezember hatten weder Politiker und Polizei noch die EinwohnerInnen Kopenhagens insgesamt Zweifel daran, dass eine Räumung des Hauses zu großen Unruhen auf den Straßen führen würde. In Nørrebro selbst war die Kritik an den Folgen der militanten Demonstration laut zu hören. Eine massive Entsolidarisierung und Spaltung in »gute« und »böse« DemonstrantInnen blieb gleichwohl weitestgehend aus, und der Fokus auf die politische Auseinandersetzung konnte beibehalten werden. Selbst die Vereinigung der Ladenbesitzer (*Nørrebros Handelsforening*), die recht praktische Gründe hatte, gegenüber einer Eskalation Bedenken zu äußern, forderte eine politische Lösung. Der 16. Dezember erlangte deshalb besondere Bedeutung, weil die Konfrontation die Politiker an den Verhandlungstisch

brachte. Bis dahin hatte die sozialdemokratische Oberbürgermeisterin Ritt Bjerregård es abgelehnt, mit den AktivistInnen über die Zukunft des Hauses zu verhandeln.

Wichtig war zudem, dass ein großer Teil der AktivistInnen, die an den militanten Protesten teilnahmen, aus dem Ausland angereist war, die meisten davon kamen aus den Nachbarländern Schweden und Deutschland. Auch dies wurde in der Presse stark thematisiert. Insgesamt bekam das Ungdomshuset nach dem 16. Dezember eine mediale Aufmerksamkeit, wie es sie in den Jahren zuvor nie gegeben hatte.

»Für mehr Jugendzentren«

Dass der sieben Jahre lang andauernde Rechtsstreit die AktivistInnen des Ungdomshuset erschöpft hat, ist verständlich. Besonders im letzten Jahr waren viele mit Verhandlungen, Nachtwachen, Pressearbeit, Barrikadenbauen, Solifesten usw. rund um die Uhr aktiv. Hinzu kam, dass der 16. Dezember in seinen Auswirkungen für die Bewegung nicht nur positiv war. Zum einen war die Medienhetze gegen DemonstrantInnen und AktivistInnen massiv. Zum anderen bekamen viele AktivistInnen Angst vor der drohenden Zuspitzung und der ausweglosen Situation, in die das Haus durch die Politik der Stadt Kopenhagen geriet. Ausgelaugtheit und Unsicherheit, kombiniert mit politischen und strategischen Zweifeln, waren eine Bedrohung für die Bewegung. Dies war einer der Gründe für eine größere Gruppe AktivistInnen aus dem linksradikalen Milieu, die Kampagne *For flere Ungdomshuse* – für mehr Jugendzentren – ins Leben zu rufen. Ziel war, die eher defensive Stimmung zu einer offensiveren und positiven Atmosphäre zu wenden. Das Motto machte klar, in welche Richtung es gehen sollte: Bis dahin lag der Fokus auf der Verteidigung des »alten« Ungdomshuset. Die Forderung nach mehr Freiräumen stellte die politische Dimension des Konfliktes in den Vordergrund und machte klar, dass es um mehr ging als »nur« das Haus im Jagtvej 69.

Am 13. Januar 2007 besetzte die Initiative zusammen mit Hunderten SympathisantInnen ein Haus im Dortheavej im Nordvest-Quartier. Bei dieser Besetzung kam es nicht zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei. Einer der Gründe für dieses außergewöhnliche Ereignis war, dass sich viele ältere AktivistInnen an der Aktion beteiligten. In Dänemark ist das linksradikale Milieu sehr von jungen AktivistInnen

geprägt. Dass sich die ältere Generation in derartige Aktivitäten auf der Straße einmischte, ist eher eine Seltenheit. Zum anderen war die Aktion so transparent und öffentlich angelegt, dass vielen bis dahin noch nicht aktiven Menschen eine Teilnahme ermöglicht wurde. Zugleich war die mediale Aufmerksamkeit enorm. Die Pressegruppe der Initiative betonte, dass es nicht allein um das Ungdomshuset gehe, sondern darum, das Leben in der Stadt für alle lebenswerter zu gestalten. Die Besetzung hielt das ganze Wochenende an, und erst am Montagmorgen wurde sie von der Polizei geräumt. Sie hinterließ ihre Spuren. Der 16. Dezember 2006 war wichtig, um Verhandlungen zu erzwingen und den Ernst der Lage zu verdeutlichen. Die Besetzung des Dortheavejs am 13. Januar 2007 war für die Bewegung wichtig, weil die Aktion einen Energie- und Motivationsschub in der Szene bewirkte.

1. März, Räumung

Am 1. März, um sieben Uhr morgens, wurden die Telefonketten der Ungdomshuset-AktivistInnen aktiviert, um das lange befürchtete Ereignis bekannt zu machen. Das Haus wurde geräumt und 36 Menschen, die sich in den Räumen befanden, inhaftiert. Spezialeinheiten der Polizei und des Militärs verschafften sich mit Hilfe eines Helikopters und Containern Zugang zum Haus. Einheiten seilten sich vom Helikopter aufs Dach ab. Mit den Containern wurde die Hausmauer in der ersten Etage durchstoßen, sodass die Polizeikräfte eindringen konnten. Gleichzeitig wurden Schaum und Tränengas durch die Fenster geschossen, um die AktivistInnen handlungsunfähig zu machen und alle brennbaren Materialien außer Gefecht zu setzen.

Innerhalb von fünf Minuten drang die Polizei in das Haus ein, an dessen Verbarrikadierung die AktivistInnen über ein halbes Jahr gearbeitet hatten. Ein Aktivist musste ins Krankenhaus eingeliefert werden, weil er Schaum und Gas eingeatmet hatte. In ihrer Verzweiflung versammelten sich ca. 200 Menschen auf der nahe liegenden Kreuzung und folgten dem Ereignis, während die Polizei das Gebiet um das Haus abspernte. Nach einigen Versuchen, die Polizeiketten zu durchbrechen, verstreuten sich die Leute in den umliegenden Straßen. Den ganzen Tag über versammelten sich Menschen zu Spontanaktionen und Demonstrationen und die Polizei musste immer wieder ausrücken, um Barrikaden zu entfernen. Um 17 Uhr trafen sich Tausende empörte

BürgerInnen und AktivistInnen auf dem Blågårdsplads in Nørrebro, um dann als Demonstrationzug in Richtung Jagtvej 69 aufzubrechen. Als die Polizei versuchte, die Demonstration in der Nähe des geräumten Hauses zu stoppen, brachen die ersten Straßenkämpfe aus. Die Kämpfe selbst waren spontan und chaotisch, aber auch effektiv. Die Leute agierten unkoordiniert in kleineren Gruppen, welche sich in den Straßen bewegten, Barrikaden bauten und immer wieder die Polizei angriffen. Das gemeinsame Ziel war, zum Jagtvej zu gelangen. Weil sich die Auseinandersetzungen auf ganz Nørrebro ausdehnten, brauchte die Polizei Stunden, um die Situation einigermaßen unter Kontrolle zu bekommen. Bereits in der ersten Nacht kam es zu vielen Ingewahrsamnahmen und Verhaftungen.

Gleichzeitig mit den Protesten in Kopenhagen wurden auf dem ganzen Globus Aktionen durchgeführt, in denen die Solidarität mit den Kämpfern in Kopenhagen zum Ausdruck gebracht wurde. In New York, Melbourne, Oslo, Istanbul und vielen anderen Großstädten wurde vor den dänischen Botschaften demonstriert, wurden Transparente aufgehängt und Flugblätter verteilt. Alleine in Deutschland fanden schon am 1. März Demonstrationen in 15 verschiedenen Städten statt. In den folgenden Tagen fanden die Aktionen in Kopenhagen ihre Fortsetzung. Das Büro der Sozialdemokraten wurde besetzt, Solidaritätsveranstaltungen für Gefangene wurden organisiert, Vollversammlungen im *Folkets hus* abgehalten. Immer wieder kam es anlässlich von Demonstrationen zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die mit harter Repression, u.a. in Form von Massenverhaftungen, reagierte. Bereits am 2. März betrug die Zahl der verhafteten AktivistInnen und ZuschauerInnen 217, und in den nächsten Tagen stieg sie auf über 800 an. Am 3. März wurden mehrere Sterndemonstrationen organisiert, die sich auf dem Rathausplatz zu einer Abschlusskundgebung trafen. Eine für dänische Verhältnisse recht große Zahl von 3.000 Menschen nahm teil, Schauspieler und Musiker erklärten ihre Solidarität. Außergewöhnlich war, dass die heftigen Ausschreitungen in den Tagen zuvor die Leute nicht abhielten, ihrem Protest und ihrer Empörung über die Räumung Ausdruck zu verleihen. Die erwartete Spaltung an der Gewaltfrage blieb weitgehend aus. Die Demonstration machte deutlich, dass die Proteste eine breite Basis hatten und unterschiedlichen Konzepten und Menschen Raum boten.

Der Abriss

Am Morgen des 5. März rollte ein riesiger Abrissbagger vor den Jagtvej 69. Die Firmenlogos waren übergeklebt und die ArbeiterInnen gingen, um ihre Anonymität zu wahren, maskiert zu Werke. Um 6 Uhr 50 wurde der erste Stein vom Dach des Hauses gerissen. In den Tagen darauf wurde die Zerstörung rund um die Uhr fortgesetzt. Es fanden verschiedenste Aktionen im In- und Ausland statt, aber die Bewegung war von Abriss und Repression sichtlich betroffen und schockiert. Dass der Kran den Weg für die fundamentalistische Freikirche Stück für Stück frei machte, rief starke Emotionen hervor. Massen von Menschen kamen am Ort des Geschehens vorbei, unzählige Blumen und Erinnerungsstücke wurden vor den Polizeiketten abgelegt. Auf handgemalten Schildern wurde der Öffentlichkeit Trauer, Wut und Fassungslosigkeit entgegengehalten. Seitdem haben sich AktivistInnen mehrere Male auf dem sogenannten *Ground 69* getroffen und Erinnerungsfeste abgehalten. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass das *Faderhuset* das bis heute ungenutzte Gelände zu einem Preis von 15 Millionen Kronen (2 Millionen Euro) wieder veräußern möchte. Bei einem Einkaufspreis von 2,8 Millionen Kronen würde die Sekte somit einen ordentlichen Gewinn einstecken.

Wir haben hier einige Ereignisse aus der Masse der stattgefundenen Aktionen ausgewählt, ohne den Anspruch zu erheben, die Bewegung vollständig abzubilden. Wichtig ist uns, die Vielfalt der Aktionen zu betonen. Hier spielten neue Elemente wie SMS-Ketten sowie die Nutzung von Internetseiten, *Myspace* und Piratensendern eine große Rolle. Dadurch wurde es möglich, Informationen über den Kampf in Ecken dieser Welt zu verbreiten, die sonst unerreichbar gewesen wären. Gleichzeitig war die Nutzung der neuen elektronischen Medien in der außerordentlich verdichteten Situation der ersten Märztag und -wochen für die innere Kommunikation und Koordination der Bewegung von entscheidender Bedeutung.

Durch die erst langsame, dann immer schnellere Entwicklung der Bewegung seit dem Winter 2006 erlebte auch die linke und linksradikale Szene in Kopenhagen einen plötzlichen Aufschwung. Für viele Gruppen und Einzelpersonen stand der Konflikt um das Ungdomshuset nun ganz oben auf der Tagesordnung. Auch in der Kunstszene wurde realisiert, dass Kopenhagen dabei war, einen einmaligen subkulturellen

Ort zu verlieren, und so nahm der Konflikt auch hier viel Raum ein. KünstlerInnen, MusikerInnen, aber auch einige PolitikerInnen, GewerkschafterInnen, bürgerliche Gruppen und unzählige Einzelpersonen mischten sich ein und bezogen Stellung. Viele und vielfältige Aktionen folgten und Tausende Menschen zeigten in den unzähligen Demonstrationen und Aktionen ihre Solidarität. Selbst als die militanten Auseinandersetzungen begannen, rissen die Solidaritätsbekundungen, auch aus dem bürgerlichen Spektrum, nicht ab. Weiterhin wurde eine politische Lösung für einen politischen Konflikt gefordert.

Die Situation spitzt sich zu

Wie wir schon dargestellt haben, ist die Ungdomshuset-Bewegung in einer Stadt Kopenhagen verankert, die versucht, sich im Wettbewerb der Weltmetropolen einen der vorderen Plätze zu sichern. Diese Situation beinhaltet auch eine immer schneller und rücksichtsloser voranschreitende Stadtentwicklung, welche auf die Belange und Bedürfnisse vieler Gesellschaftsgruppen keine Rücksicht nimmt. Die undemokratische Form der Stadtplanung verärgert immer mehr Menschen. Kritik ist massenweise vorhanden, aber meist reicht die Verärgerung über die lokale Stadtteilzeitung oder eine Nachbarschaftsorganisation nicht hinaus. Hier füllte der Konflikt um das Haus eine Lücke und bot verschiedenste Anknüpfungs- und Vermittlungsmöglichkeiten. Das Ungdomshuset hatte sich für viele zu einem Symbol entwickelt, das es ermöglichte, auf den generellen Zustand in der Stadt hinzuweisen und die eigene Unzufriedenheit in einer wirksamen Weise auszudrücken. Der Konflikt um das Ungdomshuset war die »Spitze des Eisberges« der aufgestauten Frustration, die nun ihr Ventil in den Protesten, welche Kopenhagens Straßen füllten, fand.

Ein weiterer wichtiger Grund, warum die Leute so schnell auf die Straße gingen, war der schwelende Konflikt um die freie Stadt Christiania. Der Konflikt existierte seit Jahren und hatte sich in mehreren friedlichen Demonstrationen ausgedrückt. Aufgrund dieses Konflikts waren viele Menschen für die Themen Gentrifizierung und Normalisierung bereits sensibilisiert. Die Bedrohung Christianias bewegte und bewegt viele Menschen über die freie Stadt hinaus. Der Konflikt um das Ungdomshuset fand also in einem politischen Spannungsfeld statt, welches durch Christiania bereits vorgeprägt war. Die Schnelligkeit

und Wucht, mit der das Ungdomshuset dem Erdboden gleichgemacht wurde, machte auch den *Christianittern* und ihren Sympathisanten klar, dass die Gegenseite nicht nur große Töne spuckte, sondern gegebenenfalls auch bereit war, eine grundlegende Konfrontation einzugehen, selbst wenn dadurch Kopenhagens Image einer progressiven Hauptstadt beschädigt wurde.

Den Gefühlen freien Lauf lassen

Für viele Menschen, die in ihrem Alltag nicht politisch aktiv sind, ist Politik oft schwer zugänglich. Die Räumung des Ungdomshuset und die daraus resultierenden Auseinandersetzungen hatten aber einen anderen Charakter als viele andere politische Konflikte. Die spontane Empörung und Wut ließen die Demonstrationen nach der Räumung zu etwas Besonderem werden. Neben der Kritik an gesellschaftlichen Entwicklungen spielten für viele AktivistInnen auch persönliche Emotionen eine große Rolle. Wut, Trauer und eine »Jetzt erst recht«-Atmosphäre waren stets präsent. Besonders die ersten Tage im März wirkten inspirierend und als eine Einladung für alle, die mit der gesellschaftlichen Gesamtsituation unzufrieden waren, auch wenn sie nicht politisch organisiert waren. Zudem stellten die Proteste eine willkommene Abwechslung von den Gewohnheiten des Alltags dar. Viele der teilnehmenden Jugendlichen wurden von der Action-Stimmung, die sich über ganze Teile von Kopenhagen gelegt hatte, ergriffen. In einer Stadt, in der öffentliche Aktivitäten extrem teuer und öffentliche Plätze von schicken Cafés besetzt sind, kann es besonders für Jugendliche attraktiv sein, an Ereignissen teilzuhaben, die umsonst und aufregend sind. Diese Kriterien erfüllten die Tage im März mit Leichtigkeit.

Und schließlich haben sicher einige Leute, die noch nie einen Fuß ins Ungdomshuset gesetzt hatten, die Ausschreitungen genutzt, um ihrer sonstigen Machtlosigkeit für einen Moment zu entkommen. Das gilt zum Beispiel für einen Teil der jungen MigrantInnen der zweiten oder dritten Generation. Auf die Frage, wie er sich bei den Straßenkämpfen am 1. März gefühlt habe, antwortete ein junger Akteur: »Man fühlt sich nicht allein. Da ist immer jemand an deiner Seite. Die Jugend und die Kanaken sollen leben.« Insgesamt kann die Frage, warum sich so viele Menschen an den Protesten beteiligt haben, nicht nur politisch beantwortet werden. Viele Reaktionen thematisierten ganz andere so-

ziale Konflikte – wie zum Beispiel den Rassismus. Das Ungdomshuset wurde zum Brennglas verschiedenster Anliegen, die alle sehr emotional vorgetragen wurden.

Alles in allem war ein großes Plus die »Leichtigkeit«, mit der man sich mit diesem Kampf identifizieren konnte. Heute kann politisches Engagement nicht mehr darauf reduziert werden, sich einer abstrakten politischen Position anzuschließen. Die politische Teilnahme wird weniger abgelöst von der eigenen Persönlichkeit gesehen. Politisches Engagement wird ein wichtiger Teil deiner persönlichen Identität, deines Aussehens, deines Lebensstils. Faktoren wie »Identifikationsmöglichkeiten« und das »Sichwiederfinden« im politischen Engagement haben mehr Gewicht. Die Identifikation mit dem Ungdomshuset fiel vielen Menschen sehr leicht. Das Haus war 24 Jahre lang ein anerkannter Teil von Kopenhagens Sub- und Untergrundkultur. Viele Tausend Menschen haben Konzerte in dem Haus besucht und fühlten Sympathie für diesen Ort. Sowohl Christiania wie auch das Ungdomshuset haben massenhaft Kapuzenpullis, T-Shirts und Aufkleber mit ihren Logos produziert und verkauft. MTV-Angestellte, der Direktor von Dänemarks größtem TV-Kanal *Danmarks Radio*, SchauspielerInnen und MusikerInnen haben diese Klamotten gekauft und getragen.

Im Kampf dagegen, unsichtbar gemacht zu werden, wurden Christiania und das Ungdomshuset zu populären Symbolen, die stellvertretend für ein »anderes« Kopenhagen stehen. In den Monaten nach der Räumung nutzten viele, Junge wie Alte, diese Kleidungsstücke, um ihre direkte Sympathie mit den »Freiräumen« auszudrücken. Und unter den Jugendlichen, schon bei den 12- bis 13-Jährigen, hat sich Punk nach der Räumung zur bestimmenden Mode entwickelt. Durch die massenhafte Verbreitung vermitteln diese Symbole und Moden das Gefühl des gemeinsamen Widerstands und drücken aus: »Wir sind mehr, als ihr glaubt.«

Gestärkt wird das Symbol »Ungdomshuset« durch vergleichsweise einfache politische Forderungen, zu denen sich alle – zustimmend oder ablehnend – verhalten können. In den meisten Familien in Kopenhagen waren diese Forderungen beim Abendessen oder sonstigen gemeinsamen Aktivitäten im März 2007 Gegenstand von Diskussionen. Dies machte die politische Dimension des Konflikts leicht zugänglich und omnipräsent. Aufgrund dieser Präsenz wurde es vielen Menschen möglich, sich zu diesem Thema zu verhalten.

Die Forderungen lauteten und lauten folgendermaßen:

Wir wollen ein Ungdomshus, jetzt!

Die Stadt Kopenhagen muss ein Haus zur Verfügung stellen. Es ist nicht akzeptabel, dass die Stadt Kopenhagen eine Vorstellung von Jugend- und Kulturpolitik hat, in der es notwendig ist, Millionen von Kronen zu besitzen, um dabei zu sein. Ein eventueller Übergabebetrag darf den symbolischen Preis von einer Krone nicht überschreiten.

Das Haus muss mindestens genauso groß sein wie Ungeren.

Das Haus soll mindestens genauso groß sein wie das im Jagtvej 69. Es muss möglich sein, den gleichen Umfang an Aktivitäten durchzuführen wie im Ungdomshuset.

Wir wollen selbst bestimmen!

Keine Pädagogen, keine Chefs.

Das Haus muss in Nørrebro liegen.

Das Ungdomshuset ist im kulturellen Kontext Nørrebros entstanden und gehört hierher.

Diese klaren Forderungen haben dazu beigetragen, dass der Konflikt nicht nur innerhalb der linksradikalen Szene auf Resonanz stieß. Die politischen und ökonomischen Argumente wurden auch in der allgemeinen Öffentlichkeit stark diskutiert. Die Bedeutung der Emotionen, der Symbole und ästhetischen Elemente fand aber eine nicht annähernd so starke Aufmerksamkeit. Wir haben uns deshalb entschieden, diese Elemente hervorzuheben, da wir meinen, dass sie wichtig sind, um die Reichweite des Konfliktes und die vielen Ebenen, auf denen er sich abspielte und abspielt, zu verstehen.

Die Fusion der Linken

Auf die radikale Linke hatte die Räumung des Hauses enorme Auswirkungen. Obwohl das Haus früher in der Bewegung autonom funktioniert hat und viele es nur zu Konzertbesuchen oder zum Feiern genutzt haben, wirkten sich Räumung und Abriss auf alle Gruppen und Einzelpersonen in der radikalen Linken aus. Ob AktivistInnen aus feministi-

schen, sozialistischen, kommunistischen, anarchistischen, antifaschistischen Gruppen oder internationalen Solidaritätsorganisationen, alle entschieden sich, diesen Kampf zu einer wichtigen Sache zu machen. Das ist auch deshalb interessant, weil viele dieser Gruppen über Jahre Kritik an der Form hatten, wie das Ungdomshuset nach innen und außen Politik machte. Aber Drohungen von Dritten gegenüber einem konkreten Objekt haben in der Regel den Effekt, dass sich die Leute in »Wir« und »Sie« aufteilen. Die Räumung machte hier keine Ausnahme. Die Bewegung konstituierte sich trotz ihrer alten und harten inneren Gegensätze in den Tagen des 1. März zu einem mehr oder weniger großen »Wir«. Das wurde besonders anlässlich der Demonstration zum 1. Mai deutlich.

Die 1.-Mai-Demos waren in den Jahren zuvor u.a. in eine anarchistische und eine antikapitalistische Demonstration gespalten. Der Ausdruck dieser beiden Demonstrationen war sehr verschieden. Der antikapitalistische 1. Mai, der sich später zum Euromayday wandelte, hat seine Wurzeln teils in der antifaschistischen Aktion und teils in der Gruppe *Globale Rødder**. Letztere ist eine Organisation, die in der globalisierungskritischen Bewegung entstanden ist. Das Besondere dieser Gruppe war zum einen, dass sie mit dem Gebrauch von Militanz als politischer Strategie im autonomen Milieu gebrochen hat. Die Gruppe benutzt zivilen Ungehorsam und nicht militante Aktionen, um die kapitalistische Globalisierung zu bekämpfen. Und zum anderen nutzte *Globale Rødder* landesweite Medien auf eine neue Art und Weise. Die AktivistInnen traten mit vollem Namen in der Öffentlichkeit auf und beteiligten sich an diversen Diskussionsprogrammen, um ihre politischen Ansichten den »normalen« Leuten näher zu bringen. Damit setzten sie sich von der dänischen radikalen Linken der 1980er und 1990er Jahre ab, insofern diese eine Distanz zu den alltäglichen Lebenserfahrungen von vielen Leuten hergestellt hatte. Diese Strategie führte zu zahlreichen Debatten in der Linken, aber sie hat auch zu grundlegenden Veränderungen beigetragen. So zeigt die oben geschilderte Besetzung des Dortheavej, wie die auf Medienwirksamkeit und zivilen Ungehorsam zielende Strategie der *Globale Rødder* wirkt. Auf der anderen Seite artikulierte sich aber auch in der Kritik an diesen Formen eine wieder mehr auf konfrontative Aktionen setzende Richtung, wie sie zum Beispiel im Aufbau der anarchistischen Föderation zum Ausdruck kam. Das Ungdomshuset und die Föderation beteiligten sich, in Abgrenzung zum Euromayday,

an dem anarchistischen 1.-Mai-Aufzug. Die TeilnehmerInnen gingen in Schwarz, die Musik war hart und die politischen Botschaften kompromissloser. Beim Euromayday dagegen bestimmten Reggae, farbige Ballons und eine Happening-Stimmung die Szenerie.

2007 einigten sich die für den diesjährigen Euromayday verantwortliche Gruppe *Fleksiko* und das Ungdomshuset, ihre Demonstration gemeinsam durchzuführen. Unter dem Motto »Im Kampf um Kopenhagen« wurde diese Demonstration die größte unter den gleichzeitig stattfindenden Demonstrationen an diesem Tag. Der Beschluss zur Zusammenarbeit hat dem Kampf um das Ungdomshuset eine breite Verankerung verschafft. Darüber hinaus ermöglichte er eine Politisierung des Kampfes. Im Fokus standen nicht nur der Kampf für ein neues Haus, sondern auch Forderungen nach kostenlosem öffentlichen Transport, ordentlichen Arbeitsbedingungen, gemischt mit massiver Kritik an der Stadtentwicklungspolitik. Der 1. Mai 2007 ist ein Beispiel, das zeigt, wie der Konflikt um Ungerer die politische Linke in Kopenhagen beeinflusst hat. Ein anderes Beispiel ist die Gruppe »Grauer Block«, deren Name ironisch an den »Schwarzen Block« der 1990er Jahre anknüpft. Dieser Zusammenhang besteht aus AktivistInnen der älteren Generation, die seit langem nicht mehr im Ungdomshuset aktiv sind und die sich im Zuge des Konfliktes erneut zusammengefunden haben. Ein weiterer Zusammenhang, der für Aufsehen gesorgt hat, ist die Gruppe »Eltern gegen Polizeigewalt«, in der die Eltern von jugendlichen AktivistInnen aktiv sind. Die Gruppe kann auf ein großes Netzwerk zurückgreifen und begleitet jede einzelne Aktion und Demonstration. Der »Graue Block« und die Organisation der Eltern sind zwei Beispiele, die zeigen, dass die sonst in der linksradikalen Szene dominierenden Generationenunterschiede in der Bewegung an Bedeutung verloren haben. Von dem damit verbundenen Austausch von Erfahrungen und Wissen profitieren alle Beteiligten. Zudem haben die beiden zuletzt genannten Gruppen dazu beigetragen, das öffentliche Bild von »verwöhnten« Jugendlichen, denen es um nichts Ernsthaftes geht, zu dementieren. Die Forderungen der Eltern und der »Grauen« waren denen der Jugendlichen sehr ähnlich.

Wir denken, dass das gemeinsame Auftreten der verschiedenen Bewegungsflügel und das Einbeziehen von diversen Teilkämpfen wichtige Gründe sind, warum die Proteste gegen die Räumung so stark und so nachhaltig waren. Selbst viele Monate später tragen viele verschiedene

Gruppen, die lange entweder nicht existiert oder nicht miteinander kommuniziert haben, ihre Perspektiven, Aktivitäten und ihre Kritik immer noch bei. Von einem primär subkulturellen Kampf hat sich der Konflikt deshalb zu einer explizit politischen Angelegenheit entwickelt. Die Bewegung mit vielen verschiedenen und auch neuen und besonders jungen Gesichtern ist bis auf weiteres »fusioniert«, d.h. vorläufig in einem gemeinsamen Kampf versammelt. Dass solche Momente nicht eine Ewigkeit halten, versteht sich von selbst. Im Augenblick aber führen selbst Uneinigkeiten und Kritik zu einer Verstärkung der Bewegungsdynamik.

G 13 und ein Blick in die Zukunft

Die Stärke der Bewegung liegt vor allem in ihrer Kreativität, Energie und positiven Sturheit, mit der sie seit der Räumung eine unglaubliche Zahl von Aktionen hervorgebracht hat. Eine der letzten Initiativen, die in der Stadt für Aufsehen sorgte, nannte sich selbst G 13. Der Name steht für die Adresse Grødalsvænge Allé 13, ein riesiges Gelände mit verschiedenen Häusern im Nordvest-Viertel* von Kopenhagen. Dass das Grundstück im Besitz der Stadt ist, machte dieses Gelände besonders attraktiv. Die Stadt als Besitzerin konnte nicht auf die Vermittlerrolle ausweichen. Sie ist für die Nutzung der Gebäude verantwortlich. Die G-13-Initiative mobilisierte öffentlich zu einer Besetzung, um ein neues Ungdomshuset zu erobern. Wie so oft in der letzten Zeit, bestand auch diese Initiative aus sehr unterschiedlich ausgerichteten Einzelpersonen und Zusammenhängen. G 13 hatte entschieden, die geplante Besetzung des Grødalsvænge-Komplexes weder intern noch gegenüber der Presse geheim zu halten. Mehr oder weniger alle in Kopenhagen wussten von dem Plan einer Besetzung am 6. Oktober 2007. Dadurch sollte erreicht werden, dass viele Menschen die Möglichkeit bekamen, sich einzumischen und zu beteiligen. Im Vorfeld teilte sich G 13 in verschiedene Arbeitsgruppen auf, die für die geplante Besetzungsaktion selbstständige Aufgaben übernehmen sollten. Dadurch wurden bereits Wochen und Monate vor der Aktion unzählige Menschen in dieses Projekt involviert. Obendrein hatte die Initiative beschlossen, zwei Seminartage abzuhalten, sodass die Möglichkeit bestand, sich untereinander kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und politische Diskussionen zu führen. Hinzu kam, dass diese Offenheit die PolitikerInnen zwang,

zu diesem konkreten Vorschlag für ein neues Ungdomshuset Stellung zu beziehen.

Die Methoden waren vom Konzept des »Block G8« anlässlich der Proteste gegen den Gipfel von Heiligendamm inspiriert. Auch hier war der Plan, dass sich die Demonstration zu gegebener Zeit in verschiedene »Finger« aufteilen sollte. Jeder Finger sollte eine Gruppe bilden, eine eigene Farbe haben und ein eigenes, mit den anderen Fingern abgesprochenes Konzept verfolgen, um auf das Gelände zu gelangen. Mithilfe dieser gewaltfreien Methode sollte versucht werden, die Polizeiketten zu umgehen und die Häuser zu besetzen. Der Traum war, durch diese Aktion ein neues Ungdomshuset zu schaffen. Die Bewegung hatte wieder ein konkretes Ziel.

Um die 5.000 Menschen versammelten sich schließlich am sonnigen 6. Oktober am Ort der Auftaktkundgebung. Viele Menschen folgten dem Konzept und waren in den bestimmten Farben gekleidet und reihen sich in die jeweiligen »Finger« ein, die gegebenenfalls verstreut, aber doch koordiniert, eine Besetzung ermöglichen sollten. Die Stimmung war euphorisch. Die Demonstration setzte sich in Bewegung. Bevor sie sich jedoch in die »Finger« aufteilen konnte, wurde die bis dahin noch legale Veranstaltung von quergestellten Polizeiwagen gestoppt. Nach kurzen »Durchdrück«-Versuchen begann die Polizei, Knüppel einzusetzen und massiv Gas zu verschießen. Daraufhin verteilten sich die Massen und es wurde versucht, einzeln oder in Kleingruppen auf das Gelände zu gelangen. Dem gelben Block gelang es zusammenzubleiben, zwei weitere Polizeiabsperungen zu durchdringen und geschlossen am »neuen Ungdomshuset« anzukommen. Dort wurden 436 Menschen in Gewahrsam genommen. AktivistInnen, welche es bis auf das Gelände schafften, wurden abtransportiert und die ganze Nacht mit auf den Rücken gefesselten Händen festgehalten.

Das Ziel der Besetzung war fehlgeschlagen, aber trotzdem war die Aktion ein Riesenerfolg. Mehrere Tausend Menschen hatten sich an einer öffentlich angekündigten Gesetzesübertretung beteiligt. Die Menschen waren zusammengeblieben und hatten der Polizeigewalt zum Trotz mit Ruhe und Disziplin reagiert. Es wurde ein ungeheures Zusammenhörigkeitsgefühl hergestellt, und die Leute waren bereit, sich für ihre Zielsetzungen staatlicher Repression auszusetzen. G 13 war es darüber hinaus gelungen, eine starke Präsenz in den Medien herzustellen.

Nach dem 6. Oktober sah sich die Kopenhagener Polizei gezwun-

gen, das vorbildliche Verhalten der AktivistInnen einzugestehen und die massive Gewaltanwendung ihrerseits zu rechtfertigen. Weiterhin machte die Polizei deutlich, dass sie auf den Konflikt keine Lust mehr hatte und eine politische Lösung forderte. Der politische Druck war so groß, dass Ritt Bjerregård sich schließlich zu einem Treffen bereit erklärte und in dessen Vorfeld eine Pressekonferenz einberief, auf der sie sich erfreut über den »friedlichen« Teil der Bewegung zeigte, und erklärte, dass sie gerne ein »Ungdomshuset« in Kopenhagen hätte.

Dass dieser Meinungswandel nicht einer einzigen Aktion und deren Friedfertigkeit geschuldet war, lag auf der Hand. Über sechs Monate hatten unzählige Aktionen stattgefunden, die zu ihrem überwiegenden Teil gewaltfrei gewesen waren. Die Polizei war schlichtweg an die Grenze ihrer Kapazitäten geraten. Und von Seiten der Stadt konnte es einfach nicht mehr ignoriert werden, dass seit Monaten Tausende BürgerInnen ein neues Ungdomshuset forderten. G 13 war die Aktion, bei der es durch eine sehr gute Pressearbeit und Offenheit gelang, den entscheidenden Stoß zu setzen und Politik wie auch Polizei zum Handeln zu zwingen.

Es hat seit dem 6. Oktober drei Treffen zwischen Ungdomshuset-VertreterInnen und der Stadt Kopenhagen gegeben. Diese Treffen wurden von beiden Seiten als sehr konstruktiv beschrieben. Verschiedene Möglichkeiten, wie ein neues Ungdomshuset in dieser Stadt aussehen und bestehen könnte, stehen zur Debatte. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen und ob sie wirklich zu einem neuen Haus führen werden, lässt sich schwer voraussagen. Nur eines ist klar: Seit der Räumung des alten Hauses im März standen die Chancen für die Realisierung eines neuen Hauses noch nie so gut. Dieser Erfolg ist nicht dem Entgegenkommen einer großzügigen Stadtverwaltung zu verdanken, sondern einer ungeheuer kreativen und dynamischen Bewegung, die sich nicht von ihrem Ziel hat abbringen lassen.

Schluss

Wir hoffen, mit diesen Betrachtungen einer Erklärung für die Breite und Kontinuität der Bewegung, die sich um das Ungdomshuset herum entwickelt hat, näher gekommen zu sein. Zunächst hatten einige Menschen auf Tendenzen der Stadtentwicklung reagiert, ohne großartige politische Ziele zu verfolgen. Die aktuelle Stadtentwicklungspolitik

passt mit dem Ideal, in einer progressiven Metropole zu leben, einfach nicht zusammen. Dieser Widerspruch ist eines der wichtigsten Motive des Protestes. Gleichzeitig boten Räumung und Abriss die Möglichkeit, eine generelle Gesellschaftskritik bzw. viele verschiedene Missstände anhand eines sichtbaren und nachvollziehbaren Beispiels auszudrücken. So wurde *Ungeren* zum Symbol einer viel breiteren Unzufriedenheit. Einige Gesellschaftsgruppen wurden nicht zuletzt deswegen Teil der Kämpfe, weil sie aufgrund ihres Lebensstils, ihrer Sexualität, Ethnizität etc. unter den Druck von »Normalisierung« und Gentrifizierung geraten sind. Hinzu kamen die politischen Ereignisse und der Verlauf der Verhandlungen, Aspekte, die wir hier nur kurz gestreift haben, weil es uns mehr um die strukturellen Momente als um die Chronologie der politischen Auseinandersetzungen ging.

Vielleicht tendieren wir in unserer Analyse ein bisschen dazu, die Bewegung durch die rosarote Brille zu sehen, was unserer Position als AktivistInnen geschuldet ist und weil wir die Tage nach dem 1. März als unglaublich dynamisch und zugleich sehr vielfältig erlebt haben. Aber wir hatten auch nie die Absicht, einen »objektiven«, distanzierten Bericht von den Ereignissen zu schreiben, sondern haben versucht, die sichtbaren Bruchstücke einer sich in schneller Veränderung befindlichen Linken in einer sich ebenfalls schnell verändernden Stadt vorläufig zusammenzufügen. Unser Ausgangspunkt war die Vorstellung, dass Rebellion gerechtfertigt ist, und unsere Frage war, wie sie eigentlich zustande gekommen ist. Wenn wie die rosarote Brille absetzen, stellen wir fest, dass die geschilderten Aktionen zu einem Ritual und zu einer Gewohnheit werden können. Auch besteht die Gefahr, dass wir unsere Aktivitäten zu wenig reflektieren. Ob die Bewegung als Ganze bestehen und die »Fusion« der Linken erhalten bleiben wird, ist kaum vorherzusagen. Viele AktivistInnen sind noch immer Einzelkämpfer und nicht organisiert. Viele Aktionen sind nicht viel mehr als Reaktionen auf Übergriffe und dabei stark von einem »Sich-selbst-in-Szene-Setzen« geprägt. Da die Bewegung breit und vielfältig ist, ist es nicht leicht, traditionelle Organisationsformen in Frage zu stellen, gewohnte Handlungsabläufe zu verändern und in neuen Bahnen zu denken. Und was wird passieren, wenn die Proteste letztlich erfolgreich sind und die Stadt wirklich ein neues Ungdomshuset zugesteht? Wer wird diesen neuen Ort prägen, welche Politik wird dominieren und wie wird die alltägliche Organisation vor Ort aussehen?

»Wenn wir Ungdomshuset sagen, meinen wir die ganze Stadt«

Gespräch mit Marie & Maja A., Ungdomshus-Aktivistinnen

Der 1. September war der Halbjahrestag der Räumung des Ungdomshuset und insofern auch das erste »Jubiläum« einer der größten Unruhen auf dänischen Straßen seit dem Zweiten Weltkrieg. Das folgende Interview mit zwei langjährigen Aktivistinnen fand am Tag danach in Nørrebro statt, als sich der Rauch und das Tränengas kaum gelegt hatten.

Welchen Bezug habt ihr zum Ungdomshuset?

Marie: Ich habe es viele Jahre anlässlich von Partys und ähnlichem besucht, aber sonst war ich vor März dieses Jahres im Haus nicht sehr aktiv. Nach der Räumung wurde das Thema für mich wichtiger, und ich habe mich aktiv an den Demos und anderen Soliaktivitäten beteiligt.

Maja A.: Ich würde Ungdomshuset als meinen wichtigsten politischen Ort bezeichnen, es war Hintergrund und Basis für meinen Aktivismus. Ich habe mich mal mehr, mal weniger engagiert, aber in der Zeit vor und nach der Räumung habe ich mich sehr engagiert.

Könnt ihr aus eurer Sicht etwas über die Entwicklung seit der Räumung und bis heute erzählen?

Marie: Ja, es hat sich mehr und mehr Aktivität entwickelt, und besonders nach der Räumung wurde eine ganze Reihe verschiedener Soli-Netzwerke aufgebaut, zum Beispiel durch KünstlerInnen und in ganz verschiedenen politischen Milieus. Viele haben das Ungdomshuset seit langem unterstützt, doch viele sind auch neu dazugekommen, nachdem die Hausgruppe aktiv geworden ist und die Sache im Unterschied zu vielen Jahren zuvor, wo überhaupt nichts passiert ist, in die eigene Hand genommen hat.

Maja A.: Besonders nach der Räumung passierte plötzlich unglaublich viel. Ich glaube, davon waren selbst in der Szene viele überrascht. Plötzlich war das Haus weg, aber statt 100 waren es nun 1.000 AktivistInnen.

Ich habe einen alten BZ-er sagen hören, dass er seit den 1980ern keinen vergleichbaren Zustrom zur radikalen Linken beobachtet habe. War es seitdem möglich, die neuen Leute zur weiteren Mitarbeit zu bewegen?

Marie: Die Proteste haben sich verteilt, und es handelt sich nicht mehr nur um die Leute, die auf Treffen gehen. Es ist wirklich auch zu einer Jugendkultur geworden. Dadurch ist auch die Definition dessen, was es heißt, Ungdomshuset-Aktivist zu sein, breiter geworden als bisher.

Maja A.: Ja, früher konnte es manchmal wirklich ein sehr enges Milieu sein.

Ihr seid beide seit vielen Jahren in Nørrebro aktiv. Hier hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in der letzten Zeit ja markant verändert ...

Maja A.: Eine Reihe Straßen und Plätze sind richtig trendy geworden, wie zum Beispiel die Jægersborggade [wo früher eines der typischen armen Arbeiterquartiere lag, Red.], in der kleine, kreative Boutiquen aufgemacht haben, mit z.B. Designer-Kinderklamotten für viele Hundert Kronen oder Schaufenstern, in denen nichts als zwei Paar Schuhe drinstehen. In der Elmegade war es auch so, da habe ich gewohnt, als ich hierhin gezogen bin, aber dort sieht es mittlerweile nicht mehr so avantgardistisch aus. [Die Elmegade liegt näher am Zentrum und war daher eine der ersten Arbeiter-Straßen, die von der »kreativen Klasse« übernommen worden sind, Red.]

Marie: Das sehe ich auch so. Man kann schon sagen, dass die neuen, schicken Gebiete sich ausweiten und es teurer wird, hier zu wohnen. Alles sieht wie frisch poliert aus, alles muss hübsch aussehen, die Hausfassaden sollen am besten in einer einheitlichen Farbe gestrichen werden. Von den Leuten, die in die renovierten Wohnungen ziehen, haben viele gute Einkommen, sind sehr gut ausgebildet und pflegen ihre Karriere. Das heißt, sie sind in vielerlei Hinsicht sehr individualisiert. Und das wiederum führt dazu, dass es nicht mehr dieses Gefühl gibt, in einem Boot zu sitzen. Klar, es gibt immer noch viele sehr gute Leute, die versuchen, soziale Aktivitäten zu initiieren. Und es gibt immer noch viele soziale Probleme.

Seite an Seite leben Akademiker, die über viele Ressourcen verfügen, und arme, schlecht ausgebildete Einwanderer. Dazu kommen die Unterschiede kultureller, ethnischer, politischer und sozialer Art. Was bedeutet das für den Alltag?

Maja A.: Die Leute ziehen hierhin, weil sie denken, Nørrebro sei was Besonderes. Die ersten smarten Trendsetter haben sich genau durch das Multikulturelle und das Alternative anziehen lassen. Der Rest kam dann

sozusagen automatisch hinterher. Ich glaube, dass diese Entwicklung vielleicht gar nicht zu verhindern war. Das heißt, unser Milieu wird zur Mode gemacht, zu etwas Besonderem, was diesen Stadtteil auszeichnet. Also, es ist immer dieser Kampf, eine Subkultur aufrechtzuerhalten und diese gleichzeitig mit der kreativen Klasse zu teilen und die Gegenkultur in einem Modeblatt abgedruckt zu sehen.

Marie: Dabei geht es nicht nur um die Konflikte im Viertel. Wenn wir Ungdomshuset sagen, dann meinen wir die ganze Stadt. Viele der Aktionen, die wir gemacht haben, hatten ganz Kopenhagen als Ausgangspunkt. Also zum Beispiel die Forderung, dass man für die Teilhabe an Kultur nicht einen Haufen Geld bezahlen soll oder dass es Freiräume geben muss. Aber heute ist die Situation ja so, dass du zum Beispiel als Punker schikaniert wirst und es schwer hast, einen Job zu finden. Deshalb ist es ein Teil des Kampfes, dass wir auf dem Recht bestehen, nicht das zu tun, was alle anderen von einem erwarten.

Hat aus eurer Sicht die zumindest früher in Nørrebro vorhandene Akzeptanz für Verschiedenartigkeit und Subkulturen nachgelassen?

Marie: Hm, das fragst du aber in einer kritischen Zeit, mit jeder Menge Unruhe und Straßenkämpfen.

Maja A.: Es waren ja nicht nur die üblichen AktivistInnen und die Punker auf der Straße, sondern ein viel breiterer Teil der Bevölkerung von Nørrebro, für die die Räumung einfach der Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

Marie: Ja, genau. Und plötzlich haben auch bekannte Leute aus dem Kulturleben erklärt, dass Kopenhagen ohne Ungdomshuset grau und langweilig wird. Es wurde zu einem wichtigen öffentlichen Thema, auch in Verbindung mit der drohenden Räumung von Christiania. Auch das hat natürlich dazu beigetragen, dass viele Leute angefangen haben, über die Bedeutung der Sache nachzudenken.

Maja A.: Leider haben diese bekannten Leute aus dem Kulturbereich selten ein Bewusstsein für die antikommerzielle Dimension, die für uns aber eine zentrale Bedeutung hat. Aber um zum Thema zurückzukommen: Wir gehen sehr bewusst mit den sozialen Spannungen im Stadtteil um. Ein Anliegen ist zum Beispiel, mit den MigrantInnen Allianzen einzugehen, und das ist zum Teil auch gut gelungen.

Hat euch die Vehemenz überrascht, gerade angesichts dessen, dass Nørrebro heute von mehr Leuten bewohnt wird, die über einige Ressourcen verfügen?

Marie: Der neue Reichtum schafft ja auch seinen Gegensatz – wenn kein Platz mehr ist für bestimmte Gruppen, die nicht in das passen, was als »normal« gesehen wird, wenn Leute keinen Platz mehr haben, mit ihrer Band zu üben, wenn sie keine Chance haben auf eine gute Ausbildung. In den letzten Jahren haben die Behörden die »freie Jugendausbildung«, die Produktionsschulen und die Tageshochschulen abgeschafft, d.h. Orte, wo junge Leute die Möglichkeit hatten, mit einem stärker praktischen Bezug zu lernen als in den üblichen Schulen. Dass derartige Freiräume verschwunden sind, hat Unmut und Widerstand hervorgerufen.

Maja A.: Ich glaube, dass der Verlust des Ungdomshuset auch etwas für Leute bedeutet hat, die nicht ganz konkret einen Übungsraum oder etwas anderes verloren haben. Es ist auch einfach diese Stimmung, dass uns die Politik der letzten Jahre genug genervt hat, die Sozialarbeiter, Sachbearbeiter, Lehrer, Chefs usw., die uns sagen, wo es langgeht und uns klarmachen, dass wir selbst verantwortlich sind, wenn wir es nicht schaffen. Das war diese Stimmung – »Jetzt reicht es!« ...

Zu einer anderen Frage. Im Zusammenhang mit dem letzten Aufruhr wurde deutlich, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wo man Feuer anzünden sollte und in welchen Fällen es legitim ist, Geschäfte anzugreifen. Der Eindruck entsteht, dass es innerhalb der Bewegung zwar allgemein eine Wut auf das System gibt, aber dass sowohl die Mittel als auch die Ziele recht unterschiedlich sind.

Marie: Die Leute, die das Ungdomshuset unterstützen, sind sehr verschieden, und sie tun es aus sehr vielen verschiedenen Motiven. Daraus entstehen unterschiedliche Strategien.

Bedeutet das, dass es schwer ist, sich auf etwas zu einigen?

Marie: Ich denke, im Großen und Ganzen gibt es einen gegenseitigen Respekt. Das bedeutet nicht, dass man immer das Gleiche getan oder in Einigkeit gehandelt hat. Aber eigentlich denke ich, dass es im Kampf um das Ungdomshuset eher zu einer Annäherung der verschiedenen Flügel der Linken gekommen ist. Vor allem, weil man zur Auffassung kam, dass die verschiedenen Methoden alle ihre eigene Bedeutung ha-

ben. Zugleich gab es aber nach der Räumung in geringerem Maße eine verbindliche gemeinsame Strategie als davor.

Maja A.: Wir haben seitdem kein beschlussfassendes Gremium mehr, wo alle anwesend sind.

Marie: Früher traf man sich und diskutierte, welche Schwerpunkte wichtig sind, wie zum Beispiel die Position in den Verhandlungen ist, wie man sich öffentlich über *Faderhuset* äußert usw. Der militante aktivistische Bezug spielte dagegen noch keine Rolle. Das kam erst, als die Räumung unmittelbar bevorstand.

Also würdet ihr es so beschreiben, dass die Bewegung sehr dezentral ist, mit sehr unterschiedlichen Mitteln, aber einem gemeinsamen Ziel?

Marie: Obwohl es das Montagsplenum gibt, fungiert das faktisch nicht als Zentrum. Wenn die Kommune einen Verhandlungsvorschlag machen würde, würden montags sicher sehr viele Leute auftauchen, um mitzudiskutieren. Aber ansonsten gibt es viele Aktive, die zumindest nicht jedes Mal dabei sein wollen, obwohl diese Treffen der Ort sind, an dem früher, als es das Haus noch gab, alle Beschlüsse getroffen wurden.

Sind diese Meetings denn offen für alle?

Maja A.: Ja, alle Interessierten können teilnehmen, und die Entscheidungen werden kollektiv und im Konsens getroffen. Vor der Räumung nahm eine relativ kleine, aber recht einheitliche Gruppe teil. Danach ist das Montagsplenum plötzlich stark besucht worden, und es umfasste viel mehr Gruppen und Perspektiven als früher. Trotzdem hat das Plenum nach wie vor eine bedeutende koordinierende Funktion.

Ich würde gerne noch eine andere Frage ansprechen, die in der bürgerlichen Presse kaum thematisiert wurde, nämlich die Repression. Es überrascht, dass die fast als Ausnahmezustand zu bezeichnende Situation nichts daran geändert hat, dass die Proteste weitergingen und die Stimmung in der Bewegung eigentlich sehr gut ist. Wir seid ihr damit umgegangen, dass viele Hundert AktivistInnen in Untersuchungshaft, Isolationshaft usw. gekommen sind?

Marie: Es gab eine sehr große Solidarität und reale Unterstützung der Gefangenen. Geld und Kleidung wurden gesammelt, Besuche im Gefängnis wurden arrangiert, sehr viele Briefe wurden an die Gefangenen geschrieben. Hintergrund dieser konkreten, praktischen Unterstützung

war, dass sehr viele Leute seit dem Herbst 2006 auf der Straße waren und deshalb die Repression aus eigener Erfahrung kennen und am eigenen Leib erfahren haben. Während die Polizei sich früher darauf konzentrieren konnte, sich den »Schwarzen Block« vorzunehmen, und die Spaltung funktioniert hat, hat die Entwicklung in den letzten Monaten dazu geführt, dass es nunmehr eine viel breitere Erfahrung damit gibt, dass die Polizei nicht immer nur eingreift, um Recht und Ordnung zu sichern, sondern um einen Konflikt und eine Spaltung unter den AktivistInnen zu erreichen. Der Schock, den diese Erkenntnis bewirkt hat, schaffte auch eine Gegenreaktion.

Maja A.: Ich denke auch, dass es wirklich viele Leute gibt, die die Gewalt und Brutalität der Polizei erlebt haben und die feststellen: »Ach, so funktioniert also das Rechtssystem in Wirklichkeit.« Das gilt zum Beispiel für die Eltern der Gefangenen, die ja oft sehr jung waren und die zum Teil viele Wochen in U-Haft saßen und noch immer sitzen. Ich finde es sehr positiv, dass viele von ihnen sehr solidarisch waren und mit großer Empörung auf die Repressionen reagiert haben.

Marie: Es gibt da schon einen großen Unterschied zwischen dem deutschen und dem dänischen Rechtssystem. Zum Beispiel kann man in Dänemark sehr lange in Untersuchungshaft gehalten werden, auf der Grundlage des bloßen Verdachts, auf einer Demonstration eine Flasche geworfen zu haben. Während der Räumung reichte sogar noch weniger. Leute wurden in U-Haft genommen, nur weil sie zur verkehrten Zeit am verkehrten Ort waren. Die Polizei hatte keine Zeugen. Einige Leute kamen in U-Haft, obwohl Videoaufnahmen zeigten, dass sie sich ganz woanders aufgehalten hatten als von der Polizei behauptet. Es war wirklich eine Art Ausnahmezustand.

Hat die Repression zu einem größeren Zusammenhalt in der Bewegung geführt?

Marie: Ich finde schon. Aber es ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Wenn die Polizei vorstößt, gibt es sicherlich einige, die sagen: »Nun bleiben wir stehen.« Aber es gibt auch einige Neue, die in der Situation Angst bekommen. Es kann zu einer fast panikartigen Stimmung kommen. Als ich in den 1990er Jahren politisch aktiv wurde, war das noch nicht so. Wenn die Polizei zum Angriff überging, blieben wir im gesammelten Block in der Demo, und niemand ging weg. Aber ich glaube auch, dass die Polizei heute härter zu Werk geht.

Maja A.: Ich finde, dass es einen Mangel an Organisation gibt. Es ist zwar super, eine Masse neuer Aktivitäten mit neuen Leuten zu veranstalten. Doch viele von den Neuen waren an dieser Art Aktionen nie beteiligt, und das führt dazu, dass es kein grundlegendes Verständnis und auch keine Debatte über gemeinsame Strategien gibt. Der Kampf ist sehr aktivistisch geprägt. Dass das auch zum Problem werden kann, haben wir letzten Samstag erlebt, als es zu ungezielten Plünderungen und Zerstörungen von kleinen lokalen Läden auf Nørrebro kam.

Aus meiner Sicht wirkt die Situation ganz anders als in den 1990ern, die ja in vielerlei Hinsicht eine Niedergangsperiode der radikalen Linken waren, in der der Gewaltapparat der Polizei die meisten Demos völlig kontrollieren konnte. Wie seht ihr das als etwas jüngere Aktivistinnen? Denkt ihr, dass sich aus den Protesten etwas entwickeln kann, was längerfristig wirkt und über die Frage nach einem neuen Ungdomshuset hinausweist?

Maja A.: Das ist schwer zu sagen. Ich habe Ende der 1990er Jahre angefangen, politisch aktiv zu sein, und in dieser Zeit war, wie du ja auch sagst, die Situation anders, es waren weniger Leute auf der Straße. Ich habe nie Straßenkämpfe in Kopenhagen erlebt, jedenfalls nicht in der Art, wie sie in den letzten Monaten stattgefunden haben.

Marie: Wir waren in einer eher defensiven Phase im Vergleich zu jetzt. Es gibt mehr Punkte, an denen man anknüpfen kann, mehr Veranstaltungen, zu denen neue Leute kommen können. Als ich in die *Folkeskole* [einheitliche Schule bis zur 10. Klassenstufe, Red.] gegangen bin, war in meiner Klasse kein Mensch, der sich für das Ungdomshuset interessiert hat. Das hat sich definitiv geändert.

Und wie seht ihr die Reaktion des etablierten politischen Systems?

Maja A.: Im Rathaus war die Haltung wirklich unglaublich arrogant. Ritt Bjerregård* hat es als eine Sache gesehen, mit der sie am liebsten überhaupt nichts zu tun haben will.

Marie: Ja, zuerst wollten sie nichts für das Ungdomshuset tun. Die Sozialdemokraten und mehr oder weniger alle Parteien im Rathaus waren damals ja dafür, das Ungdomshuset zu verkaufen, mal abgesehen von den ganz linken Parteien. Deshalb hatten sie es schwer, die Leute davon zu überzeugen, dass sie keine Verantwortung für die Situation tragen. Nach den Straßenkämpfen am 16. Dezember erklärte sogar die Vereinigung der Ladenbesitzer auf Nørrebro, dass die Regierung die

Verantwortung trage, und verlangte, dass diese die Rechnung für die kaputten Fensterscheiben zahlte. Danach kam es kurzfristig zu einer Veränderung, und die PolitikerInnen merkten plötzlich, dass sie in Zukunft aufpassen mussten und es nicht mehr so einfach sein würde, sich für unzuständig zu erklären. Aber diese Erkenntnis hielt nicht lange vor. Die PolitikerInnen hätten die Situation ohne Weiteres entschärfen können, wenn sie den NutzerInnen des Ungdomshuset ein Ersatzgebäude zur Verfügung gestellt hätten. Es ist schon merkwürdig, wenn man bedenkt, wie teuer der Polizeieinsatz und die Beseitigung der Zerstörungen waren. Manche sprechen da von mehr als 500 Millionen Kronen (ca. 75 Millionen Euro). Es fällt mir schwer, die wirtschaftliche Logik hinter den Entscheidungen der Politiker zu verstehen.

Wie beurteilt ihr die Presseberichterstattung?

Marie: Die Berichterstattung hat sich in meinen Augen verändert. Kurz vor und während der Räumung wurden wir als »junge AktivistInnen« bezeichnet. Jetzt haben sie sich wieder angewöhnt, von »Autonomen« zu sprechen. Die bürgerliche Presse versucht wieder, uns zu marginalisieren – wie in den 1990ern. Wir werden als »ein paar autonome Chaoten und Krawallmacher« bezeichnet, die »kein Teil von Kopenhagen sind«. Für die Medien ist das einzige, was wir machen, Straßenkampf. Damit machen sie es der Polizei wiederum leicht, härter vorzugehen, denn es handelt sich ja angeblich nicht um einen politischen Kampf, sondern nur um Krawall. Alles spielt sich aus dieser Sicht zwischen DemonstrantInnen und Polizei ab – was wiederum die Position der PolitikerInnen bestätigt, die glauben, keine Verantwortung zu tragen.

Maja A.: Ich muss sagen, dass die Presseberichterstattung unmittelbar vor und während der Räumung tatsächlich ganz gut war. Zum Beispiel gab es während der ersten Demos gegen *Faderhus* eine Verhaftung, über die plötzlich in allen Medien berichtet wurde. Das ist vorher sehr oft passiert, interessierte aber keinen. Vielleicht wurde die Berichterstattung in den dänischen Medien etwas differenzierter, weil die Bewegung in kurzer Zeit so schnell wuchs.

Marie: Die Kräfte, die Ungdomshuset unterstützt haben und die nicht zur Szene gehören, haben sicher dazu beigetragen, dass die Berichte nuancierter wurden. Aber andererseits habe ich als Mitglied unserer Pressegruppe in den Tagen um die Räumung herum eine ganze Reihe Pressemitteilungen versendet, an denen die Medien überhaupt kein

Interesse zeigten. Sie waren offenbar der Auffassung, dass die Räumung notwendig sei und die Polizei nicht an ihrer Arbeit gehindert werden dürfe. Erst ein paar Wochen später kam heraus, was wirklich in den Tagen um den 1. März herum geschehen ist. Gleichzeitig tauchten Meldungen über geplante Anschläge auf, die niemals stattgefunden haben und in unserem Plenum auch niemals erwogen oder diskutiert worden sind. Außerdem wurde die Gruppe *Forældre mod politibrutalitet* (Eltern gegen Polizeibrutalität) einer starken Hetze ausgesetzt, sie wurden als Rabeneltern bezeichnet, die gefälligst ihre Kinder ordentlich erziehen sollten. Ein Teil der Presse blieb einigermaßen objektiv, ein anderer Teil sorgte aber dafür, dass der Druck auf uns stark zunahm.

Wie ist die aktuelle Situation?

Maja A.: Am Samstag war ja der 1. September, das heißt der Halbjahrestag der Räumung. Es gab einen Aufruf, ein großes Straßenfest zu veranstalten. Es war gleichzeitig klar, dass es neue Straßenkämpfe geben würde. Einige wollten das ganz gerne, weil es ein symbolischer Termin war. Es waren ja nicht die ersten derartigen Kämpfe, aber auf jeden Fall kam es zu den umfangreichsten Auseinandersetzungen seit dem 1. März. Die Presse erregte sich sehr darüber, aber nicht nur die, auch viele Menschen, die für uns unmittelbar nach der Räumung ein größeres Verständnis gezeigt hatten. Es war kein schönes Gefühl am nächsten Tag auf der Straße, wo ich erlebte, dass mich Leute beschimpften.

Marie: Was passierte, ist, dass auch kleinere Geschäfte beschädigt wurden, was sonst nicht der Fall war. Sonst waren es nur die Banken und die großen kommerziellen Ketten bzw. die multinationalen Firmen, gegen die sich die Wut richtete. Die Medien haben die Gelegenheit genutzt, uns anzugreifen.

Dabei haben die Medien ja auch über die verschiedenen lokalen Bürgerinitiativen berichtet, die sich gegen das Ungdomshuset wenden.

Marie: Es gibt diese Gruppen schon recht lange, sie existierten schon eine ganze Weile vor der Räumung, organisiert von ein paar Nachbarn, die sehr kritisch und sehr aggressiv gegenüber dem Haus waren. Am Anfang waren auch ein paar Leute dabei, die eigentlich für das Haus waren, aber einen kritischen Dialog wünschten. Aber dann hat innerhalb dieser Nachbarngruppe eine Fraktion geputscht, die sich darauf beschränkte, das Ungdomshuset anzuschwärzen. Es gibt jetzt ein Netzwerk mit dem

Namen *Autonome ud af København* («Autonome raus aus Kopenhagen»), und da machen genau diese Leute mit.

Maja A.: Ja, von daher ist es auch sehr wichtig, dass es Nachbarschaftsgruppen gibt, die das Ungdomshuset unterstützen, auch wenn die nicht so oft in der Presse auftauchen.

Und wie war euer Verhältnis zu der »positiven« Nachbarngruppe?

Marie: Das war sehr wichtig und sehr gut. Die haben unter anderem eine eigene Demo für uns organisiert.

Maja A.: Ja, tatsächlich waren es ja sogar mehrere Demos. Aber da hat sich die Presse fast überhaupt nicht für interessiert.

Marie: Was daran wichtig ist, ist, dass diese Gruppe Initiativen startet, in die sich die Leute aus dem Viertel einbringen können, die nicht zu den NutzerInnen des Ungdomshuset gehören. Die Idee der großen Demo, die sie im Dezember für uns gemacht haben, war gerade, dass sich Leute solidarisch verhalten konnten, ohne zu 100 Prozent das zu unterstützen, was von unserer Szene ausgeht, d.h. es ging um eine kritische Solidarität. Dies ist sehr wichtig, denn es macht es schwerer, uns total zu marginalisieren.

Wenn wir mal ein bisschen in die Zukunft blicken: Wie seht ihr die Chancen, die Intensität des Kampfes zu bewahren und letztendlich ein neues selbstverwaltetes Jugendzentrum durchzusetzen?

Maja A.: Im Moment fühlt es sich so an, als ob wir im Boxring stehen und dauernd boxen, ohne dass das irgendwohin führt. Ich glaube, wir müssen uns auf eine sehr lange Auseinandersetzung einstellen. Die Situation ist eben sehr polarisiert, und beide Seiten haben sehr viel Unterstützung.

Marie: Entscheidend ist wohl, was in den nächsten Monaten passiert – besonders am 6. Oktober. Wir haben eine ganz neue Strategie entworfen. Wir sagen ganz offen, worum es uns geht, während die BZ-Strategien immer Geheimsache waren. Wir wollen uns auf die Stärke beziehen, die darin liegt, dass es sehr viele Menschen gibt, die ein selbstverwaltetes Jugendzentrum wollen. Wir wollen eine politische Debatte. Wir wollen die PolitikerInnen zwingen, präzise zu dem Haus Stellung zu beziehen, das wir dabei ins Gespräch bringen. Ich verknüpfe große Hoffnungen mit so einer Strategie. Klar, die Presse schreibt diese Aktion jetzt schon zu einem neuen Krieg um. Sie wollen den Leuten Angst machen, damit

sie nicht teilnehmen. Aber ich glaube, das klappt nicht, und es werden ein paar Tausend Menschen kommen.

Welche Bedeutung hatte die Unterstützung aus dem Ausland für euch? Hat sie irgendetwas an der ganzen Situation geändert?

Maja A.: Das war sehr wichtig. Wir haben es vor allem registriert, wenn Leute aus dem Ausland hierhin gereist sind, um uns zu unterstützen. Aber auch die Demos in diversen Ländern haben sehr viel bedeutet.

Marie: Ja, es waren viele Leute aus anderen Ländern hier, denen es vor allem darum ging, das Ungdomshuset in der kritischen Situation zu unterstützen. Es sagt sehr viel, dass die Polizei total hysterisch darauf reagiert hat. Es reichte schon fast, wenn man Rucksacktourist war, um an die Grenze verfrachtet und ausgewiesen zu werden. Für uns war das mit großen praktischen Problemen verbunden. Jedesmal wenn wir zehn Leute zum Übernachten irgendwohin geschickt haben, kam die Polizei und hat alle verhaftet und ausgewiesen. Die Medien unterstützten das, weil es für sie viel einfacher war, die ganze Sache mit ausländischen Krawallmachern zu erklären als damit, dass ihre eigenen Kinder unzufrieden sind.

Maja A.: Aber trotz allem waren die, die an den Aktionen teilgenommen haben, zum allergrößten Teil aus Kopenhagen. Die SchwedInnen konnten gar nicht hierhin kommen, weil die Polizei die Grenzen am Øresund gesperrt hatte. Es war wirklich ein Aufstand, der hier vor Ort entstanden ist.

Marie: Die deutschen AktivistInnen haben eine besondere Rolle gespielt. Es waren viele hier, weil sie die Situation von besetzten Häusern in Deutschland kennen. Und wir selbst waren ja auch oft dort und haben die GenossInnen da unten in ihren Kämpfen unterstützt.

Zum Schluss: Wie würdet ihr die politische Entwicklung der Bewegung zusammenfassen?

Marie: Es gibt ganz klar eine Tendenz, die Geschichte aus einer breiteren Perspektive anzusehen und nicht nur auf den Jagtvej 69 zu beziehen. Zum Beispiel ist die feministische Dimension stärker in den Mittelpunkt gerückt. Angesichts dessen, dass wir gerade kein Haus haben, gibt es zudem mehr Debatten darüber, warum und wozu wir überhaupt eines brauchen. Es geht um eine Diskussion um die verschiedenen Formen von Unterdrückung und um die Frage, was »Freiräume« in diesem

Zusammenhang bedeuten. Der Kampf um das Ungdomshuset impliziert zugleich einen weiteren Kampf gegen Rassismus, Sexismus usw.

Maja A.: Es gibt einige Feministinnen, die begonnen haben, sich im Zusammenhang mit dem Kampf um *Ungeren* zu organisieren. Das sind sowohl Frauen, die vorher in Gruppen waren, als auch Unorganisierte. Ich denke, dass sich der Kampf ohne solche Initiativen nicht weiterentwickeln wird. Aber es gibt sie auch nicht automatisch. Wir müssen uns selbst zu den Machtstrukturen verhalten, in denen wir leben und die auch Teil unserer Bewegung sind. Man kann nicht einfach nur sagen »wir sind eine Gegenkultur«, man muss auch sagen können, was das heißt. Es gab ja zum Beispiel auf den Demos Leute, die die Polizisten als »schwule Arschlöcher« beschimpft haben. Und es gab auch andere heterosexistische Ausdrücke. Das zeigt, dass in der Szene über diese Fragen zu wenig reflektiert worden ist. Es reicht halt nicht, dass es DJs und coole Musik auf den Demos gibt. Es geht auch darum, in der eigenen politischen Praxis zu zeigen, dass es uns um einen Kampf um eine andere Kultur geht. Da sehe ich einen wichtigen Ansatzpunkt, zumal wir ja auch in der Lage sind, Klamotten und Logos zu verkaufen und auf alle Häuserwände »69« zu schreiben.



Foto: Martin Brandt/Monsun

»Eine Zeit lang haben wir jeden Tag von Aktionen gehört, oft in Städten und Dörfern, die wir vorher gar nicht kannten«

Gespräch mit Philipp & Maja B., Ungdomshus-AktivistInnen

Das folgende Gespräch mit zwei AktivistInnen, die beide in der Verhandlungs- und der Pressegruppe des Ungdomshuset engagiert waren, hat am Freitag, dem 8. September 2007, stattgefunden, eine Woche nach den umfassenden Auseinandersetzungen mit der Polizei zum Halbjahrestag der Räumung. Eine gründliche Analyse der Konsequenzen dieser Konflikte konnte zu dieser Zeit noch nicht erarbeitet werden und die folgenden Berichte und Aussagen über die Geschichte und den Verlauf des Konfliktes stellen deshalb die persönliche Position von Maja B. und Philipp dar.

Könnt ihr zunächst etwas zu eurem politischen Hintergrund und eurer Beziehung zum Ungdomshuset sagen?

Maja B.: Ich fing an, dorthin zu gehen, als ich sechzehn war, das ist jetzt sechs oder sieben Jahre her. Am Anfang war ich einfach Nutzerin, wenn ich abends in die Stadt ging, ging ich eben unter anderem dorthin. Ich ging damals auf das freie Gymnasium. Ich kannte ein paar Leute, die gingen auch dahin, das war irgendwie was ganz Normales, man machte das einfach. Aber in der Zeit gab es im Haus jede Menge Diskussionen darüber, was man machen sollte, weil man eben gerade den Gerichtsprozess um das Nutzungsrecht verloren hatte. Es folgte dann, noch bevor ich eingestiegen bin, eine sehr lange Debatte darüber, wie man sich jetzt verhalten sollte, ob man versuchen sollte, einen Fonds zu gründen, der das Haus übernehmen sollte oder nicht usw. Vor zweieinhalb Jahren wurde dann endlich beschlossen, dies zu versuchen, und es wurde eine Gruppe gegründet, die sich darum kümmern sollte, an der ich mich dann beteiligt habe.

Kannst du etwas zur Rolle sagen, die die Pressegruppe und die Verhandlungsgruppe im Ungdomshuset gespielt haben?

Maja B.: Die Aufgabe der Pressegruppe ist es, zu vermitteln, was das Ungdomshuset meint, macht und will. Vor fünf Jahren dachten die meisten Leute in Dänemark, dass das Ungdomshuset etwas war, was in die 90er Jahre gehört und was man nur vergessen hat, zu schließen.

Dieses Bild mussten wir ändern, auch bei den ganz normalen (jungen) Leuten. Das heißt, wir wollten vermitteln, was eigentlich im Haus passiert und welche aktuelle Lage es im Streit um die Schließung gibt. Die Verhandlungsgruppe hatte das Ziel, im Gespräch mit allen Kräften eine Lösung zu finden. Zunächst ging es dabei um die eben schon erwähnte Fondslösung. Vor etwa anderthalb Jahren fingen wir an, bestimmte PolitikerInnen anzusprechen, um herauszufinden, welche Perspektiven die Idee hatte und wie man sie umsetzen könnte. Das war für uns gar nicht so einfach, und am Anfang hatten wir ziemliche Angst, Fehler zu machen – wie spricht man Bürgermeister und Co. an, ohne dass die sowieso gleich »Nein« zu unseren Vorschlägen sagen?

Philipp: Grundsätzlich war uns von Anfang an klar, dass wir vor Gericht kaum eine Chance haben würden und dass die PolitikerInnen unser Haus nicht retten. Wir haben die Kampagne im Jahr 2005 angefangen, um den Leuten, die auf der Straße gegen die Räumung protestierten, ein Argument zu liefern. D.h. sie konnten zu Recht sagen, dass wir alles versucht haben. Dabei war sehr wichtig, die Geschichte des Hauses noch mal genau zu recherchieren. Das haben wir ab 2005 auch gemacht, wir haben die ganze Geschichte seit Mitte der 1990er Jahre genau zurückverfolgt, um die Argumentationslinien nachzeichnen zu können und in der Lage zu sein, unsere eigene Geschichte zu erzählen. Und dann waren wir sehr schnell dabei, Informationsmaterialien, Plakate usw. zu verbreiten, um unsere Sache sichtbar zu machen. Wir nahmen uns vor, sehr positiv auf alles zu reagieren, alle Mails zu beantworten usw. Wir wollten, dass im Zweifelsfall möglichst viele Leute auf die Straße gingen und dass möglichst viele ihren FreundInnen und Familien erzählen, wie es wirklich aussieht. Es wäre ein großer Fehler gewesen, wenn wir mit diesen Dingen bis kurz vor der Räumung gewartet hätten.

Maja B.: Einige meinten, wir sollten lieber superrestriktiv sein und keine Erklärungen darüber abgeben, was wir wollen. Wir meinten aber, dass wir so viel wie möglich kommunizieren sollten. Klar, dann gab es die üblichen Debatten: Was ist, wenn die Polizei hier reinkommt und uns befragt? Was ist, wenn Journalisten kommen? Wir meinten, dass wir das riskieren sollten, weil wir es lieber hatten, dass 500 Leute ins Haus kommen und eine Erfahrung damit verbinden.

Philipp: Uns war klar, dass sobald auch nur ein Stein fliegt, die Presse nicht mehr nach der Geschichte fragen wird. Es kam also darauf an, diese Geschichte möglichst vorher klar zu vermitteln. Dabei war unsere

Strategie, die PolitikerInnen über die Presse dazu zu zwingen, sich zu erklären. Das ist übrigens eine Erfahrung aus Verhandlungen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, wo einige AktivistInnen im Rathaus waren und die PolitikerInnen nachher erklärten, dass sie sich an keine Absprachen erinnerten oder dass irgendein Beamter die Protokollnotiz weggeschmissen habe. Daraus haben wir gelernt, unsere Verhandlungen gegenüber der Presse transparent zu machen. Alle Treffen mit der Bürgermeisterin Ritt Bjerregård haben wir so »einberufen«. Dazu gehörte nach innen, dass niemand den Medien Interviews gibt, ohne das mit der Gruppe abzusprechen.

Maja B.: Die Pressearbeit war noch aus anderen Gründen wichtig für uns. Zum Beispiel haben wir mit einem Journalisten der Zeitung *Politiken* zusammengearbeitet, der von der politischen Kultur im Haus sehr begeistert war. Viele Leute, die später zu uns gekommen sind und sich mit uns solidarisiert haben, selbst Leute aus Deutschland, hatten ihre Informationen zuerst aus *Politiken*.

Gab es nicht auch viele Probleme mit der Presse?

Maja B.: Na klar. Für die meisten waren wir einfach nur »gewaltbereite Autonome«, und es war die ganze Zeit superschwierig, dieses Klischee zu überwinden. Das hatte auch damit zu tun, dass während des letzten großen politischen Ereignisses, dem EU-Gipfel im Dezember 2002, die Gruppe *Globale Rødder* einen ganz anderen Stil in ihrer Pressearbeit draufgehabt hat, der stark an den spektakulären Bedürfnissen der Medien ausgerichtet war. Die Presse hat sich damals daran gewöhnt, dass man extrem viele Forderungen an uns stellen kann – und wenn wir nicht darauf eingingen, dann waren sie nicht bereit, irgendwie auf uns zuzukommen. Wir haben ganz schnell gemerkt, dass wir darauf keine Lust hatten und selbst den Rhythmus unserer Pressearbeit bestimmen wollten. Also andersrum: Wenn die Medien mit unserem Stil nichts anfangen können, dann ist es ihr Problem und nicht unseres. Wir waren schnell darüber einig, dass die Medienleute schon auftauchen werden, wenn es wichtig wird. Trotzdem mussten wir uns natürlich über unser Konzept Gedanken machen, und da war klar, dass wir gegen einen personalisierenden Stil waren – also nach dem Motto, sie filmen uns, während wir morgens Kaffee trinken usw. – und dass wir über Politik reden wollten.

Philipp: Am Anfang war es ziemlich schwierig, das durchzusetzen, und

es waren auch eher linksorientierte und kleinere Zeitschriften, die sich für unsere linksradikalen Standpunkte interessiert haben, wie *Information* oder *Dagblad Arbejderen*. Aber als es eine große Sache wurde, kamen die anderen Medien, und wir konnten nach und nach auch unsere Forderungen stellen. Zum Beispiel, dass wir nicht »Autonome«, sondern »Junge« oder »AktivistInnen« genannt werden wollten, weil es nicht die autonome Bewegung war, die den Kampf um das Ungdomshuset allein geführt hat, sondern ein breites Spektrum, zu dem sogar einzelne LinksozialistInnen oder SozialdemokratInnen gehörten. Das war nicht so einfach, weil sie ihre Klischees trotzdem dauernd gebraucht haben. Ich kann mich an Demos erinnern, bei denen ich drei Mal bei *Politiken* angerufen und daran erinnert habe, dass wir nicht »die Autonomen« heißen. Außerdem hatten wir den dauernden Kampf um unseren Namen, die Frage, ob wir unsere Nachnamen verraten oder nicht. Einige Medien haben uns zeitweise boykottiert, weil wir uns geweigert haben, den Nachnamen zu nennen, mit der Begründung, dass es nicht um die Namen, sondern um die Sache geht. Das lief dann so ab, dass wir im Zweifel eben gesagt haben, dass wir dann kein Interview machen, aber weil die JournalistInnen natürlich die Infos wollten, haben sie dann oft mit einem »unverbindlichen« Gespräch weitergemacht. Aber einige haben auch erzählt, dass sie auf dieser Ebene nicht mit uns arbeiten dürften, weil es der Chefredakteur verboten hat.

Maja B.: Alles in allem war es ein Kampf, in dem wir uns sehr weit von dem Stil entfernt haben, wo wir uns ver mummen und Pressekonferenzen abhalten etc. Wir fanden einfach, es geht um die Vermittlung unserer Anliegen, und wir führen keinen besonderen Tanz auf, damit die Presse sich dazu bereit erklärt.

Was ist eure Sicht der Räumung und ihrer Vorgeschichte?

Philipp: Im Dezember 2006 wurde klar, nachdem wir alles Mögliche ausprobiert hatten, dass das Stadtparlament nichts mit uns zu tun haben wollte. Ruth Eversen und *Faderhuset* weigerten sich kategorisch, das Haus zu verkaufen. Ein paar Tage vor dem ersten möglichen Räumungstermin am 16. Dezember war Ungdomshuset sowohl in der Bürgerschaft als auch im Folketing auf der Tagesordnung. Beide erklärten mehrheitlich, dass sie nicht zuständig seien und dass sie nichts machen könnten. Das bedeutete, dass ab dem Zeitpunkt, an dem das Gericht letztinstanzlich beschlossen hatte, das Haus zur Räumung freizugeben,

das Haus faktisch besetzt war. Und dann kam es am 16. Dezember zu heftigen Auseinandersetzungen, was die Bürgermeisterin Ritt Bjerregård benutzte, um zu erklären, dass nun endgültig Schluss mit dem Verhandeln sei.

Maja B.: Und dann geschah das Lustige, dass Ritt in die Weihnachtsferien fuhr, und als sie zurückkam, erklärte sie, dass sie noch mal in Ruhe nachgedacht habe und nun etwas tun wolle, um den Konflikt aus dem Weg zu räumen.

Philipp: Und dann schlug sie vor, dass die Kommune ein Gebäude zur Verfügung stellen könnte, das auch am Jagtvej liegt, eine leer stehende ehemalige Feuerwehration. Wir erklärten, dass wir uns gerne auf Verhandlungen einlassen würden, aber nur wenn es über Presse-Statements hinaus konkrete Vorschläge gebe. Und dann kam die Bürgermeisterin mit dem Vorschlag, uns auf Christiania anzusiedeln, aber da waren wir uns mit Christiania einig, dass es keine gute Idee ist, alle alternativen Orte in Kopenhagen dort zu sammeln, wo sie auch als kleine Touristenattraktion dienen können. Und im Wesentlichen ging es so weiter. Man erklärte, dass es keine leer stehenden Häuser im kommunalen Besitz gibt usw. Und dann kam plötzlich doch der Vorschlag, dass die ehemalige Schule in der Stevnsgade als Ort in Frage käme, ein Vorschlag, den wir sehr intensiv und kontrovers diskutierten, weil unsere Forderung grundsätzlich die war, das Haus im Jagtvej zu behalten. Am Ende waren wir dann aber doch bereit, nach einem Kompromiss zu suchen.

Maja B.: Das Haus war also nicht das Problem. Die Lösung, die vorgeschlagen wurde, war, dass wir das Haus kauften. Nun ging es um den Preis des Hauses, und wir diskutierten, dass wir es nicht akzeptieren können, wenn die Kommune uns im Prinzip einfach nur sagt, dass wir ein Haus zu Marktpreisen kaufen können. Damit hätten wir die Regel bestätigt, dass in einer Stadt wie Kopenhagen nur die Leute Räume bekommen, die sich zu den hohen Immobilienpreisen einkaufen können. Wenn wir uns darauf eingelassen hätten, hätte jede Initiative für ein Jugendzentrum in kleineren Städten, in Århus oder in Sønderborg, mit der Begründung zurückgewiesen werden können, dass die Anarchos und Autonomen in Kopenhagen ja auch ein Haus zu Marktpreisen gekauft hätten. Am Ende haben wir uns dann entschlossen, Forderungen zu formulieren, zum Beispiel haben wir gefordert, dass das Haus genauso groß sein müsse wie das alte, dass die Kommune den

Unterhalt bezahlt, dass es keine SozialarbeiterInnen und keine Leitung geben sollte, die uns kontrollieren. Insgesamt kam dabei ein »Nein« zu dem Vorschlag heraus, das Haus in der Stevnsgade zu Marktpreisen zu kaufen. Die Kommune lehnte im Gegenzug unsere Forderungen ab und beharrte darauf, dass sie grundsätzlich nicht dazu bereit und in der Lage sei, ein Haus unter dem Marktwert zu veräußern sowie dass, wenn es ein kommunales Haus bleiben würde, die Kommune auf der Aufsicht bestehen müsse. Dann haben wir angefangen, mit der Kommune darüber zu reden, welche technischen Lösungen es für diese formalen Probleme geben könnte.

Maja B.: Ja, und während wir noch darüber verhandelt haben, wurde das Ungdomshuset von der Polizei geräumt.

Philipp: In der Nacht vor der Räumung waren wir noch am Verhandeln. So gegen 22 oder 22.30 Uhr war unser Anwalt Knut Foldschak noch im Rathaus. Da wurde ein neues Treffen am 1. März um 17 Uhr verabredet, aber das fiel dann aus ...

Maja B.: Danach haben die PolitikerInnen natürlich erklärt, dass sie angesichts der Zusammenstöße mit der Polizei nunmehr jeden Kontakt kategorisch ablehnen würden. Nur die Einheitsliste und die Sozialistische Volkspartei waren zu einer Art Krisentreffen bereit, das am 3. März mit der Verhandlungsgruppe, dem Fonds und einigen kommunalpolitischen Funktionären der beiden Parteien stattfand. Dort haben wir verabredet, dass wir uns einmal in der Woche treffen werden, was wir seitdem auch gemacht haben.

Welche Rolle hat die Verhandlungsgruppe gespielt? Haben die Auseinandersetzungen im Stadtteil die Verhandlungen erschwert?

Maja B.: Klar, wir wurden dauernd aufgefordert, uns zu distanzieren. Und wir haben dauernd geantwortet, dass wir das nicht machen. Wir hatten ja erklärt, dass es zu heftigen Konflikten kommen würde, wenn wir nicht zu einer Verhandlungslösung kommen – da gab es nichts, was wir daran hätten ändern können. Außerdem: Wenn man im Namen des Ungdomshuset verhandelt, verhandelt man im Namen von allen, die sich an der Bewegung beteiligen, unabhängig davon, dass es unterschiedliche Mittel und Methoden im politischen Kampf gibt. Manchen Leuten fällt es schwer, das zu akzeptieren, und einige Linksliberale oder LinksozialistInnen haben uns auch aufgefordert, uns nur für die »guten« AktivistInnen einzusetzen.

In der Presse wurde viel Wirbel über die Proteste einiger Nachbarn gegen eure Aktionen gemacht ...

Maja B.: Es gibt immer Leute und wird immer Leute geben, die gegen unser Projekt sind. In diesem Falle handelte es sich um eine kleine Gruppe von Nachbarinnen und Nachbarn, die allerdings ganz gut darin waren, sich in der Öffentlichkeit zu platzieren. Ihr Sprecher war Pressechef der Vereinigung der Ingenieure und des Arbeitgeberverbandes der Brauereien. Außerdem hat er auf der Journalistenhochschule unterrichtet, und im Moment berät er private Firmen, wie man seine »Story« in die Medien bringt. Ihr vorheriger Sprecher war Produktchef, ein anderer war Kompetenzentwickler. Es sind also »schwere Jungs«, die finden, dass wir ein paar Scheiß-Teenager sind, und das bringen sie auch zum Ausdruck.

Philipp: Auch ideologisch sind die entsprechend drauf, einer von ihnen, der am Jagtvej stand und dummes Zeug in die Kameras geredet hat, war früher Vorsitzender der Jugendorganisation der Konservativen in Kopenhagen.

Maja B.: Aber daneben gibt es auch Nachbarn, die sich aus anderen Gründen gestört fühlen, zum Beispiel gab es eine Gruppe, die sich »Kritische Nachbarn« nannte, mit denen wir durchaus versucht haben, zu sprechen. Das Ungdomshuset war schließlich ein Kulturzentrum in einem Wohngebiet, und es ist klar, dass das manchmal Krach und andere Beschwerlichkeiten mit sich bringt. Allerdings war auch die Frage, wofür wir in dieser Hinsicht Verantwortung übernehmen konnten. Es kam vor, dass sich Leute bei uns beschwert haben, weil ein paar Hundert Meter vom Haus ein Graffiti angebracht wurde. Aber selbst wenn es ein Nutzer des Hauses gewesen sein sollte, wir konnten die Leute ja abends nach einem Konzert nicht alle ins Bett bringen ...

Wie seht ihr die Reaktion der Nachbarinnen und Nachbarn ansonsten?

Maja B.: Na ja, wir sind ja auch »Nachbarn«, die meisten von uns wohnen ja hier. Und 95 Prozent der Leute auf den Demos sind Leute aus dem Stadtteil. Da ist die Unterscheidung, wer »Unterstützer« ist und welche Leute die Ungdomshuset-Bewegung ausmachen, ein bisschen künstlich. Aber auf jeden Fall haben wir im Stadtteil auch sehr positive Erfahrungen gemacht, da gab es Leute, die uns nach und während der Aktionen was zu essen gebracht haben oder den Hinterhof geöffnet haben, sodass wir weglaufen konnten, wenn ein Angriff mit Tränengas

kam. Oder Leute, die aus ihrem Haus kamen und Müllcontainer auf die Straße warfen, damit die Polizei nicht durchkam. Aber die Unterstützung war nicht nur in den zugespitzten Situationen, sondern auch im Alltag zu spüren. Zum Beispiel haben die meisten Geschäfte Ungdomshuset-Plakate in ihre Fenster gehängt.

Welche Rolle hat eurer Meinung nach die Veränderung des Stadtteils bei der Unterstützung bzw. Ablehnung gespielt? In den letzten zehn Jahren sind ja ganz neue Gruppen nach Nørrebro gezogen.

Philipp: Es ist nicht so einfach, das zu beantworten, weil man sich Nørrebro nicht als homogene Einheit vorstellen darf. Wir haben hier ja sowohl den Blågårdsplads mit seinen schicken Geschäften als auch *Mjølnerparken*, ein Quartier, das dauernd in der Debatte ist, weil es dort viel Armut und viele soziale Konflikte gibt. Zwischen den neuen, schicken Gebieten liegt sozialer Wohnungsbau, dort wohnen Leute, die sie nicht so schnell aus dem Stadtteil vertreiben konnten.

Maja B.: Und dann wohnen hier ja auch eine Menge nette, ältere Menschen, bei denen man denkt, na ja, was machen die hier – aber tatsächlich stellt sich bei näherem Hinsehen dann heraus, dass es Leute sind, die in den 1980er Jahren selbst Häuser besetzt haben.

Philipp: Aber es stimmt schon, vielleicht nicht vor zehn, aber vor fünf Jahren sind viele Genossenschaftswohnungen für den Markt »frei gemacht« worden. Das hat dazu geführt, dass die Preise stark gestiegen sind. Und man kann schon verstehen, dass eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern, wenn sie durch die Preissteigerung ihrer Wohnung mehr verdienen kann als durch Lohnarbeit, ihr Eigentum verkauft, und das wiederum heißt, dass einige wegziehen und andere, mit dem notwendigen Kleingeld, sich hier ansiedeln. Gleichzeitig ist es aber auch so, dass eine Menge Leute, die zu dieser »kreativen Klasse« gehören, die sich die teuren Wohnungen leisten kann, recht positiv gegenüber dem Ungdomshuset eingestellt waren. Viele von denen stehen auf Underground, und die kleinen Läden, die Designerklamotten verkaufen, hängen nicht selten ein Plakat von uns im Schaufenster auf.

Maja B.: Viele von den jungen, smarten Künstlern, die jetzt hier wohnen, ziehen sich Soli-T-Shirts für das Ungdomshuset an.

Philipp: Es gibt halt verschiedene Tendenzen. Zum Beispiel sind einige Bürgerhäuser in Kopenhagen geschlossen worden, und es kam vor, dass das Ungdomshuset deren Funktionen ersetzte. Oder es gab ein

Abkommen zwischen einem benachbarten Kindergarten und uns, dass die Kinder bei schlechtem Wetter unseren Saal nutzen konnten, weil die Einrichtung über keine entsprechenden Räume verfügte.

Maja B.: Oder wir haben deren Geschirr ausgeliehen, wenn wir ein Fest gemacht haben und etwas brauchten. Es ist ja nicht nur für uns in letzter Zeit enger geworden, sondern viele Leute im Stadtteil merken, dass die Orte, wo man hingehen kann und billig essen oder sich einfach nur aufhalten kann, weniger werden. Außerdem existiert diese rebellische Geschichte des Stadtteils: Von ihm ging der Sturm auf die Börse nach dem Ersten Weltkrieg aus, hier war der Aufstand gegen die deutsche Besatzung 1944 besonders stark, und später fanden hier »Byggeren« oder die BZ-Bewegung in den 1980ern sowie die migrantischen Kämpfe am Ende der 1990er Jahre statt. Weißt du, wenn Leute hierhin ziehen, weil sie dann in der Nähe der Innenstadt wohnen und sie sich hier eine große Wohnung leisten können ...

Maja B.: ... sich aber sonst für den Stadtteil nicht interessieren ...

Philipp: ... dann ist es doch klar, dass es zu Kollisionen kommt.

Wie stark ist eigentlich innerhalb eurer Gruppen die Vorstellung, dass es um mehr geht als nur um ein Haus?

Philipp: Nach der Räumung sind viele Leute dazugekommen, Leute, die am 1. März eine SMS bekommen haben und dann auf die Straße gegangen sind und protestiert haben. Viele Leute sind aus Prinzip oder aus einer Art Identität heraus dafür, dass es Platz für ein Ungdomshuset geben sollte. Das ist dann nicht unbedingt eine politisch klare Stellungnahme, eher ein Gefühl. Die werden von den PolitikerInnen beschimpft und von Polizisten geschlagen und sind sehr wütend und sehr aktiv, ohne dass sie vor dem 1. März in die Diskussionen eingebunden waren.

Maja B.: Und viele sind ganz jung und haben die Praxis im Haus nie mitbekommen.

Philipp: Aber gleichzeitig kann man sagen, dass sich etwas verändert hat. Bis vor kurzem war die Szene in Kopenhagen ziemlich differenziert und verstreut. Es gab Antifas, FeministInnen, AntiimperialistInnen, Leute aus dem Ungdomshuset, verschiedenste politische Organisationen. Klar, es gab da Überschneidungen und man hat sich auch gegenseitig unterstützt. Nach dem 1. März haben wir uns stärker zusammengetan und dadurch ist eine Politisierung entstanden und die linksradikalen politischen Organisationszusammenhänge sind gewachsen.

Wenn wir den Blick nicht allein auf Nørrebro richten, sondern auf die Solidarität, die es überall in Europa gab – was hat sie für euch bedeutet?

Philipp: Eine Zeit lang habe ich jeden Tag von Aktionen gehört, oft in Städten und Dörfern, die ich vorher gar nicht kannte. Das war eine ganz wichtige Erfahrung. Viele sagten, okay, wenn jemand auf dem Inlandeis vor Grönland eine Fahne mit der Zahl »69« aufstellen kann, dann kann ich hier in Kopenhagen ja schon lange was ausrichten.

Maja B.: Oder dänische Touristen, die in der Ukraine in Ferien waren und in irgendeinem schicken Touristenort plötzlich entdeckten, dass »69« auf einer alten Kirchenmauer steht. Das bedeutet viel, denn man kann auf einem einfachen Level vermitteln, dass die ganze Sache in einem größeren Zusammenhang steht.

Philipp: Man kann das ja ganz leicht sagen – abstrakt steht alles »in einem größeren Zusammenhang« –, aber dass man wiedererkannt wird von seinen GenossInnen außerhalb Dänemarks, das gibt uns richtig viel. Und wir sagen ja auch, dass wir hier nicht nur für uns alleine kämpfen und dass wir auch gewinnen wollen, weil es ja nicht nur für uns ist. Viele sagen zum Beispiel, dass ein Projekt wie die »Köpi« [von der Räumung bedrohtes Haus in Berlin, Red.] auf Kopenhagen verweisen kann – »ihr könnt uns ruhig räumen, aber dann habt ihr dieselbe Situation wie in Kopenhagen, nur zehnmal so krass«.

Maja B.: Es waren ja auch jede Menge Leute aus der ganzen Welt in Kopenhagen. Die haben immer wieder betont, dass das, was hier passiert, viele Parallelen hat, dass das in ganz Europa passiert. Und während wir uns auseinandergesetzt haben, wurde ja auch die Köpi bedroht, und die haben ganz konkret mit der Situation in Kopenhagen argumentiert.

Philipp: Für uns war das ein Aspekt in der Diskussion, ob wir zu bestimmten Vorschlägen »Ja« oder »Nein« sagen sollten. Ich bin mir ganz sicher, dass es für viele Leute außerhalb Kopenhagens etwas bedeutet, nicht nur dass wir überhaupt irgendein neues Haus bekommen, sondern auch wie und unter welchen Umständen und zu welchen Bedingungen.

Maja B.: Dass das Ungdomshuset an anderen Orten und jenseits der Grenzen ein Thema war, hat außerdem die Perspektive verstärkt, dass es ein politisches Problem ist und nicht nur einfach eine Sache, die man durch einen Umzug erledigen kann, wie es einige Kopenhagener PolitikerInnen gerne hätten.

Philipp: Dass das so war, hat bestimmt damit zu tun, dass die Geschichte

recht einfach zu erklären war. Es gibt das *Faderhus* – eine rassistische Sekte – auf der einen Seite und etwas, das »Ungdomshuset« heißt und das Gegenteil repräsentiert auf der anderen. Das Böse gegen das Gute – genau wie im Märchen.

Maja B.: Jemand hat schon eine Kindergeschichte über das Ungdomshuset geschrieben ...

Philipp: Ja, wirklich? Auf jeden Fall ist es einfacher zu erklären als die Geschichte mit dem Eigentumsrecht und all den komplizierten juristischen Zusammenhängen.

Wenn wir den Blick in die Zukunft richten – wie seht ihr die Perspektive, d.h. einerseits die der Bewegung, andererseits aber auch die Perspektive, eventuell ein neues Haus zu kommen?

Maja B.: Niemand von uns hat damit gerechnet, dass wir das überhaupt so lange schaffen. Aber auch niemand von den PolitikerInnen oder der Polizei. Wenn man die Ersteren trifft oder die Letzteren reden hört, dann heißt es immer wieder: »Hätte nicht gedacht, dass so viel Gas im Ballon ist.« Die haben offensichtlich gedacht, wir sind wie so Zinnsoldaten, die sofort umfallen. Die Presse fragt oft, wenn jemand verhaftet wird, ob er oder sie bereits »der Polizei bekannt« ist, und die Polizei stellt mit Erschrecken fest, dass es immer wieder neue Leute sind.

Philipp: Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob es ein neues Ungdomshuset geben wird oder nicht. Es stehen außerdem einige Prozesse bevor, die für die Polizei peinlich werden könnten, weil es sich um Leute handelt, die eindeutig nichts gemacht haben. Interessant wird auch der Prozess gegen die Leute, die im Haus waren, weil dann noch einmal Gelegenheit besteht, klarzumachen, wie brutal dieser Polizeieinsatz war. Außerdem gibt es 20 Verfahren, die der Staatsanwalt angenommen hat, in denen es um Polizeigewalt geht.

Maja B.: Und schließlich gibt es noch die Frage nach den Hausdurchsuchungen, die Anfang März zum Teil ohne jede Grundlage erfolgt sind. Da hat die Polizei zum Beispiel in der Baldersgade sieben Gaspatronen hineingeschossen. Es kam uns oft so vor, als wüssten die Polizisten gar nicht, wo sie eigentlich sind und um was es sich handelt. Sie haben vielleicht gedacht, dass es das Ungdomshuset ist, das sie gerade räumen, haben jede Menge Geschirr, Computer usw. kaputt gemacht, teilweise sah es aus wie eine Racheaktion von Polizisten, die über den Einsatz frustriert waren und ihre Wut ausließen. Viele waren schlecht informiert,

einige haben sich krank gemeldet, schon im Dezember. Das ist durchaus ein Faktor bei der Geschichte: Die Polizei hat im Moment sehr schlechte Bedingungen, mal sehen, wie lange die noch durchhalten.

Philipp: Was uns andererseits wirklich überrascht hat, ist, dass die Polizei kaum gegen das Netzwerk der AktivistInnen zugeschlagen hat, es gab eigentlich recht wenige Durchsuchungen bei privaten Adressen. Die Polizei hat scheinbar wenig Informationen darüber, wer dazugehört und wer welche Kontakte hat.

Maja B.: Das ist anders als in Deutschland, wo es vor dem G8-Gipfel diese Hausdurchsuchungen in Privatwohnungen und Wohngemeinschaften gab, bei denen es ganz offen darum ging, Adressen und Kontakte herauszufinden. Es gab wenige Aktionen, die einschüchternd in dem Sinne waren, dass man Leute nachts aus dem Bett holte usw. Aber das kann natürlich noch kommen. Und es steht auch außer Zweifel, dass die Gegenseite Informationen sammelt. Das könnte eine Erklärung dafür sein, dass in manchen Prozessen immer noch keine Anklageschrift vorliegt.

Philipp: Neben der Frage nach dem Ausgang der Prozesse gibt es die Forderung nach einem neuen Ungdomshuset. Da ist wichtig, immer ein Ziel vor Augen zu haben, im Moment beziehen wir uns deshalb auf die Budgetverhandlungen, dann kommt G 13. Auf Dauer müssen wir aber auch grundsätzlicher überlegen – was passiert, falls klar wird, dass es kein neues Haus geben wird? Wie verhindern wir, dass die Bewegung im Sand verläuft? Welche politischen Dimensionen enthält der Kampf darüber hinaus? Es ist wichtig, dass es keine leere Eine-Punkt-Sache wird.

Maja B.: Wenn wir ein Haus haben, aber unpolitisch werden, sind wir nichts anderes als VEGA [eine Diskothek, Red.] – einfach ein Musikschuppen. Das gibt es allerdings schon, braucht man also nicht unbedingt.

Philipp: Es wäre schön, wenn wir die politischen Impulse, die in der Bewegung viel breiter und stärker waren, als es sich zuvor im Ungdomshuset ausgedrückt hat, mit in das neue Haus nehmen könnten.

»Plötzlich sieht man gepanzerte Wannen und wundert sich: Das soll Dänemark sein?«

Gespräch mit *Petter Sommerfeld* von der *Bürgergruppe für das Ungdomshuset*

Das folgende Gespräch wurde unmittelbar nach der Räumung des 1. März mit Petter Sommerfeld, Sprecher der Bürgergruppe und seit vielen Jahren Aktivist der antifaschistischen Gruppe Demos, geführt. Die Bedeutung der solidarischen Nachbarn kann auch aus heutiger Sicht nur unterstrichen werden, zumal die Presse den kleinen, aber reaktionären Nachbarschaftsgruppen in Nørrebro und Nordvest bis zur G-13-Aktion im Herbst immer mehr Publicity verschaffte.

Wer ist und was macht die »Bürgergruppe«?

Die Bürgergruppe ist ein Zusammenschluss von Leuten, die im Stadtteil Nørrebro wohnen. Wir denken, dass das Ungdomshuset eine gute Sache ist und unbedingt in unseren Stadtteil gehört. Wir sind im Moment ungefähr 800 Mitglieder. Seit der Räumung am 1. März sind lediglich zwei Leute ausgetreten, und es kommen jeden Tag neue Mitglieder dazu, die wie wir der Auffassung sind, dass das Ungdomshuset bestehen bleiben sollte. Unserer Gruppe gehören Menschen aus allen Altersgruppen an. Wie du an mir sehen kannst, bin ich selbst kein Nutzer des Ungdomshuset.

Die Auseinandersetzung um das Ungdomshuset wird in der Öffentlichkeit meist unter dem Stichwort »Jugendbewegung« oder, weniger freundlich, »Jugendkrawall« verhandelt. Findest du, dass das ein zutreffendes Bild ist? Was die Auseinandersetzungen der letzten Tage angeht, so waren sicherlich junge, oft sehr junge Menschen daran beteiligt. Die Kämpfe um das Haus selbst, der Versuch, die Räumung und den Abriss zu verhindern, war vor allem eine Sache der NutzerInnen des Hauses. An diesem Punkt haben wir eine klare Arbeitsteilung. Was den Kampf um das Haus angeht – das kriegen die Jugendlichen schon selbst hin. Unser Ziel ist vor allem, die Nachbarinnen und Nachbarn davon zu überzeugen, dass es ein Ungdomshuset geben muss. Außerdem wollen wir das Bild korrigieren, das es in der Öffentlichkeit über die sogenannten »Unruhen« gibt. Während wir hier sitzen, sitzen noch 855 überwiegend junge Menschen im Knast. Die Polizei hat oft einfach alle verhaftet,

die sie in bestimmten Straßenzügen angetroffen hat. Die Beweislage ist oft sehr zweifelhaft, die Vorwürfe reichen von »Straßenaufuhr« bis zu »Gewalt gegen Diensthabende«. Es soll ein Exempel statuiert werden. Viele werden Gefängnisstrafen bekommen, vielleicht ohne jemals einen Stein in der Hand gehabt zu haben.

Wie war die Bewegung der letzten Wochen, und damit meine ich alle Formen von Protesten, sozial zusammengesetzt. Nørrebro ist ja ein stark migrantisch geprägter Stadtteil. Inwiefern waren MigrantInnen Teil der Proteste?

Nach meiner Erfahrung sind die meisten jungen MigrantInnen für das Ungdomshuset, so wie fast alle jungen Leute, die hier wohnen. Aber an den Protesten selbst waren sie nicht so stark beteiligt. Vielleicht ist ein Hintergrund, dass das Ungdomshuset für eine Musikkultur steht, die nicht unbedingt den Geschmack der migrantischen Jugendlichen trifft. Eine wichtige Rolle spielt aber, dass das Ungdomshuset eine ganz klare antifaschistische und antirassistische Position formuliert hat, und das wissen die migrantischen Jugendlichen auch. Deshalb unterstützen sie das Ungdomshuset. Viele ihrer Eltern sind da schon skeptischer, auch weil sie Angst um ihre Kinder haben.

Aber vielleicht auch, weil bei den teils recht ziellosen Aktionen der letzten Wochen einige Fensterscheiben in migrantischen Läden eingeworfen wurden?

Die NutzerInnen des Hauses haben viel getan, um diese Schäden zu beheben, sind zu den Läden gegangen und haben die Sachen repariert. Man muss in diesem Zusammenhang sehen, dass die Auseinandersetzungen mit der Polizei eine Menge Leute angezogen haben, die sich schon lange von der »Staatsgewalt« gegängelt fühlten. Die haben die Gelegenheit genutzt, sich zu rächen. So etwas kann man in so zugespitzten Situationen, die wir uns ja nicht selbst ausgesucht haben, kaum verhindern. Ein Beispiel ist, dass auch in Stadtteilen Mülltonnen und ähnliches in Brand gesetzt wurden, die weit von Ungeren entfernt liegen. Es gibt eben soziale Konflikte, die sich im Kielwasser der Räumung ausdrücken, mit denen die NutzerInnen des Hauses und ihre SprecherInnen überhaupt nichts zu tun haben.

Wie schätzt du, eine Woche nach der Räumung, die Stimmung gegenüber dem Ungdomshuset im Stadtteil ein?

Das ist im Moment nicht so leicht einzuschätzen. Bei unseren Demonstrationen kamen richtig viele Leute, Tausende, nicht nur die Jungen, auch viele Ältere. Alle sind wirklich empört über die Räumung. So war das Ungdomshuset aus Sicht von Eltern ein Ort, wo ihre Kinder sicher waren: Dort gab es keine harten Drogen, keinen Rassismus, keine Schlägereien. Dagegen sind die Nachbarn eher geteilter Meinung. Viele haben zum Beispiel Angst, dass die Immobilienpreise sinken, wenn man das Ungdomshuset als Nachbarn hat. Das hat auch damit zu tun, dass Nørrebro sozial stark geteilt ist: Auf der einen Seite gibt es die alten BewohnerInnen des Stadtteils, viele ArbeiterInnen und Arbeiter, viele MigrantInnen. Diese Leute wohnen in alten Mietshäusern, die ursprünglich als Sozialwohnungen gebaut worden waren und in denen die Miete noch nicht so hoch ist. Man darf ja nicht vergessen, dass das Stadtviertel sehr lange ein Quartier war, in dem überdurchschnittlich viele arme Menschen und ArbeiterInnen gewohnt haben. Auf der anderen Seite gibt es Leute, die die in den letzten Jahren sehr teuer gewordenen Eigentumswohnungen in den »schicken« Straßenzügen bewohnen. Durch die Sanierung sind diese Altbauwohnungen so teuer geworden, dass sich die Mieten und Immobilienpreise kaum jemand leisten kann, der hier schon lange wohnt. Viele der neuen Eigentümer haben einige Übung darin, über die Kirchenglocken oder die Kneipen oder die Müllabfuhr zu klagen, weil das alles Lärm macht. Sie sorgen sich darum, dass das Umfeld »attraktiv« bleibt, damit sie, wenn sie aus dem Stadtteil wieder wegziehen, ihre Wohnung zu einem hohen Preis verkaufen können. Also, es sind eben Leute, die keine »Nørrebro-Tradition« haben: Sie kommen, und sie ziehen schnell wieder weg.

Ist das nicht ein bisschen einfach? Es gibt ja auch organisierte Nachbarinnen und Nachbarn, die gegen das Ungdomshuset sind. Was sind deren Motive? Nein, selbstverständlich gab es auch Ärger in der unmittelbaren Nachbarschaft. Schließlich war Ungeren vor allem ein Konzerthaus. Und klar haben die Leute, die in der Nähe von so einem Haus wohnen, ein Recht auf ihren Nachtschlaf. Das heißt doch nicht, dass man sich der Politik des Räumens und Normalisierens anschließen muss. So haben wir auch gedacht, als die erste Nachbarschaftsgruppe gegründet wurde. Nachdem sie gegründet worden war, sind wir mit vielen Leuten hingegangen und

haben gesagt: »Wir verstehen, dass ihr euch manchmal gestört fühlt, aber lasst uns gemeinsam mit der Hausgruppe Vereinbarungen finden, damit die Konflikte gelöst werden können.« Das hat dann dazu geführt, dass die harte Fraktion der wirklichen GegnerInnen des Hauses eine recht kleine neue Gruppe gegründet hat. Und das sind diejenigen, die in der Presse dauernd als »Nachbarngruppe« zitiert werden, obwohl sie nur eine kleine Minderheit sind.

Dagegen gab es Unterstützung im ganzen Land, auch von einem Teil der Gewerkschaften. Zwischenzeitlich hat sogar der Dachverband der Industriegewerkschaften (LO) ein neues Ungdomshuset gefordert. Die seit langem linksorientierte Baugewerkschaft hat versucht, den Abriss zu stoppen, einerseits mit dem Argument der mangelnden Arbeitssicherheit, andererseits indem man die beteiligten Abrissarbeiter mit einem Passus der Gewerkschaftssatzung konfrontiert hat, der es Gewerkschaftsmitgliedern verbietet, unter Polizeischutz zu arbeiten. Leider haben diese Aktionen den Abriss nur kurz stoppen, aber insgesamt nicht verhindern können. Mittlerweile gibt es zu viel unorganisierte Arbeitskraft in Dänemark.

Du hast die NeubürgerInnen auf Nørrebro erwähnt. Sind da nicht auch viele »Kreative« dabei, die das Ungdomshuset eigentlich stützen müssten, weil es dem Stadtteil ein buntes Flair verschafft? Schließlich argumentieren die NutzerInnen des Hauses selbst damit, dass sie für »Vielfalt« und »Kreativität« stehen.

Es gibt sehr, sehr viele KünstlerInnen, die das Ungdomshuset unterstützen. Es gibt auch jede Menge Künstlerinnen und Künstler, die heute etabliert sind und die ihre ersten Erfahrungen im Ungdomshuset gemacht haben. Vor allem was die Musikszene betrifft, so war das Haus ein Ort, in dem seit Anfang der 1980er Jahre ein großer Teil der alternativen Musikszene in Kopenhagen Räume hatte, in der viele Bands das erste Mal gespielt haben, bevor sie bekannter geworden sind. *Ungeren* hat sicher mehr Konzerte organisiert als die kommunalen Kulturhäuser im Stadtteil. Viele wissen das, und deswegen unterstützen KünstlerInnen die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendhaus.

Mich hat die Räumung eigentlich überrascht. Kopenhagen ist sozialdemokratisch regiert, die Zentralregierung ist rechtsliberal und sie wird von den Rechtspopulisten unterstützt. Wieso macht die SP die Politik der

Rechten, wo sie sich doch selbst so leicht als liberal und offen präsentieren könnte?

Das stimmt, aber hier geht es eben vor allem um die Eigentumsfrage, und in dieser Beziehung sind sich alle einig. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Haus vor sieben Jahren von einer sozialdemokratischen Stadtregierung verkauft wurde. Danach haben eigentlich nur Scheinverhandlungen stattgefunden, in denen von Seiten der Stadt ausgedrückt wurde, dass die Jugendlichen sich ihr eigenes Haus kaufen können. Denn das war der Vorschlag der SP: »Kauft nicht dieses, aber ein anderes Haus, zu Marktpreisen, und wir lassen euch dort machen, was ihr wollt.« Um so was zu sagen, braucht man keine Verhandlungen mit der Stadt, sondern nur einen Immobilienmakler. Die NutzerInnen des Hauses haben das zu Recht abgelehnt. Denn es bedeutet, dass Jugendkultur nur möglich ist, wenn man die exorbitanten Kopenhagener Immobilienpreise zahlen kann – de facto ist das eine krasse Politik der Ausgrenzung, ja, es ist Klassenpolitik von oben! Ein Beispiel dafür ist, dass sich der Preis für das Gelände und Gebäude am Jagtvej in den letzten sieben Jahren fast verzehnfacht hat. Die Sekte, die das Haus gekauft hat, war sicher auch deshalb stets gegen einen Kompromiss, weil sie gesehen hat, dass der Preis ihrer Immobilie steigt und steigt und steigt.

Trotzdem sah es ja so aus, als sei die Stadtregierung gegenüber der Eskalation des Konfliktes relativ machtlos. Irgendwann hat nur noch die Polizei das Bild bestimmt. Inwiefern war die Räumung eine eigenständige Entscheidung der Polizei?

Das ist schwer zu sagen. Tatsächlich gab es am Abend vor der Räumung eine Annäherung zwischen NutzerInnen und Stadt, es begannen ernsthafte Verhandlungen um die Modalitäten eines Umzugs in die Schule in der Stevnsgade. Gleichzeitig war die Bürgermeisterin in den Ferien, sie musste schnell zurück nach Kopenhagen kommen, als die Räumung begann. Offenbar hat sie nicht gewusst, dass die Räumung durch die Polizei beginnen sollte. Aber das bedeutet nicht, dass die Polizei eigenständige Interessen an der Räumung hatte, außer vielleicht, dass sie ihren neuen, teuren Eisenkram ausprobieren wollte. Wahrscheinlicher ist, dass die Polizei eine generelle Befugnis zur Räumung hatte, irgendwann den Termin festgesetzt hat und dann zugeschlagen hat, ohne irgendetwas über den Stand der Verhandlungen zu wissen.

Wichtiger ist aus politischer Sicht, dass die Politik der SP sich nach

rechts wendet. Ein Grund ist, dass die Parteiführung Angst davor hat, dass sich noch mehr Mitglieder und Wähler der Dänischen Volkspartei zuwenden könnten. Und bei der stehen wiederum die »Normalisierung« der alternativen Projekte und die Räumung des »Schandflecks« Ungdomshuset ganz oben auf der Tagesordnung. Was die SP nicht versteht, ist, dass man für den Erfolg der Rechtspopulisten mitverantwortlich ist, wenn man ihnen nach dem Mund redet. Das hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt: Sei es in der Flüchtlingspolitik, sei es in der Sozialpolitik. Und ebenfalls, was die Räumung betrifft: Es ist keinesfalls so, dass sich die Bürgermeisterin dadurch beliebt gemacht hat. Umfragen zeigen, dass nach der Räumung weiterhin nur ca. ein Drittel der Befragten mit ihrer Politik zufrieden ist. Aber im Grunde ist es eine alte Auseinandersetzung. Kopenhagen war nach 1945 fast immer sozialdemokratisch regiert. Die Sanierungspolitik der 1980er ist von der SP betrieben worden. Die technokratischen Vorstellungen, die die Mehrheit der SP in Bezug auf die Kulturpolitik hatte, haben sich auch gegenüber der BZ-Bewegung dieser Zeit und davor gezeigt.

Und wie sieht es mit der »alternativen Mehrheit« aus, wie sie etwa in Norwegen existiert? Müsste nicht auch die dänische SP auf eine Koalition mit der Linken setzen und schon deshalb in Bezug auf die alternativen Projekte eine andere Strategie entwickeln?

Was die Arbeiterpartei in Norwegen versucht, ist in Dänemark überhaupt nicht angesagt. Außerdem würde das in Bezug auf das Ungdomshuset nicht viel ändern. Im Stadtteil selbst sind die Einheitsliste und auch die Sozialistische Volkspartei sehr stark. In der Kommune als Ganzer hat sich nur die Einheitsliste mit allen parlamentarischen Mitteln für das Haus eingesetzt, die Linkssozialisten waren viel vorsichtiger. Sie haben sich stets zuerst »von der Gewalt« distanziert, ohne auf den Zusammenhang einzugehen, in dem es dazu kommen konnte. Die NutzerInnen sind über die Linkssozialisten sehr enttäuscht, teilweise auch wütend.

Welche Perspektiven siehst du?

Ich glaube, auf Dauer wird kein Weg daran vorbei gehen, dass ein neues Ungdomshuset entsteht. Es kommt wohl darauf an, wie lange es die Protestbewegung noch gibt und wie viel Stärke und Kreativität sie entfalten kann. Vor der Androhung der Räumung gab es ja keine

offenen Konflikte. Jetzt nimmt der Ruf Dänemarks Schaden, der Ruf jenes friedlichen, kleinen Landes: Plötzlich sieht man gepanzerte Polizeifahrzeuge und brennende Autos im Fernsehen und wundert sich – das soll Dänemark sein? Die internationale Solidarität, die ja wirklich bemerkenswert war, ist für uns sehr wichtig. Irgendwann werden die PolitikerInnen einsehen, dass sie mehr Ruhe haben, wenn es ein Ungdomshuset gibt. Und dann wird die Sache mit dem Geld und dem Privateigentum vielleicht nicht mehr die allein entscheidende Rolle spielen. Dagegen glaube ich nie und nimmer, dass die Sekte, die das Haus gekauft hat, sich wirklich auf Nørrebro etablieren kann. Das werden wir schon verhindern.

»Es geht um soziale Rechte – im weitesten Sinn«

Gespräch mit Morten Kabell, Mitglied der Kopenhagener
Bürgerversammlung für die Einheitsliste

Dieses Interview wurde am 20. August 2007 im Büro der linken Einheitsliste* in Kopenhagen geführt. Die mit Skepsis vorgetragene Hoffnung von Morten Kabell, die Sozialistische Volkspartei* würde anlässlich der Verabschiedung des kommunalen Haushaltes die Koalitionsfrage stellen, hat sich mittlerweile zerschlagen. Unmittelbar nach den G-13-Protesten im Oktober kam es jedoch, wie an anderer Stelle in diesem Buch geschildert, zu Verhandlungen und zur Zusicherung, in den kommenden Monaten ein neues Ungdomshuset zu eröffnen.

Die Einheitsliste hat sich – als einzige im Kommunalparlament vertretene Partei – klar auf die Seite der NutzerInnen des Ungdomshuset gestellt. Wie versucht ihr, die Forderung nach einem neuen Ungdomshuset, die in letzter Zeit durch zahlreiche Aktionen in die Öffentlichkeit gebracht wurde, in das Parlament zu transportieren?

Aus unserer Sicht sind in dieser Hinsicht im Moment die Verhandlungen um den kommunalen Haushalt entscheidend. Man kann sagen, dass diese Verhandlungen Jahr für Jahr die wichtigste Begebenheit im parlamentarischen Geschehen Kopenhagens sind. Wichtige Forderungen können dort nicht nur artikuliert und öffentlich sichtbar, sondern auch mit der Forderung nach Finanzmitteln unterstützt werden. Für die kommenden Verhandlungen werden wir keinen Vereinbarungen zustimmen, die kein neues Ungdomshuset enthalten. Allerdings sind wir da nicht das Zünglein an der Waage, entscheidend wird sein, wie sich die Sozialistische Volkspartei verhält.

Wie sind denn die Mehrheitsverhältnisse im Parlament?

Die Sozialdemokraten regieren mit einer Mehrheit, die aus ihren eigenen achtzehn Mandaten, den sieben Stimmen der linksliberalen *Radikale Venstre* und den ebenfalls sieben Stimmen der Sozialistischen Volkspartei zusammengesetzt ist. Wenn die Sozialistische Volkspartei dem Budget nicht zustimmt, ist die Stadtregierung handlungsunfähig. Vielleicht können aber auch die Linksliberalen eine positive Rolle spielen, denn deren WählerInnen sind in der Tendenz eher als die Sozialdemokraten für die Forderung nach einem neuen Ungdomshuset zu

gewinnen. Auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gibt es eine wachsende Minderheit, die die Räumung für unglücklich und ungeschickt hält und angesichts der andauernden Proteste auf eine politische Lösung drängt. Unsere eigene Rolle sehen wir darin, auf den linken und liberalen Mainstream auch im Parlament Druck auszuüben, um die Forderungen der Protestbewegung durchsetzen zu können.

Nun stimmt die Sozialdemokratie einem neuen Haus zu, aber ...

... sie bestehen bislang darauf, dass das Haus von staatlich finanzierten SozialarbeiterInnen geleitet werden soll. Diese Idee zeigt, wie unfähig die Sozialdemokratische Partei ist, den Charakter des Ungdomshuset zu verstehen. Selbstorganisation und Selbstverwaltung waren bis zur Räumung in *Ungeren* und jetzt innerhalb der sehr dezentralen und netzwerkartigen Strukturen der Bewegung entscheidende Grundsätze. Wenn man das Angebot eines neuen Hauses mit der Forderung nach staatlich finanzierten Wachhunden für die Jugendlichen verknüpft, macht man im Grunde überhaupt kein Angebot. Es hat sich in dieser Hinsicht nicht viel an der Politik der Sozialdemokraten und ihrer Bürgermeisterin geändert: Die Angebote, die vor der Räumung gemacht wurden, waren genauso wenig realistisch.

Nun waren ja auch KommunistInnen und LinkssozialistInnen nicht immer die größten Freunde der Selbstorganisation. Wie sieht die Linke die Forderung nach Selbstverwaltung heute?

Bisher vertreten sowohl wir als auch die Sozialistische Volkspartei, dass das neue Haus unter der Verwaltung der NutzerInnen stehen soll. Die Einheitsliste meint, dass es in Kopenhagen Platz für alle Formen der Jugendkultur geben sollte – und da gehört ein selbstverwaltetes Jugendhaus dazu. Der Konflikt um *Ungeren* ist eine der wichtigsten stadtpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre und, zumindest aus unserer Sicht, bezogen auf Dänemark insgesamt eine der bedeutendsten sozialen Bewegungen seit dem Antritt der Rechtsregierung im Jahr 2001. Von daher ist es wichtig, wie dieser Konflikt ausgeht, und die Durchsetzung eines neuen selbstverwalteten Hauses wäre ein großer Erfolg, der motivierend auf die sozialen Bewegungen insgesamt wirken könnte. Wir werden deshalb diesen Erfolg nicht für irgendeinen haushaltspolitischen Deal verschenken. Ob die Sozialistische Volkspartei diese Linie genauso konsequent durchhalten wird, kann man allerdings

bezweifeln. Bereits im Laufe der Proteste des Frühjahrs haben sie sich immer wieder von der sozialen Bewegung distanziert. Die Frage wird sein, was passiert, wenn es in den Budgetverhandlungen hart auf hart geht und die regierende Mehrheit in Frage gestellt wird.

Was würde es konkret bedeuten, wenn die Stadtregierung diese Mittel bewilligen würde?

Seit einigen Wochen gibt es eine Kampagne für ein neues Ungdomshuset. Teil dieser Kampagne ist ein konkreter Vorschlag, nämlich ein leer stehendes Gebäude in der Straße Grøndalsvænget an der Grenze zwischen Nørrebro und dem Nordvest-Quartier zum sozialen Zentrum zu machen. Für uns als Parlamentsfraktion, die sich als Forum für die Forderungen der emanzipatorischen sozialen Bewegungen begreift, ist es sehr wichtig, dass der außerparlamentarische Kampf weitergeht und seine Eigenständigkeit bewahrt. Das heißt: Wir unterstützen den Vorschlag und wollen darüber gerne mit den anderen Fraktionen verhandeln.

Wie schätzt du, jenseits des Parlaments, die augenblickliche Stärke der Bewegung für ein neues Ungdomshuset ein?

Ich denke, in der Stadtregierung gab es die Erwartung, dass die Bewegung verschwindet, wenn das Gebäude verschwunden ist. Es war sehr überraschend, dass das nicht passiert ist – im Gegenteil. Auch wir selbst sind ein bisschen überrascht: Dass es trotz all der Repressionen noch bis in den Herbst hinein derart starke und vielfältige Aktionen, und unter anderem auch dauernde Hausbesetzungen gab – das hat wohl niemand so richtig geglaubt. Klar, »Jagtvej ist überall«, das sagt man so einfach. In den letzten Monaten haben wir gesehen, was das bedeutet. Es kommt darauf an, diese Situation so lange wie irgend möglich zu erhalten.

In der BRD-Linken gab es nach der Auseinandersetzung um den G8-Gipfel im Sommer 2007 eine heftige Debatte über die sog. Gewaltfrage. Hat es in der Einheitsliste kontroverse Debatten darüber gegeben, wie man sich zu dem in der Presse verbreiteten Bild der »Straßengewalt« verhalten soll?

Unsere Position ist in diesem Zusammenhang, dass man den Polizeieinsatz und die Reaktionen darauf nicht getrennt voneinander diskutieren kann. Den Jugendlichen und AktivistInnen einseitig die Verantwortung für die brennenden Autos und manchmal auch nicht sehr nachvoll-

ziehbaren Aktionen zu übergeben, ist einfach, löst aber keinen einzigen Konflikt. Die ganz große Mehrheit der Basis der Einheitsliste denkt genauso, auch und obwohl wir natürlich unterschiedliche Auffassungen und auch einen Streit darüber führen, wo die Grenzen dessen liegen, was wir als Formen des politischen Kampfes akzeptabel finden. Seit dem 1. März sind nur zwei GenossInnen mit der Begründung ausgetreten, dass sie die Position unserer Gruppe im Ungerer-Konflikt nicht mittragen. Gleichzeitig sind ein paar Hundert Leute eingetreten, und der Protest gegen die Räumung war einer ihrer Beweggründe. Insgesamt haben wir es also, vielleicht anders als die bundesdeutsche Linke unmittelbar nach dem G8-Gipfel, geschafft, nicht in die Falle zu laufen, die sich mit der Polemik gegen die Linke in der »Gewaltfrage« ergibt.

Was bedeutet das konkret in Bezug auf die Barrikaden und die Kämpfe mit der Polizei, die ja zum Teil einigen Ärger in der Bewegung und unter Nachbarn ausgelöst haben?

Viele in der Einheitsliste finden die Aktionsformen nicht okay. Aber die meisten verstehen, wie es dazu kommt. Es ist eben ein Unterschied, ob du mit vierzig zu Hause sitzt und deine Niederlagen verarbeitest oder ob du so etwas wie die Ungerer-Räumung als Jugendlicher erlebst. Für viele Jugendliche war dies wirklich ein biografisch bedeutender Bruch. Wir erinnern uns an das Blumenmeer und die Stofftiere, die 12- bis 16-Jährige nach dem Abriss auf dem Gelände des Hauses hinterlassen haben. Da ist eine unheimliche Wut entstanden – das Gefühl, überhaupt nicht akzeptiert und gefragt und gehört zu werden. Wenn ein Teil der Leute dann anfängt, Steine zu schmeißen, dann wird denen die Schuld an der Situation zugewiesen. Das mag aus Sicht eines Redaktionsbüros mit Blick auf den Rathausplatz ganz einleuchtend sein, aus meiner Sicht und aus der Sicht der allermeisten meiner GenossInnen ist es völlig unverhältnismäßig. Es ist doch ganz einfach: Wenn Ritt Bjerregård nicht so einen Mist gebaut hätte, dann wäre es überhaupt nicht zu Straßenkämpfen gekommen. Die meisten in der Einheitsliste beantworten die Frage nach der Verantwortung so und nicht anders.

Da stellt sich natürlich die Frage, warum die Sozialdemokratie so dumm war, überhaupt eine solche Politik zu machen. Warum sprechen sie nicht von Toleranz und Vielfalt und setzen sich von der Rechten und den Rechtspopulisten ab?

Die Antwort ist, dass viele Sozialdemokraten leider völlig derselben Meinung wie die Rechten sind.

Gilt das für alle, Mitglieder wie Vorstand?

Ja, leider für alle. Traditionell sind die Sozialdemokraten nicht nur der Hauptgegner der BZ-Bewegung gewesen, die ja ebenfalls eine urbane Bewegung war, d.h. sich vor allem in von der Sozialdemokratie regierten Städten abgespielt hat. Viele GewerkschafterInnen und Parteimitglieder denken ganz authentisch wie die Rechte, in Maßstäben von Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Es ist also meiner Meinung nach keine taktische Frage, die Ritt einfach hätte so oder so entscheiden können, je nachdem wie es in den Meinungsumfragen aussieht, sondern es ist wirklich eine grundsätzliche Position, die gegen die selbstverwaltete und bis zu einem gewissen Grad eben immer unkontrollierbare städtische Kultur gerichtet ist.

Sie fischen also nicht nur nach Wählern, die ihnen an die Dänische Volkspartei verloren gegangen sind?

Nein, nein, sie meinen, was sie sagen. Sie hassen Ungeren wirklich, sie meinen das im Ernst. Und wie ich schon sagte: Wenn es nur Wahltaktik wäre, dann wäre es auch eindeutig die falsche, weil ja die große Mehrheit der WählerInnen in Kopenhagen weit links von der Sozialdemokratie steht, wenn es um die Frage nach dem Ungdomshuset, nach Christiania oder allgemein nach der Bedeutung einer alternativen Jugendkultur geht. Klar, das erschwert die Verhandlungen ungemein. Wir versuchen, Lösungen zu finden – die Sozis sprechen nicht von Politik, sondern von Prinzipien. Man muss sehen, dass die Sozialdemokraten davon ausgehen, dass sie den dänischen Wohlfahrtsstaat geschaffen haben, dass sie für die Existenz dieses Systems verantwortlich sind und dass sie die selbstorganisierten Gruppen als Versuch sehen, dieses System zu destabilisieren. Dass es dabei auch um Innovation und um Weiterentwicklung geht – eine Vorstellung, die solche Projekte wie Ungeren oder Christiania potenziell integrierbar machen würde, ist eher ein liberaler als ein sozialdemokratischer Gedanke.

Wie kommt es dann, dass sich Ritt Bjerregård in jüngster Zeit damit profiliert hat, sich gegen eine Räumung von Teilen von Christiania auszusprechen?

Ich denke, dass ist eher ein Resultat dessen, dass die Bewegung gegen die Räumung von Ungeren und die Proteste danach viel massiver waren, als man sich in der Stadtregierung jemals hätte vorstellen können. Allein der Polizeieinsatz hat ja soviel gekostet, dass man den NutzerInnen davon drei Häuser hätte schenken können. Auch wenn es ums Prinzip geht, stellt der kommunale Haushalt nicht unbeschränkt Mittel zur Verfügung. Außerdem gibt es das Gefühl, dass die Zentralregierung durch ihre Christiania-Politik möglicherweise der Kommune ein Problem aufhalsen will, das man wirklich nicht auch noch haben will. Die Barrikaden, die nach dem Polizeieinsatz auf Christiania am 14. Mai in Christianshavn gebaut wurden, sind da sicher ein Aha-Erlebnis gewesen.

Kann man diese Aktion als eine Art Versuchsballon sehen, die klären sollte, wie die Christianitter auf eine eventuelle Räumung reagieren?

Ich glaube nicht, dass die Stadtverwaltung so taktisch denkt. Ich gehe eher davon aus, dass es eine ziemlich blinde bürokratische Entscheidung war. Aber sicherlich war sowohl die Polizei als auch die Kommune von der schnellen und heftigen Mobilisierung überrascht. Insofern hat sich die Verhandlungsposition Christianias in der Tat verbessert und das derzeitige Stillhalte-Abkommen zwischen Staat und Christiania ist eine Folge der Proteste. Zwar finden die meisten Leute hier in Kopenhagen Christiania vielleicht ein bisschen merkwürdig, mit allen diesen Ideen vom kollektiven Eigentumsrecht usw. Aber trotzdem gibt es nur ganz wenige, die finden, dass für so etwas hier kein Platz sein sollte.

Gibt es die Gefahr einer Spaltung, da die NutzerInnen von Ungeren immer noch um ein neues Haus kämpfen, während sich der Staat und die Stadt gleichzeitig offenbar mit Christiania arrangieren wollen, einschließlich der Planungen, dort »experimentellen« Wohnungsbau und ähnlich innovativ klingende Projekte zu ermöglichen?

Zumindest bislang hat die gegenseitige Solidarität ganz gut funktioniert. Unsere Rolle sehen wir darin, beide Projekte zu unterstützen und als ihre Stimme im Parlament zu fungieren. Dazu muss man wissen: Christiania hat ja – jenseits der Einheitsliste – auch eine eigene Liste, die bereits einmal im Stadtparlament vertreten war. Aber zurzeit haben wir einen breiten linksradikalen Wahlverbund, in dem wir als Einheitsliste ebenso vertreten sind wie die Christiania-Liste, die Hanfpartei und eine

ganze Menge anderer kleiner Listen. Insgesamt haben wir in Kopenhagen regelmäßig mehr als zehn Prozent der Stimmen. Leider haben sich die Bevölkerungen der Stadtteile Nørrebro und Vesterbro im Jahre 2000 gegen eine stärker dezentrale Entscheidungsstruktur ausgesprochen und ihre Stadtteilräte abgeschafft. Die wesentlichen Entscheidungen werden also in Kopenhagens Kommune getroffen. Das gefällt uns nicht so gut, und wir würden gerne mehr Befugnisse in die Stadtteile verlagern.

Welche Rolle spielt die Einheitsliste in den Stadtteilen, in denen die Häuserkämpfe stattgefunden haben?

In den Stadtteilen Nørrebro, Vesterbro und Christianshavn liegen die stärksten Bezirke der Einheitsliste, mit zwischen 16 und 18 Prozent der Stimmen. Die Häuserkämpfe haben unsere Partei stark beeinflusst, auch biografisch, viele AktivistInnen kommen aus der Bewegung der 1980er Jahre. Bis heute haben wir das Prinzip, dass wir die sozialen Bewegungen im Stadtteil nicht dominieren oder kontrollieren wollen, ein Prinzip, das ganz gut funktioniert, vor allem weil die Jugendlichen überhaupt keinen Bock haben, sich dominieren zu lassen.

Welche Rolle spielt die Umstrukturierung, die gerade in den Stadtteilen, in denen die Einheitsliste besonders stark ist, seit vielen Jahren stattfindet?

Wir haben befürchtet, dass die Gentrifizierung diese Stadtteile zu unseren Ungunsten verändert, aber das war bislang nicht der Fall. Die Regel ist offenbar, dass die neuen BewohnerInnen sich sozusagen ihrem Milieu anpassen und nach kurzer Zeit auch beginnen, linke Parteien zu wählen. Unsere Agenda verändert sich dabei auch ein bisschen, das Profil kommt den Bedürfnissen von jungen Studierenden und Familien mehr entgegen. Es geht mehr um ökologische Fragen, Fahrradwege usw., etwas weniger um Arbeiterfragen wie früher, als viele von uns in der sozialistischen Linken und der kommunistischen Partei waren, obwohl wir soziologisch gesehen keine eindeutig bürgerliche Partei sind und diese Fragen deshalb keinesfalls verschwunden sind. Zumindest in Kopenhagen haben wir noch immer ein bedeutendes Potenzial ungelerner ArbeiterInnen, die überdurchschnittlich häufig Mitglieder und WählerInnen der Einheitsliste sind. Gegenüber der Stadtentwicklung ist unsere Position auch aus diesem Grunde, dass wir eine soziale Entwicklung wollen, dass der Abbau des öffentlichen Dienstes ein Skandal ist, besonders in einer so reichen Stadt wie Kopenhagen.

Das bringt mich zu einer letzten Frage. Es gab ja in den letzten beiden Jahren eine erstaunlich starke Bewegung gegen den Abbau sozialer Leistungen und die Verschlechterung der Situation besonders in den weiblich geprägten Sektoren des öffentlichen Dienstes. Aber diese Bewegung begann in der Provinz, nicht in Kopenhagen, und die Wahrnehmung ist oft, dass sie gar nichts mit den Protesten gegen die Räumung des Ungdomshuset zu tun hat, die ja eine Bewegung der sehr jungen Generation in der Großstadt ist. Wie würdest du den Zusammenhang zwischen den beiden wichtigsten »Bewegungsereignissen« der letzten beiden Jahre in Kopenhagen sehen?

Ach, so klar ist das gar nicht getrennt. Es ist doch so, dass zumindest hier in Kopenhagen viele sowohl auf den einen als auch den anderen Demos waren. Du hast ja bestimmt gehört, dass die SchülerInnen und Studierenden bei den Sozialprotesten des letzten Jahres eine entscheidende Rolle gespielt haben, weil es auch um die Privatisierung der Universität und die Kürzungen in Berufsschulen und Gymnasien ging. Gerade wenn man von Besetzungen redet – da geht es ja um eine Aktionsform, die nicht nur in den Häuserkämpfen, sondern in verschiedenen sozialen Bewegungen auftritt. Zeitweise waren im Sommer 2006 die Kindergärten und Pflegeheime blockiert, und die Unis und viele größere Schulen wurden besetzt. Insgesamt haben zudem die Protestaktionen im öffentlichen Dienst eine gewisse Dynamik dadurch entwickelt, dass sie – nicht nur, aber auch – eine jugendliche bzw. fast jugendbewegte Prägung hatten. Später traten auf der anderen Seite einige Gewerkschaftsabteilungen in Kopenhagen, besonders die der Bauarbeiter und der un- und angelernten Arbeiter, die traditionell eher linksorientiert sind, auf den Plan, als es um die Verteidigung von Ungereren ging. Es gab also durchaus einige Ansätze, die Mauern und Grenzen zu überwinden, die es zwischen den Bewegungen gab.

In Hamburg haben wir vor einigen Jahren eine ähnliche Situation gehabt, als es zu einer recht großen lokalen Bewegung gegen die Kürzungspolitik einer konservativ-rechtspopulistischen Regierung im öffentlichen Dienst kam, die einige Schnittpunkte mit den Protesten gegen die Räumung eines Bauwagenplatzes entwickelte. Wie sah es denn mit den Gewerkschaften und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus, als es um die Verteidigung des Ungdomshuset ging?

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die sicher ein wichtiger Faktor in den Sozialprotesten von 2006 waren, jedenfalls insofern sie

die wilden Streiks und die anderen Aktionen toleriert oder sogar mitgetragen haben, sind in der Verteidigung des Ungdomshuset und in den Protesten gegen die Räumung nicht so sehr in Erscheinung getreten. Es waren eher einzelne Leute aus diesen Bereichen, die auf den Demos zu sehen waren. Trotzdem sind es natürlich der Sache nach miteinander verbundene Fragen. Viele Leute fragen sich, warum die Ungleichheit angesichts des Booms gewachsen ist. Wenn die Stadt und das Land reicher und reicher werden, die Privatvermögen wachsen, warum sehen dann unsere Schulen, Kindergärten und Pflegeheime so beschissen aus? Eigentlich geht es darum, in was für einer Stadt wir leben wollen. Brauchen wir noch mehr teure Autos, teure Eigentumswohnungen mit super-teurer Küchenausstattung? Viele wollen lieber in einer Stadt leben, in der Platz für alle ist, in der nicht alles glatt und auf der Oberfläche konfliktfrei abgeht, sondern auch Menschen mit abweichenden Haltungen leben können. Platz für alle, d.h. auch Platz für soziale Zentren.

Das klingt ziemlich gut. Wenn du mir jetzt noch sagen kannst, wie wir das auch in Deutschland hinkriegen, fahre ich sofort nach Hause und erzähle es möglichst vielen Leuten.

(Lacht). Oh, so einfach ist das nicht. Leider. Man darf nicht vergessen, dass wir hier in Dänemark seit 2001 eine Rechtsregierung haben, die ja nicht ohne Mithilfe eines Teiles der Bevölkerung an die Macht gekommen ist und deren rassistische und neoliberale Politik lange auf wenig Widerstand gestoßen ist. Das hat sich erst in den letzten ein, zwei Jahren ein bisschen geändert. Aber warum solche Bewegungen in verschiedenen europäischen Ländern zu verschiedenen Zeiten auftauchen – da habe ich auch keine Antwort drauf. Immerhin zeigen ja die Demos für das Ungdomshuset, die bei euch in Hamburg und in anderen Städten stattgefunden haben, dass es zumindest einige Leute gibt, die auch außerhalb der dänischen Grenzen wissen, worum es geht.

Meine Erfahrung ist, dass dieses Wissen in Deutschland mit zunehmendem Alter abnimmt.

Klar, da gibt es Trennungen und Unverständnis, auch in Dänemark. Zwischen den verschiedenen Kämpfen stellt sich nicht automatisch eine Verbindung her. Für viele Beteiligte der Demos, gerade in der Provinz, waren die Konflikte um die sozialen Zentren in der Stadt trotz allem ziemlich weit weg. Eine Rolle spielte hier auch, dass das Landgericht erst

nach den großen Demos gegen Sozialabbau des Sommers 2006 die Räumung des Ungdomshuset beschlossen hat. In Kopenhagen selbst kamen die Häuserkämpfe auf den Großdemos des vergangenen Jahres vor allem als Schlagworte vor: »Jetzt reicht es, wir wollen diese rechte Politik nicht mehr, wir können das Wort Normalisierung nicht mehr hören.« Das waren die wichtigsten Argumente, und es zeigt ja, dass es vor allem das Gefühl war, dass es jetzt mal reicht mit der Rechtsregierung.

Ich denke aber auch, dass es schwierig sein wird, das Niveau der sozialen Bewegungen aufrechtzuerhalten, das wir in den letzten beiden Jahren erlebt haben. Umso wichtiger ist es, wirklich Erfolge zu erzielen, an die man sich erinnert und an die wir anknüpfen können. Soziale Rechte im weitesten Sinn, als Rechte auf Existenzsicherung *und* individuelle und kollektive Freiräume, zum Thema zu machen und dabei sogar über die individuellen Ziele und Beweggründe der Proteste hinauszugelangen, das wäre gut. Aber so weit sind wir auch in Dänemark noch nicht ganz ...

Freiräume: Von Hamburg nach Kopenhagen und zurück

Von Zeynep

Mein Interesse an dem Ungdomshuset entstand in erster Linie dadurch, dass autonome Freiräume und Squats schon seit einiger Zeit meine Aufmerksamkeit geweckt hatten. Ich fing gerade an, mich mit diesem Thema näher auseinanderzusetzen, als es zur Bedrohung des Hauses kam. Ich genieße es, Freiräume wie zum Beispiel die Rote Flora in Hamburg nutzen zu können. Ich habe natürlich mitbekommen und etliche Male miterlebt, dass sich eine Entwicklung vollzieht, die darauf abzielt, Freiräume dem Erdboden gleichzumachen und antikapitalistische Kultur sowie linksradikale Zentren zu zerschlagen. Freiräume sind für mich persönlich wichtige Mittel für eine Bewegung, die gleichberechtigte Freiheit und Autonomie anstrebt, fernab von Konsumzwang, rassistischer und faschistischer Ideologie, Sexismus und Herrschaftsverhältnissen. Auch wenn dies nicht immer so funktioniert wie gewünscht, ist es wichtig, dass Freiräume existieren und in ihnen Alternativen erprobt werden können, um auf eine andere Gesellschaft hinzuarbeiten. Das Ungdomshuset ist schon lange nicht nur mehr ein Name, ein Squat. Es entwickelte sich in den letzten Monaten zu einem Synonym für Freiraum, beschreibt eine neue Bewegung für autonome Räume und den Kampf gegen den neoliberalen Staat, gegen stadtpolitische Umstrukturierung sowie gegen eine ignorante Gesellschaft, in der Selbstbestimmtheit nicht gern gesehen und Freiheit mit Konsum gleichgesetzt wird.

Die Stadtentwicklung in Hamburg und in Kopenhagen

Die stadtpolitische Situation in Hamburg ist der in Kopenhagen sehr ähnlich. Das Ungdomshuset musste weichen, weil innenstadtnahe ehemalige sogenannte ArbeiterInnenviertel »aufgewertet« werden und Freiräume nicht in den neuen Look der schicken Metropolen passen und deren NutzerInnen Teil einer wirtschaftlich und touristisch attraktiven Stadt werden sollen. Es ist gut möglich, dass sich die Ungdomshuset-Geschichte in Hamburg wiederholen wird. Auch hier ist eine starke Gentrifizierung vorherrschend, was am Beispiel des Schanzenviertels deutlich wird, dessen Herzstück die besetzte Rote Flora ist. Mehr und

mehr schicke Läden sind in der Schanze zu finden. Vor allem junge Menschen strömen ins Schulterblatt und die umliegenden Straßen, um im alternativen Flair ihren überbeuerten Latte Macchiato zu schlürfen. Die Mieten sind stark angestiegen und die bisher typischen BewohnerInnen werden immer weiter aus dem neuen In-Viertel verdrängt. Die Zahl der einkommensstarken EigentumswohnungenbezieherInnen steigt stetig an.

Wie das Ungdomshuset in Nørrebro wurde auch die Rote Flora um die Jahrtausendwende verkauft. Die Rote Flora steht auf einem exklusiven Grundstück an der sogenannten Piazza, der Promenade des Viertels. Gewiss hat der Eigentümer der Flora Pläne, die er gerne umsetzen würde. Schließlich kann er mit dem Grundstück und einer entsprechenden Bebauung eine Menge Kohle machen. Außerdem läuft in ein paar Jahren der Vertrag aus, der zwischen dem Eigentümer und der Stadt Hamburg geschlossen wurde. In diesem Vertrag steht, dass bis zu seinem Ablauf keine baulichen Maßnahmen an dem Haus durchgeführt werden dürfen. Ich glaube nicht an die selbstlose Gutmütigkeit des Besitzers, aber hoffe natürlich, dass die Flora dort bleibt, wo sie ist und sie, falls es tatsächlich zu einem Angriff oder zu einer Räumung kommt, verteidigt werden kann. Ich habe, was diesen Punkt angeht, ein gutes Gefühl. Auch die Polizei hat spätestens im Mai mitbekommen, dass doch mehr Menschen spontan mobilisiert werden können (mehrere Tausend), wenn es der Roten Flora an den Kragen geht. Am Morgen des 9. Mai kam es im Zusammenhang mit Durchsuchungen unter dem Vorwand der Bildung einer terroristischen Vereinigung auch zu Durchsuchungen in der Flora.

Auch die Köpi in Berlin befindet sich in einer sehr ähnlichen Situation wie das Ungdomshuset und die Rote Flora und ist seit dem Verkauf an einen Investor stark von der Räumung bedroht, die im Mai 2008 stattfinden soll.

Solidarität

Es gilt, die letzten Inseln der Freiheit zu verteidigen und neue zu erschaffen – und das werden wir auch tun! Unsere internationale Solidarität wird immer stärker und wir werden dazu beitragen, dass unsere in Dänemark lebenden GenossInnen ihr Jugendhaus zurückbekommen, und dafür sorgen, dass alle anderen Freiräume, die von der Zerstörung

bedroht sind, weiterhin bestehen werden. Die ganze Geschichte um das Ungdomshuset in Kopenhagen hat der Bewegung vor allem in nord-europäischen Gefilden trotz übler Repression wieder Schwung gegeben und führte dazu, dass eine neue Diskussion um Freiräume entstanden ist und das Thema wieder ins eigene Blickfeld rückte.

Auch die Solidarität, die dem Ungdomshuset und der Bewegung in Dänemark selbst zuteil wird, ist enorm gewachsen. Bewundernswert ist vor allem, dass viele junge Menschen neu mobilisiert werden konnten, sich an dem Kampf für das Ungdomshuset zu beteiligen. Ganz junge Leute machen einen Großteil der wöchentlichen Donnerstagsdemos aus. Ein Problem ist jedoch, dass das Ungdomshuset mehr und mehr als ein Pop-Objekt gesehen wird und vielen die Freiraumproblematik nicht bewusst ist und eher der Event-Charakter zählt, als politisch und organisiert aktiv zu sein. Das Ungdomshuset ist bei jungen KopenhagenerInnen so angesagt, weil es unangepasst, anders und Punk ist. Wichtig ist jedoch auch die Verknüpfung des Kampfes um das Ungdomshuset mit anderen politischen Themen, wie es in diesem Buch beschrieben wird. Es bewegt sich was in Kopenhagen. Seit März ist die linksradikale Bewegung so aktiv wie schon lange nicht mehr und hat durch ihre Vielschichtigkeit eine unglaubliche Stärkung erfahren. Sie birgt ein großes Potenzial, da sie sich nicht mehr nur in der Defensive befindet und bewirkt eine stärkere Vernetzung der autonomen Räume und Aktivist@s weit über Europa hinaus. Auch deswegen freue ich mich ganz besonders auf die im nächsten Jahr am ersten Aprilwochenende stattfindenden europaweiten Aktionstage für autonome Freiräume und Squats.

Mittlerweile sind wir alle Ungdomshuset

Mein erster bewusster Kontakt mit dem Ungdomshuset war im September 2006. Einige meiner FreundInnen wollten an den Aktionstagen bzw. Reclaim-The-Streets-Actions (RTS) in Kopenhagen teilnehmen. Sie wussten wie ich nur wenig über das Haus und waren neugierig darauf, was in Kopenhagen los ist. Sie waren überrascht über die Kreativität – die Menschen dort wissen, wie man eine RTS veranstaltet im Gegensatz zu uns –, freuten sich über so viele *Internationals* und fanden sich dort oben einfach gut aufgehoben. Sie waren aber auch verwundert über den im Endeffekt recht starken Arm Dänemarks – die Polizei, die anscheinend gerne und viele Menschen festnimmt und durchaus

BFE-Qualität besitzt (BFE steht für Beweissicherungs- und Festnahme-Einheit, ist Teil des Polizeiapparates, tritt für gewöhnlich auf linksradikalen Veranstaltungen auf. Sie haben die Aufgabe, einzelne Personen aus Gruppen herauszugreifen, weshalb die BFE beweglicher und brutaler ist als der Rest der PolizeibeamtenInnen).

An diesem besagten Aktions-Wochenende im September kam es zu den größten Ausschreitungen seit sechs Jahren. FreundInnen und Bekannte von mir sind damals schon zu Hauf eingefahren. Darunter auch Martin aus Norddeutschland, der all-inclusive für vier Wochen in Einzelhaft absitzen durfte. Wir empfanden schon dies als richtig krass und hätten nicht gedacht, dass die Repression später noch um ein Vielfaches verstärkt werden würde.

Wir hatten große Sympathien für den Kampf ums Ungdomshuset. Wir fanden es wichtig, um genau dieses Haus zu kämpfen, weil es eine einzigartige Geschichte besitzt, eine ganz wichtige Rolle nicht nur für die KopenhagenerInnen spielte, und auch weil es einfach ein geiles Haus war mit tollem kulturellen Angebot und vielfältiger Nutzung.

Im Dezember 2006 wurde, als die Räumung drohte und das Haus als besetzt galt, zur »Final Battle« aufgerufen. Es wurde radikaler autonomer Aufruhr vorbereitet. Es sollte auf militante Weise gezeigt werden, dass wir uns das Haus nicht nehmen lassen werden und bereit sind, es mit Staat und Polizei aufzunehmen. Ein großer schwarzer, passiv bewaffneter Block machte sich voller Tatendrang auf den Weg, um durch Kopenhagens Straßen zu ziehen. Es dauerte jedoch nicht lange, bis die Riot-Cops den Block in Empfang nahmen. Die Cops spielten ihr neues Lieblingsspiel – Gas raus in die Menge, Aktivist@s rein in den Knast –, und es wurden neue repressive Maßnahmen ausgedacht, wie DNA-Abnahme ergänzend zur erkennungsdienstlichen Behandlung.

Wir waren uns sicher, dass eine Räumung zu einem unverhofften Zeitpunkt kommen würde, wenn der Polizeiapparat sich darauf vorbereitet hatte. Dass es am 1. März so weit war, war aber auch für uns überraschend. Der Kampf ums Ungdomshuset war auch unser Kampf und wir fühlten uns mit dem Haus und dessen KämpferInnen verbunden, hatten ungeheure Wut auf Ruth und Ritt und die ganzen anderen SpinnerInnen und wollten, dass das Haus bestehen bleibt. Ungdomshuset gab es zu diesem Zeitpunkt schon fast ein viertel Jahrhundert und war aus der skandinavischen linksradikalen Szene nicht mehr wegzudenken.

Am frühen Morgen des 1. März war es dann so weit: Ungdomshuset Eviction – NOW! Meine FreundInnen wollten spontan mit dem Zug von Hamburg nach Kopenhagen fahren und mit den anderen Aktivist@s das Haus zurückerobern. Leider mussten sie an diesem Morgen feststellen, dass sich nicht nur besonders aufmerksame ZugbegleiterInnen im Bahnhof befanden, sondern auch dänische PolizeibeamtInnen auf den Bahnsteigen der Züge in Richtung Dänemark herumlungerten und an jeder szenetypisch aussehenden Person ziemlich bald auch Zivi-Cops an den Hacken klebten.

In Kopenhagen angekommen, stellten wir fest, dass es nicht nur in Nørrebro, sondern auch in Christiania (im Süden Kopenhagens) kleinere und größere Scharmützel mit der Polizei, lichterloh brennende Straßenabsperungen und Autos gab. Die Räumung verursachte sozusagen einen Flächenbrand, der auch an den Kopenhagener Stadtgrenzen nicht halt machte und sich weit über Dänemark ausbreitete. In der ganzen Welt fanden ab dem Tag der Räumung unglaublich viele Soli-Aktionen und -Demos statt.

Verhaftung und Ausweisung

Am Freitag, dem 2. März, herrschte eine besonders erdrückende Stimmung. Mittlerweile wussten wir, dass die Räumung sehr brutal gewesen war. Ein Freund von uns, der sich während der Räumung im Haus befand, war lebensbedrohlich verletzt worden. Alle 69er saßen im Knast. Bei den Riots der letzten Nacht hatte es wieder eine Vielzahl von Festgenommenen und Verletzten gegeben.

Freitagabend gab es wieder Demos und die Auseinandersetzungen wurden fortgeführt. Am Morgen des Samstags, gegen zehn Uhr, drangen Riot-Cops unter Tränengas- und Knüppelinsatz in das Haus ein, in dem sich meine FreundInnen und Dutzende andere BewohnerInnen und Gäste befanden. An den Tagen zuvor wurde immer wieder betont, dass es sein könnte, dass die Polizei in einschlägig bekannten Objekten, Häusern, Wohnungen mal »reinschauen« würde, um Taschen zu kontrollieren, was niemand so recht ernst nehmen wollte. Es war ihnen zwar bewusst, dass sich die Cops rausnehmen, was sie wollen, aber dass sie an diesem Morgen als Riot-Crew auftauchen, alles kurz- und kleinschlagen und alle Leute festnehmen würden und dies noch in ca. zehn weiteren Objekten gleichzeitig, schien bis dahin als nicht reale Gefahr und ab-

surd. Die »Rechtmäßigkeit« dieser Aktion wird übrigens vor Gericht geklärt werden. Es wurde Beschwerde gegen die Durchsuchungen und die Ingewahrsamnahmen eingelegt.

Offizielle Begründung für die Durchsuchungen war, dass die durchsuchten Objekte laut Polizei Organisationszentren deutscher Aktivist@s gewesen seien, die eine führende Rolle bei den vorausgegangenen Riots gespielt haben sollten und nun festgenommen und abgeschoben werden müssten. Das führte dazu, dass meine FreundInnen bzw. Menschen mit nicht-dänischem Pass 48 Stunden in Polizeigewahrsam verbrachten, gegen sie Anklage erhoben wurde, sie erkennungsdienstlich behandelt wurden und zum Teil bis zu fünf Tagen im Vestre Fængsel (»West-Gefängnis«) saßen, wo sie völliger polizeilicher und gerichtlicher Willkür ausgesetzt waren. Die Letzten wurden am 9. März, also nach ca. einer Woche Haft, nach Deutschland abgeschoben. Die Zeit im Knast verbrachten sie teils in Einzelhaft, teils zu zweit in einer Zelle, jedoch so isoliert wie möglich. Als schlimmer wurde jedoch empfunden, dass ärztliche Versorgung versagt und nur unveganes Essen ausgegeben wurde. Die Haftbedingungen der längerfristig Festgenommenen »verbesserten« sich mit der Zeit.

Die Abschiebung verlief ruppig unter 1:1-Betreuung nach Puttgarden. Die Menschen, die am 9. März nach Deutschland abgeschoben wurden, wurden von der Bundespolizei in Gewahrsam genommen, ED-behandelt, vernommen und wegen Landfriedensbruch angeklagt, mit der Begründung, dass durch in Dänemark begangene Straftaten das Ansehen Deutschlands beschädigt worden sei.

Was aus den Anklagen wird, ist noch nicht abzusehen. Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, wie die Sache mit der Repression weiterlaufen und enden könnte. Zurzeit (November 2007) weiß ich von einer Handvoll Menschen, die im Zusammenhang mit dem Ungdomshuset verurteilt wurden und dadurch im Knast sitzen oder saßen. Es wurden insgesamt Tausende größtenteils wahllose und unrechtmäßige Festnahmen durchgeführt und viele Dutzend *Internationals* aus Dänemark abgeschoben – Menschen wurden sogar unter Polizeibegleitung bis nach Kanada und Neuseeland gebracht.

Von unserer Seite wurden diverse Sammelklagen eingereicht, deren Ende es abzuwarten gilt. Prozesse gegen das Gros der Ungdomshuset-Aktivist@s haben meines Wissens bis dato nicht begonnen. Hinzuzufügen ist, dass die Repression chaotisch und auf eine absurde Wei-

se willkürlich war: Ausländische 69er, die während der Räumung im Ungdomshuset festgenommen wurden, saßen drei Tage in Haft – die dänischen drei Monate. Andere dänische Gefangene saßen im Allgemeinen 24 Stunden in Polizeigewahrsam – ein Teil der aus Deutschland stammenden saß ohne ersichtlichen Grund bis zu sieben Tagen. Anklagepunkte wurden wie Süßigkeiten beim Karneval verteilt – einfach wahllos. Dabei wurde alles aus den Gesetzbüchern gepult, was nur möglich war, und die abstrusesten Dinge konstruiert, die selbst vor HaftrichterInnen gültig waren: Zusammen in einem Raum schlafen galt als illegales Versammeln, überhaupt in Kopenhagen zu sein als Störung der öffentlichen Sicherheit und das Besitzen eines Schals als Gewalt gegen PolizeibeamtInnen.

Im Moment befindet sich die Ungdomshuset-März-Repression eher in einem Schlafzustand. Es wird jedoch damit gerechnet, dass die Prozesse gegen Ungerer-Aktivist@s bald anlaufen und zu Haft- und Geldstrafen führen werden.

G 13

Eine der herausragenden Aktionen für ein neues Ungdomshuset war sicher die Aktion G 13, die am 6. Oktober 2007 Kopenhagen stattfand. G 13 steht für Grøndalsvænget 13. Diese Adresse gehört zu einem Haus mit einem großen Außenareal, ein Eigentum der Kommune Kopenhagen, nicht unweit vom Jagtvej 69 entfernt, das am oben genannten Tag im Zusammenhang mit einer Demo und in Verbindung mit innovativen Taktiken besetzt werden sollte. Die Aktion steht für ein Konzept, das auf eine andere Art der Mobilisierung und Pressearbeit setzt. Dies beinhaltete, die Aktion ein paar Wochen vorher öffentlich anzukündigen. Dies sollte nicht nur dazu führen, dass so viele Menschen wie möglich daran vorbereitet teilnehmen konnten, sondern auch dafür sorgen, dass die SquatterInnen-Bewegung entkriminalisiert wurde.

Dabei gab es einen Codex, der den Stil der Aktion G13 bestimmen sollte. Die Aktion sollte gewaltfrei ablaufen, was explizit hieß, dass keine Menschen absichtlich verletzt werden sollten. Die Aufmerksamkeit sollte auf konfrontativem Ungehorsam und auf dem neuen Haus liegen. Diesmal wollte mensch der Presse keine Bilder liefern, die diese gegen die Bewegung für ein neues Ungdomshuset hätte verwenden können. Ausgangspunkt bzw. Anfang der Aktion sollte eine Demo sein, aus der

sich auf dem Weg zum Grundstück vier verschiedene Aktionsgruppen abspalten, um auf verschiedene Arten auf das Grundstück zu gelangen bzw. verschiedene Gebäude auf dem Areal zu besetzen. Menschen, die sich nicht in eine der Gruppen einbinden wollten, hatten die Möglichkeit, in der Ausgangsdemonstration zu bleiben. Bildlich wird hier von dem Finger-Prinzip gesprochen: Fünf Gruppen, die ein Ganzes, und fünf Finger, die eine Hand bilden. Die vier Aktionsgruppen sollten farblich gekennzeichnet sein und sollten je nach Aufgabe passende Ausrüstungsgegenstände dabei haben, wie Leitern, Bolzenschneider, um auf das Grundstück zu gelangen, und Equipment, um sich gegen das Gas zu schützen und damit in der Lage sein zu können, den Cops auf die Pelle zu rücken. Zu jeder Gruppe sollte zudem jeweils ein Lautsprecherwagen gehören.

Am Samstagmittag des 6. Oktober 2007 war es dann so weit. Mehr als 5.000 Menschen versammelten sich in Nørrebro, um an der Aktion G 13 teilzunehmen. Der Großteil der Anwesenden reihte sich in die farbigen Blöcke ein. Dem roten und türkisen Block schlossen sich diejenigen an, die Lust hatten, sportlich aufzutreten, d.h. viel zu laufen und zu klettern; dem grünen und gelben Block schlossen sich diejenigen an, die in Ketten die Polizeiabsperrungen durchbrechen sollten. Der gelbe Block bestand vornehmlich aus Menschen aus queer-feministischen Zusammenhängen und sollte ein eigenes Gebäude besetzen.

Die Demo war bunt und vielfältig. Es gab verschiedene kleine Aktionen während der Demonstration, Clowns-Army, Essen auf Rädern, Akrobatik ... Die Stimmung war super. Auf halber Strecke wurde die Straße durch Polizeiwagen versperrt. Zunächst versuchte die Demonstration die Wagen wegzudrücken und einige kletterten auf die Wagendächer und versuchten die Menge zu motivieren über die Polizeiabsperrung zu klettern. Dies gelang jedoch nicht. Die Polizei fühlte sich nach wenigen Minuten so stark bedroht, dass sie anfang, mit Tränengas gegen die DemonstrantInnen vorzugehen. Die Demo verstreute sich daraufhin in die angrenzenden Nebenstraßen und die Leute versuchten, in ihren Blöcken zusammenzubleiben und auf das Grundstück zu gelangen. Etwa 200 Menschen gelang das auch. Sie wurden jedoch nach einiger Zeit mit Hilfe von viel Gas und einigen Hunden auf dem Gelände festgenommen. Auch in den Straßen wurden wahllos und exzessiv Gas verschossen und Menschen festgenommen. Noch nie zuvor wurden so viele Menschen an einem Tag in Dänemark von der Polizei gefangen

genommen. Dies führte dazu, dass die Aktion bereits am frühen Abend abgebrochen wurde.

Die Aktion G 13 wird überall als Erfolg gewertet. Ich sehe positive Punkte, kann dem aber insgesamt nicht zustimmen. Natürlich war es toll, dass so viele Menschen teilgenommen haben. Aber vielen, glaube ich, geht es tatsächlich nur um ein »normales« Jugendhaus, ein Haus, das allen zur Verfügung steht, wo sie was geboten bekommen. Ich habe den Eindruck, dass einige Kids, die am Kampf für ein neues Ungdomshuset teilgenommen haben, vielleicht von dessen Nutzung ausgeschlossen werden würden, weil sie bestimmten linksradikalen Vorstellungen nicht entsprechen.

Die Mobilisierung innerhalb Dänemarks hat gut geklappt, aber die internationale Mobilisierung war ein Reinfall. Wer keine speziellen Beziehungen hatte, bekam Informationen erst nach der Ankunft in Kopenhagen. Es gab zwar eine Internetseite, die extra für diese Aktion eingerichtet wurde; diese war jedoch ausschließlich auf Dänisch. Ihr wurde lediglich das sogenannte Manifest auf Deutsch und Englisch einige Tage vor Aktionsstart hinzugefügt. Mensch hatte fast das Gefühl, dass kein Interesse an der Teilnahme von *Internationals* bestand.

Was ich problematisch fand, ist, dass es konspirative Pläne gab, die immer dann in Kraft treten sollten, wenn es mit Plan A nicht weiterging. Eigentlich eine Super-Idee, jedoch nicht, wenn die Menschen, die die Pläne im Kopf haben, an den Aktionen teilnehmen, sich festnehmen lassen und dann niemand mehr auf freiem Fuß ist, der/die die Pläne verkünden kann, und die Aktion damit abgeblasen werden musste.

Ich hatte außerdem das Gefühl, dass auf den Kodex der gewaltfreien Aktion nur deshalb gepocht wurde, weil die Bürgermeisterin einige Tage im Vorfeld der Aktion verkündet hatte, sie wäre eventuell bereit, in einen Dialog um ein neues Ungdomshuset zu treten, wenn die Aktion G 13 friedlich ablief. Es war natürlich absolut in Ordnung, die Aktion abzubrechen und daran zu erinnern, dass das kein Startschuss für brennende Barrikaden und Krawall war. Aber die Leute dort plötzlich einfach stehen zu lassen, total aufgedreht und auf Action eingestellt, und sie dann nach Hause zu schicken, war keine gute Idee und eher nicht so gut gelaufen.

Ich denke außerdem, dass das Fünf-Finger-Konzept nur bedingt funktioniert hat. Der Plan war, ab einem gewissen Punkt die Demo kontrolliert aufzusplitten. Dazu kam es jedoch nicht, obwohl man dem

gelben und grünen Block eintrichterte, auch in Gaswolken stehend die Ruhe zu bewahren und geschlossen weiter in Richtung Polizei zu gehen. Hört sich in der Theorie ganz hübsch an, ist aber in der Praxis ohne Gasmasken und mit Menschen, die unerfahren sind und keine Ahnung von Demo-Strategien haben, nicht umsetzbar.

Klasse fand ich allerdings, dass es einen queer-feministischen Block gab, welcher ein Gebäude auf dem Grund der Grøndalsvænge Allé 13 für sich besetzen wollte. In Skandinavien gibt es einen viel besseren Umgang mit Feminismus und Antisexismus, was dazu führte, dass Gruppen aus solchen Zusammenhängen viel besser in die Aktion mit eingebunden wurden als z.B. hier in Hamburg, wo die »Szene« in einigen Teilen (leicht) antifeministische und sexistische Züge angenommen hat.

Das Resultat von G 13

Der friedliche Verlauf der Demo und die Kurzzeit-Besetzung haben tatsächlich zu einem Dialog zwischen Ungdomshuset-Aktivist@s und der Stadt bzw. Bürgermeisterin geführt. »Unserer« Presse war zu entnehmen, dass sich beide Seiten in mehreren Gesprächen annähern konnten. Was für mich allerdings nur bedeutet, dass beide Seiten um Kompromisse feilschen. Die Bürgermeisterin willigte ein, der Jugend Kopenhagens ein neues Haus zur Verfügung zu stellen. Das Haus würde aber im Besitz der Stadt bleiben, womit es jederzeit bzw. bei »Regelverstoß« entzogen werden könnte. Die mit der Stadt verhandelnden Aktivist@s konnten die Bürgermeisterin dazu bringen, die Verantwortlichkeit für das potenzielle Haus von der Kommune auf den Jagtvej-Fonds zu übertragen, welcher eigentlich dafür gegründet wurde, das Haus im Jagtvej 69 der Faderhus-Sekte abzukaufen, aber zu Recht nicht bereit ist, irgendein Haus zu kaufen und als Jugendhaus bereitzustellen.

Ich sehe allerdings die Autonomie des neuen Ungdomshuset gefährdet, egal wer dort offiziell, außer den Jugendlichen selbst, die Verantwortung trägt – die Stadt wird trotz Jagtvej-Fonds, der vollstes Vertrauen der Aktivist@s besitzt, Mittel und Wege finden, den Fonds bei Gelegenheit unter Druck zu setzen und Einfluss zu nehmen.

Das neue Ungdomshuset gibt es bis dato noch nicht. Mal schauen, wann die KopenhagenerInnen ihr neues Ungdomshuset beziehen können. Ihr Wunsch ist es, Sylvester 2007 in dem neuen Haus feiern zu können.

»Um eine Perspektive zu entwickeln, müssen wir grenzüberschreitend nachdenken«

Gespräch mit Pule, einer Aktivistin aus der Solidaritätsbewegung

Nach der G-13-Aktion im November 2007 haben wir mit einer Aktivistin aus Hamburg gesprochen, die sich an den Soliaktionen in der Bundesrepublik und an den Protesten in Kopenhagen beteiligt hat.

Welche Bedeutung hat das Ungdomshuset für dich?

Ich denke, dass der Kampf um und für ein neues Ungdomshuset wichtig für die Bewegungen für Freiräume zumindest in Nordeuropa ist. Ich kann aus keiner dreißigjährigen Erfahrung als Squatterin sprechen, auch nicht aus einer zwanzigjährigen. Ich denke aber, dass die Räume, Zentren, Kollektive, Wagenplätze, Häuser vor ein bis zwei Jahrzehnten tatsächlich erkämpft – besetzt – wurden. Heute ist die Situation so, dass Dutzende Häuser und Plätze geräumt und abgerissen, andere aus dem Status quo heraus legalisiert worden sind, nur noch wenige sind tatsächlich besetzt. Das heißt, es wurden einerseits Kämpfe gewonnen, andererseits führte der Prozess der Legalisierung auch zu einem Prozess der teilweisen Entpolitisierung und/oder Resignation.

Wie erklärst du dir das?

Dazu trägt neben der Einbindung auch die Repression bei, die vor dem Hintergrund von Individualisierung, Flexibilisierung und Umstrukturierung in anderer Weise selektiert, illegalisiert und kriminalisiert und andere repressive Mittel einsetzt als vor 25 Jahren. Das bedeutet meiner Meinung nach für die AktivistInnen, dass »wir«, auch wenn das auf Plakaten, Pamphleten usw. immer so schön kämpferisch klingt, nicht wirklich in der Position sind, *neue* Freiräume zu erkämpfen. Viel eher versuchen wir, *alte* Freiräume zu verteidigen. Protest und Organisation entstehen also aus einer defensiven Position. Beim Kampf um das Ungdomshuset war das anders. Und an diesem Punkt sehe ich die Bedeutung und Chance im Kampf für ein neues Ungdomshuset.

Wie bezieht sich das auf die Situation in der Bundesrepublik?

Im Unterschied zu verschiedenen, leider gescheiterten Kämpfen um den Erhalt von Freiräumen in Deutschland und der Schweiz – wie im Falle des OBW9 in Stuttgart, des Ex-Steffi in Karlsruhe oder des Rhino

in Genf – ist der Kampf um das Umdongshuset mit der realen Chance verknüpft, diesen Ort, in dem aktive Gegenkultur selbstbestimmt und autonom gestaltet werden kann, auch erkämpfen zu können. Die Stadt bzw. der Staat kann diesen Konflikt nicht durch Tränengas, Knüppel, Knast, Diffamierung und Kriminalisierung lösen und auch nicht eindämmen. Faktisch heißt das: Die Stadt ist gezwungen, zu verhandeln, und zwar auf Grundlage der Forderungen der AktivistInnen. Ich sehe darin die Chance, neue Diskussionen zu beginnen bzw. weiterzuführen, wobei eine selbstkritischere Sichtweise sicher wünschenswert wäre.

Welche Bedeutung hatten die internationalen Soliaktionen für das Ungdomshuset?

Klar haben die Soli-Aktionen was gebracht. Sofern bei den GenosInnen ankommt, dass Leute von außen sie unterstützen, denke ich, dass jede Solidaritätsaktion was bringt. Diese Aktionen bedeuten eine »mentale« Unterstützung oder auch ein aktives Druckausüben, wie z.B. die Aktionen an und in diversen dänischen Konsulaten. Sie haben gezeigt, dass mensch an dem jeweiligen Ort und in der jeweiligen Situation nicht allein ist. Und außerdem ist die Erfahrung wichtig, dass Leute unabhängig von einer direkten persönlichen Beziehung politische Ansichten teilen und auf gleiche oder ähnliche Art für diese eintreten und sich gegen Staat, Nation und Vaterland positionieren.

Und wie denkst du speziell über die Aktionen in Hamburg?

Es ist schon einiges passiert. Es gab eine recht große Demo, die vor der Räumung stattgefunden hat. Auch am »Tag X«, also dem Tag der Räumung, war Hamburg eine der Städte, in denen eine Spontandemo stattgefunden hat, von insgesamt über 20 Städten in der Bundesrepublik, wobei die TeilnehmerInnenzahl so zwischen 10 und 300 lag. Eigentlich gab es immer wieder kleinere Aktionen. Auf Hamburg bezogen würde ich schon sagen, dass sich einige jüngere Leute über das Ungdomshuset politisiert haben. Wobei sicher auch ein gewisser Hype dazu beigetragen hat.

Kann man die Situation in der Bundesrepublik mit der in Dänemark vergleichen?

Man könnte zum Vergleich das »Soziale Zentrum« in Norderstedt/Nord-Hamburg nennen. Das war ein selbstverwaltetes Zentrum, in

dem Infoveranstaltungen, Konzerte und noch einiges mehr stattgefunden haben. Das SZ wurde im Dezember 2005 geräumt bzw. abgerissen, was für die Stadt leider relativ leicht war, weil sich einfach zu wenige Leute solidarisiert haben. Das war eine ziemliche Pleite.

Haben sich deiner Wahrnehmung nach die Ziele und das Spektrum der TeilnehmerInnen an den Protesten in Hamburg und Kopenhagen im Laufe der letzten Monate verändert?

An der inhaltlichen Ausrichtung hat sich meines Erachtens nichts grundsätzlich geändert, man positioniert sich grob gesagt im linksradikalen Spektrum. Die Zusammensetzung hat sich vielleicht schon eher geändert. Es sind viele neue und jüngere Menschen hinzugekommen. Andere mussten sich erst mal von der erfahrenen Repression erholen. Prinzipiell finde ich es gut, wenn eine »Bewegung in Bewegung« bleibt. So wie sich ja offensichtlich auch in der Arbeitsweise bzw. den Aktionsformen etwas verändert hat. Ein gutes Beispiel finde ich z.B. die Aktion G 13. Für mich stellt sich die Frage, wie bewusst mit diesen Veränderungen umgegangen wird. Würde die Diskussion, die intern stattgefunden hat, offener bzw. grenzüberschreitender geführt werden, könnte daraus eine ernsthafte neue Perspektive entstehen.

III. Die freie Stadt Christiania



Foto: Bianka Buchen

Christiania: Eine Geschichte zwischen Utopie und »Normalisierung« (1971–2007)

Von Chris Holmsted Larsen



Foto: Bianka Buchen

1971 versammelte sich eine Gruppe von AnwohnerInnen des unmittelbar westlich der Kopenhagener Innenstadt auf der Insel Amager* gelegenen Stadtteils Christianshavn*. Die Leute wollten einen Spielplatz für ihre Kinder und mehr Grünflächen haben, denn beides war im industriell geprägten, verarmten und verschlissenen Arbeiterviertel damals kaum vorhanden. Als die Gruppe im Anschluss an ihre Versammlung die Umzäunung der vom Militär verlassenen und ungenutzten Bådsmadsstræde-Kaserne niederriss, materialisierte sich darin zugleich der Traum der 1968er Jahre, einen Freiraum zu schaffen, der mit der Logik des kapitalistisch geprägten Alltagslebens bricht.

Der Versuch, im Herzen des dänischen Staates und nur einen Steinwurf von seinen zentralen politischen und ökonomischen Einrichtungen entfernt einen selbstverwalteten und libertär orientierten Gegenentwurf Gestalt werden zu lassen, schuf einen Konflikt, der bis heute anhält. Die bald 36 Jahre währende Existenz der »freien Stadt« war fast durchgehend von heftigen und oft gewaltsamen Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat und seinen konkreten Ausformungen geprägt. Die kommunalen Machthaber und die Zentralregierung haben mehr als einmal den Versuch unternommen, dem auch im europäischen Maßstab einmaligen sozialen Experiment Christiania ein Ende zu machen oder zumindest seine emanzipatorische Sprengkraft zu neutralisieren.

Es stellt sich daher die Frage, warum es weder sozialdemokratischen noch liberalen, noch konservativ geführten Regierungen über die Jahre gelungen ist, Christiania zu beseitigen oder seiner Substanz zu berauben, obwohl der staatliche Gewaltapparat beträchtliche Ressourcen aufgewendet hat, um dieses Ziel zu erreichen. Selbst die aktuelle rechtspopulistisch geprägte Regierung, die seit 2001 ausdrücklich mit dem Anliegen hausieren geht, die »gesetzlosen« Zustände zu beenden, wird dieses Ziel, wie man heute wohl mit einiger Sicherheit sagen kann, verfehlen. Um diese Frage zu beantworten, ist eine genauere Darstellung der Geschichte und der aktuellen Konflikte um Christiania notwendig.

Auf beiden Seiten der Barrikade

Nicht erst seitdem die Rechte in Dänemark regiert, lautet die staats-tragende Erzählung über Christiania, dass es sich um eine Brutstätte des Anarchismus, der Drogenabhängigkeit, der kriminellen Netzwerke, der Arbeitsverweigerung und der politischen Radikalität handele und dass all dies zusammen eine Bedrohung für den »normalen« Rest der Gesellschaft darstelle. Diese Erzählung musste schon deshalb aufrecht-erhalten werden, weil sie die Begründung war, um die EinwohnerInnen der freien Stadt wieder und wieder mit Tränengas, Knüppelorgien und Verhaftungen überziehen zu können. Vor diesem Hintergrund erscheint es paradox, dass das Projekt »Christiania« die meiste Zeit seiner Existenz eigentlich relativ unpolitisch war. Viele BewohnerInnen wollten eigentlich von der sie umgebenden Gesellschaft nur in Ruhe gelassen werden, wurden aber immer wieder gezwungen, sich gegenüber den Angriffen von außen zu positionieren. Überleben konnte das Projekt deshalb nur, indem es sich auf die Welt außerhalb der freien Stadt bezog und weil immer wieder Teile der (radikalen) Linken Kopenhagens wie die BZ-Bewegung* der 1980er oder die heutigen Ungdomshuset-AktivistInnen solidarische Netzwerke herstellten. Die Frage, wie sich das alternative »Innen« Christianias auf das »Außen« der städtischen politischen Szenerie beziehen kann, war und blieb insofern immer auf der Tagesordnung – gleich ob sie »von oben«, durch die Repressionen, oder »von unten«, durch die städtische Linke formuliert wurde.

Christiania stellt mit anderen Worten zwar einen lebendigen Einspruch gegen den »normalen« Kapitalismus dar, ist aber selbstverständlich kein Ort, der sich von den ihn umgebenden kapitalistischen Verhältnissen und den daraus resultierenden sozialen Kämpfen vollständig abkapseln kann. Denn ein solcher Ort existiert nicht, er ist eine U-Topie, ein Nicht-Ort. Die Freiheit von kapitalistischer Verwertung ist heute noch deutlicher als vor 36 Jahren *nirgends*. Die Konflikte, die seit 2001 um Christiania herum geführt wurden, artikulieren insofern ein schon immer bestehendes prekäres Verhältnis. Auf der einen Seite steht Christiania für »alternative« Produktions- und Reproduktionsformen, auf der anderen Seite für »Innovationen« der Arbeit und des Zusammenlebens unter der Voraussetzung unveränderter gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Die Spannung existiert seit der Gründung der freien Stadt, wurde aber erst in den letzten etwa zehn Jahren öffentlich

stärker wahrgenommen. Dazu haben drei Entwicklungen beigetragen. Erstens liegt Christiania neuerdings, geografisch gesehen, an einem strategisch wichtigen Kreuzungspunkt der Stadtentwicklung. Zweitens gleicht die netzwerkartige und stark individualistisch ausgeprägte Form der inneren Kommunikation Christianias Modellen des Arbeitens und Lebens, die international in Betriebswirtschaft und Unternehmensführung *en vogue* sind. Drittens ist die freie Stadt ein Tourismus-Magnet und damit ein nicht zu unterschätzender Faktor der städtischen Ökonomie. Doch gerade der Umstand, dass Christiania wieder Gegenstand öffentlicher Debatten geworden ist, akzentuiert auch den Widerspruch, der nach wie vor zwischen den Prioritäten der ökonomischen Politik der Regierenden und der in Kopenhagen durch Giganten wie Mærsk verbildlichten globalen Ökonomie auf der einen Seite und einem auf lokale Bedürfnisse bezogenen und nachhaltigen Wirtschaften auf der anderen Seite existiert. Anders gesagt: Christiania befindet sich auf beiden Seiten der Barrikade – und dies ist einer der Gründe dafür, warum es dem dänischen Staat so schwer fällt, einen Umgang mit der freien Stadt zu finden.

Eine erfolgreiche Alternativökonomie

Christianias Erfolg liegt nicht allein in der Fortexistenz einiger Gebäude und dem mehr oder weniger erfolgreichen Kampf gegen Polizeiübergriffe. Zumindest Teile Christianias sind im buchstäblichen Sinne des Wortes marktgängig. So ist etwa das »Christiania-Fahrrad« heute eine international anerkannte Marke, mit deren Kauf und Nutzung die KäuferInnen ökologisches Bewusstsein demonstrieren können. Ein ähnliches Beispiel ist die subkulturelle Bekleidungsmarke *Alis*, die ihren Ursprung im Skater- und Dealer-Milieu Christianias hat. Und nicht zuletzt kann man vielleicht etwas provokativ hinzufügen, dass der Verkauf von Cannabis auf Christiania ein wirtschaftlicher Erfolg war. Die illegalisierte und in den letzten Jahren mehr und mehr verdrängte Ökonomie des Drogenverkaufs realisierte nach Aussagen der Polizei Umsätze in Höhe von ca. 15 bis 20 Millionen Euro.

Diese und andere kleinere Produktionseinheiten sind in der lokalen Ökonomie Christianias verankert und tragen zu deren Erfolg bei, indem sie Abgaben und »Steuern« in die gemeinsame Kasse der freien Stadt zahlen. Warum verfolgen sowohl sozialdemokratische als auch

bürgerliche Regierungen ein ökonomisch so erfolgreiches Projekt mit einem derartigen Eifer? Die Erklärung, dass es sich teilweise um eine illegalisierte Ökonomie handelt, reicht zur Beantwortung dieser Frage nicht aus. Etwas vereinfacht, kann man die Antwort auf diese Frage auf zwei Ebenen suchen. Der erste Teil der Erklärung ist vorrangig ideologisch geprägt: Es geht im Kampf um Christiania darum, dass der Staatsapparat befürchtet, die Kontrolle über das eigene Territorium zu verlieren, genauer gesagt: die Kontrolle über die politischen und kulturellen Orientierungen eines Teils der Bevölkerung, wie klein dieser Teil auch sein mag. Die Befürchtung, dass die *Haltungen* gegenüber Arbeit, Freizeit, Sexualität und Konsum, die in Christiania *vermutlich* vorherrschen, sich verbreiten könnten, ist insofern wichtiger als der Kampf um einige Quadratkilometer Land, die nicht mehr dem privaten Eigentumsrecht unterliegen und dem Immobilienmarkt nicht zur freien Verfügung stehen. Dabei geht es weniger um die konkreten Formen des alternativen Lebensstils, wie er auf Christiania *wirklich* praktiziert wird (und eine kritische Auseinandersetzung damit), als um die Phantasien und Vorstellungen einer bürgerlichen Öffentlichkeit, die Christiania als Projektionsfläche für ihre inneren Widersprüche und Probleme benutzt. Der zweite Teil der Erklärung ist mit dem ersten verbunden, steht aber auch in einem gewissen Widerspruch dazu. Auch in dieser Antwort geht es um Kontrolle, aber in einem anderen Sinne. Christiania ist ein selbstverwaltetes, kollektives Projekt. Die BewohnerInnen dieses Viertels entscheiden bislang zumindest formal relativ uneingeschränkt darüber, wie sie auf ihrem begrenzten Gebiet leben und arbeiten wollen. In einer expansiven Stadt-Ökonomie, in deren Mittelpunkt die rapide ansteigenden Immobilienpreise stehen, gelten solche Freiheiten zunehmend als »Luxus«, auch wenn der »experimentelle« Charakter der Lebensformen auf Christiania von einem Teil der städtischen Elite durchaus anerkannt wird. Der Druck, auch dieses Gelände den Mechanismen des »freien Marktes« zu unterwerfen, nimmt zu, zumal alle Regierungen der letzten Jahre und Jahrzehnte die ökonomische »Liberalisierung« ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Zur politischen Geschichte Christianias

Es gibt eine ganze Reihe von Gründen dafür, dass Christiania eine »Marke« geworden ist, die nicht alleine in Kopenhagen und Dänemark,

sondern weit darüber hinaus mögliche Alternativen zur bürgerlichen Gesellschaft symbolisiert. Christiania war von Anbeginn auch eine wichtige Stätte des progressiven Kulturlebens in Kopenhagen, ein Ort, an dem viele Projekte des experimentellen Theaters, der Musik und anderer Kunstformen jenseits des Mainstreams entstanden. Zugleich wurde die freie Stadt zu einer Touristenattraktion. Es waren also durchaus widersprüchliche Tendenzen, die zur Berühmtheit der freien Stadt beitrugen. Entscheidend ist jedoch, dass Christiania ein Zuhause für fast 1.000 Menschen bietet, die hier leben und zu einem großen Teil auch arbeiten, und dass es bis heute gelungen ist, trotz der kommerziellen Attraktivität des Projektes das kollektive Eigentum zu bewahren.

Wenn man die heutige Position Christianias innerhalb der dänischen Gesellschaft verstehen will, muss man sich zunächst einen Überblick über die politische Geschichte der freien Stadt verschaffen. Die Entstehung Christianias war ein Resultat des in Dänemark etwas zeitverzögert einsetzenden Aufstands von 1968 und der auf ihn folgenden Debatten über alternative Formen des Lebens und Arbeitens. In den ersten hektischen Jahren nach der Besetzung von 1971 war Christiania ein politisch außerordentlich aktives Projekt. Die AktivistInnen schufen damals die Voraussetzung dafür, dass ein alternatives Gesellschaftsmodell entstehen konnte. Da das Grundstück der Bådsmadsstræde-Kaserne dem Verteidigungsministerium gehörte, war das Projekt von Anfang an vom Streit um die Eigentumsrechte und die Verwendung des Geländes begleitet. Bereits in den ersten Jahren der Existenz Christianias kam es zu mehreren Versuchen der Polizei, das Gelände zu räumen. Doch immer wieder scheiterten diese Versuche. Die Größe des Geländes und der ständige Zustrom neuer BewohnerInnen trugen ihren Teil dazu bei. Nach kurzer Zeit verschob sich deshalb der Kampf von einer Auseinandersetzung um die Durchsetzung von »Recht und Ordnung« zu einer politischen Angelegenheit. Erste Verhandlungen zwischen den BesetzerInnen und der damaligen sozialdemokratischen Minderheitsregierung, die durch die Sozialistische Volkspartei* toleriert wurde – führten überraschend schnell zu einer Einigung, was die Abrechnung des Verbrauchs von Wasser und Elektrizität anging. Noch wichtiger war jedoch, dass die freie Stadt als soziales Experiment anerkannt wurde. Ergebnis der Vereinbarungen war, dass das Projekt so lange bestehen bleiben könne, bis eine »Ideenkonkurrenz« über die Zukunft des Geländes befunden habe. Die relativ starke Position, die sich die radikale Linke in dieser

Zeit erkämpft hatte, trug zu dieser Abmachung bei. Es war eine Art »goldenes Zeitalter« der Linken – politisch wie kulturell.

Im Laufe des Jahres 1973 zeigten sich in Dänemark die ersten Folgen der Weltwirtschaftskrise, und auch die machtpolitischen Verhältnisse änderten sich, indem die Sozialdemokratie bei einem als »Katastrophenwahl« berühmt gewordenen Urnengang durch eine rechte Minderheitsregierung abgelöst wurde. Die neue Regierung erklärte die alten Absprachen umgehend für ungültig und beschloss, die freie Stadt zu räumen. Gleichzeitig begannen die *Christianitter* eine Kampagne, die inhaltlich weit über die Frage der Existenz des Projektes hinauswies. So wurden z.B. eine Reihe bedeutender Institutionen, darunter *Danmarks Radio*, von einem »NATO-Heer« besetzt, das aus SchauspielerInnen der Theatergruppe *Solvognen* bestand.

Der Anlass der Aktion war ein Gipfeltreffen der NATO in Kopenhagen. Die Intervention war das erste in einer langen Reihe von nach außen gerichteten politischen Happenings, eine Aktionsform, die seitdem mehr und mehr zu einem Kennzeichen Christianias wurde und die freie Stadt mit der radikalen Linken Kopenhagens in Verbindung brachte. Doch das Aktionsrepertoire blieb keineswegs auf Besetzungen und Happenings beschränkt. Zur gleichen Zeit traten einige *Christianitter* auf lokalen Listen zur Kommunalwahl an – und erreichten tatsächlich ein Mandat in der Bürgerversammlung. Insgesamt war die Strategie daraus ausgerichtet, eine Vielzahl von Aktivitäten zu entwickeln, die das Projekt sichtbar machen und eine Räumung erschweren sollten.

Der Effekt war zunächst, dass der Zentralstaat als Besitzer des Geländes und die Kommune Kopenhagen sich wechselseitig die Verantwortung für die Situation auf Christiania zuschoben. Gleichzeitig wuchs die freie Stadt auch nach innen. Neben den politischen Aktivitäten in der Stadt wurde die Infrastruktur vor Ort ausgebaut – Kinderläden, die Recyclingstation, Einkaufsläden und Werkstätten entstanden. Schließlich erklärte die Zentralregierung, dass das Gelände bis spätestens zum 1. April 1976 geräumt werden würde, während Christiania seine Gegenaktivitäten weiter verstärkte und Bezüge und Allianzen mit der oppositionellen Szene Kopenhagens herstellte. Am Ende konnte Christiania mitteilen, dass im Laufe der Kampagne über 10.000 Menschen das Gelände besucht hatten, um ihre Solidarität auszudrücken – die Regierung bekam kalte Füße und setzte die geplante Räumung im letzten Augenblick aus.

Die Folge war, dass die Konflikte nunmehr stärker auf der juristischen Ebene ausgetragen wurden. Unter anderem verklagte Christiania den Staat in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wegen der Nichteinhaltung des Beschlusses, eine »Ideenkonkurrenz« um die Zukunft des Geländes auszuschreiben. 1977 verloren die *Christianitter* den Prozess vor dem Landgericht, 1978 auch im Berufungsverfahren in der letzten Instanz. Nachdem sich die Sicherung der Zukunft des Projektes auf dem Rechtsweg als schwierig erwiesen hatte, wurden die politisch-kulturellen Aktivitäten gegen Ende des Jahrzehnts erneut verstärkt, und eine ganze Reihe von Ausstellungen, Konzerten sowie »Arbeits-Festivals« – Tage, an denen in Christiania gemeinsam gebaut und gefeiert wurde – fanden statt.

Von Seiten des seit 1975 wieder sozialdemokratisch regierten Zentralstaates hieß es nun zum ersten Mal, das Gebiet müsse »normalisiert« werden, ohne jedoch die möglichen Konsequenzen genauer auszuführen. Die Vorstellung, dass auch alternativ genutzte Räume sich an den bürgerlichen Idealen von Familie, »normaler« Arbeit usw. ausrichten sollten, ist also keine Kreation der heutigen Rechtspopulisten, sondern eine Erfindung, auf die die Sozialdemokraten der späten 1970er Jahre Anspruch erheben können.

Drogen und Polizei: Konflikte in den 1980er Jahren

Ende der 1970er Jahre war die hektische Entstehungsphase Christianias vorbei und die Alltagsprobleme begannen in den Vordergrund zu treten. Die Auseinandersetzung um Drogen begann dabei eine immer größere Rolle zu spielen, da die tolerante Haltung gegenüber euphorisierenden Stoffen durch die Verbreitung harter Drogen auf die Probe gestellt wurde. Um die Heroindealer von dem Gelände zu vertreiben, kam es zu einer Zusammenarbeit mit der Polizei, die jedoch nach kurzer Zeit beendet wurde, nachdem die Ordnungsmacht die Gelegenheit genutzt hatte, um Verkäufer von Cannabis festzunehmen, die auf Christiania akzeptiert und willkommen waren. In der Folge stellten die BewohnerInnen die Junkies vor die Alternative, sich einer Entziehungskur zu unterwerfen oder Christiania zu verlassen. Dealer wurden des Geländes verwiesen. Aber nicht nur die Verbreitung von Heroin führte um 1980 zu inneren Konflikten. Es kam auch zu Auseinandersetzungen mit einer Gruppe von gewalttätigen Rockern, die ebenfalls letztlich verjagt wer-

den mussten. Kulturell gesehen, markiert diese Zeit zudem den Bruch mit den Hippie-Idealen, während die BZ-Bewegung und Punk eine größere Rolle zu spielen begannen. Insgesamt blieb Christiania, obwohl das Aktionsniveau der 1970er Jahre nicht gehalten werden konnte, ein dynamischer Faktor in der Subkultur und der linkspolitischen Szene der dänischen Hauptstadt.

Zur gleichen Zeit änderten sich erneut die politischen Rahmenbedingungen. International begann der Durchmarsch der neoliberalen und reaktionären Regierungen à la Thatcher und Reagan. In Dänemark kam 1982 eine konservativ-liberale Koalition an die Macht, die sich in den zehn folgenden Jahren an der Macht halten konnte. Gleichwohl waren die »bürgerlichen« 1980er Jahre in Christiania nicht mit den erwarteten heftigen Konfrontationen verbunden. Erst 1987 brachte die rechte Regierung einen »Handlungsplan für die Legalisierung Christianias« zustande. 1989 folgte dann ein »Gesetz über die Verwendung des Christiania-Gebietes«, das als Grundlage für eine »Normalisierung« und einen Bebauungsplan diente, der eine Teilung des Geländes sowie den Abriss zahlreicher Gebäude vorsah. Wie bereits zuvor gingen die *Christianitter* gegen diese »Zwangsnormalisierung« sowohl auf der rechtlichen wie auf der politischen Ebene vor. 1991 schienen diese Bemühungen von Erfolg gekrönt zu sein. Zum zwanzigjährigen Geburtstag des Projektes rückte eine verbindliche Vereinbarung über die Zukunft der freien Stadt in Reichweite, was sich beispielsweise in Absprachen mit dem Zentralstaat über die Renovierung des Abwassersystems niederschlug. Gleichzeitig wurden mit der Kommune die Zahlung einer »Gebrauchsabgabe«, die Finanzierung der öffentlichen Institutionen Christianias sowie die Zahlung von Sozialhilfe an die BewohnerInnen vertraglich vereinbart.

Christiania und die Sozialdemokratie

Diese relativ friedliche Zeit endete jedoch 1992 abrupt, als die Polizei erneut eine brutale Kampagne gegen Christiania begann und insbesondere die sogenannte Christiania-Einheit (*Christiania-patrulje*) aus 70 Zivilpolizisten den BewohnerInnen das Leben schwer machte: Schlagstockeinsätze, Fußschellen, Tränengas und willkürliche Verhaftungen waren wieder an der Tagesordnung, und sie betrafen *Christianitter* ebenso wie TouristInnen oder Schulkinder, die auf einem Ausflug waren und

plötzlich in die Razzien hineingerieten. Das Ziel der auf Christiania unerwünschten Prügeltruppe war, dem nach den Konflikten der 1980er Jahre nunmehr auf die *Pusherstreet** begrenzten offenen Verkauf von Cannabis zu unterbinden. Dabei machte die Polizei grundsätzlich keinen Unterschied zwischen Dealern und BewohnerInnen. Erst nachdem die Medien immer mehr Kritik an den Einsätzen der erwähnten Einheit übten und sich am Ende sogar Amnesty International einschaltete, entschied sich der Justizminister der 1993 ins Amt gelangten sozial-liberalen Regierung, die *Christiania-patrulje* aufzulösen. Dass sich die Konflikte ausgerechnet nach der Rückkehr der Sozialdemokratie an die Macht wieder zuspitzten, ist in der Geschichte der freien Stadt keine Besonderheit. Gerade auch die Sozialdemokratie neigte und neigt dazu, Konflikte um städtische Räume als »unpolitisch« zu begreifen, die technisch gelöst werden können und letztlich in den Verantwortungsbereich der Exekutive fallen. Die Übergriffe von 1993 waren eine logische Folge der Tatsache, dass die Ordnungsmacht einen Konflikt lösen sollte, der nur politisch gelöst werden konnte.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und um die Jahrtausendwende wurde Christiania durch das Aufkommen einer neuen Generation von AktivistInnen geprägt. Während die BZ-Bewegung verschwand, begann eine Erneuerung des politischen Profils der freien Stadt durch die einsetzende autonome Bewegung. Das kulturelle Gesicht Christianias wurde durch Strömungen wie Hiphop und durch Graffiti bereichert. Neue Bars und Konzertsäle wurden eröffnet. Nach dem Ende der *Christiania-patrulje* stand Christiania für einige Zeit nicht mehr im Zentrum der städtischen Konflikte und des Interesses der radikalen Linken.

An dieser Stelle könnte die Geschichte der freien Stadt glücklich enden, doch dies ist wie eingangs erwähnt nicht möglich – und vielleicht, etwas provokativ gesagt, auch nicht wirklich wünschenswert, denn die Konflikte mit dem bürgerlichen Staat haben stets auch einen politisierenden Effekt gehabt. Jedenfalls spitzten sich die Konflikte wieder zu, als die 2001 an die Macht gelangte neue Rechtsregierung die Abrechnung mit der antiautoritären Erziehung, den alternativen Lebensweisen und anderen »Überresten« der 1970er Jahre ankündigte. Christiania wurde damit erneut zum Konfliktfeld, da die freie Stadt ein lebendiger Widerspruch zu dem Versuch ist, die traditionellen Werte, die Familie und einen konventionellen Lebensstil wieder zu Kardinaltugenden zu erheben.

Damit sind wir wieder am Ausgangspunkt dieses Buches angelangt: Die Gentrifizierung des urbanen Lebens geht einher mit einer ideologischen Agenda, die angetreten ist, alle schiefen und unangepassten Winkel und Existenzen zu verdrängen, zumal wenn sie privatem Eigentum und freiem Markt vermeintlich oder tatsächlich im Wege stehen. Doch wie die Beiträge und Interviews in diesem Buch zeigen, hat der Zentralstaat auch diesmal die Proteste unterschätzt, die eine solche Politik unweigerlich auslöst. Es sind heute die sich vornehmlich außerhalb des Parlaments artikulierenden Proteste von Minderheiten, Flüchtlingen und MigrantInnen sowie die Bewegung für das Ungdomshuset und Christiania, die den genannten Zielen der Rechtsregierung entgegenstehen. Heute findet eine nicht in erster Linie durch offene Repression, sondern durch Preissteigerungen vermittelte »diskrete« Verdrängung alternativer Lebens- und Wohnformen statt. Kopenhagen ist eine der teuersten Städte der Welt, und es wird immer schwieriger, andere, nicht-kommerzielle Formen des Zusammenlebens zu praktizieren. In diesem Spannungsfeld liegen die wirklichen Ursachen für die sozialen Konflikte, die in der Stadt aufbrechen. Und hier werden zugleich die Grenzen der Möglichkeit deutlich, Menschen wie Gegenstände zu behandeln, die angekauft, verkauft und nach den Regeln des Marktes weggeschmissen werden können.



»Die freie Stadt Christiania war, ist, und bleibt nicht zu verkaufen.«
Foto: Bianka Buchen

Christiania: Fakten

Ort und Gliederung

Christiania ist ein 34 Hektar großes ehemaliges Militärgelände am Rande des Stadtteils Christianshavn, ca. zwei Kilometer von dem dänischen Regierungssitz und der Innenstadt entfernt. In der seit 1971 bestehenden »freien Stadt« leben derzeit ca. 1.000 Menschen. Es gibt, trotz entsprechender Forderungen der Stadt, keine Straßennamen, sondern eine Gliederung in 15 »Gebiete«, die zugleich die Grundeinheiten der Konsens-Demokratie des Projektes darstellen. Die Größe dieser Einheiten schwankt zwischen 9 und 80 BewohnerInnen.

Konsensprinzip

Eine grundlegende Idee Christianias ist, dass Entscheidungen über die lokale Ökonomie, Baumaßnahmen und das Verhältnis zum Staat nicht auf der Grundlage der Dominanz einer Mehrheit, sondern in dauernden Aushandlungsprozessen und letztlich im Konsens getroffen werden sollen. Allerdings ist dieses Prinzip in den laufenden inneren Auseinandersetzungen um den Umgang mit den Angriffen der Regierung einige Male durchbrochen worden (s. das Interview mit Klaus Danzer). Höchste Instanz ist das »Plenum« (*Fallesmødet*), das über Fragen, die die ganze Community betreffen, beschließt: gemeinsame Ökonomie, Budgets, das Verhältnis zum Staat Dänemark und zur Polizei, interne Angelegenheiten wie Gewalt oder andere Verstöße gegen die auf Christiania geltenden geschriebenen und ungeschriebenen Regeln. Dieses Treffen ist für alle BewohnerInnen offen, jedoch nicht für Außenstehende. Die Beschlüsse der Treffen der 15 »Gebiete« (*Områdemøder*) sind für das alltägliche Zusammenleben sowie für Ein- und Auszüge von Bedeutung. Daneben existieren diverse »Fachgruppen« wie die Kassierer-, Ökonomie-, Bau-, Mitarbeiter- oder Haustreffen, die spezielle Aufgaben erledigen.

Öffentliche Güter

In Christiania gibt es keine Polizei, die Razzien der staatlichen Po-

lizei werden als Einmischung des Staates wahrgenommen. Bei inneren Konflikten greifen die oben genannten Versammlungen ein. Bei Verstößen gegen die Regeln Christianias (keine harten Drogen, kein Handel mit Gebäuden oder Wohnungen, keine Waffen, keine Gewalt) kann der Ausschluss aus der Gemeinschaft beschlossen werden.

Gleichzeitig existieren in Christiania Einrichtungen, die andernorts von den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. In diesen Einrichtungen sind nicht nur BewohnerInnen Christianias, sondern auch Menschen beschäftigt, die außerhalb wohnen. Alle notwendigen Dienste wurden im Laufe der Jahre eingeführt: von der Straßenreinigung über die Post bis hin zu Kindergärten, Schulen und einem Bade- und Gesundheitshaus.



Regeln in Christiania:

»Es ist nicht erlaubt, Heroin, Speed, Coke, Ecstasy oder ähnliches zu verkaufen; Gewalt auszuüben; Waffen zu besitzen; Rockerkutten zu tragen. In Christiania ist das ein Grund für Rausschmiss.«

Foto: Bianka Buchen

»Wir sind ein Teil der dänischen Gesellschaft, mit all ihren Problemen«

Gespräch mit Klaus Danzer, Bewohner und Aktivist aus Christiania

Klaus Danzer ist vor 15 Jahren als Wandergeselle in Christiania angekommen und lebt seitdem dort. Heute arbeitet er in einem selbstverwalteten Baubetrieb außerhalb Christianias. Das Interview wurde am 18. Juli 2007 in Christiania geführt, zu einem Zeitpunkt, als die Stimmung dort aufgrund der generellen Stärke der Bewegung recht optimistisch war. Die im Interview beschriebene Vereinbarung einer Art »Probezeit« für den Vertrag zwischen Christiania und der Rechtsregierung ist mittlerweile zustande gekommen. Es sieht also gut aus für den Erhalt von Christiania.

Klaus, kannst du uns etwas über die aktuelle Situation sagen?

Seit Anfang des Jahres war die Situation vor allem davon geprägt, dass es in den Verhandlungen mit dem Staat ein Angebot gab, zu dem sich Christiania verhalten sollte. Das ist uns sehr schwer gefallen. Mitte März, d.h. rund zwei Wochen nach der Räumung von *Ungeren*, kam es zu einer Spaltung zwischen denen, die dafür waren, das staatliche Angebot anzunehmen, und denen, die »Nein« sagen und lieber einen Konflikt eingehen wollten.

Worum ging es in den Verhandlungen genau?

Der Staat hatte im Christiania-Gesetz (*Christianialov*) von 2004 erklärt, dass er das Gelände abtreten, d.h. die Voraussetzungen für eine private Verfügung schaffen wollte. In diesem Zusammenhang wurden auch Maßnahmen angekündigt, die neben der Auseinandersetzung um die staatliche Drogenpolitik und die ständigen Razzien der Grund für die aktuellen Konflikte mit der Staatsgewalt sind: der Abriss einiger Dutzend Häuser, die angeblich »illegal« erbaut worden sind, und die Bebauung eines zentral gelegenen Geländes mit »normalem«, profitorientiertem Wohnungsbau.

Was war eure Position in diesen Verhandlungen?

Unsere Verhandlungsgruppe hat versucht, die drohende Privatisierung von Christiania zu verhindern. Ziel war, juristisch bindend festzuschreiben, dass wir als Kollektiv die Kontrolle über Christiania behalten. Im Christiania-Gesetz steht jedoch, dass es »gemischte Eigentumsformen«

geben solle. Das heißt, wir mussten uns einen Trick überlegen. Wir haben vorgeschlagen, die Verfügungsgewalt formal an zwei verschiedene Fonds bzw. eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft zu übergeben, die wir jedoch de facto kontrollieren. Das heißt, wir haben auf dem Papier »gemischte Eigentumsformen«. Aber in Wirklichkeit funktionieren die verschiedenen formalen Konstruktionen alle auf der Grundlage der Selbstverwaltung durch die BewohnerInnen Christianias. Darauf hat sich die Verhandlungskommission der Regierung im Dezember 2006 eingelassen.

Aber trotzdem sind die Verhandlungen gescheitert ...

Ja, vorläufig. Ein Grund dafür war, dass die andere Seite gefordert hat, dass Christiania bzw. unser Verein seine Klagen gegen den Staat fallen lässt. Tatsächlich laufen einige Verfahren, in denen es darum geht, dass uns das Recht, über das Gelände zu verfügen, zugesprochen wird. Eine knappe Minderheit der *Christianitter* wollte die Vereinbarung akzeptieren, aber die Klagen nicht zurückziehen. Meines Erachtens ist das ein Widerspruch, aber die Mehrheit der Vollversammlung hat so entschieden.

Welche Argumente gab es für die Ablehnung?

Die Leute fühlten sich unsicher und schlecht informiert. Der Staat agiert ja üblicherweise so, dass eine Art »Rahmen« vereinbart wird und die Details der Bürokratie überlassen werden. So eine Logik gibt es auf Christiania nicht. Die Leute sind natürlich misstrauisch und wollen alle Details wissen. Und wenn sich herausstellen sollte, dass das Ergebnis der Verhandlungen nicht unseren Wünschen entspricht, dann würden wir natürlich gerne etwas in der Hinterhand haben. Das war der Grund für die Weigerung, die Klagen zurückzuziehen. Vierzehn Tage nach unserem Beschluss erklärte das für die Verhandlungen zuständige Finanzministerium, dass man diese Antwort als »Nein« interpretiere. Nun würde »Plan B« in Gang gesetzt, d.h. der Verkauf von ausgewählten Wohnungen an ausgewählte *Christianitter* und von Baugrund auf Christiania an private Unternehmen. Allerdings könne Christiania dem Vertrag nach wie vor beitreten.

In der Zwischenzeit hatte sich unsere Verhandlungsgruppe, die dafür gewesen war, den Vertrag zu unterzeichnen, aufgelöst. Sie war der Meinung, dass diejenigen, die mit »Nein« gestimmt hatten, nun einen

Vorschlag unterbreiten sollten. Das war ein Versuch, die Spaltung zu überwinden und einen gemeinsamen Standpunkt zu entwickeln. Allerdings war Stimmung sehr aufgeheizt, vor allem bei denen, die Verhandlungen mit dem Staat grundsätzlich ablehnten. Bis Juni führte das dazu, dass Christiania niemanden hatte, der oder die nach außen sagen konnte, was wir wollen. In den letzten Wochen hat sich diese Situation jedoch verändert.

Welche Rolle spielten dabei die Auseinandersetzungen im Mai?

Seit Mai sind Sachen passiert, die für uns sehr günstig waren. Der Staat hatte beschlossen, ein Haus auf Christiania, genauer gesagt auf *Dyssen*, d.h. jenseits des Wallgrabens, zu räumen. Das heißt, in Wirklichkeit war das gar kein Haus, sondern eine Ruine, ein abgebranntes Holzhaus, dessen Skelett seit ein paar Jahren herumstand. Schon vor dem Erlass des Christiania-Gesetzes hatten wir mit dem Staat über dieses Haus verhandelt. Sie wollten nämlich, dass wir ein Haus räumen, das ihrer Meinung nach illegal errichtet worden war und das ein paar Hundert Meter entfernt lag. Wir sagten damals, okay, machen wir, aber nur wenn die Frau, die in diesem Haus wohnt, auf dem Gelände, wo die Ruine steht, ein neues Haus bauen kann. Die Sache hing seitdem in der Luft. Es war tatsächlich eine von 121 baulichen Angelegenheiten, die aus der Zeit stammen, als Christiania noch vom Verteidigungsministerium verwaltet wurde. Viele in Christiania waren eigentlich ganz zufrieden, dass diese Sachen in der Luft hingen, weil das ja hieß, dass alle dort bleiben konnten, wo sie waren. Unsere Erwartung war, dass die Sachen sich in Luft auflösen, wenn wir einen gesicherten Status bekommen. Doch vor einem Jahr hat sich das geändert, weil es einen Christiania-internen Generationenkonflikt gab. Ein paar junge *Christianitter* wurden immer unzufriedener, weil sie keinen Ort zum Wohnen bekamen, weil die Alten alles bestimmen wollten usw. Die Jungen sind dann losgegangen und haben angefangen, die oben erwähnte Ruine, die übrigens *Cigarkassen* genannt wird, mit Sperrholzplatten zu bedecken und bewohnbar zu machen. Man kann sagen, dass das ein Akt zivilen Ungehorsams gegenüber Christiania war, wirklich, eine »interne« Besetzung. Natürlich kam sofort eine schriftliche Anweisung des Staates: Man habe konstatiert, dass Bauaktivitäten stattfinden, das habe augenblicklich aufzuhören, alles müsse in den ursprünglichen Zustand zurückgeführt werden etc.

Wie habt ihr reagiert?

Gar nicht, wir haben gar nichts gemacht. Wir haben keine Antwort geschrieben und auch die Sperrholzplatten nicht entfernt. Andererseits haben die Jungen den Bau nicht fortgesetzt. Auch vom Staat ist ein drei viertel Jahr nichts zu hören gewesen. Normalerweise kommt, wenn sie in Aktion treten, eine weitere Abmahnung, d.h. sie schreiben dir, dass sie, wenn du nicht tust, was sie wollen, den Bau auf deine Rechnung beseitigen. Aber so eine Abmahnung kam nie, stattdessen kamen eben Anfang Mai ein paar Hundertschaften. Wir interpretierten das als Versuchsballon, sie dachten: »Okay, lasst uns irgendein Haus nehmen, wo niemand wohnt, das nur eine Ruine ist, mal sehen, wie sie reagieren.«

Hat die Polizei das beschlossen?

Nein, der Beschluss kam von der Baubehörde, noch nicht mal vom Direktor, sondern von irgendeinem Beamten. Der Polizeisprecher ließ sogar verlauten, dass man Christiania »fast einen Gefallen tue, wenn man die paar Bretter dort wegräumt«. Womit sie scheinbar nicht gerechnet haben, und das kann einen schon verwundern, ist, dass es derart heftige Reaktionen geben würde. Die Nachricht ging sofort über SMS, und alle Leute, die sie bekamen, hatten den Eindruck: »Jetzt geht es los. Jetzt fangen sie auch noch an, Christiania zu räumen.« Also kamen sofort extrem viele Leute nach Christiania und es kam zu Straßenkämpfen, Autos wurden angezündet usw. Also, es war ein Erfolg für uns: Nie hätten die mit soviel Widerstand gerechnet.

Inwiefern ein Erfolg? Das mit den »brennenden Autos« ist doch normalerweise eine Nachricht, die einen in der Öffentlichkeit nicht unbedingt beliebt macht?

Ja, das stimmt, aber die Presse hat darüber anders berichtet als während der Auseinandersetzungen um das Ungdomshuset. Das hat auch damit zu tun, dass Christiania normalerweise keine koordinierte »Pressearbeit« betreibt und jeder den Journalisten einfach erzählt, was ihm oder ihr gerade einfällt. Im März hatte das dazu geführt, dass es Leute gab, die die Auseinandersetzungen mit der Polizei, die hier stattgefunden haben, auf »die aus Nørrebro« oder »die BZ'er« abgeschoben haben, worauf Letztere zu Recht sauer waren. Diesmal war das nicht so: Es wurde klargemacht, dass die Aktionen von Christiania und Leuten aus dem Stadtteil ausgingen und dass es keine Räumung geben würde, ohne dass

dies heftige Konflikte auslösen würde. Die Räumungsaktion wurde in der Presse als unverhältnismäßige Eskalation des Konfliktes von Seiten des Staates interpretiert. Also, das war ein Erfolg. Aber es spielt wohl insgesamt eine Rolle, dass aus Sicht der PolitikerInnen in der letzten Zeit zu viele Bilder von brennenden Autos und Straßenkämpfen durch die Weltpresse gegangen sind. Das ist keine gute Reklame für Dänemark im Allgemeinen und für Kopenhagen im Besonderen. Wenn es über die Räumung von *Cigarkassen* hinaus zu Angriffen gekommen wäre – was ja durchaus in der Logik des »Plans B« liegt – wäre es unvermeidlich zum großen Knall gekommen, zu einem erneuten, riesigen und auch wahnsinnig kostspieligen Polizeieinsatz. Christiania besteht ja nicht nur aus einem Haus ...

Wie wirkt sich das auf die Verhandlungen aus?

Ich glaube, im Moment geht es dem Staat und dem für die Verhandlungen zuständigen Finanzminister am ehesten darum, sich den Orden an die Brust zu heften, den Christiania-Konflikt friedlich gelöst zu haben. Neben dem Bild, das Dänemark in der internationalen Öffentlichkeit abgibt, spielen dabei auch innenpolitische Konflikte eine Rolle. Zum Beispiel gab es in den letzten zwei Jahren jede Menge Arbeitskonflikte im öffentlichen Dienst. Es gibt Spekulationen darüber, dass die Regierung ein Interesse haben könnte, vor dem Frühjahr 2008 Wahlen auszuschreiben, weil dann die zentralen Tarifverhandlungen im öffentlichen Sektor anstehen und man sich sicherlich sehr unbeliebt machen wird. Da möchte man sich nicht gerne weitere heftige Konflikte ins Haus holen. Für uns bedeutet das, dass wir gerade relativ große Spielräume haben, Verhandlungen abzuschließen – jedenfalls solange die rechten Wähler keinen Aufstand machen, weil es so aussieht, als ob der Staat uns alles gratis überlässt.

Dann ist noch eine zweite Sache passiert. Im Christiania-Gesetz steht, dass die BewohnerInnen Christianias ihre Wohn- und Eigentumsrechte bis zu einem bestimmten Datum anmelden müssen. Das haben wir auch gemacht, aber dann kam es natürlich *nach* Ablauf der Frist dazu, dass Leute ausgezogen sind und die Plena bestimmt haben, dass neue Leute einziehen können. Der Staat hat dann ein Verfahren gegen Christiania angestrengt, in dem er feststellen lassen wollte, dass Christiania nicht das Recht habe, darüber zu bestimmen, welche Personen wo einziehen. Aber obwohl der staatliche Justiziar offenbar nicht

einmal in seinen schlimmsten Albträumen damit gerechnet hatte, die Sache zu verlieren, entschieden die Richter in der ersten Instanz nicht im Sinne des Staates. Der Grund war, dass sie sich nicht trautes, in die größere laufende Auseinandersetzung zwischen Staat und Christiania einzugreifen, in der die Frage, wer über Aus- und Einzüge entscheidet, eine zentrale Rolle spielte.

Das heißt, es sieht im Moment für Christiania ganz gut aus – es gibt Erfolge, sowohl auf der Straße als auch vor Gericht.

Genau. Diese zwei Erfolge – die Kämpfe im Mai und das gewonnene Verfahren – haben den Streit zwischen »Ja« und »Nein« geschlichtet, weil nun alle das Gefühl haben, dass wir in einer günstigen Situation sind, in der wir etwas durchsetzen können. Wir haben deshalb eine neue Gruppe gebildet – wir nennen sie jetzt »Kontaktgruppe«, weil »Verhandlungsgruppe« einen negativen Klang hat. Wobei es einen weiteren Unterschied gibt, denn während die Verhandlungsgruppe vom oft ziemlich chaotischen Gesamtplenium eingesetzt wird, wird die Kontaktgruppe von den kleineren und handlungsfähigeren Gebietsplena bestimmt. Der aktuelle Stand ist: Die Kontaktgruppe hat den Ball wieder auf das Feld des Staates gespielt, indem wir beschlossen haben, dass wir dem Vertrag beitreten würden, aber daran vier Bedingungen geknüpft haben. Die erste ist, dass die Klagen, die Christiania gegen den Staat führt, nicht vor Ablauf eines Jahr zurückgezogen werden. In der Zwischenzeit, bis zum 1. Juni 2008, wird verhandelt und getestet, ob die Abmachungen funktionieren. Der staatliche Justiziar hat dem schon zugestimmt.

Der zweite Punkt ist, dass die *Realdania*, eine Stiftung, die »experimentelles Bauen« fördern soll, bereit ist, einen der beiden Fonds zu stiften, die wir einrichten wollen – wir nennen ihn Neubau-Fonds oder Wohnungslabor, es gibt noch keinen festen Namen. Dieser Fonds soll den »Rote-Sonne-Platz« (*Rodesolsplads*) kaufen, das ist das etwa hundert Meter vom Eingang zur Pusherstreet gelegene Gelände, auf dem der Staat Wohnungen bauen wollte. Allerdings war umstritten, wie der Vorstand dieses Fonds zusammengesetzt sein sollte. Nach den Konflikten haben wir durchgesetzt, dass vier von sieben Mitgliedern Christiania nahestehen, d.h. zwei *Christianitter*, dazu kommen der Vorsitzende des »Rates für sozial Benachteiligte«, Preben Brandt, und unser Anwalt Knud Foldschack. Darüber hinaus sitzen zwei Vertreter von Realda-

nia und ein Vertreter des Sozialministeriums im Vorstand. Außerdem wurde eine Bestimmung in die Satzung des Fonds aufgenommen, dass die Wohnungen nur verkauft werden können, wenn sechs Vorstandsmitglieder zustimmen, d.h. Christiania hat ein Vetorecht gegen einen eventuellen Verkauf.

Der dritte Punkt ist, dass wir fordern, dass der Staat die Finger von den Häusern und Pflanzen auf dem Wall lässt, bis unsere Klagen entschieden worden sind. Das hat damit zu tun, dass die von der Räumung bedrohten Häuser auf den Wallanlagen nicht Gegenstand der Verhandlungen mit dem Staat sind. Der Staat will sie einfach räumen, und darum geht es in einem weiteren laufenden Verfahren. Und die vierte Forderung ist, dass Christiania nach wie vor entscheidet, wer einzieht. Im bisherigen Vertrag stand, dass es ein kompliziertes Wartelistensystem geben sollte. Wir sagen jetzt, dass alles bleiben soll wie bisher. Das sind also die vier Punkte, und es ist ein ziemlich starkes Manifest, das die verschiedenen Meinungen in Christiania zusammenbringt. Die Kontaktgruppe hat das Papier verfasst und das Gesamtplenium, das vor den Kämpfen im Mai noch völlig uneinig und gelähmt war, hat nicht wie sonst üblich Ewigkeiten getagt, sondern innerhalb von einer Stunde im Konsens beschlossen, dass dies unsere Antwort an den Staat ist.

Bis die von uns geforderte Frist abgelaufen ist, haben wir Zeit, uns intern darüber zu verständigen, was mit den 20.000 Quadratmetern, die bebaut werden sollen, aus unserer Sicht geschehen soll. In dieser Zeit können wir auch herausfinden, ob und wie wir mit Realdania zusammenarbeiten können – wollen die bestimmen oder respektieren sie unsere Wünsche? Es könnte eine Menge Arbeit auf uns zukommen ...

Welche Rolle hat die Kommune Kopenhagen bei der ganzen Angelegenheit gespielt?

Keine besonders große. Formal verfügt ja der Zentralstaat über das Gelände. Die Sozialistische Volkspartei hat ein paar Mal vorgeschlagen, dass Christiania in den Verantwortungsbereich der Kommune übertragen werden soll, wenn der Staat nicht in der Lage sei, die Probleme zu lösen. Wir haben uns nicht dazu verhalten, weil wir nicht glauben, dass das ein Vorteil wäre. Wir meinen nicht, dass wir mit der Kommune zu einer besseren Vereinbarung kommen könnten. Schließlich haben wir dort, wo die Kommune zuständig ist, auch ein paar Konflikte: Zum einen geht es dabei um den Status und die Finanzierung der sozialen Ein-

richtungen, die es auf Christiania gibt, d.h. die Kinderläden usw. Hier ist die Frage, inwieweit die Kommune diese Einrichtungen mit trägt und wie viel Selbstbestimmung sie zulassen wird. Zum anderen hatten wir ein paar sehr unangenehme Begegnungen mit dem »Ausschuss für Straßennamen«. Denn auf Christiania gibt es so etwas ja nicht, Straßennamen. Der Zentralstaat fordert dauernd, dass jeder *Christianit* einer Adresse zugeordnet werden müsse. Das findet der kommunale »Ausschuss für Straßennamen« natürlich auch und also will er bestimmen, wie welche Straße und welcher Weg auf Christiania heißen soll. Dass die Zusammenarbeit mit diesem Ausschuss nicht so lustig war, lag auch daran, dass der Rechtsliberale Søren Pind ihm vorstand. Jedenfalls waren sie der Meinung, dass sie uns was vorschreiben und wir das Maul zu halten haben.

Wie ist das denn bisher auf Christiania geregelt worden?

Na ja, wir haben alle die gleiche Adresse: Bådsmandsstræde 43. Das ist die Adresse der ehemaligen Kaserne, die hier lag. Einige Leute auf Christiania finden das durchaus nicht so toll, weil einen die Freunde nicht finden und die Post später kommt usw. Andererseits gibt es auch Leute, die keinen Bock haben, ständig erreichbar und identifizierbar zu sein. Außerdem wollten wir uns nicht durch neue Namen kolonisieren lassen. Unsere gemeinsame Adresse hat auch etwas Identitätsstiftendes. Genau wie unsere Fahne mit den drei gelben Punkten auf rotem Grund wollen wir uns das nicht nehmen lassen. Der Kompromiss ist, dass wir Gebietsnamen eingeführt haben und Nummern, die aber keine richtige Logik haben. Wir haben deshalb immer noch unsere eigene Post, und es hängen auch keine Nummern an den Häusern.

Jetzt haben wir lange über die aktuelle Situation gesprochen, über die verschiedenen Positionen auf Christiania, aber auch innerhalb des Staatsapparats. Aber was ist deine eigene Position? Und was denkst du über die mögliche weitere Entwicklung?

Ich denke, dass es gut wäre, wenn wir zu einer Verhandlungslösung kämen. Denn man muss ja auch sehen, dass wir seit einigen Jahren wirklich unter Druck stehen. Es gibt eine permanente Unsicherheit über unsere gemeinsame und individuelle Zukunft, es gibt die Konfrontation mit der Polizei, die inneren Konflikte, die Auseinandersetzung mit der Stadt. Klar, ich habe nicht die Illusion, dass das mit einem Vertrag alles

auf einmal vorbei ist. Christiania wird wohl auch in Zukunft umkämpft bleiben. Aber ich meine, dass wir mehr Spielräume haben werden, wenn die Drohung einer Räumung erst mal entfällt. Ein Problem ist natürlich, dass die derzeitigen Verhandlungen nur etwa 80 Prozent des Geländes betreffen und dass vor allem die Leute, die auf den Wallanlagen wohnen, immer noch von Räumung bedroht sind, selbst wenn wir uns über die restlichen 80 Prozent mit dem Staat einigen. Ich denke, dass es einfacher ist, um diese 20 Prozent zu kämpfen, wenn wir 80 Prozent »sicher« haben. Aber klar, da gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Manche befürchten, dass es zu einer Entsolidarisierung kommen könnte.

Bisher habt ihr ja viel mit dem Ungdomshuset gemeinsam gemacht, es gab über fast ein Jahr eine gemeinsame Kampagne. Wenn es zu einer Verhandlungslösung kommt, während das Ungdomshuset geräumt wurde – könnte das nicht dazu führen, dass dieses Bündnis zerbricht? Wenn es zu einer Beruhigung und erneuten Entpolitisierung auf Christiania käme, könnte das für die Forderung nach einem »neuen Jugendhaus« ein Rückschlag sein.

Erst mal stimmt es, dass wir viel voneinander profitiert haben. Zum Beispiel gab es in der *Grå Hal* (der »Grauen Halle«) drei Solipartys für Ungeren, Plakate und anderes sind in der *Øproj*-Druckerei produziert worden. Aus meiner Sicht ist es sehr wichtig, dass Christiania existiert, weil unsere Infrastruktur für die Ungdomshuset-Zusammenhänge zur Verfügung steht und dazu beiträgt, sie handlungsfähig zu machen. Das sind ganz einfache, praktische Fragen: So große Räume wie die Graue Halle existieren in Kopenhagen sonst derzeit nicht. Klar, die Gefahr der Entpolitisierung gibt es immer. Aber man muss auch sehen, dass der äußere Druck nicht unbedingt automatisch zur »Politisierung« führt. Selbst in der aktuellen Situation, in der Christiania unter einem enormen Druck steht, ist tatsächlich nur etwa die Hälfte der BewohnerInnen an den Diskussionsprozessen beteiligt. Der Rest ist nicht »politisiert« worden, weder durch die Angriffe auf Christiania noch durch die Räumung von Ungeren – die Leute wohnen einfach nur hier ...

Das kann man unterschiedlich bewerten. Ob das Glas halb voll oder halb leer ist, kommt auf die Perspektive an. Von außen betrachtet, ist es ja seit 2001 zu einer enormen Politisierung gekommen. Die Auseinandersetzungen um die Pusher-Street und die Razzien waren ein paar Jahre lang ständig in

der Presse. Die Erklärungen für eine andere Drogenpolitik sind ja als wichtige politische Intervention zu betrachten, auch wenn es in dieser Hinsicht weder eine Lösung noch einen Erfolg gab. Die Proteste gegen die Razzien und für den Erhalt Christianias sind heute, immerhin sechs Jahre nachdem die Rechte Christiania den Krieg erklärt hat, noch immer überall in der Stadt präsent. Und der Zusammenhang zwischen der Ungeren-Bewegung und der Kampagne für Christiania kann ja durchaus als ein Höhepunkt der sozialen Bewegungen der letzten Jahre betrachtet werden. Eine ganz andere Situation als vor 2001 – in den 1990er Jahren hatte Christiania, jedenfalls soweit das von außen sichtbar war, so gut wie nichts mit den Bewegungen und Protesten »draußen« zu tun.

Klar, da hast du recht. Zwischen 1991 und 2001 hatten wir ja Ruhe, wir hatten einen Vertrag, der immer wieder verlängert wurde, die Leute haben sich, vielleicht etwas übertrieben gesagt, hübsche Bäder und Wohnzimmer gebaut und wollten ansonsten ihre Ruhe haben. Dass das heute anders aussieht, hat mit den Angriffen zu tun, aber auch damit, dass es mittlerweile die dritte oder vierte Generation der *Christianitter* gibt und die jungen Leute, die dazugekommen oder hier aufgewachsen sind, in den letzten Jahren viel neue Power und Bewegung nach Christiania gebracht haben. Ich glaube schon, dass die, die sich jetzt an den Auseinandersetzungen und Diskussionen beteiligt haben, in Zukunft dabeibleiben werden. Es gibt ja auch nach einer Verhandlungslösung weiterhin diverse Konfliktpunkte. Dabei geht es nicht nur um die Frage der Räumung der Wallanlagen, sondern auch um den gemeinnützigen Wohnungsbau, das kollektive Eigentum usw., also um Konflikte, die teilweise intern ausgetragen werden müssen. Insgesamt denke ich, dass wir vor allem unsere Haltung bewahren müssen, dass wir nicht erst den Staat fragen, bevor wir etwas machen. Wenn diese Haltung verschwindet und wir »legalistisch« werden, dann bekommen wir wirklich ein Problem.

Ich würde in diesem Zusammenhang gern noch mal nach der Rolle von Realdania fragen, also nach dem Fonds, der die Neubauten finanzieren soll. Was ist Realdania und welche Interessen haben die?

Realdania ist eine Stiftung. Hintergrund ist, dass es eine Fusion der Bausparkasse Real Kredit Danmark mit der Danske Bank zu einer Großbank gab. Die neu entstandene Gesellschaft hat jedoch kein Recht, die Hypotheken der kleinen Sparer zu verwalten. Also ist dieses Geld

in einen Fonds gewandert, eben Realdania. Die Aufgabe dieses Fonds ist, die »bebaute Umwelt in Dänemark zu gestalten«. Da es hier in diesem Land nicht wenige »kleine Sparer« gibt, die recht viel Knete haben, liegen in diesem Geldtank rund 30 Milliarden Kronen (etwa vier Milliarden Euro). Was Realdania macht, ist sehr unterschiedlich und reicht vom Loft über die Brücke bis zum Parkhaus. Sie haben durchaus einigen Einfluss, wenn es um öffentliche Bebauung in Dänemark geht. Unser Fall ist insofern einzigartig, als Realdania normalerweise darauf besteht, die von ihnen finanzierten Bauten zu verwalten, d.h. wenn sie in Kopenhagen ein Parkhaus finanzieren, dann bestehen sie darauf, Betreiber zu sein. In unserem Fall werden sie Geld in einen Fonds legen, und wir werden diejenigen sein, die die Satzung dieses Fonds und damit letztlich über die Verwendung des Geldes bestimmen. Hintergrund ist wie gesagt, dass der Staat beschlossen hatte, Teile Christianias an private Unternehmer zu verkaufen. In diesem Zusammenhang kam Realdania ins Spiel und hat sich bereit erklärt, die Baugrundstücke zu kaufen und in einen Fonds einzubringen, um auf diese Weise Privateigentum an Grund und Boden zu verhindern.

Was bedeutet das konkret?

Ganz konkret formuliert hat Realdania das Interesse, experimentell zu bauen, d.h. sie haben eine Menge Ideen, wie moderner Wohnungsbau aussehen sollte, wie die Verbindung von Wohnen und Arbeiten neu gestaltet werden kann, welche Bedeutung die Selbsttätigkeit und der Gestaltungsspielraum der BewohnerInnen hat, wie Energieversorgung, Müll- und Abwasserentsorgung usw. aussehen kann. Sie sind also recht offen. Auf jeden Fall ist es so, dass, wenn es so etwas wie »experimentelles Wohnen« geben soll, Christiania der Ort ist, der sich dafür am ehesten anbietet. Dabei muss man berücksichtigen, dass es innerhalb von Realdania eine eher konservative und eine eher progressive Fraktion gibt. Und es sind die eher progressiven Menschen, die die Zusammenarbeit mit Christiania durchgesetzt haben. Praktisch sieht es so aus, dass Realdania erklärt hat, einen dreistelligen Millionenbetrag in den Fonds einzuzahlen, um Baugrundstücke zu kaufen und darauf zu bauen.

In der Auseinandersetzung um das Ungdomshuset hat eine große Rolle gespielt, dass die Stadt auf der Verteidigung des Privateigentums bestand. Inwiefern spielt das vor dem Hintergrund der Verhandlungen um Christi-

ania überhaupt noch eine Rolle? In eurem Fall scheint es ja so zu sein, dass der Zentralstaat, der im Gegensatz zu Kopenhagen eine Rechtsregierung hat, gerade in diesem Punkt in den Verhandlungen durchaus flexibler zu sein scheint als die sozialdemokratische Stadtregierung.

Ja, ursprünglich stand die Forderung nach Privatisierung im Mittelpunkt. 2001, beim Regierungsantritt der Rechtskoalition, hat man wohl so gedacht: »Also, wir können Christiania nicht mit militärischen Mitteln räumen. Auch wenn das die Dänische Volkspartei vielleicht gerne hätte, ist die Mehrheit der Däninnen und Dänen nicht dafür, und insbesondere sind die Einwohner Kopenhagens dagegen. Was können wir also tun, um Christiania unter Druck zu setzen?« Also hat man ein Gesetz gemacht, in dem steht, dass der Staat das Gelände loswerden soll. Die Strategie der Regierung war, auf die »Kräfte des freien Marktes« zu vertrauen, die die Arbeit machen sollten, die der Staat mit seinen administrativen und repressiven Mitteln nicht machen kann. Gleichzeitig war man daran interessiert, die Opposition ins Boot zu holen. Ziel war, zu sichern, dass die Strategie auch nach der nächsten Wahl Bestand hat. Das ist gar nicht so irrational, denn in der Frage der Privatisierung gibt es ja eine recht große Übereinstimmung zwischen der Sozialdemokratie und der liberalen Partei – beide sind grundsätzlich dafür und haben unter ihrer jeweiligen Regierungsverantwortung viel dafür getan.

Uns ging es damals darum, dieses Bedürfnis, einen breiten Konsens über Christiania herzustellen, zu nutzen, um das Gesetz zu verändern – verhindern konnten wir es damals nicht. Wir haben es tatsächlich geschafft, dass der Gesetzestext in der zweiten Lesung geändert wurde – was wirklich sehr ungewöhnlich ist. Das Gesetz wurde dahingehend ergänzt, dass nicht einfach nur privatisiert wird, sondern auch eine Fondslösung oder gemeinnütziger Wohnungsbau möglich sind. Dieser Passus führte dann dazu, dass alle Parteien dem Gesetz zustimmten, abgesehen von der Einheitsliste, die sich enthielt.

Im Zusammenhang mit Christiania wird oft von »Utopie« gesprochen. Welche Utopie hat Christiania heute?

Das ist nicht so einfach zu sagen. Wenn man die Leute fragt, ob sie bereit sind, für Christiania zu kämpfen, dann sagen sie alle »Ja«. Aber wenn man sie fragt, was Christiania aus ihrer Sicht eigentlich ist, dann gibt es sehr viele verschiedene Antworten. Viele Leute sagen einfach: »Ja,

Christiania – dort kann ich machen, was ich will, ohne jemanden um Erlaubnis bitten zu müssen.«

Das klingt recht individualistisch ...

Ja, es ist eine Art Minimalkonsens ...

Wohnen die meisten Leute, die auf Christiania leben, alleine oder in Kleinfamilien?

Es sind fast keine Kollektive übrig, vielleicht fünf oder sechs. Die meisten Leute wohnen mit ihren Familien zusammen.

Werden es weniger Kollektive?

Wir wollen, was die Debatten auf dem Plenum bzw. den Plena und die Verhandlungen betrifft, die Möglichkeit von Kollektiven offenhalten. Unsere Antwort auf die Frage nach Neueinzügen und Wohnformen ist, dass es so flexibel sein soll wie irgend möglich. Aber ob die Leute das dann tatsächlich machen bzw. wie sie eigentlich wohnen wollen, kann kein Plenum beantworten – alle müssen es selbst entscheiden. Ich wohne zum Beispiel mit meiner Freundin zusammen. Sie hat lange Zeit in Kollektiven gewohnt, aber hatte irgendwann wegen der Konflikte, die dort auftauchten, genug davon. Ich wäre dagegen gerne in ein Kollektiv gezogen. Es war also die Frage, ob wir zusammenwohnen wollen oder nicht. Eine Art Kompromiss besteht darin, dass wir in ein Haus ziehen, in dem wir offene Türen haben, die zu den Nachbarn führen.

Das kommt mir ganz bekannt vor ...

Das kann sein. Es ist nicht so, dass sich Christiania in jeder Beziehung von dem unterscheidet, was sonst in der Gesellschaft passiert. Wir sind ein Teil der dänischen Gesellschaft, mit all ihren Problemen. Dass die Zahl der Wohnkollektive rapide abgenommen hat, ist ein Ausdruck davon. Aber nicht der einzige. Ich glaube, dass man diese Entwicklung ganz gut daran ablesen kann, wie sich unsere politischen Initiativen verändert haben. In den 1970er Jahren ging es noch sehr stark um ein anderes Zusammenleben, eine andere Art von Beziehungsverhältnissen. Bis in die 1990er Jahre hinein war die Schwulenbewegung hier sehr stark, das *Bøssehus* auf Christiania war ihr Zentrum. Einige Elemente dieser Bewegung spielen zwar im Kampf gegen die »Normalisierung« auch eine Rolle, aber sie stehen nicht so im Mittelpunkt wie in den

1970ern. Heute ist es eher ein Abwehrkampf, es geht darum, unsere »Abschaffung« zu verhindern.

Wenn es so ist, dass sich eine Tendenz zeigt, viele Fragen, die in der Gesellschaft als »Privatsache« gelten, auch auf Christiania so zu behandeln, dann stellt sich ja auch die Frage nach der Umgangsweise mit »privaten« Konflikten. Gleichzeitig hat Christiania ja keine eigene Polizei, nur die dänische »Besatzungsmacht«. Wie werden Konflikte ausgetragen?

Konflikte gibt es eigentlich dauernd. Wenn es z.B. zu Schlägereien kommt, gibt es »Gewalt-Plena«. Dabei wird sowohl versucht, eine andere Form der Konfliktlösung zu finden, als auch gegebenenfalls entschieden, dass Leute aus Christiania verwiesen werden. Ihr dürft nicht vergessen, dass das ein entscheidender Punkt in der Auseinandersetzung der 1970er und 1980er Jahre war: Der Versuch des Rockermilieus, sich auf Christiania zu etablieren, ist ja von uns zurückgedrängt worden. Wir haben also allerlei Erfahrungen mit Konflikten. Und das zieht sich bis heute durch. Auch auf Christiania gibt es Gewalt, sowohl zwischen Männern als auch, seltener, von Männern gegen Frauen. Es ist nicht so leicht, dagegen vorzugehen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Auch das hängt einerseits mit der Trennung zwischen den verschiedenen Gebieten auf Christiania zusammen, andererseits damit, dass es einen ausgeprägten Individualismus gibt.

Gleichzeitig zeigen die politischen Aktionen der letzten Monate und Jahre, dass es auf Christiania durchaus so etwas wie eine kollektive Handlungsfähigkeit gibt, auch wenn diese immer wieder begrenzt ist, wie die von dir geschilderte chaotische Situation nach dem »Nein« zu dem Verhandlungsergebnis zeigt. Was ist denn die materielle Grundlage dieser Gemeinsamkeit, abgesehen von der allgemeinen Zustimmung zu »Bevar Christiania«. Welche Rolle spielt zum Beispiel die gemeinsame Ökonomie, welche Rolle spielen die gemeinsamen Einrichtungen, Projekte, Kneipen, Kinderläden, die Wochenzeitschrift Ugespejlet usw.? Habt ihr so etwas wie eine gemeinsame Ökonomie, die diese Dinge trägt? Und wie ist sie organisiert?

Ja, es gibt unsere *Falleskasse* (gemeinsame Kasse, Red.). Wenn du hier wohnst, musst du eine Art Beitrag errichten. Wir nennen das »Genossenschaftsmiete« (*brugsleje*). Das ist eine etwas irreführende Bezeichnung, denn in der Tat ist es eher eine Art Mitgliedsbeitrag. Im Moment sind das um die 1.400 Kronen (200 Euro) plus Strom & Wasser im Mo-

nat, im Vergleich zu den Mieten und Steuern, die man sonst in Kopenhagen zahlt, also sehr, sehr wenig. Davon werden unsere Kinderläden, die Instandhaltung der Infrastruktur (Wege, Wasser- und Abwassernetz, Stromnetz, Gärtnerei), Elektrizität und Wasser sowie die gemeinsame Verwaltung von Christiania bezahlt. Die Instandhaltung der eigenen Wohnung (die eigentliche »Miete«) obliegt den Bewohnern selbst, man kann allerdings einen Zuschuss von zwei Drittel der Materialkosten beantragen, der auch über die *Falleskasse* finanziert wird. Der Beitrag beinhaltet alle möglichen Töpfe, einen »kultur-« und einen »jugendpolitischen Fonds« sowie einen Topf für »energiesparende Maßnahmen«.

Das heißt, es gibt Projektgruppen, die Anträge an diese Fonds stellen?

Ja, und das ist auch das, was am interessantesten ist. Alle anderen Dinge – Verwaltung etc. – sind einfach Notwendigkeiten. In Bezug auf die Fonds gibt es Spielräume für alternative Vorstellungen. Gleichzeitig sind die Fonds wie überall das Erste, wo gespart wird, wenn nicht genügend Geld da ist. Auch das hat etwas mit der Frage der Politisierung zu tun. Wenn die Leute ihren Beitrag nicht bezahlen, verschwinden zuerst die Initiativen, die am stärksten nach außen gerichtet sind.

Kann man sagen, dass Christiania eine Art »Minimalstaat« ist, von dem die Rechtsliberalen immer reden und träumen? Immerhin habt ihr so etwas wie eine Flat Tax ...

Ja, das kann man. Es ist genau das, was die Konservative Volkspartei oder die ultraliberale »Neue Allianz« für ganz Dänemark fordern. Der Grund, dass wir so eine Regelung haben, ist, dass es anders bisher schwer zu machen war. Man könnte an einen Quadratmeterpreis oder an eine einkommensabhängige Abgabe denken. Aber das ist wirklich schwierig durchzusetzen. In Christiania gibt es einen sehr großen informellen Sektor. Es ist fast unmöglich, transparent zu machen, welche Einnahmen es gibt. Es käme also darauf an, dass die Leute diese Angaben freiwillig machen. Es gibt nicht sehr viele *Christianitter*, die Lust haben, ihre Einkünfte offenzulegen. Gleichzeitig hat niemand Lust, die Verantwortung zu übernehmen, so eine Art »Steuerbüro« zu spielen.

Ist Christiania eine Klassengesellschaft en miniature?

Dass alle den gleichen Beitrag bezahlen, ist jedenfalls sozial nicht sehr gerecht. Manche Leute wohnen in Palästen mit sehr viel Platz und

andere in Bauwägen. Wenigstens das könnte man ausgleichen: Dass Leute 200 Quadratmeter zu Verfügung haben und trotzdem nur 1.400 Kronen Abgabe zahlen, ist schon absurd. Ich hoffe, dass im Zusammenhang mit den Debatten über die Zukunft und den Verhandlungen mit der Regierung eine Diskussion anfängt, ob wir nicht so etwas wie eine Quadratmeterabgabe einführen sollten. Das heißt letztlich aber auch, eine Diskussion über soziale Ungleichheit auf Christiania zu führen. Bisher ist das, was Christiania prägt, dass alle *nebeneinander* leben. Die Zugehörigkeit zur sozialen Unterklasse oder zum Pusher-Milieu wird auf Christiania nicht moralisch verurteilt. Aber es gibt auch keine richtige Bezugnahme aufeinander. Ich zum Beispiel halte mich so gut wie nie in der Pusher-Street oder in den anderen eher »touristischen« Teilen Christianias auf und bekomme ehrlich gesagt auch gar nicht so richtig mit, wer dort ist und was dort vor sich geht. So geht es vielen. Es sind getrennte Welten, die ein bisschen dadurch zusammengehalten werden, dass einige ältere *Christianitter* noch Kontakt in die jeweils andere Welt haben. Eigentlich ist es auf dieser Grundlage schon erstaunlich, dass wir überhaupt noch gemeinsam handlungsfähig sind.

Wie viele Leute, die in Christiania wohnen, arbeiten auch hier?

Na ja, das kommt darauf an, ob man die Pusher und die Kebab- und Schmuckverkäufer dazurechnet, das ist ja auch eine Art selbstständiger Arbeit. Wenn nicht, kommt man ungefähr auf ein Fünftel, das ist aber nur eine Schätzung, es gibt keine Aufzeichnung oder so etwas. Die in der Gärtnerei arbeiten, wohnen auch hier, ebenso wie die, die in den Kaufläden arbeiten. Aber zum Beispiel in den Kinderläden und im Baubüro wohnt ungefähr die Hälfte der Beschäftigten woanders.

Wie ist die Bezahlung geregelt? Gibt es einen Anschluss an die Tarife, die »draußen« gezahlt werden?

Nein, der Stundenlohn ist zwar zuletzt erhöht worden, liegt aber weit unter den Tarifen und auch unter dem Mindestlohn, der sonst im Öffentlichen Dienst bezahlt wird. Als ich hierher zog, gab es 30 Kronen (ca. 4 Euro) pro Stunde als »Christiania-Lohn«, wenn man Sozialhilfe oder Arbeitslosengeldempfänger war, und 50 Kronen (ca. 6,50 Euro), wenn man kein weiteres Einkommen hatte. Heute liegt der zuletzt genannte Satz bei 75 bis 80 Kronen in der Stunde (10 Euro). In der Regel braucht man also eine »zweite« Ökonomie, d.h. man kann in

Kopenhagen, wo die Preise viel höher sind als zum Beispiel in Hamburg, nicht allein vom »Christiania-Lohn« leben. Die Entstehungsgeschichte dieser Bezahlung hängt ja auch damit zusammen, dass es für so gut wie alle eine solche »zweite Ökonomie« gab – entweder informell oder über Sozialeinkommen oder eben indem man »draußen« arbeitete. Dass heute vier Fünftel der Leute, so wie ich auch, »draußen« arbeiten, hat auch damit zu tun.

Das bedeutet aber auch, dass sich die normalen Hierarchien, die es in der lohnarbeitenden Gesellschaft gibt, in Christiania reproduzieren.

Das kommt ein bisschen darauf an, was man in »der Gesellschaft« macht. Es gibt ja nicht allein die Option, innerhalb unseres kleinen Fleckens etwas zu verändern. Ich zum Beispiel arbeite in einem Baukollektiv, in dem wir nach anderen, alternativen Zusammenarbeitsformen suchen. Wenn die Auseinandersetzung, die wir seit 2001 führen, etwas Wichtiges zeigt, dann ist es doch unter anderem, dass wir keine kleine Insel außerhalb der bösen Welt sind. Und dass wir uns darauf einstellen müssen, nicht länger eine »Parallelgesellschaft« zu sein. Es ist eben eine Chance und ein Problem zugleich. Die Geschlechterverhältnisse, die sich beispielsweise auf Christiania entwickeln, sind nicht automatisch »anders« als in der Gesellschaft sonst.

Ist Christiania ein Vorreiter der »Normalisierung«?

Ich denke schon, dass Christiania Teil einer Bewegung ist, die sich gegen die Rückkehr zu den alten, autoritären Werten, die beispielsweise die Dänische Volkspartei propagiert, wehrt. Und im Moment sieht es sogar so aus, als ob wir dabei ganz gute Karten hätten. Aber gleichzeitig verändern wir selbstverständlich unser Gesicht, machen neue Erfahrungen, es gibt Diskussionen, Kämpfe mit der Stadt und dem Staat und Streit unter uns. Wir sind nicht das glückliche Wunderland, das wir vielleicht in den 1970er Jahren noch sein wollten. Wir stehen nicht außerhalb der dänischen Gesellschaft. Wir haben schon ein paar Schritte gemacht, glaube ich, haben was Neues ausprobiert, sind offen für andere Formen des Zusammenlebens, aber es ist noch ein sehr weiter Weg.

Nachtrag per E-Mail (4. Oktober 2007)

Kannst du ganz kurz schildern, was der derzeitige Stand ist. Es gibt eine Vereinbarung über eine »Probezeit«, oder?

Ja, es ist uns gelungen, die Aufhebung unseres Gerichtsverfahrens im Falle eines Deals mit dem Staat auf den 1. Juli 2008 zu verschieben. Das gibt uns Gelegenheit, aktiv an der Ausarbeitung des Bebauungsplanes für Christiania mitzuarbeiten, Satzungen für die beiden Stiftungen und die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft auszuarbeiten, Vorstände zusammenzusetzen, Berechnungen zu machen in Bezug auf die zukünftige Miete unter verschiedenen »Eigeneinsatzszenarien« bei der anstehenden Renovierung usw. usw.

Im Großen und Ganzen wollen wir herausfinden, ob die Jacke passt oder nicht und inwieweit man sie ausbeulen kann, sodass sie passt. Außer der Verschiebung des Termins hat der Staat akzeptiert, die Finger von Teilgebiet 3 (Wall und Dyssen) zu lassen, solange die Verfahren darüber laufen. Rødesolsplads wird ein Teil vom Wohnungslabor und nicht privatisiert, wie ursprünglich vorgesehen.

Noch ein paar wenige Fragen. Wer bestimmt genau über Einzüge? Das Plenum? Welche Rolle spielt das Plenum im Moment und gibt es eigentlich das Konsensprinzip noch?

Über die Einzüge entscheiden die Gebietsplena. Ob es das Konsensprinzip noch gibt, ist eine gute Frage. Hat es das jemals gegeben? Was ist das eigentlich? Was man sagen kann, ist, dass das Konsensprinzip Menschen voraussetzt, die kompromiss- und konsensbereit sind. Christiania kann jedenfalls nur überleben, wenn man sich einigermaßen einig über den Kurs ist, den man einschlägt. Falls ein Modell von zu wenigen akzeptiert und von zu vielen boykottiert wird, ist es nicht überlebensfähig. Im Moment ist mein Eindruck, dass die neue Gemeinsamkeit, die wir mit unseren vier Forderungen zum 1. Juli erreicht hatten, sich in dem Augenblick wieder auflösen könnte, wo sie erfüllt werden. Da muss man auf einmal Verantwortung für seine Situation zeigen und es reicht nicht mehr, sich in die Opferrolle zu begeben und mit dem Finger auf die Bösen zu zeigen. Das fällt vielen schwer und die Arbeitsgruppen, die sich die nächsten neun Monate mit der Klarlegung der Details befassen sollen, sind sehr schwach besetzt. Aber man darf die Hoffnung nie aufgeben.

IV. Fallstricke der Freiheit: Reflexionen zum Autonomiebegriff



Die Rote Flora im Hamburger Alltag: Stör- oder Standortfaktor?

Von Andreas Blechschmidt

Ob es um die Hochphase der Häuserkampf- und Freiräumebewegung in den 1980er Jahren ging oder die Erkämpfung von Freiräumen bzw. deren Verteidigung wie beim Ungdomshuset: Neben der konkreten Mobilisierung für ein Wohn- oder Zentrumsprojekt verfolgten die Kampagnen auch das Ziel, die öffentliche Meinung für weitergehende politische Inhalte zu gewinnen. So hat die Häuserbesetzungsbewegung neben der Schaffung von kollektiven Wohnformen zugleich Häuserleerstand zu Spekulationszwecken und die Zerstörung gewachsener Wohnquartiere politisch wie praktisch angegriffen. Die internationale Solidarität für das Ungdomshuset hat gezeigt, dass die Idee linker Freiräume eine große Ausstrahlungskraft besitzt. Doch wie sieht der Alltag jenseits öffentlichkeitswirksamer Kampagnen an den konkreten Orten aus, die sich als politisch-kultureller Gegenentwurf zu den herrschenden Verhältnissen begreifen?

Es gibt in Deutschland eine ganze Reihe von Projekten, die sich als Treffpunkt, Veranstaltungsort und Anlaufpunkt für Menschen verstehen, die nach alternativen Lebens- und Politikformen suchen und den kapitalistischen Normalzustand radikal in Frage stellen. In dieser Tradition stehen zum Beispiel die »Alte Meierei« (Kiel), die »Rote Flora« (Hamburg), das »Juzi« (Göttingen), die »Gieszerstr. 16« und »Conne Island« (Leipzig) oder Hausprojekte wie die »Køpi« (Berlin). Im Idealfall stellen solche Zentren einen Ort politischer Gegenöffentlichkeit dar, stellen für nichtkommerzielle Kultur bzw. politische Veranstaltungen einen Platz zur Verfügung und begreifen sich konzeptionell als Räume, die sich partiell der kapitalistischen Verwertungslogik entziehen sollen. Zudem verwirklichen sich dort zumindest im Ansatz eigene Ansprüche von einem anderen sozialen Miteinander ohne patriarchale Hierarchien, Sexismus, Homophobie, Rassismus und Antisemitismus. Und im besten Fall tragen diese Aktivitäten auch zum Aufbau einer regionalen oder sogar überregionalen Vernetzung bei.

Die Rote Flora in Hamburg existiert seit September 1989. Sie ist aus der Verhinderung eines kommerziellen Musical-Projektes entstanden, das 1988 in dem als Warenhaus genutzten ehemaligen Flora-Va-

riété-Theater im Schanzenviertel Einzug halten sollte. Große Teile des historischen Theaters waren bereits abgerissen und lediglich der Eingangsbereich des Theaters blieb erhalten. Innerhalb weniger Monate organisierte sich jedoch ein breit getragener Widerstand von AnwohnerInnen, Gewerbetreibenden, alternativen und autonomen Gruppen, die eine Umstrukturierung des Stadtteils befürchteten und sich trotz aller Versuche der Politik auch nicht spalten ließen. Im September 1988 gaben die Investoren nach einem heißen Sommer mit Aktionen wie Unterschriftenlisten, Demonstrationen, einer Bauplatzbesetzung und regelmäßigen nächtlichen Sabotageaktionen auf. Trotz regelmäßiger Polizeieinsätze und einer zuletzt 24-stündigen polizeilichen Bewachung der Baustelle war das Kommerzprojekt im Schanzenviertel nicht durchsetzbar. Nachdem sich das Widerstandsbündnis zerlaufen hatte, stand das ramponierte Restgebäude zunächst ein knappes Jahr leer. Die verbliebenen autonomen Gruppen und Zusammenhänge aus dem erfolgreichen Widerstand gegen das »Phantom«-Projekt forderten die Errichtung eines autonomen Stadtteilkulturzentrums. Im September 1989 erlaubte die Stadt Hamburg überraschenderweise eine provisorische und vorübergehende Nutzung des Gebäudes für sechs Wochen. Nach dieser kurzen »legalen« Zeit erklärten die NutzerInnen der mittlerweile »Roten« Flora das neue Zentrum für besetzt. Seit November 1989 wird das Projekt durch ein NutzerInnen-Plenum selbstverwaltet. Es gibt keine bezahlten Stellen und keinerlei staatliche Gelder. Die Rote Flora versteht sich als besetztes autonomes Zentrum und als Ort kultureller und politischer Gegenentwürfe. Daran hat auch der Verkauf des Gebäudes durch die Stadt an einen privaten Investor im März 2001 nichts geändert. Sie ist nach wie vor Treffpunkt zahlreicher politischer Gruppen und Initiativen. Es existieren Selbsthilfwerkstätten, eine offene Siebdruckwerkstatt, das »Archiv der sozialen Bewegung«, ein Vokü-Betrieb. Schließlich finden regelmäßig Veranstaltungen aller Art statt. Das Projekt hat sich in der Vergangenheit in stadtteilpolitischen Auseinandersetzungen ebenso engagiert wie in überregionalen Kampagnen und Diskussionen der autonomen und antifaschistischen Linken.

Vor dem Hintergrund der langjährigen Geschichte der Roten Flora sollen im Folgenden einige Erfahrungen reflektiert und Kontroversen skizziert werden. Dabei soll es um das Wechselspiel zwischen den politischen Ansprüchen und der tatsächlichen Praxis gehen. Und um die Auseinandersetzung mit der Erkenntnis, dass ein Projekt sich nicht nur

gegen politische Angriffe von Staat und Justiz zu behaupten hat, sondern sich auch mit inneren Widersprüchen konfrontiert sieht, die das Projekt immer wieder in Frage stellen können.

Hausmeister und Philosophen

Zwischen hehren politischen Zielen einerseits und den organisatorischen Realitäten andererseits liegen oft Welten. Die erhabenen Ansprüche an Kollektivität und Egalität erleiden in den Niederungen des Projektalltags nur allzu oft Schiffbruch. Dies ist eine Erfahrung, die die Rote Flora mit vielen anderen linken Projekten teilt. In der Regel stellt in solchen Projekten ein kleiner Kreis von TeilnehmerInnen unter so phantasiereichen Namen wie Orga-Rat, Haus-Plenum, NutzerInnen-Treff oder Delegiertentreffen Dienstleistungen zur Verfügung, die einem bedeutend größeren Kreis von konsumierenden NutznießerInnen zugute kommen. Die Zahl derer, die sich um so aufregende Dinge wie Müllentsorgung, Instandhaltung, Betriebskostenzahlung, GEMA- und Behördenstress, Toilettenputzdienst, Bauwochenenden und Nachbarschaftsnerv wegen des wieder mal zu lauten Konzerts kümmern dürfen, ist zwischen den Polen chronischer Unterbesetzung und fruchtloser Mitmachappelle anzusiedeln.

Die spiegelbildliche Entsprechung der ewigen und aus Sicht der Betroffenen unfreiwilligen Hausmeisterei sind jene AktivistInnen, die vorgeben, genau zu wissen, wie alles besser ginge, sich aber aus dem alltäglichen Kleinklein heraushalten. Ihr praktischer Anteil besteht darin, verlaublichen zu lassen, was ein Projekt politisch vertreten solle oder aber eben nicht. Häufig wird diese Kritik nur selten innerhalb der eigenen Organisationsstrukturen zur Diskussion gestellt. Stattdessen werden politische Widersprüche zum Beispiel elektronisch über Indymedia bekannt gegeben.

Die Rote Flora ist in den letzten Jahren zur Projektionsfläche von jeweils eigenen Ansprüchen an Political Correctness und/oder Unzufriedenheit über den Zustand der Politszene geworden. Entsprechend beliebig erscheint häufig die politische Auseinandersetzung um die Außenwirkung der Roten Flora. Während die einen zu wenig Militanz in der politischen Intervention bemängeln, geißeln andere den überholten Militanzfetischismus. Mal ist die Rote Flora ein abgehalftertes Projekt von zahnlosen, vergreisten Altagonomen, mal angeblich Spielwiese von

unpolitischen, jungen Spaßandalierern. Wird hier zu wenig Offenheit gegenüber den im Stadtteil lebenden Menschen moniert, wird dort das kriterienlose Anbieten an die deutsche Kleinbürgerseele beklagt. Konsens besteht in solchen Kontroversen dann allein darüber, dass die Rote Flora auch nicht mehr das ist, was sie einmal war.

Die Kritik an informellen Hierarchien, an klassisch männlich dominierten Redestrukturen sowie an der mangelnden Repräsentativität des NutzerInnen-Plenums kennzeichnet weitere strukturelle Konfliktpunkte, welche die politische Praxis der Roten Flora von Anbeginn begleitet haben. Eine echte projektinterne oder gar übergreifende Verständigung dazu fand und findet viel zu selten statt. Doch ohne eine Streitkultur innerhalb der »Szene« läuft das Engagement von Flora-AktivistInnen immer Gefahr, zum Selbstzweck für den Erhalt von Räumen ohne politische Außenwirkung zu mutieren. Es braucht hin und wieder den einigenden Feind, um das Gefühl gemeinsamer Stärke über solche bestehenden Widersprüche hinweg entstehen zu lassen. In der Geschichte der Rote Flora waren dies mal die Springerpresse, mal die Polizei oder das Wahlkampfgetöse eines profilsüchtigen Polit-Populisten.

Das dann einsetzende Szenario lässt sich polemisch zugespitzt etwa so beschreiben: Die einen können dann auf supermilitant machen, die anderen auf peacig und bündnisfähig, die nächsten entdecken den Stadtteil samt AnwohnerInnen mal wieder neu. Die Altkader der Flora freuen sich über »Nachwuchs«, der wiederum vertreibt mit Verve den Muff von 20 Jahren unter den Sturmhauben der 40-jährigen Alten. Im Rahmen von Mobilisierungskampagnen, Infoveranstaltungen, Plakataktionen, Grundsatzserklärungen, Demos und Kundgebungen, Go-ins, stillen Theateraktionen, Presseerklärungen, Innenstadtaktionen usw. wird ein wahres Feuerwerk von Propaganda und direkter Aktion abgebrannt. Vielleicht brennen noch Autos oder sonstige adäquate Ziele nach klandestinen nächtlichen Aktivitäten. Der mögliche Erfolg einer solchen Kampagne wird schlussendlich viele Eltern haben, ein eventueller Misserfolg wird eine Waise sein. Druck von außen eint, doch die strukturellen Probleme und Unzulänglichkeiten werden dadurch übertüncht. Neue Mythen werden geschaffen, alte Mythen aufgewärmt, manchmal im Augenblick der politischen Niederlage auch schmerzhaft demontiert. Dass die Rote Flora trotz dieser strukturellen Mängel nach wie vor funktioniert, halten die einen für die Qualität des Projekts, andere aber genau für die entscheidende Schwäche.

Latte Macchiato und brennende Mülltonnen

Linke Kampagnen zur Durchsetzung von Projekten (z.B. Hamburger Hafestraße 1987) oder zur Verteidigung ebensolcher (wie aktuell im Fall des Ungdomshuset) haben sich immer auch mit der Frage der Wahl von Aktionsformen auseinandersetzen müssen. Teil der politischen Kampagne war, bewusst das staatliche Gewaltmonopol in Frage zu stellen und damit den politischen Preis für eine Räumung in die Höhe zu treiben. Die dadurch eröffneten Spielräume können einen Beitrag für einen späteren Erfolg sein. Zugleich aber können sich militante Interventionen als oft deutlich männerdominierte Inszenierung in einen Widerspruch zu einem Politikansatz setzen, der sich als emanzipatorisch, befreiend und antihierarchisch begreift. Dies passiert, wenn sich Aktionsformen von politischen Zielen entkoppeln.

Vor der Roten Flora kommt es mittlerweile alljährlich nach dem Stadtteilstraßenfest zu Konfrontationen mit der Polizei. Die Rote Flora ist dabei zu einem symbolischen Ort geworden, der aus sich selbst heraus als Kulisse und Rechtfertigung für eine Auseinandersetzung zu dienen scheint. So werden jedoch brennende Mülltonnen und Sofas zum leeren Ritual. Ohne das Eingreifen der Polizei wären die Aktionen ohne Inhalt. Eine politische und praktische Konfrontation, die sich allein aus der Auseinandersetzung mit der Polizei definiert, wird aber zur Bühne eines sich an sich selbst berauschenden Krawalls. Schlimmer noch ist die Tatsache, dass er beliebig wird und Plattform für jeden sein kann, der mal so richtig loslegen will. Vor dieser Bühne können junge Kreative ebenso widerspruchslos ihren Latte Macchiato konsumieren wie andere den Krawall. Ein Ort, der einen Raum für Gegenöffentlichkeit aufmacht, entsteht daraus nicht.

Grundsätzlich bedeutet das, dass ohne einen andauernden solidarischen und lebendigen Diskussionsprozess über Inhalte, Ziele und Aktionsformen, der von allen Beteiligten in Theorie *und* Praxis getragen wird, die Entpolitisierung politischer Interventionsformen droht.

Wachsende Stadt und wachsende soziale Konflikte – alternativer Standortfaktor oder Störfaktor?

Unübersichtlicher wird das politische Terrain unter den neuen Vorzeichen des neoliberalen urbanen Standortwettbewerbs zwischen Metropo-

len wie Hamburg, Berlin oder München, aber auch auf regionaler Ebene zwischen Städten wie Kiel, Braunschweig oder Leipzig. Schrittmacher für diese Entwicklung ist die Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen. Durch die zunehmend global organisierten Fertigungsprozesse wird die industrielle Produktion in Billiglohnländer verlagert. In Hamburg hat dies einen strukturellen Wandel auf dem Arbeitsmarkt eingeleitet. Die entstehenden neuen Arbeitsplätze im Bereich Neue Medien, Forschung, Finanzdienstleistungen und Unternehmensberatung stellen aufgrund ihres Qualifikationsprofils keinen Ersatz dar. Praktisch wirkte sich das in Hamburg durch das Hineindrängen von Werbeagenturen und Internet-Firmen in ehemals alternative Altbauviertel wie Ottensen und das Karolinen- und Schanzenviertel aus. Alle, die in diesen Branchen aufgrund ihrer Qualifikation kein Unterkommen fanden, müssen zunehmend um schlecht bezahlte und unsichere Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich (Call-Center-Jobs, Subunternehmen, Leiharbeitsagenturen) konkurrieren. Diese negative Entwicklung wird verschärft durch zusätzliche finanzielle Belastungen aufgrund von Kürzungen bzw. Streichungen sozialstaatlicher Leistungen. Der damit einhergehende Verarmungsprozess schlägt unmittelbar auf die sozialen Lagen innerhalb städtischer Milieus durch. Kinder- und Altersarmut, strukturelle Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und fehlende soziale und kulturelle Angebote verändern Leben und Alltag. Doch die staatliche Stadtentwicklungspolitik versteht sich nicht als Instrument, die sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen der lokalen Milieus zu fördern. Die Tätigkeit des vom Hamburger Senat Ende der 1980er Jahre in der westlichen inneren Stadt Hamburg eingesetzten Sanierungsträgers zeigte dies deutlich. Die Aufwertung der Wohnlagen war weniger für die Menschen gedacht, die in den Stadtteilen lebten, als für jene hochqualifizierten ArbeitnehmerInnen, die angeworben werden und in Zukunft dort leben sollten.

Strategische Stadtentwicklung setzt als Standortpolitik im globalen Wettbewerb zunehmend auf private Investorentätigkeit. In Hamburg heißt das, dass durch massive Streichungen im sozialen Bereich die nötigen Mittel überhaupt erst »erwirtschaftet« werden, um das ehrgeizige Senatsprojekt der »wachsenden Stadt« finanzieren zu können und lukrative Investoren anzuwerben. Faktisch bezahlen die Hamburger Haushalte mit geringem oder gar keinem Einkommen die Anwerbung hochqualifizierter und im Hochlohnssektor beschäftigter Arbeit-

nehmerInnen, die sie im Endeffekt schließlich aus ihrer bisher noch bezahlbaren Altbau-Mietwohnung vertreiben. Flankiert wird dieser Prozess durch eine öffentlich forcierte Stimmungsmache, die nicht Arbeitslosigkeit, Armut, Obdachlosigkeit bekämpft, sondern Arbeitslose, Arme und Obdachlose. Entsprechend wird die Privatisierung öffentlicher Räume zu Konsum- und Investitionszonen durch ein autoritäres Kontroll- und Ausschlussregime der Polizei, Ordnungsbehörden und privaten Sicherheitsdienste gegenüber unerwünschtem sozialen Verhalten und störenden Personen in der Öffentlichkeit begleitet.

Dies greift politische Vorstellungen einer solidarischen Stadt frontal an. Die Rote Flora hat Ende der 90er Jahre gemeinsam mit anderen Gruppen eine politische Gegenstrategie formuliert, die auf einem öffentlichen Raum für alle beharrte und der Kontroll- und Ausschlusspraxis von Polizei und Sicherheitsdiensten z.B. gegenüber der offenen Drogenszene etwas entgegenzusetzen versuchte. So wurden polizeiliche Kontrollen aktiv behindert. Gleichzeitig verweigerte man sich Integrationsversuchen in Gestalt von Einladungen zur »konstruktiven Mitarbeit« in staatlichen Partizipationsgremien wie »Runden Tischen« oder behördlich initiierten »Stadtteilkonferenzen«.

All dies hat das autonome Projekt Rote Flora im Mai 2000 nicht davor geschützt, von der Handelskammer Hamburg als wichtiger Standortfaktor im Schanzenviertel vor massiven politischen Angriffen der Springerpresse in Schutz genommen zu werden. Was war geschehen? Nachdem sich in den drei vorhergehenden Jahren die Rote Flora mit Kampagnen, Stadtteilaktionstagen und praktischen Aktionen gegen polizeiliche Vertreibungsmaßnahmen gegenüber der »offenen Drogenszene« in der Stadt einen guten schlechten Namen gemacht hatte, war ein in seinen Ausmaßen überraschender 1.-Mai-Riot Anlass für eine großangelegte Pressekampagne. Gefordert wurde vom damals sozialdemokratischen Senat die sofortige Räumung der »Terrorzentrale«. Doch ausgerechnet die Hamburger Handelskammer erteilte der erstaunten Öffentlichkeit eine Nachhilfestunde in Sachen »Gentrification«. Die Flora sei ein wichtiger subkultureller Faktor und würde genau das alternativ-unkonventionelle Flair schaffen, das für die umworbenen Fachkräfte im IT-Bereich einen Stadtteil wie die Schanze als Ort für Wohnen und kreative Erwerbsarbeit interessant mache. Die politischen Positionen und praktischen Interventionen der Flora wurden als zu vernachlässigende politische Folklore einfach unterschlagen.

Finanzielle Autonomie oder neoliberales Vorzeigeprojekt?

Würden im Zusammenhang mit der Rolle der Roten Flora als weichem Standortfaktor im Schanzenviertel politische Inhalte bewusst ausgeblendet, haben andere Positionen unerwarteten Zuspruch selbst vom Bezirks-Kulturausschuss der Hamburger CDU erhalten. Dort wurde mit großem Interesse die grundsätzliche Ablehnung jeglicher staatlicher Fördergelder durch die Rote Flora zur Kenntnis genommen. Daran zeigt sich, dass ohne Reflexion der angerissenen ökonomischen Veränderungen und ohne beständige Überprüfung der eigenen politischen Praxis Projekte wie die Rote Flora zum partikularen und unpolitischen Ort subkultureller Selbstinszenierung werden können und anderen »fortschrittlichen« Initiativen, die zu Recht auf staatlicher Förderung bestehen und diese auch politisch einklagen, in den Rücken zu fallen drohen. Denn mit der seit über 18 Jahren vertretenen Haltung der strikten Ablehnung von öffentlichen Mitteln verwirklicht das Projekt mittlerweile »objektiv« einen erzkonservativen kulturpolitischen Ansatz. Demnach soll sich soziokulturelles Engagement durch spendenfinanzierte Eigeninitiative bewähren und nicht am Tropf staatlicher Zuschüsse hängen. Vor dem Hintergrund der bereits skizzierten strategischen Kürzungen von Fördergeldern auch im kulturellen Bereich sehen sich viele Einrichtungen gezwungen, ihren Budgetbedarf durch Spendenaufrufe, Stellenstreichungen oder Erweiterung der ehrenamtlichen Arbeit zu sichern. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass diese sich demnächst womöglich die ehemalige »Terrorzentrale« Rote Flora als leuchtendes Beispiel eigenverantwortlicher soziokultureller Stadtteilarbeit, die dem städtischen Haushalt nicht zur Last fällt, werden vorhalten lassen müssen.

Linke Freiräume – Risikokapital oder lukrative Kapitalreserve?

Die Auseinandersetzungen um Zentren wie das Ungdomshuset in Kopenhagen und Hausprojekte in Berlin zeigen, dass linke Freiräume schon aus ökonomischen Gründen keine Oasen der Glückseligkeit sind. Schon in der Vergangenheit waren es oftmals stadtplanerische Motive der Kommunen im Zusammenhang mit prestigeträchtigen Investitionsvorhaben, die zu Räumungen von Haus- und Zentrumsprojekten geführt haben. Doch so lange die Gegner als Vertreter politischer Ent-

scheidungsinstanzen auftraten, ergaben sich Ansatzpunkte, um durch entsprechende politische Kampagnen Handlungsdruck im Sinne einer Erhaltung der Projekte aufzubauen. So gesehen ist es kein Zufall, dass die meisten aktuellen Bedrohungen aus den Aktivitäten privater Eigentümer entstanden sind bzw. Folgen der Privatisierung von Projekten sind: Das Ungdomshuset ist an eine Sekte verkauft worden, »Rigaer Straße« und »Køpi« in Berlin werden durch Versteigerungen in Frage gestellt. Selbst das Berliner Yorckstraßen-Projekt konnte trotz einer groß angelegten Kampagne seine Zerschlagung durch einen Privatinvestor nicht verhindern. Indem sich die politischen Instanzen als an dem Konflikt unbeteiligt präsentieren und auf die unternehmerische Freiheit des jeweiligen Investors verweisen, engen sie für die betroffenen Projekte den Handlungsspielraum für politische Lösungen ein. Auch bei der Roten Flora wird es aufgrund der rasanten Umstrukturierung im Hamburger Schanzenviertel nur eine Frage der Zeit sein, bis der bisher passive Eigentümer das seit 1989 besetzte Projekt angreifen und für seine ökonomischen Zwecke verwerten wollen wird.

Linke Projekte müssen sich also aus verschiedenen Gründen entscheiden, ob sie in den sich formierenden neoliberalen Stadtlandschaften Stör- oder Standortfaktoren sein wollen. Ihr Anspruch muss darüber hinausgehen, billige Mieten für wenige zu ermöglichen oder das Sponsoring billiger Konzerte und bequem zu konsumierender Räume zu betreiben. Denn man kann nicht mit der Politik der 1980er Jahre zu Beginn des 21. Jahrhunderts Politik machen, wenn man nicht den Weg in die politische Sackgasse und Bedeutungslosigkeit riskieren will.

Die beschwerlichen Freiheiten Machtpositionen außerhalb und innerhalb der »Freiräume«

Von der Gruppe KRAN

Bei dem, was wir »Freiräume« nennen, handelt es sich um Orte, die provozierend sind und die den sie umgebenden gesellschaftlichen Raum zur Weiterentwicklung zwingen. Aber wovon sind diese Freiräume frei und ist so etwas überhaupt möglich? Die Idee kann der Realität näher kommen, wenn die Freiräume sich auch selbst herausfordern und über die Machtpositionen und sozialen Normen reflektieren, die in ihrem Inneren eine Rolle spielen.

Im Augenblick ist der Slogan »Für mehr Freiräume« mit vielen Fahnen und Transparenten und in Verbindung mit dem Kampf um Ungdomshuset und Christiania allgegenwärtig. Aber wovon sind diese Freiräume frei? Die Vorstellung, dass ein solcher Freiraum mit den Regeln und Normen der ihn umgebenden Gesellschaft nichts zu tun hat, ist nicht unproblematisch. Eine Sache ist es, einen konkreten Ort zu erobern, etwas ganz anderes, sich selbst zu befreien, zu emanzipieren. Dieser Kampf endet nicht mit der Besetzung eines bestimmten, physischen Ortes. Freiräume entstehen meist aus dem Bedürfnis heraus, gesellschaftskritische Gedanken in der Praxis zum Leben zu bringen und Formen des Zusammenlebens zu finden, die auf alternativen Werten und Normen basieren, die sich von den gängigen gesellschaftlichen Konventionen unterscheiden. Auf der Grundlage kritischer Reflexion bietet dieser Ansatz eine besondere Chance der Veränderung. Beispiele sind die bestehenden Freiräume in Dänemark, wie Christiania und früher das Ungdomshuset.

Aber solche Räume zu etablieren ist nur der erste Schritt. Denn wenn man sich von der Vorstellung blenden lässt, dass ein solcher Raum allein deshalb »frei« ist, weil er eine Gemeinschaft schafft, die sich in Opposition zur Rest-Gesellschaft befindet, dann bedeutet dies, dass der konkrete Ort, um den es geht, Freiheit vor allem für diejenigen zulässt, die sich am besten durchsetzen können. Wenn man vorgibt, einen Raum zu schaffen, der allein deshalb frei von Machtverhältnissen ist, weil die Macht dort nicht in den Händen der üblichen Autoritäten wie Polizei, LehrerInnen, ArbeitgeberInnen und SozialarbeiterInnen ist,

dann bedeutet dies, dass diese informell und unsichtbar von denjenigen kontrolliert wird, die privilegierte Positionen innehaben, weil sie durch ihre gesellschaftliche Rolle Vorteile besitzen.

Insofern ist der Gedanke eines Freiraumes, verstanden als »machtfreier Raum«, eine Illusion. In einer sozialen Gruppe existieren immer Machtverhältnisse, und ein Freiraum muss notwendigerweise auf dieser Grundlage geschaffen und genutzt werden. Machtverhältnisse können, als Verhältnisse zwischen Menschen, umdefiniert und verändert werden, aber sie werden niemals einfach verschwinden. Wenn man sich über Machtstrukturen, Hierarchien und soziale Normen nicht bewusst ist, reproduziert man diese kritiklos. Man ist verurteilt, sie zu reproduzieren, auch wenn man »alternative« Regeln und Normen aufstellt. Die Machtverteilung kann unter anderem durch Denkweisen, soziale Zuweisungen und Hierarchien geregelt werden, was man daran sehen kann, dass in politischen Organisationen bestimmte Menschen mit größerer Wahrscheinlichkeit wichtige Positionen einnehmen als andere. Oder wenn durch die Geschlechterverhältnisse definiert wird, dass Frauen mit größerer Wahrscheinlichkeit Verantwortung für die Wohnung und die Familie übernehmen werden. Solche Machtpositionen können durch eine Reihe verschiedener Techniken aufrechterhalten werden, manche davon bewusst, andere unbewusst. Beispiele dafür sind das Lächerlichmachen oder die Unsichtbarmachung von Personen und Standpunkten, oder wenn Beschlüsse »informell« und außerhalb der existierenden kollektiven Meetings gefasst werden. Hier kann die alternative Art der Organisation mit ihren konsensbestimmten Gremien und der freiwilligen Teilnahme das Risiko erhöhen, dass die Macht, die ausgeübt wird, unsichtbar bleibt. Aber Freiräume bieten, mit dem Willen, soziale Laboratorien zu sein und neue Formen des Zusammenlebens zu erproben, auch die Möglichkeit, Machtformen und Statushierarchien zu hinterfragen.

Es gibt eine ganze Reihe Werkzeuge, um die »natürliche« Machtverteilung zu verändern. Eine Möglichkeit ist, diese Verteilung durch das Einrichten »separater« Räume, die zum Beispiel nach Geschlecht aufgeteilt sind, sichtbar zu machen. So können zum Beispiel eigene Räume für Frauen und Lesben entstehen. Hier werden spezifische Machtverhältnisse ausgeschlossen und es ergibt sich die Möglichkeit, außerhalb dieser Verhältnisse zu experimentieren. Ein Beispiel sind die Damesex-Festivals, die in den letzten paar Jahren im Ungdomshuset

abgehalten wurden, auf denen verschiedene Frauen mit Geschlecht und Sexualität außerhalb der existierenden Geschlechter-Macht-Relationen experimentieren konnten. In solchen Räumen wird Macht unter anderen Prämissen verteilt, sodass die Einzelne die Möglichkeit hat, mit anderen Positionen und Identitätsformen zu experimentieren.

Ein Freiraum entsteht, wenn kontinuierlich daran gearbeitet wird, die Machtverhältnisse, die geltenden Normen und die Art, zusammen zu leben, zu verändern. Unsere Organisationsweisen und unsere innere Kultur müssen in dieser Richtung politisiert werden – indem sie stets Ausdruck von Wahl und Entscheidungen und nicht von Selbstverständlichkeiten sind. Welche Werte unsere Räume prägen und wie wir diese Werte in die Realität übersetzen können, muss ständig gefragt werden.

Wir meinen, dass ein Freiraum als ein Ort gestaltet werden muss, der seinen NutzerInnen die besten Möglichkeiten gibt, antiautoritäre und wirklich demokratische Verhältnisse untereinander einzugehen. Es sollte Platz sein für die Kritik der Machthierarchien und für das Ausleben alternativer Ideen und Identitäten, für die sonst kein Ort existiert – wie Gaukler, Transgender, Homosexuelle, Punker, Flipper, Kindermacht-Leute, Anti-Konsum-Leute und Basisdemokratie. Wofür wir nach außen kämpfen, sollte sich auch in unseren Innenräumen widerspiegeln, nicht nur in der Organisationsform und in den Beschlüssen, sondern auch in den konkreten Beziehungen, die wir zueinander eingehen, und schließlich in unserer sozialen Kultur, die in den Prioritäten sichtbar wird, für die wir eintreten. Das bedeutet auch, dass Freiräume offen für Kritik an den sozialen Codes sein sollten, nach denen sie agieren, und dass Machtverhältnisse immer verhandelt werden. Veränderungen geschehen dabei durch Konflikte und Praxis.

Eine solche Politisierung kann neue Regeln und Codes schaffen, die durch ihre Ausübung zu neuen Normen werden, die keine Reproduktion der alten Machtverhältnisse, sondern kollektive Schöpfungen darstellen. Ein Beispiel für solche Regeln, die sich woanders nicht finden, war der Haschmarkt auf Christiania, ein weniger bekanntes Beispiel war der Konsens im Ungdomshuset, dass man Frauen nicht an den Hintern fassen darf. Diese Regel war eine der Ursachen dafür, dass Frauen dort zu einem Fest gehen konnten und Unterstützung erwarten konnten, wenn sie in solcher Weise angegriffen wurden.

Freiräume entstehen mit der Idee, einen »anderen« Raum zu schaffen, einen Raum, der kulturelle Selbstverständlichkeiten herausfordert

oder sogar mit ihnen bricht. Aber damit beginnt eine harte Arbeit, in der die Möglichkeiten des Experimentierens, Herausforderns und Reflektierens unauflöslich mit Kritik, Problematisierung und Konflikten verbunden sind. Was von den PolitikerInnen und den Medien als Ort denunziert wird, wo sich »verwöhnte Kinder« aufhalten, wird in Wirklichkeit durch persönlichen Einsatz und den Willen, etwas zu geben, aufgebaut. Was sie wichtig macht, ist nicht, dass sie hochfliegende Utopien sind, sondern dass sie ein Versuch sind, der zeigen kann, dass eine andere Wahl als das Ertrinken in Konsum, Kernfamilie und Karriere möglich ist.

Christiania und das Ungdomshuset sind in unseren Augen notwendige Hegemonie-Brecher, die auf Visionen, Engagement und dem Mut basieren, die eigenen Ideen in die Praxis umzusetzen. Ein Versuch gelingt nicht immer, aber es ist wichtig, ihn zu unternehmen. Wenn wir als Menschen eine andere Gesellschaft erstreben, brauchen wir einen Ort, wo wir das erproben können. Wenn das gesagt ist, kann auch gesagt werden, dass es nicht möglich ist, sich vollständig von der Gesellschaft zu isolieren, und dies wiederum führt zu der Notwendigkeit, auch einen Kampf nach außen zu führen. Der Widerstand, aus dem heraus die Freiräume entstanden sind, darf nicht auf eine abgegrenzte Enklave beschränkt bleiben. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Freiräume in sich zusammenfallen, ist größer, wenn man sich von der Umwelt isoliert und die Alltagskämpfe außerhalb der Freiräume stattfinden. Ein Freiraum ist ein Ausgangspunkt, von dem aus die Gesellschaft verändert werden kann.

V. Anhang

Der Kampf um das Ungdomshuset Eine Chronologie von 1897 bis 2007

- 1897 Das Gebäude des späteren *Ungdomshuset* (Jugendhaus) entsteht als selbst verwaltetes und erbautes *Folkets Hus* (Volkshaus) der jungen ArbeiterInnenbewegung.
- 1910/2006 Auf dem Frauenkongress der Zweiten Internationale im *Folkets Hus* wird auf Vorschlag von Klara Zetkin beschlossen, den 8. März zum internationalen Kampftag der Frauen zu erklären. Eine feministische Initiative, die im Konflikt um das Ungdomshuset eine Hausbesetzung und weitere Aktionen organisiert, beruft sich auf dieses Datum.
- 1918 Das Haus ist Ausgangspunkt des syndikalistisch inspirierten »Sturms auf die Börse«, der einen Höhepunkt der Nachkriegsrevolten der dänischen ArbeiterInnen und Erwerbslosen markiert.
- 1945–1959 Das Haus wird von der dänischen Gewerkschaftsbewegung genutzt.
- 1960–1970er Es steht bis auf einige kleinere Zwischennutzungen leer.
- 1967–1973 Im Rahmen der neuen Jugendbewegung und der sich anschließenden Sozialproteste kommt es zu zahlreichen direkten Aktionen, so zu Besetzungen von Universitätseinrichtungen und Schulen, zu direkten Aktionen gegen den Vietnamkrieg, zu wilden Streiks der ArbeiterInnen, zu Happenings und Blockaden der Studierenden und SchülerInnen. Um 1970 entwickelt sich, zusammen mit einem allgemeinen Trend weg von den Idealen des Fordismus und der Fabrikgesellschaft, auch eine systematische Kritik an den Lebensverhältnissen in der Großstadt und eine mit dieser Kritik verbundene neue oppositionelle Raumpolitik. Dabei stehen zunächst die Proteste gegen die »Wohnmaschinen« am Stadtrand, die vor allem in den 1960er Jahren entstanden waren, im Vordergrund. Es folgen ökologische Proteste und die neue Frauenbewegung, die die mit der Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten einhergehenden patriarchalen Geschlechterverhältnisse angreift. Eine erste Hausbesetzung erlebt am Ende der 1960er Jahre das Kolleg Sofiegården im Stadtteil Christianshavn. Nur kurze Zeit später kommt es zu Besetzungen von Häusern durch die neue Frauenbewegung, die mit der Forderung nach Räumen verbunden sind, in denen Frauen vor Männergewalt geschützt sind.
- 1971 findet die Besetzung Christianias statt.
- 1980 Angesichts der Traditionen, die das Haus am Jagtvej 69 verkörpert, weigert sich die Stadt Kopenhagen, das Haus – wie vom neuen Besitzer, einer Supermarktkette, gefordert – abzureißen. Der Konflikt wird gelöst, indem die Kommune das Haus kauft.

- 1981 Mehrere Besetzungen des Hauses, die ab 1981 im Rahmen der (in Dänemark sehr starken) BZ-Bewegung stattfinden, werden geräumt. Die BZ'er fordern ein Jugendhaus.
- 1982 Der sozialdemokratische Bürgermeister Weidemann akzeptiert die Forderung. Das Ungdomshuset entsteht. Weidemann wird mit den Worten zitiert: »Die bekommen ihr Haus, und wir haben unsere Ruhe.«
- 1980er–1990er Das Haus ist Mittelpunkt des Kopenhagener Underground, ein Raum zum Experimentieren, in dem u.a. die damals unbekannt *Einstürzenden Neubauten* und Björk auftreten. Mehrere Generationen von Jugendlichen nutzen das Haus, das neben den Konzerten Treffpunkt und billige Bar ist. Es unterhält zeitweise einen anarchistischen Buchladen.
- 1999 Die in den 1990er Jahren immer stärker werdende rechtspopulistische »Dänische Volkspartei« fordert vehement eine Räumung und erklärt: »Dieses Haus muss dem Erdboden gleichgemacht werden.« Noch im selben Jahr sieht es so aus, als ob die Forderung von Erfolg gekrönt sein würde, denn das kommunale Parlament (*Borgerrepräsentationen*), das die Sozialdemokraten seit 105 Jahren mehr oder weniger ununterbrochen kontrollieren, beschließt, eine alte Forderung der bürgerlichen Opposition zu erfüllen und das Haus zu verkaufen. Der Preis wird niedrig angesetzt, das Motto ist: »Wir verkaufen ein Problem.« Aber es finden sich nicht genügend Interessenten. Die zum Kauf bereite Sekte »Vaterhaus«, die sich »gegen Sünde und Verfall« in Nørrebro wendet, vor allem gegen Muslime, Homosexuelle und andere »untaugliche Elemente« hetzt und »ihre Mission unter den Jugendlichen beginnen« will, wird von der *Borgerrepräsentation* als »unseriös« abgelehnt.
- 2000 Über einen Strohmann gelingt es der Sekte dennoch, das Haus zu kaufen. Es folgen jahrelange Auseinandersetzungen um die Konsequenzen, die dadurch verstärkt werden, dass 2001 auf Landesebene eine rechte Regierung, die durch die »Dänische Volkspartei« toleriert wird, an die Macht gelangt. Dieser Konstellation gelingt es, Druck auf die Sozialdemokratie auszuüben, die Kopenhagen nach wie vor regiert. Allerdings richtet sich die Agitation zunächst vor allem gegen Christiania, das von der das Gelände auf Christianshavn besitzenden Zentralregierung immer mehr unter Druck gesetzt wird, bis nach zahlreichen Razzien
- 2004 die berühmte *Pusherstreet* von den Cannabishändlern selbst geräumt wird. Der Drogenverkauf verlagert sich dadurch in den Stadtteil und die »freie Stadt« selbst, was eine dauernde Polizeipräsenz und Tausende von Razzien auslöst. Gleichzeitig wird
- 2004–2007 dauernd zwischen Zentralregierung und Christiania um den zukünftigen Status der »Freistadt« verhandelt. Die Regierung fordert eine »Normalisierung« durch freien Wohnungsbau und den Abriss Dutzender »illegal errichteter« Gebäude. Innerhalb Christianias beginnt eine Poli-

- sierung, die die »freie Stadt« wieder zu einem wichtigen Bestandteil linker Initiativen in Kopenhagen werden lässt, sowie eine intensive Auseinandersetzung um den Status der lokalen Wohn- und Lebensverhältnisse.
- 2006 spitzt sich die Auseinandersetzung um Ungeren zu. Am
24. September kommt es zu einer ersten Massenfestnahme, nachdem es aufgrund eines Angriffes auf eine internationale Demo, die vom Ungdomshuset nach Christiania laufen sollte, zu Rangeleien gekommen war. Von den 268 Festgenommenen sind über 100 jünger als 18 Jahre. In der Debatte macht die Rechte die »antiautoritären Erziehungsmethoden« für die Situation verantwortlich. Im Anschluss fordern Politiker der Dänischen Volkspartei die Bestrafung der Eltern, »wenn die Kinder gewalttätig sind«. Der Polizeieinsatz des
26. November gegen eine kleine Demo vor der Kirche des »Vaterhaus« in Rødovre, bei dem 83 Menschen verhaftet werden, löst eine kritische öffentliche Diskussion aus, weil Videoaufnahmen dokumentieren, wie Polizisten auf sitzende DemonstrantInnen eintreten und einschlagen. Am
4. Dezember spricht der Dachverband der dänischen Gewerkschaften in Kopenhagen und Umgebung (LO Storkøbenhavn) sich gegen eine Räumung des Hauses aus. Auch die linke »Einheitsliste« sowie, allerdings zeitweise mit Vorbehalten, die Sozialistische Volkspartei, die beide in Kopenhagen eine starke Position haben, sind gegen die Räumung.
- Die sozialdemokratisch regierte Kommune setzt den BenutzerInnen des Hauses schließlich eine Frist bis zum 1. Dezember, das Haus »freiwillig« zu räumen, und überlässt die Entscheidung über alle Maßnahmen im Anschluss der Polizei, die begierig darauf wartet, ihren neuen »Eisenkram« und die Möglichkeiten und Freiheiten auszuprobieren, welche die von der Rechtsregierung erlassenen Anti-Terror-Gesetze und neuen Polizeigesetze ihr eröffnen. Dennoch beantragt diese zunächst beim Gericht, die Räumung bis zum
16. Dezember auszusetzen. Es wird öffentlich darüber nachgedacht, ob es nicht besser sei, mit den »Maßnahmen« zu warten, bis der Weihnachtsverkauf zu Ende ist.
- Im Zusammenhang mit dem für die Räumung vorgesehenen Termin findet eine internationale Demonstration in Kopenhagen statt, die vom Ungdomshuset nach Christiania führen soll. Schon einige hundert Meter nach ihrem Beginn wird die Demo von der Polizei aufgehalten. Es kommt zu Straßenkämpfen, die von der Boulevardpresse ausgeschlachtet und international stark beachtet werden. 273 Menschen werden verhaftet, drei kommen in Untersuchungshaft. Am 8. Januar werden drei weitere Menschen wegen ihrer angeblichen Beteiligung festgenommen.
29. Dezember Die Bürgermeisterin Ritt Bjerregård schlägt vor, das Ungdomshuset nach Christiania zu verlegen. Christiania lehnt diesen nicht abgespro-

chenen Vorschlag ab und kritisiert, dass die freie Stadt zum »Abstellplatz unerwünschter Projekte« gemacht werden solle.

2007

1. **Januar** Die Chefin der Kopenhagener Polizei kündigt auf dem Neujahrsempfang der dänischen Königin, ohne direkt danach gefragt worden zu sein, »auf jeden Fall eine Räumung« des Ungdomshuset an.
3. **Januar** Die *Borgerrepræsentation* erteilt dem »Vaterhaus« die Genehmigung, das Gebäude nach der Räumung abzureißen. Die Zunahme der Polizeipräsenz im Viertel ist nicht zu übersehen.
- 13.–15. **Januar** Erste Hausbesetzung einer »Initiative für mehr Jugendhäuser«. Bei der Räumung gibt es 94 Festnahmen. Eine weitere Besetzung folgt am 3. Februar (80 Festnahmen).
22. **Januar** Die Stadt bietet den NutzerInnen des Ungdomshuset einen Plattenbau in ca. 500 Metern Entfernung vom Jagtvej 69 als Gebäude eines neuen, legalisierten Ungdomshuset an. Allerdings wehren sich einige der Nachbarn gegen den Umzug in ihre Nähe. Dennoch kommt es im Anschluss zu intensiven Verhandlungen, die letztlich daran scheitern, dass die Kommune von den NutzerInnen eine Zahlung von 12 Millionen Kronen (ca. 1,7 Millionen Euro) zur Übernahme des Hauses verlangt. Die NutzerInnen argumentieren, dass sie für die derzeit geltenden Marktpreise jederzeit bei einem Immobilienmakler ein Haus kaufen könnten. Der Sinn ihrer Aktivitäten sei, kulturelle und öffentliche Güter nicht nach dem Markt zuzurichten. Obwohl die Verhandlungen noch nicht beendet sind, schreitet die Polizei am
1. **März** zur Räumung des Ungdomshuset durch Anti-Terror-Einheiten, die mit einem Hubschrauber auf dem Dach des Gebäudes landen und von der Seite in die 4. Etage des Gebäudes einsteigen. Der Einsatz ist außerordentlich spektakulär und brutal, u.a. wird das Gebäude mit Tränengas eingeebelt. Im Gebäude selbst werden 36 Menschen festgenommen. Ein Mensch schwebt mehrere Stunden in Lebensgefahr. Im unmittelbaren Anschluss an die Räumung finden Demonstrationen in vielen in- und ausländischen Städten statt, von New York bis Søby auf der Insel Ærø. In der Bundesrepublik kommt es noch am Donnerstagnachmittag zu Aktionen in rund einem Dutzend Städten. Die größten Demos finden in Berlin und Hamburg statt. Gleichzeitig geht auch die Auseinandersetzung in Kopenhagen weiter. Den ganzen Tag über sowie in der Nacht des
- 1./2. **März** kommt es zu Kämpfen mit der Polizei in Nørrebro und Christianshavn. Mehr als tausend junge Leute zünden auf den umliegenden

- Straßen Mülltonnen als Barrikaden an. Die Polizei ist zunächst nicht in der Lage, die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Beim Versuch, die Barrikaden zu löschen, wird sie mit Steinen und Flaschen beworfen. Wer sich an den Aktionen beteiligt, wird zunehmend unübersichtlicher. Es kommt es zu einzelnen ziellosen Angriffen auf »befreundete« Geschäfte sowie eine als links-liberal geltende Schule auf Christianshavn. Dennoch wendet sich die Stimmung im Viertel nicht gegen das Ungdomshuset. Am Nachmittag des
2. **März** kommt es zu zahlreichen weiteren Aktionen: Unter anderem wird kurzfristig das sozialdemokratische Parteibüro besetzt. Im Laufe der Auseinandersetzungen werden Einheiten aus dem ganzen Land im Stadtteil eingesetzt. Dazu kommen Wagen und Material aus anderen europäischen Ländern, vor allem aus Schweden. Bis zum 10. März werden zahlreiche Übergriffe gemeldet, u.a. die illegalen Durchsuchungen des *Folkets Hus*, der Räume der Jugendorganisation *Rød Ungdom*, des Konzerthauses *Stengade 30*, des Ladens des *Internationalen Forums* sowie zahlloser Privatwohnungen. Der Angriff richtet sich nunmehr gegen die gesamte linke Infrastruktur des Quartiers. In den Tagen nach der Räumung richtet die Polizei einen Kontrollposten an den Zufahrten zum Viertel ein und führt Ausweis- und andere unbegründete Kontrollen durch. Auch Verhaftungen erfolgen willkürlich: So wird einige Tage nach der Räumung der Sprecher der »Bürgergruppe für das Ungdomshuset«, Esben Olsen, allein wegen einer kritischen Äußerung über die Räumung und den folgenden Polizeieinsatz an einer Sperre inhaftiert, nach vehementen Protesten aber einige Stunden später wieder freigelassen. Ausländische Gefangene, die Mehrheit davon deutsche und schwedische Staatsbürger, werden meist nach kurzer Zeit abgeschoben. Bilanz allein der ersten drei Protesttage: etwa 530 Festnahmen. Unter den Festgenommenen sind auffallend wenige Menschen migrantischer Herkunft.
 3. **März** Weit mehr als zehntausend Menschen protestieren in Kopenhagen gegen die Räumung. Die Stimmung ist gut, und es kommt zu keiner Konfrontation mit der Polizei.
 4. **März** Von Vorfürhungen wegen der Verlängerung der Untersuchungshaft der Gefangenen wird berichtet, dass diese »eine Farce« seien. Unter anderem habe der Richter als Beweisgrundlage die pauschale Aussage eines Beamten akzeptiert, er habe »alle Verhafteten Steine werfen sehen«. Die Verhafteten werden daran gehindert, Materialien vorzulegen, die zu ihrer Entlastung beitragen könnten.
 5. **März** Unter massiver polizeilicher Bewachung beginnt der Abriss des Hauses. Die BauarbeiterInnengewerkschaft, deren Vorsitzender sich für eine Verhandlungslösung eingesetzt hat, fordert alle gewerkschaftlich organisierten KollegInnen auf, »nicht unter Polizeischutz zu arbeiten«, und

behindert den Abriss durch hartnäckige Proteste gegen den mangelnden Gesundheitsschutz. Die am Abriss beteiligten Werke werden von FreundInnen des Ungdomshuset verfolgt und teilweise Sabotageaktionen ausgesetzt. So werden unter anderem Wagen der Firma *3x34-Transport* angezündet, die unter Polizeischutz Schutz von der Baustelle fährt. Einige wenige Firmen distanzieren sich und ziehen ihre Mitarbeiter zurück, insgesamt verhindern die Aktionen den Abriss jedoch nur um Stunden oder maximal Tage.

Am selben Tag findet eine kurzzeitige Besetzung des dänischen Konsulats in Bergen statt.

6. März 650 Festnahmen im Zusammenhang mit den Protesten nach dem 1. März. Seit Dezember meldet die Polizei rund 1.500 Festnahmen.

Am Vormittag wird das dänische Konsulat in Venedig besetzt. Es folgt ab 14 Uhr eine Besetzung des Konsulates in Mailand. Proteste vor der Botschaft in Prag.

Studierende und Lehrende der Universität Roskilde bieten an, die inhaftierten SchülerInnen kostenlos im Gefängnis zu unterrichten, nachdem der Vorsitzende der Vereinigung der Schuldirektoren verlangt hat, dass bei dem in der Schule zu bewältigenden Pensum auf Gefängnisaufenthalte keine Rücksicht genommen wird.

Während einer Demonstration mit ungefähr 1.000 TeilnehmerInnen, die sich zum Gefängnis bewegt, kommt es zu »präventiven« Massenfestnahmen auf der Grundlage des neuen repressiven Polizeirechtes und der »Anti-Terror-Gesetze«.

8. März Die Aktion zum internationalen Frauentag unter dem Motto »Stoppt die Gewalt gegen Frauen« wird aus aktuellem Anlass zum Blågårdsplads, in die Nähe des Ungdomshuset, verlegt.

Am internationalen Frauentag sind in Barcelona überall Transparente und Fahnen aufgestellt, die gegen die Räumung des Ungdomshuset protestieren. Außerdem kommt es zu Demonstrationen vor den dänischen Botschaften in Rom und Paris. In Moskau wird eine Ungdomshuset-Demo von der Polizei angegriffen.

9. März Der Abriss wird in Hochgeschwindigkeit beendet, vom Ungdomshuset ist kein Stein übrig geblieben. In der Nacht zum 10. März besetzen ca. 1.000 Menschen die Baulücke im Jagtvej 69 und werden von der Polizei brutal geräumt. An der Baulücke legen Kinder und Jugendliche Tausende von Blumen, Teddybären und anderes Spielzeug nieder. An die Wand gegenüber der Baustelle schreibt jemand: »Auch über 30-jährige gut gekleidete Frauen, die fest im Berufsleben stehen, sind für das Ungdomshuset.«

11. März In Helsinki findet bereits die vierte Solidemo für *Ungeren* statt. Der Eingang der dänischen Botschaft wird kurz blockiert.

In Århus greift die Polizei einen Polterabend, an dem auch junge Leute mit schwarzen Klamotten teilnehmen, mit Pfefferspray und Hunden an. Es gibt mehrere Verletzte.

Eine Besetzung der Schule in der Stevnsgade wird mit hohem Polizeiaufwand beendet.

13. März Eine sozialistische Jugendorganisation eröffnet etwa 100 Meter entfernt von der Baulücke einen »neuen Freiraum, wo alle willkommen sind«. Zuvor sind bereits etliche Hundert Straßenschilder in Kopenhagen mit Hilfe eines täuschend ähnlichen Aufklebers in »Jagtvej« umbenannt worden, außerdem hat eine »Gruppe Pinke Aktion« vier weitere Stadt-Räume zu »befreiten Zonen« erklärt. Auch die Skulptur der kleinen Meerjungfrau wird pink angemalt.

3. April An Ostern feiern Tausende auf dem Rathausmarkt das Ungdomshuset; das Fest findet um das »andere Ungdomshuset« herum statt, ein Zelt, das seit Anfang März den Protest direkt vor das Gebäude der Stadtregierung trägt. Dutzende KünstlerInnen treten auf und bekennen sich zu Ungeren. Im Laufe des Abends kommt es Tumulten, weil die Polizei in die Feier eindringt und zwölf Menschen verhaftet.

Gleichzeitig finden erneut ein halbes Dutzend Hausbesetzungen in Kopenhagen statt. Die Polizei räumt entgegen der erklärten Strategie nicht sofort, sondern lässt über Nacht »Piratenfeste« zu. Die BZ'er gehen zur Strategie über, die Hausbesetzungen zunächst geheim zu halten.

In Jütland »besetzt« in diesem Geiste die Sozialinitiative »Operation Dagsværk« ein Ferienhaus an »geheim gehaltenem« Ort, um gegen die »kulturelle Verarmung« zu protestieren. Ein Foto zeigt etwa zehn junge Leute vor einer Holzhütte in einer einsamen Gegend. Die Rechte verlangt daraufhin, der Organisation die staatlichen Mittel zu entziehen. Das Anliegen scheitert aber daran, dass das »besetzte« Ferienhaus nicht lokalisiert werden kann.

8. April Zwei der verbleibenden (noch) fünf »diskret« besetzten Häuser werden geräumt. Glücklicherweise kommt es dabei »nur« zu acht Festnahmen.

1. Mai 1.000 Leute nehmen an einem Fest im Folkets Park in Nørrebro teil. Erneut werden Barrikaden gebaut. Die AktivistInnen zerstreuen sich im Viertel und dann in der ganzen Stadt. Die Polizei ist offenbar nicht vorbereitet und reagiert, indem sie den Platz mit Tränengas einhüllt. Erst spät in der Nacht flauen die Proteste ab.

8. Mai Solidaritätsdemonstrationen für das ebenfalls bedrohte Berliner Kulturzentrum »Köpi« in Århus und Kopenhagen.

14. Mai Die Polizei dringt auf das Gelände Christianias ein und räumt die Reste eines Hauses – der »Zigarrenkiste« – beiseite. Die Nachricht verbreitet sich schnell und es kommt erneut zu stundenlangen Straßenschlachten, da die Vermutung umgeht, dass dies der Beginn einer Teilräumung sei.

Im Anschluss wird allerdings immer deutlicher, dass die sozialdemokratische Stadtregierung der Forderung nach einer Eskalation, die von Teilen der rechten Zentralregierung ausgeht, nach den Erfahrungen mit den Ungdomshuset-Protesten vorläufig nicht nachkommen wird.

23. Mai Am 23. Mai wird ein 16-jähriger Junge, der seit zwölf Wochen in Untersuchungshaft gesessen hat, endlich freigelassen. Weitere 15 Menschen werden zwei Tage später freigelassen. Ein britischer Staatsbürger wird freigelassen. Drei US-Amerikaner und ein Kanadier werden dagegen wegen angeblicher Brandstiftung zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt und sofort des Landes verwiesen. Schließlich wird ein dänischer Aktivist wegen eines Steinwurfs nach der Räumung am 1. März zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt.

21. Juni Besetzung eines ehemaligen Gebäudes des »Vaterhauses« in Nørrebro. Die BesetzerInnen verschwinden, ehe die Polizei auftaucht.

24./25. Juni Ein Dutzend Menschen besetzen erneut ein ehemaliges Gebäude des »Vaterhauses«, 150 solidarisieren sich durch eine Demo. Nach der Räumung (Samstag) kommen sie am Sonntag wieder und werden erneut polizeilich zum Verlassen gezwungen. 22 Verhaftungen.

28. Juni Die X-te Besetzung der ehemaligen Kirche des »Vaterhauses« in der Griffenfeldsgade in Nørrebro – die aus einer Donnerstagsdemo hervorgeht – wird sofort geräumt. Ein Soziologe namens Karpantschov erklärt gegenüber der Presse, dass er im Herbst mit »einer erneuten Zunahme der Proteste« rechne.

Allein die polizeiliche Räumung des Ungdomshuset hat laut der liberalen Tageszeitung *Politiken* insgesamt 72 Millionen Kronen (fast 10 Millionen Euro) gekostet. Mehr als die Hälfte seien für die Überstundenzuschläge der Polizei, 20 Millionen Kronen für Einquartierung und Verpflegung der Bediensteten, 10 Millionen Kronen für Knüppel, Helme und Uniformen investiert worden. Im unmittelbaren Anschluss an die Räumung seien ca. 800 Menschen vorläufig verhaftet worden und 200 davon in Untersuchungshaft übernommen worden. Die dadurch entstandenen Kosten sind in der oben genannten Aufstellung nicht berücksichtigt. Ebenfalls nicht enthalten sind die Kosten, die für Polizeieinsätze vor der Räumung entstanden sind.

Zur Erinnerung: Der Kompromiss zwischen Stadt und NutzerInnen scheiterte daran, dass die Stadt sich weigerte, den Preis für das Gebäude der Stevnsgade-Schule von 12 Millionen Kronen zu übernehmen.

Anfang Juli Auf dem Roskilde-Festival wird unter großem Zuspruch ein »Nachbau« des Ungdomshuset errichtet.

Im Sommer vereinbaren Zentralregierung und Christiania ein Aussetzen ihrer Konflikte bis zum Sommer 2008. Der Erhalt der »freien Stadt« scheint vorläufig gesichert zu sein.

August/September Faderhuset bietet das Gelände von Ungeren für 15 Mio. Kronen zum Verkauf an. Entstehung der Gruppe 13, Besetzungen in der Griffenfeldsgade.

1. September Neue Straßenschlachten am Halbjahrestag.

Oktober Im Spätsommer 2007 proklamiert die aktivistische Gruppe »G 13« offen und anders als in der bisherigen BZ-Praxis üblich, dass man am Samstag, den 6. Oktober ein neues Haus in der Grøndalsvænge Allé 13 im Kopenhagener Stadtteil Nordvest beziehen werde. Dort befindet sich ein leer stehendes Gebäude, das für ein »neues Ungdomshuset« geeignet wäre und im Besitz der Kommune Kopenhagen ist. An jenem »Aktionstag« wird eine der größten BZ-Aktionen der dänischen Nachkriegsgeschichte stattfinden.

Zwischen 5.000 und 10.000 AktivistInnen bewegen sich an diesem Tag in einem festlichen Massen-Demonstrationszug von dem zentralen Treffpunkt in Nørrebro aus in Richtung des geplanten neuen Ungdomshuset. Die Demo, die sich als »gewaltfrei« und als »ziviler Ungehorsam« erklärt hat, wird mit einem massiven Polizeiaufgebot beantwortet, das bereits ein gutes Stück vor dem Ziel des Demonstrationzuges beginnt, auf die DemonstrantInnen einzuschlagen, und eine ungeheure Menge Tränengas zum Einsatz bringt. Trotz des brutalen Einsatzes Tausender von Polizisten, der viele Verletzte zur Folge hat, gelingt es, eine Eskalation zu vermeiden und einige Hundert Menschen schaffen es sogar, den »G 13«-Komplex für kurze Zeit zu besetzen.

Die Aktion wird als großer politischer Erfolg gefeiert. In der Öffentlichkeit erscheinen die Ordnungsmacht als brutal und die AktivistInnen als friedlich und diszipliniert. Unmittelbar danach protestiert die Polizei gegen ihre dauernde Überforderung und fordert die PolitikerInnen auf, sofort in Verhandlungen um eine politische Lösung des Konfliktes einzutreten. Die Stadtregierung nimmt Verhandlungen um ein neues Haus auf.

28. Oktober Eine Hausbesetzung in der Stadt Vejle in Jütland wird nach kurzer Zeit von der Polizei geräumt. Die AktivistInnen flüchten auf das Dach und halten dort eine Nacht lang aus.

November In den Verhandlungen um eine politische Lösung des Konfliktes ist die Forderung der ehemaligen NutzerInnen des Jagtvej 68, dass die Kommune Kopenhagen ein neues, selbstverwaltetes und kostenloses Haus als Ersatz für das geräumte und abgerissene Gebäude zur Verfügung stellen soll. An den Verhandlungen sind der Fonds Jagtvej 69, die Verhandlungsgruppe des Ungdomshuset sowie die Bürgermeisterin Ritt Bjerregård und eine Reihe anderer PolitikerInnen der Borgerrepräsentation beteiligt.

13. November Die rechte Zentralregierung unter Andres Fogh Rasmussen wird bei den Parlamentswahlen mit der knappsten aller Mehrheiten wiederge-

wählt. Nicht mal einen Monat nach den Wahlen tritt eine konservative Abgeordnete aus ihrer Fraktion aus und macht diese Mehrheit damit zunichte. Die Presse ist sich darüber einig, dass die Verwerfungen in der Regierung vor allem mit den Sozialprotesten der letzten zwei Jahre und mit den zu erwartenden Unruhen angesichts der bevorstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst zu tun haben.

29. November Die Bürgermeisterin, der Fonds Jagtvej 69 und die SprecherInnen des Ungdomshuset erklären, sich im Prinzip auf die Bedingungen eines neuen Ungdomshuset geeinigt zu haben. Die Selbstverwaltung soll dadurch gewährleistet werden, dass die Kommune das Haus an den Fonds vermietet, der es den NutzerInnen überlässt. Es wird erwartet, dass es in den folgenden Monaten zu einem konkreten Angebot kommt. Die Donnerstagsdemos gehen jedoch einstweilen weiter. Die Rechte tobt: »Die Vereinbarung ist ein Kniefall vor der Gewalt und dem Parlament der Straße«, meint ein konservativer Abgeordneter. Es sei »ein schwarzer Tag für Kopenhagen«.

Dezember 26 Menschen – darunter SchülerInnen, einige ältere Arbeiter und eine 62-jährige Lehrerin – werden in Kopenhagen wegen »grober Gewalt und Landfriedensbruch« angeklagt, weil sie sich in einer Demonstration *aufhielten*, während derer es zu Konfrontationen mit der Polizei gekommen war. Es drohen Haftstrafen. René Karpantschhof spricht von einer »unerhörten Verschärfung« und einem Angriff auf das Demonstrationsrecht. Wenn sich die Staatsanwaltschaft durchsetze, bedeute dieses, dass im Prinzip auch alle nicht an den Konfrontationen mit der Polizei beteiligten TeilnehmerInnen von Demonstrationen zu Haftstrafen verurteilt werden könnten.

6. Dezember Ein Sprecher einer Gruppe von BesetzerInnen eines zuvor 15 Jahre ungenutzten Hauses in einer Kleinstadt in Nordsjælland erklärt, dass die jungen Leute das Haus nach einem dreimonatigen, diskreten Aufenthalt nun verlassen würden. Grund seien die einsetzende Kälte und eine Anzeige. Aber: »Wir kommen im Frühjahr auf jeden Fall wieder. Dann werden wir wieder hier sein, um ein bisschen Abstand zum Kapitalismus zu gewinnen.«

28. Dezember Landesweiter BZ-Aktionstag in Dänemark.

Glossar: »BZ-Wörter«

Amager(bro)

Stadtauswärts Richtung Flughafen und Malmö auf der Insel Amager gelegenes »Brückenviertel«.

Assistens Kirkegård

Friedhof in Nørrebro, nahezu einzige und im Sommer stark frequentierte Grünanlage des Stadtteils. Besuchen Sie hier auch den Märchendichter H.C. Andersen und den Arbeiterschriftsteller Martin Andersen Nexø.

Benzininsel

Am Strand vor Amager gelegenes großes Treibstofflager, mit strategischer Bedeutung für historische Arbeitskämpfe. Heute ein Hindernis auf dem Weg zur Gentrifizierung von Amagerbro.

Blågårds Plads

Zentraler Platz und Kreuzungspunkt der Gentrifizierung in Nørrebro. Seit dem 1. März 2007 ständiger Treffpunkt der »Donnerstagsdemos« des Ungdomshuset.

Bjerregård, Ritt

Früher als Parteilinke geltende und seit 2005 regierende sozialdemokratische Oberbürgermeisterin der Kommune Kopenhagen.

Bjørk

Eine der vielen KünstlerInnen, die ihre ersten Auftritte im Ungdomshuset hatten.

Borgerrepræsentation

Parlament der Kommune Kopenhagen.

Brückenviertel

Während der ersten Industrialisierung um die letzte Jahrhundertwende entstandene Arbeiterquartiere Kopenhagens: Nørrebro, Vesterbro, Østerbro, Amagerbro. Dass sie auch »Steinbrücken« genannt wurden, verrät etwas über den Mangel an Grünanlagen, und dies wiederum war einer der Gründe für die Nutzung von Assistens Kirkegård als Ersatz für dieselben sowie für die Besetzung von Folkets Park.

Burmeister & Wain

Abgekürzt B & W. Bis 1995 größter dänischer Industriebetrieb mit einer Werft und einer Maschinenbauabteilung. Auf Christianshavn und in der Verlängerung des Stadtteils in Richtung Meer gelegen, war der Betrieb ein Zentrum des Widerstands gegen die NS-Besetzung Dänemarks (1940–1945) und danach eine Hochburg der »anderen« dänischen ArbeiterInnenbewegung.

BZ/Besat!

Besetze! war der Name der dänischen autonom-linksradikalen »Häuserbewegung« der 1980er Jahre. Die Bewegung hatte zahlreiche internationale

Verbindungen, so nach Hamburg und Berlin, aber auch zu den niederländischen »Kraakern«.

Christianshavn

Auf mehreren Inseln gelegener Stadtteil zwischen der Kopenhagener Innenstadt und der Insel Amager.

Dänische Volkspartei

Aus der Anfang der 1970er Jahre gegründeten Fortschrittspartei hervorgegangene rassistische und sozialchauvinistische Partei mit einer im europäischen Vergleich außerordentlich hohen parlamentarischen Stabilität (rund 12 bis 14 Prozent der Stimmen).

Einheitsliste (Enhedslisten)

1991 aus einer Vereinigung von KommunistInnen, LinkssozialistInnen und diversen bewegungsnahen linken Gruppen entstandene Partei. Mit einem Anteil von 2,2 Prozent der Stimmen und fünf Abgeordneten im dänischen Parlament präsent.

Faderhus (»Vaterhaus«)

Religiöse Sekte und Erweckungsbewegung mit grotesk homophoben, islamfeindlichen und antikommunistischen Motiven, die sich im Jahre 2000 das Ungdomshus aneignete.

Folketing

Dänisches Parlament mit Sitz am Schlossplatz (Christiansborg). Einzige Kammer, in der auch Abgeordnete der ehemaligen Kolonien Grönland und Färöer je zwei Sitze haben.

Folkets Park

Besetzte Grünfläche in Nørrebro, in den 1990er Jahren Schauplatz heftiger sozialer Konflikte.

Folkets Hus

Selbstverwaltetes Haus auf dem Grundstück des Folkets Park.

Fælleden/Fælledparken

Zwischen Nørrebro und Østerbro gelegenes großes Parkgelände. Schauplatz der alljährlichen, massenhaft besuchten, aber auch immer mehr ritualisierten 1.-Mai-Kundgebungen.

Gentrifizierung

Aus der kritischen Stadtsoziologie stammender und in der radikalen Linken eingeführter Begriff. Eine »gentry« sind in englischer Sprache »people with a good social position next to nobility«, Leute mit einer guten sozialen Position nahe des Adels. Gentrifizierung heißt also, dass die jungen neuen Reichen (und nicht der »alte Adel«, der nach wie vor in der Vorstadtvilla wohnt) in ein bestimmtes Viertel ziehen.

Globale Rødder

Etwa: »globale BasisaktivistInnen«. An den *white overalls*, ihren Aktionsformen und ihrem poststrukturalistischen Ansatz erkennbare Gruppe, die

vor allem in Kopenhagen zwischen etwa 2001 und 2004 durch spektakuläre und witzige Aktionen aufgefallen ist (so im Kontext des EU-Gipfels, gegen die dänische Flüchtlingspolitik, gegen Shell usw.). Die Gruppe führte auf neue Art Themen der autonomen Linken der 1990er Jahre fort. Die Ungdomshus-Bewegung nimmt einige Formen dieser Gruppe auf, grenzt sich aber teilweise auch von ihrer stark an medialer Wirkung orientierten Strategie ab.

Griffenfeldsgade

Am St. Hans Torv gelegene kleine Straße, die einer der drei Schauplätze der Polizeischüsse auf Anti-EU-Demonstranten am 18. Mai 1993 war. Elf Menschen wurden schwer verletzt. Die meisten Schüsse wurden am nahe gelegenen Fælledvej abgegeben. Im Anschluss an die heftigen Straßenschlachten dieses Tages konnte man in der Werbung für teure Eigentumswohnungen in dieser Gegend den süffisanten Satz »Nur einen Steinwurf vom St. Hans Torv entfernt« lesen. Ein Beispiel für die merkwürdigen Formen, die Gentrifizierung annehmen kann ...

Gruppe 13

Im Sommer des Jahres 2007 für den Kampf um ein »neues Ungdomshus« gegründete Gruppe zur Besetzung eines Gebäudekomplexes an der Grøndalsvænge Allé 13, mit einem »offenen« Aktionskonzept und Aktionstrainings, die u.a. durch die erfolgreichen Blockaden der KritikerInnen des G8-Gipfels in Heiligendamm inspiriert wurden.

Grøndalsvænget 13

Eigentlich: Grøndalsvænge Allé 13. Haus auf der Grenze zwischen Nørrebro und Nordvest, in der am 6. Oktober 2007 ein neues Ungdomshus erobert werden sollte.

Grönland

Autonomer Teil des Königreichs Dänemark. Herkunftsland der Inuit, die – formal dänische Staatsbürger, de facto aber stark rassistisch diskriminiert – in Kopenhagen über eine sehr aktive Selbstorganisation verfügen. Ein Teil lebt als stark verarmte Unterschicht u.a. in Christiania.

Jagtvej 69

Adresse des am 1. März geräumten Ungdomshuset. Nach der Räumung wurden zahllose Straßenschilder in Kopenhagen mit der Aufschrift »Jagtvej« überklebt, sodass es für Touristen manchmal nicht leicht war, sich vor Ort zu orientieren.

Kjærsgaard, Pia

Führerin der Dänischen Volkspartei.

Kommune Kopenhagen

Kopenhagen hat eine antiquierte kommunale Verwaltungsstruktur. Zur Kommune gehören nur einige innerstädtische Stadtteile (so das historische Zentrum und die Brückenviertel). Selbst das nur zehn Minuten

Fußweg vom Hauptbahnhof gelegene Frederiksberg bildet eine eigene, unabhängige Kommune.

Kraaker

Niederländisches Wort für die BZ-Bewegung der 1980er Jahre.

Leuchttürme

Gebäude am Hafenanrand und vor Land an den Küsten, deren Funktion vor allem nach außen gerichtet ist. Sie leiten die Wege von Schiffen und Stadtplanern. Ihre Inneneinrichtung ist ziemlich gleichgültig. Das Wort wird vor allem im Kontext der Propaganda der Hafencity GmbH in Hamburg ständig verwendet.

Moskau

Einer von Dutzenden Orten weltweit, in denen es eine Solidaritätsdemo für Ungeren gab.

Modkraft (»Gegenkraft«)

www.modkraft.dk Hervorragende linksradikale (leider nur dänischsprachige) Website, mit vielen wichtigen Informationen über soziale Bewegungen im In- und Ausland.

Mærsk

Eigentlich A. P. Møller Mærsk A/S. Dänischer Großkonzern mit Sitz in Kopenhagen. Die Familie Mærsk Mc-Kinney Møller war 2006 nach Auskunft der Zeitschrift *Børsen* die mit Abstand reichste des Landes. Ihr Vermögen betrug offiziell rund 141,2 Milliarden Kronen (20 Mrd. Euro). Die acht nächstreichsten Familien verfügten *insgesamt* über ungefähr den gleichen Besitz. Die *Mærsk-Oper*, die dem Firmensitz der Gruppe gegenüber an der Kopenhagener Hafeneinfahrt liegt, ist ein »Geschenk« der Familie an die Stadt, das in seiner Gestaltung weitgehend von Mærsk bestimmt wurde, obwohl die Kosten in der Bauphase letztlich so exorbitant anstiegen, dass die Stadt den Bau trotz allem teilfinanzierte.

Månefiskeren (»Mondfischer«)

Café auf Christiania, ca. 100 Meter von der Pusherstreet entfernt. In den vergangenen drei Jahren wurden dort weit mehr als tausend Razzien der Polizei gezählt.

Neue Allianz

Vor kurzem gegründete Partei des ehemals linksliberalen Folketingsabgeordneten Nassar Kader. Vertritt eine auf »Integration« gerichtete Migrationspolitik und setzt sich insofern von der Dänischen Volkspartei ab. In ihrer Wirtschaftspolitik in der Tendenz wirtschaftsfreundlich und neoliberal.

Nordvest Kvarteret

Unmittelbar stadtauswärts hinter Nørrebro gelegen. Dass der Stadtteil keinen »richtigen« Namen hat, markiert, dass es eine historisch »dazwischen« liegende Gegend ist. Einer der ärmsten Stadtteile in Kopenhagen,

stark durch postindustrielle Ruinen geprägt. Das geforderte neue Ungdomshuset liegt an der Grenze zwischen Nørrebro und Nordvest.

Normalisierung

Zentraler Kampfbegriff der dänischen neuen Rechten, der allerdings bereits in der sozialdemokratischen Ideologie der 1980er Jahre eine Rolle gespielt hat. Im von den Rechtspopulisten als »Kulturkampf« bezeichneten Konflikt um allgemeine gesellschaftliche Normen markiert der Begriff speziell den Hass auf alles Antiautoritäre und Libertäre, allgemein die Verachtung und den mangelnden Respekt gegenüber unangepassten Lebensstilen.

Nørrebro

Man unterscheidet zwischen dem unmittelbar an den Seen gelegenen »inneren« und dem weiter stadtauswärts in Richtung Nordvest gelegenen »äußeren« Nørrebro. Die für die Aufwertung wichtigsten Straßenzüge liegen im »inneren« Teil am Blågårds Plads und am St. Hans Torv.

Ørestad

Neu erbautes Stadtviertel mit »Leuchtturmfunktion« im Rahmen der Entwicklung der Stadt Kopenhagen und der Region.

Pusherstreet

Straße und Touristenattraktion im Zentrum von Christiania, wo bis 2004 meist stationär, heute eher ambulant Cannabisprodukte verkauft wurden und werden. Auch Soli-T-Shirts und Krimskrams können dort erstanden werden, wenn nicht gerade ein größerer Polizeieinsatz stattfindet.

Rababerland

Bezeichnung für Nørrebro aus der Zeit, als die Arbeiterfamilien in den dunklen Hinterhöfen die unempfindliche, schnell wachsende Rhabarberpflanze angebaut haben.

Rasmussen, Anders Fogh

Dänischer Ministerpräsident (2001 bis jetzt, leider) und versierter Demagoge mit stark rechtspopulistischen Tendenzen.

Rathausplatz

Neben dem Schlossplatz der Ort vieler Großdemos. Nach dem 1. März einige Wochen und Monate lang zum »Infozentrum« für Ungeren umfunktioniert.

Radikale Venstre/Radikale Linke

Aus der historischen Liberalen Partei (Venstre/Linke im Gegensatz zur historischen Højre/Rechten, die heute die Konservative Partei ist) am Anfang des vergangenen Jahrhunderts entstandene linksliberale Partei.

Refshaleøen

Am Ende von Christianshavn in Richtung Meer gelegene Insel mit den Resten der geschlossenen Werft von B & W.

Politiken

Mal mehr, mal weniger liberale dänische Tageszeitung, mit Sitz am Rathausmarkt in Kopenhagen. Größte dänische Zeitung, gefolgt von der durch die antiislamische »Karikaturenkrise« von 2006 berühmt gewordenen extrem rechten »Jyllandsposten« (in Dänemark gerne auch: »Jyllandspesten«).

Ryesgade

Eines der wichtigsten Hausprojekte der BZ-Bewegung der 1980er Jahre. Die Besetzung einiger Straßenzüge im Versuch, dieses Haus zu verteidigen, wurde Mitte der 1980er Jahre zum Vorbild der »Barrikadentage« in der Hamburger Hafenstraße.

Rødovre

In Richtung Südwesten ca. fünf Kilometer von der Innenstadt entfernter Stadtteil in einer Gegend, die durch die Bebauung während der »zweiten industriellen Revolution« der 1960er und 1970er Jahre geprägt wurde.

Røde Mor (»Rote Mutter«)

Agitationstheater, auch als »Rockzirkus« bezeichnet. In dem Stück »Betonherz« sangen sie im Jahr 1975 vom »Neon, der in den Löchern der Parkhäuser entzündet wird/wo ab und an Geräusche, Schritte zu hören sind/ in meiner Landschaft, die von Dächern gefüllt wird«. Dort, in den Kopenhagener Trabantenstädten, konnte man »das Betonherz durch die Nacht schlagen« hören. Sehr schön ist auch das letzte Lied des Stücks mit dem poetischen Titel *Die Pommestube schließt jetzt* (im Dänischen ist es natürlich eine Pölserbude).

Rød Ungdom/Rote Jugend

Der maoistischen KP-Szene nahestehende Jugendorganisation. Nach dem 1. März wegen der Unterstützung des Kampfes um das Ungdomshus neben vielen anderen Projekten in Nørrebro mit einer Razzia der Polizei konfrontiert.

Rødstrømper (»Rotstrümpfe«)

Nach US-Vorbild benannte neue dänische Frauenbewegung der 1970er Jahre, die mit zahlreichen direkten Aktionen, Besetzungen und anderen Formen der Aneignung operierte.

Schlossplatz

Platz vor dem Folketing. Regierungssitz und königliches Schloss. Ca. 400 Meter von der Brücke entfernt, die nach Christianshavn führt. Hier fanden im 20. Jahrhundert (und während der Protestbewegungen der letzten Zeit) fast alle wichtigen landesweiten Massendemonstrationen statt.

Schwarzer Diamant

Am Haftrand gelegener Neubau der Königlichen Bibliothek. Als »Leuchtturm«, der die Umwandlung der Stadt illustrieren soll, architektonisch sehr spektakulär. Gleichzeitig, neben einem riesigen Einkaufs-

zentrum, eines der ganz wenigen Gebäude der Hafenrandbebauung, das nicht im Besitz von Banken und Großkonzernen sowie der Öffentlichkeit zugänglich ist.

Seen (Søerne)

Zwischen der historischen Innenstadt Kopenhagens und den Brückenvierteln gelegene natürliche Seen. Seit der Industrialisierung in große, brunnenartig mit Beton eingefasste Wasserbecken umgewandelt. Der Zufluss ist unter der sechsspürigen Straße verschwunden.

Slumstormer

Früher Name für die BZ-Bewegung.

Sofiegården

Zwischen 1965 und 1969 existierendes Jugend- und Studierendenwohnheim. Die Drohung der Kündigung des selbstverwalteten Status führte 1968 zu einer Besetzung.

Somalia

RassistInnen und RechtspopulistInnen bezeichnen eine Gegend in Nørrebro, in der besonders viele Menschen mit familiären Verbindungen nach Somalia wohnen, als »Minisomaliland«.

Sozialdemokratische Partei

In den »goldenen« späten 1950er Jahren und bis zur Weltwirtschaftskrise von 1973 größte und dominierende dänische Partei. Aus der alten Arbeiterbewegung der Zweiten Internationale entstanden.

Sozialistische Volkspartei

1959 gegründete (damals) pazifistische und »blockfreie« linkssozialistische Partei. In den 1960er Jahren eine der ersten erfolgreichen Parteien der »Neuen Linken« in Westeuropa. Heute eher an der Politik der deutschen Grünen orientiert. Kritisierte das Ungdomshus vehement in der »Gewaltfrage«.

Stevnsgade

Straße in Nørrebro, in der die Schule liegt, die vor der Räumung des 1. März als neues Ungdomshus im Gespräch war. Ca. 400 Meter vom Jagtvej 69 entfernt.

St. Hans Torv

Zentraler Platz und Kreuzungspunkt der Gentrifizierung in Nørrebro.

Ungdomshuset / Ungerer

»Ungdomshuset« heißt eigentlich »das Jugendhaus« (dieses und kein anderes). »-et« ist die bestimmte Endung, genauso wie »-en« bei »Ungerer« (der Kosename des Ungdomshuset). Die Übersetzung in »des Ungdomshuset, das Ungdomshuset« ist also streng genommen falsch, weil es die bestimmte Form verdoppelt. Aber nach langen inneren philologischen Konflikten haben wir uns entschlossen, es doch so zu schreiben, weil es eingängiger ist. Die »Initivgruppe for flere Ungdomshuse« heißt übrigens

so, weil das »a« in Initiativ von der Szene verschluckt worden und -huse die unbestimmte Plural von -hus ist. Also: »Für (unbestimmt viele!) Ungdomshuse!«

Venstre

Liberaler ehemalige Bauernpartei, heute stärkste Parlamentsfraktion, seit 2001 führende Partei in der Regierung. Ihr Vorsitzender Anders Fogh Rasmussen ähnelt in seiner Politik einer Mischung aus Jörg Haider und Tony Blair.

Vesterbro

Brückenviertel mit Armuts- und Aufwertungsquartieren in der unmittelbaren Nähe des Hauptbahnhofs.

Vestre Fængsel

»Westliches Gefängnis«. Am Rande von Vesterbro gelegener Knast, in den Hunderte von (meist) jungen AktivistInnen 2006 und 2007 entsprechend der vor allem unter der Rechtsregierung eingetretenen Verschärfung des Demonstrationsrechtes Wochen oder sogar Monate in Haft saßen und teilweise noch sitzen.

Weidekamp, Klaus

Sozialdemokratischer Bürgermeister der Kommune Kopenhagen in den 1980er Jahren.

Zweite Internationale

1889 in Paris gegründetes Netzwerk der sozialistischen Bewegung, in Nachfolge der durch Marx und Bakunin geprägten »Ersten Internationale«. Zerbrach 1914 an der Tatsache, dass die meisten sozialistischen Parteien Europas den Eintritt ihrer jeweiligen nationalen Regierungen in den Ersten Weltkrieg unterstützten. Aus der linken und antimilitaristischen Fraktion der Sozialdemokratie entstand nach den Revolutionen von 1917 bis 1919 die »dritte«, kommunistische Internationale.

Die AutorInnen dieses Buches

Tobias Alm, Jahrgang 1978, geb. in Bad Oldesloe, hat durch seinen Umzug im Mai 2006 seine politischen Aktivitäten von Hamburg nach Kopenhagen verlegt, arbeitet als Erzieher und ist in verschiedenen linken und antifaschistischen Gruppen und Initiativen aktiv.

Peter Birke, Jahrgang 1965, ist ein paar Jahre zwischen Kopenhagen und Hamburg gependelt, arbeitet jetzt mit Sitz in Hamburg als freiberuflich-prekärer Historiker.

Andreas Blechschmidt, Jahrgang 1965, lebt in Hamburg und ist seit 1989 in der Roten Flora aktiv.

Bianka Buchen, Jahrgang 1963, Künstlerin, findet es in Kopenhagen zu dunkel und lebt im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg.

Klaus Danzer ist vor 15 Jahren als Wandergeselle in Christiania angekommen und lebt seitdem dort, heute arbeitet er in einem selbstverwalteten Baubetrieb außerhalb Christianias.

KRAN ist eine radikale queere und feministische Gruppe, die sowohl aktivistisch als auch theoretisch arbeitet. Die Gruppe macht Aktionen, Seminare, Volksküchen und schreibt Artikel und Aufsätze. Sie kann über kranerke.dk erreicht werden.

Liv Rex Hansen, Jahrgang 1977, lebt seit ihrer Geburt in Kopenhagen, zurzeit studiert sie Soziologie und Sprachpsychologie, Aktivistin in der feministischen Gruppe KRAN.

René Karpantschhof, Jahrgang 1965, in den 1980er und 1990er Jahren Hausbesetzer und Autonomer, forscht zu sozialen Bewegungen und ist Lehrbeauftragter an der Universität Kopenhagen (Soziologie).

Chris Holmsted Larsen, Jahrgang 1973, Historiker, in den 1990er Jahren in der autonomen, radikalen Linken engagiert. Veröffentlichungen zur Geschichte des Kalten Krieges, der radikalen Linken und der sozialen Kämpfe in Dänemark und Skandinavien.

Maja B. & Philipp, Marie & Maja A., Ungdomshuset-Aktivistinnen aus Kopenhagen.

Morten Kabell, Jahrgang 1970, Mitglied des Kopenhagener Stadtparlaments (Borgerrepræsentation) für die linke »Einheitsliste/Die Rot-Grünen« zwischen 1997 und 2001 sowie seit 2005. Zuständig für Technik- und Umweltfragen sowie für das Ungdomshuset. Früher Aktivist in der Schwulen/Lesben-Bewegung sowie in Palästina- und Südafrika-Gruppen.

Petter Sommerfeld, Sprecher der »Bürgergruppe für das Ungdomshuset« und Aktivist der antifaschistischen Vereinigung *Demos*.

Zeynep und Pule sind in den letzten Monaten manchmal von Hamburg nach Kopenhagen gereist und haben dort wichtige Erfahrungen gemacht.



interface (hg.)

WiderstandsBewegungen

Antirassismus zwischen Alltag & Aktion

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet wehren sich Menschen gegen rassistische Verhältnisse – sie schließen sich in Heimen zusammen, protestieren gegen schlechte Versorgung, gegen Schikane auf den Ämtern, gegen Abschiebungen und Polizeigewalt. Sie bilden migrantische Netzwerke und Kooperationen mit anderen Gruppen und starten Kampagnen.

Das Buch zeigt die Bandbreite aktueller antirassistischer Aktionsformen und Interventionsmöglichkeiten auf und richtet einen schlaglichtartigen Blick auf die Geschichte antirassistischen Widerstands.

Die AktivistInnen kommen selbst zu Wort: Sie beschreiben die gesellschaftlichen Bedingungen, die den antirassistischen Kampf notwendig machen, und erläutern die sich daraus ergebenden politischen Handlungsräume.

Das Buch ist ein Bewegungsbuch im besten Sinne. Es liefert nicht nur einen Blick auf die Bewegungen, sondern kommt aus den Bewegungen selbst.

ISBN 978-3-935936-34-7 | 400 S. | 19,50 €



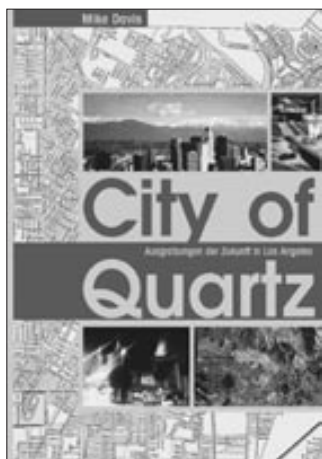
A.G. Grauwacke

Autonome in Bewegung

Fünf Berliner Autonome beschreiben 20 Jahre autonomer Geschichte. Analysen, Berichte, Anekdoten und Schmonzetten zu folgenden Themen: Häuserkampf – Anti-Akw – IWF-Kampagne – Kübel – Revolutionäre Zellen – Mein erster Mollie – Spaßguerilla – Nolympic – Krieg und Frieden – Punk – Rostock, Hoyerswerda – Internationalismus – die Zeit der Verwirrung – u.a.

Das Buch ist eine Mixtur aus persönlichen Erlebnissen, Reflexionen, analytischer Aufarbeitung und politischer Einordnung der autonomen Bewegung. Das Buch wurde wiederholt zum Gegenstand staatlicher Zensur-Versuche. So versuchte das Bundesfamilienministerium vergeblich, das Buch auf die Liste „jugendgefährdender Schriften“ setzen zu lassen. Im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm wurden schließlich neben zahlreichen weiteren Objekten auch die Räume des Verlages Assoziation A in Berlin durchsucht, um Beweismaterial gegen die vermuteten Autoren des Buches zu beschlagnahmen.

ISBN 978-3-935936-13-2 | 300 S. | zahlr. Fotos | 20 €



Mike Davis

City of Quartz

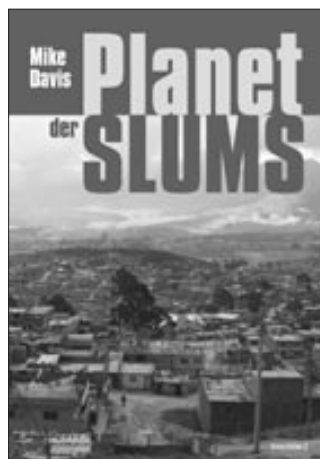
Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles

Davis hat eine eindrucksvolle und spannende Sozialgeschichte Los Angeles' von den Anfängen bis heute geschrieben – Los Angeles als urbanes Symbol, das die Zukunft verkörpert, die uns allen droht. Er stellt Los Angeles als ein in konzentrischen Ringen und Belagerungszonen organisiertes Stadtmodell vor, gegen dessen Tore zunehmend die Wellen illegaler Einwanderer aus Mittelamerika anbränden.

»City of Quartz« erschien zuerst 1990 in den USA: Das Buch avancierte schnell zu einem international anerkannten Klassiker der Stadtentwicklungssoziologie. Es erhielt den Preis »Best Book 1990« der American Social Science Association und wurde auch im deutschsprachigen Raum auf Platz 1 der Sachbuchbestenliste gewählt.

Die Neuauflage des Buches wurde um ein aktuelles Vorwort von Mike Davis ergänzt.

ISBN 978-3-935936-37-8 | 420 S. | 24 €



Mike Davis

Planet der Slums

Mike Davis konstatiert in diesem ambitionierten Buch eine »Kopernikansche Wende« der menschlichen Siedlungsgeschichte. Denn nie zuvor überstieg der Anteil der Stadtbevölkerung diejenige auf dem Land und nie zuvor sah sich eine ungeheure Anzahl von über einer Milliarde Menschen gezwungen, ihr Überleben im Schmutz der Müllhalden, ohne (sauberes) Wasser, ohne Toiletten, ohne irgendeine Art der Gesundheits- oder Sozialversorgung zu organisieren. Die Megaslums des »Südens« sind Ausdruck einer im höchsten Maße ungleichen und äußerst instabilen urbanen Welt.

Hier treffen die sozialen Fronten der Globalisierung in radikaler und tödlicher Weise aufeinander. Davis zeichnet die globale Herausbildung von den in den 1960er-Jahren als »Slums der Hoffnung« apostrophierten informellen Ansiedlungen nach – über den »Big Bang« der städtischen Armut im Verlauf der Verschuldungsdekaden der 1970er- und 1980er-Jahre, bis hin zu den heutigen beispiellosen Megaslums von Cono Sur, Sadr City oder Cape Flats.

ISBN 978-3-935936-56-9 | 240 S. | 20 €